



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Labor der Internetkontrolle: Macht und
Herrschaftstechniken in Singapur“

Verfasserin

Lara Hagen

angestrebter akademischer Grad

Magistra (Mag.)

Wien, 2013

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 057 390

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Internationale Entwicklung

Betreuer:

Univ.-Prof. Dr. Wolfram Schaffar

*But it was alright, everything was
alright, the struggle was finished.
He had won the victory over himself.
He loved Big Brother.
(George Orwell, 1984)*

[[This one goes out to]]

Nati & Bernd Hagen, die mich immer einfach machen lassen.

Nati, in deren Zimmer lange Bibliothekstage immer gemütliche Abschlüsse fanden.

Nina, die auch hunderte Kilometer weit weg stets ein offenes Ohr hat.

Susi & Kathrin, für lange Diskussionen und das Gefühl, nicht allein zu sein.

Anna & Jan, für Klatsch, Tratsch und Frust-Teilung in der Nationalbibliothek.

Herr C, der mich am Ende des Studiums noch von der Wichtigkeit der weiten Welt der Methodenlehre überzeugt hat.

Wolfram Schaffar, der mich zu diesem Thema inspiriert hat und mir freie Hand ließ.

James Gomez, der mich wie eine alte Bekannte in einer fremden Welt begrüßte und ohne den diese Arbeit in dieser Form nie möglich gewesen wäre.

Dexter, Roderick, Rachel, Shafī'ie & Donaldson, die mir eine andere Seite von Singapur gezeigt haben und dafür sorgten, dass ich mich zuhause fühlte.

Der singapurischen Regierung, die mir gezeigt hat, dass eine Orwell'sche Welt keine Utopie sein muss.

Somit auch George Orwell.

Michel Foucault, dank dem man diese komplexe Welt mit anderen Augen sieht.

All den Lieblingsbands- und Musikern, die meine Motivationslöcher mit weisen Worten und mitreißenden Melodien übertönten. Stellvertretend: Kettcar & Tomte.

Der Kaffeeküche im Schottentor – für die Perfektion der Koffein-Zufuhr.

Abstract

Die vorliegende Arbeit setzt sich mit dem Spannungsverhältnis zwischen Internet und Demokratisierung auseinander. Um einen Teil zu dieser anhaltenden, umfangreichen Debatte beizutragen, wird der Umgang der Regierung mit (kritischer) Meinungsäußerung im Internet Singapurs analysiert. Der Stadtstaat ist weltweit für den hohen Grad an Autokratie und Stabilität bekannt. Trotz vielfach geäußelter Demokratisierungserwartungen an das Netz und obwohl in Singapur theoretisch jeder Haushalt einen Internetanschluss besitzt, konnte die Regierung nach wie vor an der Macht bleiben. Ein wichtiges Instrument für diese Stabilität sind die spezifischen Macht- und Herrschaftstechniken, die die singapurische Regierung anwendet, um die BürgerInnen zu „führen“. Methodologisch wird bei der Analyse dieser Techniken auf den französischen Philosophen Michel Foucault eingegangen, mit dem man Machtbeziehungen unter dem Blickwinkel von Führung untersuchen kann.

Auf der anderen Seite sollen die Strategien und Handlungsmöglichkeiten regierungskritischer Gruppen und Individuen jene Macht und Herrschaftstechniken Online zu umgehen, durchleuchtet werden. Aufbauend auf einer bisherigen Unterteilung der Entwicklungen im singapurischen Internet in drei Phasen, versucht die Verfasserin dieser Arbeit für den Zeitraum 2007 bis heute eine vierte Entwicklungsphase zu zeichnen. Dafür werden die, für diese Diplomarbeit geführten, qualitativen Interviews analysiert. Des Weiteren werden wichtige Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Zivilgesellschaft, neue Gesetze und die Parlamentswahlen 2011 für die Formulierung der vierten Phase herangezogen.

This thesis deals with the tense relationship between the Internet and democratization. To contribute a part to this ongoing and widespread debate, this thesis analyzes the handling by the Singaporean government concerning critical expression of opinion Online. The city-state is commonly known for its high degree of authoritarian rule and stability. Despite the common expectation that the technologies of the Internet will foster democracy, and although the Internet diffusion in Singapore is one of the highest worldwide, the PAP government remains firmly in power. Important instruments for this balance are the technologies of power used by the government to exercise conduct. Methodologically, the ideas and concepts of French philosopher Michel Foucault will be used to analyze these techniques. On the other hand, this thesis also examines the strategies and possibilities for critical individuals and groups to overcome the conduct exercised by the regime online. Based on a three-phase-classification of the past developments on the Singaporean internet, the author of this thesis follows the attempt to formulate a fourth phase, considering the developments since 2007. To accomplish this, there will be an analysis of five qualitative interviews conducted for this thesis. Additionally, important contact points between the government and civil society, new legislation and the General Elections of 2011 will be considered for the formulation of the fourth phase.

Keywords: Singapur, Demokratisierung, Internet, Macht- und Herrschaftstechniken.
Singapore, Democratization, Internet, technologies of power

Inhaltsverzeichnis

Abstract	5
Abbildungsverzeichnis	8
1. Einleitung	9
1.1. Forschungsfragen	11
1.2. Theoretische Einbettung und Methodik	12
1.3. Relevanz für das Projekt Internationale Entwicklung	13
1.4. Forschungsstand.....	14
1.5. Exkurs: ein persönlicher Blick auf die Feldforschung.....	16
1.6. Aufbau der Arbeit.....	18
2. „The Revolution will be twittered“- Das Internet und die demokratische Heilserwartung	20
2.1. Von Demokratie und Autokratie.....	21
2.1.1. Demokratie: ein Begriff, viele Gesichter.....	21
2.1.2. Autokratie	23
2.1.3. Asiatische Demokratie – ein Oxymoron?.....	24
2.2. Klick für Klick zur Demokratie	26
2.2.1. Eine Architektur für die Freiheit.....	28
2.2.2. ... und für emanzipatorisches Verhalten?.....	30
2.3. Die Kehrseite der Medaille	32
3. Macht- und Herrschaftstechniken bei Michel Foucault.....	35
3.1. Geschichte der Gouvernamentalität.....	37
3.1.1. Macht & Herrschaft.....	39
3.1.2. Regierung	41
3.2. Theoretische Probleme und Schwierigkeiten	46
4. Disneyland mit Todesstrafe – Regierungsrationalitäten und Regierungstechnologien in Singapur	48
4.1. Historische Entwicklungen	48
4.2. Der Stoff für die Erfolgsgeschichte: Die Pragmatik des Überlebens.....	51
4.2.1. Civic versus Civil Society.....	54
4.2.2. Consolidating authoritarian rule	56
4.3. Politische Technologien: Gesetze & Regulierungen	58
4.3.1. Politisches System	59
4.3.2. Rechtliches System	61
4.4. Freedom from the Press: Die Rolle der Medien in Singapur	66
5. Labor der Internetkontrolle	71
5.1. Das Internet als Raum.....	71
5.2. Internet in Singapur	74
5.3. Den Pudding an die Wand nageln	75
5.4. Entwicklungen im Netz – die drei Phasen nach James Gomez	76
6. Neuste Entwicklungen im singapurischen Internet.....	78
6.1. Inhaltsanalyse der Interviews.....	79
6.1.1. Vorstellung des Beispielmaterials	80
6.1.2. Festlegung des Materials.....	80
6.1.3. Analyse der Entstehungssituation	81
6.1.4. Formale Charakteristika des Materials.....	81

6.1.5. Fragestellung der Analyse / Theoriegeleitete Differenzierung	82
6.1.6. Festlegung der Analyseeinheiten	84
6.1.7. Erstellung des Kategoriensystems.....	84
6.1.8. Kategorien.....	85
1. Motivation:	86
2. Positive Aspekte von Handlungen bzw. Aktivitäten Online	87
3. Negative Aspekte von Handlungen bzw. Aktivitäten Online	88
4. Positive Aspekte von Handlungen bzw. Aktivitäten Offline	89
5. Negative Aspekte von Handlungen bzw. Aktivitäten Offline	89
6. Kontakt mit Behörden / Regierung	90
7. Kritik an der Regierung.....	92
8. Angepasste Regierungsrhetorik	93
9. Charakteristika von Facebook	95
10. Charakteristika von Blogs	95
11. Emotion.....	97
12. Ziele.....	98
13. Arbeitsweise	98
6.2. 2007-2013: Chronologie der Ereignisse	99
6.3. Parlamentswahlen 2011	104
7. Die Phase 4 & ein Blick in die Zukunft	108
8. Literatur.....	114
Monografien	114
Sammelbände.....	116
Papers.....	117
Medienberichte / Blog-Postings.....	118
Gesetzestexte / Regierungsstatistiken.....	120
Internetquellen.....	122
9. Zusammenfassung der Diplomarbeit	123
10. Summary.....	124
11. Anhang	125
11.1. Interview I	125
11.2. Interview II	132
11.3. Interview III	137
11.4. Interview IV.....	142
11.5. Interview V.....	146
11.6. 2007 – 2012 : Chronologie von Singaporerebel	148
Curriculum Vitae.....	171

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Zugang zu Internet pro Haushalt	74
Abb. 2: Statusmeldung Facebook Amy Cheong	103
Abb. 3: SGAG, PAP-Montage	110

1. Einleitung

Fünf Jahre nach der letzten Wahl, die am 6. Mai 2006¹ stattfand, und somit zum spätmöglichen Zeitpunkt, kam es in Singapur zu den schon seit 2009 erwarteten Parlamentswahlen. Obwohl zwischen dem Zeitpunkt der Bekanntgabe und dem tatsächlichen Wahltermin in Singapur gesetzlich nur eine Periode von zwei Wochen liegen muss, hatten die Oppositionsparteien auf Grund des langen Wartens eine dementsprechend lange Vorbereitungszeit. Und die Zeichen, dass in diesen Wahlen die überwältigende Mehrheit der Peoples Action Party (PAP) durchbrochen werden könnte, standen gut. Dafür sorgte nicht zuletzt der Nominierungstag, an dem die Opposition für einige Überraschungen sorgte: junge, gut ausgebildete und bekannte Gesichter fanden sich plötzlich nicht allein auf der Liste der PAP, sondern vermehrt in den Teams der Oppositionsparteien. Mit der Nominierung von KandidatInnen für 82 von 87 Parlamentssitzen stand der PAP der umfassendste Wettbewerb in der Geschichte Singapurs bevor: die Opposition trat in allen, außer einem Wahlkreis, gegen die PAP an.

Ein Jahr zuvor präsentierte die PAP eine weitere Neuerung in den vielfach revidierten Regeln für das Veröffentlichen politischer Inhalte im Internet. Die Etablierung des „Cooling-Off Day“ untersagte es politischen Parteien, aber auch BloggerInnen bzw. alternativen Medienkanälen, Beiträge die Wahlen betreffend, zu veröffentlichen. Ausgenommen von dieser Regel waren staatlich anerkannte Nachrichtenagenturen. Das Internet war in den Wochen und Monaten vor der Wahl einmal mehr zum umkämpften Terrain geworden. Beeinflusst durch den US-amerikanischen Wahlkampf von 2008² beschworen Medien, aber auch WissenschaftlerInnen die Wahlen 2011 schon im Vorhinein zu „Internet Elections“³: Oppositionsparteien, wie auch die PAP, bemühten sich um hohe Facebook-Präsenzen, twitterten von Wahlkampfveranstaltungen, luden Videos der SpitzenkandidatInnen hoch und veröffentlichten Bilder von Kundgebungen. Die Oppositionsparteien konnten dabei eine weit höhere Unterstützung aus der Bevölkerung genießen. Doch trotz massenhafter *likes* auf Facebook, tausenden *views* auf Youtube und

¹ Wahlergebnis 2006: 66,60 % oder 82 von 84 Sitzen für die PAP (siehe da Cunha 2012: 12)

² Der US-Wahlkampf vom demokratischen Kandidaten Barack Obama konzentrierte sich stark auf Organisation Online, vieles funktionierte via sozialer Netzwerke wie etwa Facebook oder Twitter.

³ Zu der Einschätzung der Rolle des Internets vor den Wahlen siehe z.B. Gomez 2011, Yahoo Singapore News 2011, The Straits Times 2011.

nochmal so vielen *retweets* auf Twitter konnte sich die Online-Präsenz der Oppositionsparteien nicht in den erhofften Wahlerfolg umschlagen⁴.

Woran liegt das? Und was verrät das über die Rolle des Internet, wenn trotz hoher Online-Aktivität das Potenzial für einen Zugewinn der Opposition in dem südostasiatischen Stadtstaat - der von vielen Demokratie-Indizes als autokratischer Staat kategorisiert wird - nicht genutzt werden kann?

Seit der Einführung vor mehr als zwanzig Jahren begleitet das Internet die Erwartung, dass mit seiner Ausbreitung und dem Zugang zu erweiterten und verbilligten Kommunikationsmöglichkeiten eine weitreichende Demokratisierung einhergehen würde. Grund für diese Hoffnung sind einerseits die technischen Eigenschaften des Netzes: wegen des dezentralen Aufbaus könnten die Datenströme im Internet nicht mehr zensiert werden. Autoritäre Regime, die sich in den traditionellen Medien bislang auf eine solche Kontrolle stützen konnten, würden unter dem Druck des freien Zugangs zu unzensierten Informationen zusammenbrechen. Vor allem für die Zivilgesellschaft und für alternative Perspektiven, Organisationen und Gemeinschaften biete die interaktive Natur des Netzes einen neuen Raum für Austausch und Engagement, der sich offline dann in Transformation auswirken kann. Empirische Befunde zur demokratisierenden Wirkung des Internets führten allerdings zu einer weitreichenden Relativierung früherer Erwartungen. Während in einigen Ländern politische Partizipationsmöglichkeiten eine Ausweitung erfuhren, dient das Netz für andere Regierungen nicht nur dem Erhalt, sondern sogar dem Ausbau autokratischer Strukturen. Beispiele aus Südostasien spielen hier eine wichtige Rolle.

Singapur stellt deswegen einen interessanten Fall dar. Schon früh wurde die Verbreitung des Netzes aktiv gefördert – die Durchdringungsrate ist eine der höchsten auf der ganzen Welt⁵. Gleichzeitig konnte die Vorherrschaft der autoritär regierenden PAP nie wirklich gefährdet werden.

⁴ Wahlergebnis 2011: 60,14 % für PAP (da Cunha. 2012: 12, bzw. für die detaillierten Ergebnisse in den einzelnen Wahlkreisen 272ff bzw. GE 2011).

⁵ In 85% der Haushalte haben die Menschen 2011 Zugang zu Internet, die Rate für Breitbandzugang ist gleich hoch (vgl. IDA 2011).

1.1. Forschungsfragen

Die vorliegende Diplomarbeit untersucht die Macht- und Herrschaftstechniken im singapurischen Internet. Dies bedeutet eine zeitliche Einschränkung auf die Jahre 1994-2012, wobei der Fokus auf den Jahren 2007-2013 liegen soll. Für diese Periode wird der Versuch unternommen, das 3-Phasenmodell von James Gomez, das 2007 endet (vgl. ebd. 2006a: 12ff), mit einer vierten Phase weiter zu zeichnen.

Unter Berücksichtigung der neuesten Entwicklungen hinsichtlich Internetkontrolle und politischer Mobilisierung lauten die Fragestellungen somit:

Welche Rolle spielte das Internet zwischen 2007 und 2012 für regierungskritische Gruppen und Oppositionsparteien? Bietet das Internet größere Chancen und Möglichkeiten für Kritik in Singapur?

Um diese zentralen Fragestellungen besser beantworten zu können, wird in der Arbeit außerdem folgenden (Teil-)Fragen nachgegangen:

Welche Motivation steckt hinter der Entscheidung der AkteurInnen, sich kritisch im Netz zu äußern? Welche Rolle spielt die Wahl des Mediums für ihre Motivation? Wo liegen Unterschiede zu Aktivitäten Offline?

Welche in Kapitel 4 vorgestellten Regierungstechniken wirken auf die befragten AkteurInnen wesentlich ein? Welche wirken latent?

Welche Strategien verfolgen die befragten AkteurInnen um Einschränkungen seitens der Regierung zu umgehen?

Kann für den Zeitraum ab 2007 ein offenerer Umgang der Regierung mit der Produktion kritischer bzw. alternativer Inhalte im Internet attestiert werden? Welche neuen Gesetze wird es geben, welche alten rechtlichen Einschränkungen wirken auch von 2007-2012? Wie wird das Verhältnis zwischen Regierung und kritischen Gruppen und Individuen bzw. Oppositionsparteien in dieser Zeitspanne aussehen?

Wieso konnte sich die gesteigerte Onlinepräsenz der Oppositionsparteien nicht in den gewünschten Wahlerfolg bei den Parlamentswahlen 2011 verwandeln? Welche Rolle spielt das Internet für den Gewinn von WählerInnen?

Welche Rolle spielen neue Technologien; soziale Netzwerke wie Facebook für kritische Meinungsäußerung im Netz?

1.2. Theoretische Einbettung und Methodik

Empirische Grundlage dieser Arbeit bilden fünf, im Oktober 2012 in Singapur durchgeführte ExpertInneninterviews. Wie bereits in der Fragestellung erläutert, handelt es sich hier nicht um WissenschaftlerInnen, welche die Situation bewerten, sondern um BürgerInnen bzw. AktivistInnen. Hierfür wurden fünf unterschiedliche Interview-Leitfäden erstellt. Die Befragungen fanden alle – mit der Ausnahme eines Interviews – persönlich statt und dauerten zwischen 30 Minuten und einer Stunde.

Die Auswertung bzw. Einschätzung der Interviews wird sich an der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (vgl. ebd. 2007) orientieren. Das zentrale Anliegen ist dabei, eine Methodik systematischer Interpretation zu verfolgen, die an den, in der Inhaltsanalyse notwendig enthaltenen qualitativen Bestandteilen ansetzt, sie durch Analyseschritte und Analyseregeln systematisiert und dadurch für andere überprüfbar macht. Ein Vorteil dieser Vorgehensweise ist, dass das gesammelte Material in seinem Kommunikationszusammenhang verstanden wird. Die Autorin ist angehalten anzugeben, auf welchen Teil im Kommunikationsprozess sie ihre Schlussfolgerungen aus der Materialanalyse beziehen will. Die Inhaltsanalyse ist kein Standardinstrument, das immer gleich aussieht – sie muss an den konkreten Gegenstand angepasst sein und auf die spezifische Fragestellung hin konstruiert werden. Das Kategoriensystem ist bei Mayring dabei der zentrale Punkt in der Inhaltsanalyse (siehe ebd. 2007: 42f). Wie das Kategoriensystem im Einzelnen konstruiert wird, hängt nicht nur vom Material ab, sondern auch von der gewünschten Richtung der Analyse. Zentral ist deswegen auch, dass die Analyse einer präzisen theoretisch begründeten inhaltlichen Fragestellung folgt. Die Basis dafür wird in den vorangehenden Kapiteln gelegt.

Um die im Netz wirkenden Macht- und Herrschaftstechniken zu analysieren, werden die Überlegungen Michel Foucaults zu Regierung und Gouvernamentalität herangezogen. Mit Foucault ist es möglich, den Blick weniger darauf zu richten, was Macht ist oder wer sie besitzt; vielmehr lautet für ihn die Frage, wie und wodurch Macht ausgeübt wird. Es sind die Machtverhältnisse, die Relationen, die im Zentrum seiner Überlegungen stehen und auch für diese Arbeit von großer Bedeutung sind. Foucault formulierte seine Ideen dabei im europäischen Kontext und bezieht sich auch stark auf historische Entwicklungen. Da er aber kein klares Konzept oder Theoriegerüst formuliert, mit dem sich schematisch arbeiten lässt, ist es interessant, seine Gedanken zu Macht und Herrschaft auch in einem außereuropäischen Kontext zu denken.

Gouvernementalität – die semantische Verbindung zwischen Regieren (*gouverner*) und Denkweise (*mentalité*) – erlaubt es, soziale Beziehungen unter dem Blickwinkel von Führung zu untersuchen und konzentriert das Analyseinteresse dabei auf die systematischen Beziehungen zwischen Macht und Subjektivität, Herrschaftstechniken und „Technologien des Selbst“. Die Schnittstelle zwischen Selbst- und Fremdführung bilden die Mechanismen der Regierung, oder um es in Foucaults Worten auszudrücken - die Regierungstechnologien.

Nicht nur die Transformation Foucaults Ideen auf den asiatischen Raum, auch das Weiterdenken von Gouvernementalität im Zeitalter des Internets ist eine Herausforderung, die in dieser Diplomarbeit unternommen werden soll.

Der methodische Ansatz, eine Analyse qualitativer Interviews vor dem Hintergrund macht- und herrschaftstheoretischer Überlegungen durchzuführen, ist für die Einschätzungen der singapurischen Kontrolle des Internets ein alternativer Zugang. Bisherige Untersuchungen konzentrierten sich vor allem auf quantitative Daten, aber wie Medienwissenschaftler Terence Lee feststellt:

Because of the high ambivalence (...) it is not enough to only analyse the technological infrastructure, technological developments, Internet penetration and other quantitative Data. A more nuanced approach is needed – one that takes into account various online developments and the state's responses (Lee 2011: 111).

Ergänzend zu den Interviews besteht das hier verwendete Forschungsmaterial aus Monografien, Sammelbänden, wissenschaftlichen Artikeln und Blog-Posts bzw. Facebook-Beiträgen und Online-Nachrichten. Sämtlich verwendete Statistiken zur Darstellung der sozioökonomischen Entwicklung Singapurs bzw. zur Verbreitung und Zugriff zu Internet stammen von der Website der singapurischen Regierung.

1.3. Relevanz für das Projekt Internationale Entwicklung

Die vermeintlich positive Rolle des Internets spielt auch in der Entwicklungszusammenarbeit eine zentrale Rolle. Entwicklungsförderlich, weil demokratisierend. So scheint die Argumentation oft zu verlaufen, wenn es darum geht, den Aufbau von ICT⁶-Netzwerken zu fördern. Dies kann man beispielsweise im Strategiepapier der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit erkennen, in dem es heißt:

⁶ ICT steht für *Information and Communication Technology*

ICTs sind wertvolle Mittel, um ein Demokratieverständnis in der Bevölkerung zu stärken und um Frauen auf ihre Rechte aufmerksam zu machen. Die Nutzung des Internets ermöglicht bessere Information und damit mehr Möglichkeit an demokratischen Entscheidungen teilnehmen zu können (ÖEZA: 21).

Die Frage, ob bzw. wie das Internet für politische Oppositionsarbeit genutzt werden kann, ist außerdem für verschiedene Stiftungen, die im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit tätig sind und unter anderem mit lokalen NetzaktivistInnen zusammenarbeiten, von zentraler Bedeutung.

Die vorliegende Diplomarbeit ist für das Projekt Internationale Entwicklung insofern relevant, als dass sie für eine differenziertere Bewertung der Technologie zur Einsetzung in der Entwicklungszusammenarbeit steht.

1.4. Forschungsstand

Während die Mechanismen der Internetkontrolle, auch in Bezug auf Macht- und Herrschaftstechniken, für die ersten Jahre seit der Einführung des Internets in Singapur relativ gut untersucht wurden, lässt sich doch feststellen, dass die meisten Analysen quantitativer Natur waren und Strategien und Einschätzungen von Akteuren selten thematisiert bzw. untersucht wurden.

Von zentraler Bedeutung für diese Diplomarbeit sind sicherlich die zahlreichen Beiträge des Medien- und Politikwissenschaftler, Aktivisten und Oppositionspolitikers James Gomez, mit dem die Verfasserin während ihres Auslandsaufenthaltes eng kooperieren konnte. Bereits 1999 veröffentlichte er etwa *Self-Censorship: Singapore's Shame*, keine zehn Jahre später (2008) verfasste er seine Dissertation zum Thema *Democracy and Elections: The Impact of Online Politics in Singapore*. In seinem 2006 verfassten Beitrag *Citizen Journalism* teilt er die bisherigen Entwicklungen bezüglich Internet und Gesellschaft bzw. Politik in drei Phasen ein, die hier erweitert werden sollen.

Ein weiterer wichtiger Autor, der seit vielen Jahren die Rolle des Internets für die Gesellschaft in Singapur untersucht, ist Cherian George. Der Medienwissenschaftler ist einer der wenigen, der es schafft, die Vorgehen der Regierung kritisch zu durchleuchten, ohne aber von dieser als Störenfried eingeschätzt zu werden. So lehrt er nicht nur an der *Wee Kim Wee School of Communication and Information* der *Nanyang Technological University*, sondern ist außerdem Research Fellow am *Institute for Policy Studies* an der *Lee Kuan Yew School of Public Policy* und agiert als Direktor der *Temasek Foundation – NTU Asia Journalism Fellowship*, alles Institutionen, die in enger Verbindung mit der Regierung stehen. Aktuell muss dies allerdings differenziert betrachtet werden – Ende

Februar 2013 wurde eine nationale Debatte auf Grund der nicht gewährten Anstellung Georges an der NTU losgetreten. George bewarb sich schon zum zweiten Mal für eine Anstellung, erneut wurde er aber abgelehnt. Dies führte nicht nur zu einem offenen Brief, in dem sich Studierende, sowie BloggerInnen um die akademische Freiheit Singapurs sorgten (siehe TR Emeritus 2013), sondern schließlich auch zu einer verteidigenden Stellungnahme der Universität (siehe XIN MSN News 2013b).

In einigen seiner Beiträge erwähnt George zwar Michel Foucault, geht aber nie ausführlicher auf dessen Formulierungen ein und bleibt, ähnlich wie James Gomez, meistens bei einem auf Policy-Analyse aufbauenden Forschungsansatz.

Der dritte Autor, der für diese Diplomarbeit von hoher Relevanz ist, heißt Terence Lee. Vor allem sein 2011 erschienenes Buch *The Media, Cultural Control and Government in Singapore* behandelt einige der zentralen Fragestellungen. Lee geht dabei ausführlicher als Gomez und George auf das Wirken von Macht- und Herrschaftstechniken ein.

Außerdem werden auch die Parlamentswahlen 2011 eine Rolle spielen. Hierzu sind zwar schon einzelne Beiträge veröffentlicht worden, allerdings handelt es sich nicht um ausführliche Analysen, so dass der Forschungsstand noch relativ gering ist. Die bisher ausführlichste Veröffentlichung verfasste der Ex-*Straits Times* Journalist Derek da Cunha (2012: Breakthrough. Roadmap for Singapore's Political Future). Auch die vom *Institute for Policy Studies* 2011 veröffentlichte Studie zu der Rolle neuer Medien bei den Parlamentswahlen wird für diese Arbeit herangezogen. Allerdings unter einem kritischen Blick, da jenes Institut der Regierung untersteht und somit die ernüchternde Einschätzung der Rolle des Internets kaum verwundert.

Literatur, die der Frage nachgeht, ob das Internet demokratieförderlich ist, gibt es einige. Eine der ersten Studien zum Zusammenhang zwischen Internet und Autoritarismus stammt von Boas und Kalathil (2003), *Open Networks. Closed Regimes. The Impact of the Internet on Authoritarian Rule*. Hier ziehen die beiden Autoren bereits einen sehr ernüchternden Schluss betreffend einer vermeintlichen Demokratisierungsqualität des Netzes.

Des Weiteren sind für die vorliegende Arbeit vor allem Studien Südost Asien betreffend zentral. Zu nennen sind hier die Autoren Randolph Kluver und Indrajit Banerjee, der 2006 beispielsweise die Analyse *Political Participation and Democratization. The Role of the Internet in Asia* veröffentlichte.

1.5. Exkurs: ein persönlicher Blick auf die Feldforschung

Obwohl sich die Verfasserin dieser Arbeit zum Ziel nimmt, durch einen akteurszentrierten Ansatz neue Perspektiven in der Problematik sichtbar zu machen, kann auch für diese Arbeit weder der Anspruch auf Vollständigkeit, noch auf Objektivität gestellt werden. Die politische Situation ist einem stetigen Wandel unterworfen. Des Weiteren ist sich die Verfasserin darüber im Klaren, dass die fünf befragten Personen nur einen kleinen Ausschnitt der Strategien und Verhaltensweisen von AkteurInnen in diesem Feld darstellen.

Der Aufenthalt im Feld war für die Verfasserin und für diese Diplomarbeit nicht nur auf Grund der geführten Interviews bedeutend. An dieser Stelle soll darauf aufmerksam gemacht werden, dass der Aufenthalt in Singapur auch deswegen unternommen wurde, um selbst zu erfahren, wie in diesem Land mit Kritik umgegangen wird. Es folgt deswegen eine kurze persönliche Stellungnahme zum Arbeitsprozess in Singapur. Das Leben vor Ort machte es möglich zu sehen, wie sich regierungskritische Menschen vernetzen, wo sie sich treffen und mit welchen Schwierigkeiten sie zu kämpfen haben. Es sind viele kleine Details, die zum besseren Verständnis des Themas geführt haben. Drei davon seien hier kurz erwähnt:

Vor allem eines war während der drei Wochen in Singapur auffallend – Shoppingmalls an jeder Ecke, geöffnet zu jeder Zeit, gefüllt mit Menschen, jeden Tag. Shopping, so wirkte es auf mich, ist *die* Freizeitbeschäftigung junger SingapurInnen. Während sich eine Handvoll Menschen eines Abends in einer kleinen Kammer traf, um an den internationalen Tag gegen die Todesstrafe zu erinnern, schien der Großteil der jungen Menschen an diesem Abend ausschließlich fasziniert vom Verkaufsstart des neuen iPhone zu sein. Auf dem Weg von meiner Wohnung ins Zentrum saßen, egal an welchem Tag oder zu welcher Uhrzeit, die meisten Menschen mit gefüllten Einkaufstüten in der Metro. Wenn man sich in Singapur mit jemandem treffen möchte, sei es für einen Kaffee, zum Essen oder zum Kino – trifft man sich in der Shoppingmall. Die Frage, ob die vielen Shoppingtempel und der dadurch enorm hohe Konsumzwang in Singapur auch ein Grund für die geringe Kraft und Größe der Zivilgesellschaft sind, kam auf; sie kann in dieser Arbeit aber nicht tiefer bearbeitet werden. Die Regierung dürfte über die Tatsache, dass das neue iPhone faszinierender auf junge Menschen wirkt, als der Appell einer Mutter eines im Todestrakt sitzenden Jungen, jedenfalls nicht unglücklich sein.

Bei all den Einkaufszentren sucht man eines aber (fast) vergeblich: ein Buchgeschäft. Erst nach mehreren Besuchen in unterschiedlichen Shoppingcentern entdeckte ich eine Kinokuniya-Filiale und traute meinen Augen nicht: Bücher von James Gomez, Cherian George und vom Oppositionspolitiker Chee Soon Juan, die in Europa nicht zu finden waren, lagen – teuer aber doch – nun vor mir. Lange Zeit verbrachte ich vor dem Regal und blätterte durch unterschiedliche Bücher, bevor ich eine Auswahl traf. Die Blicke der vorbeigehenden Menschen waren dabei schwer zu ignorieren und nach der ersten Euphorie bemerkte ich auch, dass einige Werke nicht im Regal zu finden waren. Lange suchte ich in ganz Singapur nach dem Buch *Once a Jolly Hangman* von Alan Shadrake, das einen kritischen Blick auf die Todesstrafe in Singapur wirft. Finden konnte ich es erst während eines Tagestrips nach Johor Bahru in Malaysia. Das Buch war in Singapur zwar nicht offiziell verboten, es gäbe allerdings eine Liste von Büchern, deren Einkauf Buchgeschäfte besser vermeiden sollten, versicherten mir einige SingapurerInnen. Über eine Grenze fahren zu müssen, um ein bestimmtes Buch zu bekommen, war für mich ein völlig neues Gefühl und die Aufregung beim Passieren der Grenze, als mir meine Begleitung riet, das Buch doch lieber zu verstecken – nur für alle Fälle – bleibt für immer im Gedächtnis.

Das dritte Ereignis oder Erlebnis, das ich noch kurz schildern möchte, betrifft die Arbeit an dieser Diplomarbeit selbst. Nach all der Recherche vor der Abreise war mir klar, dass die singapurischen Behörden von meinem Vorhaben wissen mussten – schließlich war ich in ständigem E-Mail-Kontakt zu James Gomez und anderen Regierungskritikern. Gomez versicherte mir bei einem Treffen in Bangkok dennoch, dass ich mir keine Sorgen machen müsse und mit so vielen regierungskritischen, in der Zivilgesellschaft aktiven Leuten wie möglich sprechen sollte. Er vermittelte mich an etwa zehn Personen, gab mir Namen, E-Mail Adressen und Telefonnummern. Gut gerüstet, aber doch mit einem etwas mulmigen Gefühl, machte ich mich von Bangkok auf den Weg nach Singapur. Die ersten Tage liefen gut – ich kontaktierte so viele Personen wie möglich und machte mich an die Lektüre der neu gefundenen Bücher. Gegen Ende der ersten Woche passierte allerdings etwas Seltsames: Es konnte keine Verbindung zum Internet mit meinem Laptop mehr hergestellt werden. Bei meinen beiden Mitbewohnern gab es dieses Problem nicht, alles funktionierte einwandfrei. Auch mehrere Versuche von einem meiner Mitbewohner, der als Programmierer arbeitet und IT studiert hat, konnten das Verbindungsproblem nicht lösen. Er erkundigte sich bei Kollegen und durchforstete Foren im Internet. Sein Fazit: So etwas

habe er noch nie gesehen, er kann das Problem nicht lösen. Bis heute weiß ich nicht, was mit meinem völlig neuen, bis dahin einwandfrei funktionierenden Laptop geschah, aber die Verbindung zum Internet funktioniert auch heute noch nicht und er befindet sich mittlerweile in Reparatur.

Ob dies nur ein blöder Zufall war, der mir meine Arbeit enorm erschwerte, oder ein Schachzug der Regierung bzw. der zuständigen Behörden, die von meinem Forschungsvorhaben gewusst haben mussten, kann ich nicht beantworten. Der Zufall wäre allerdings ein ziemlich großer.

In dieser Arbeit wird nicht weiter auf die subjektiven Erlebnisse der Verfasserin eingegangen, sie sollten den LeserInnen in dieser Einleitung aber vermitteln, dass die Einschätzungen und Analysen durch Erlebnisse wie diese geprägt wurden.

1.6. Aufbau der Arbeit

In einem ersten Teil dieser Diplomarbeit wird auf das Verhältnis zwischen Internet und Demokratie eingegangen. Hier wird es außerdem notwendig sein, zunächst Demokratie und Autokratie näher zu beschreiben, bevor Argumente die für und gegen ein demokratisierendes Potential des Internets sprechen, vorgestellt werden.

Kapitel 3 widmet sich sodann den Macht- und Herrschaftstechniken bei Michel Foucault. Da diese vor mehr als 30 Jahren verfasst wurden und die Einführung des Internets daher noch Jahre bevorstand, wird außerdem versucht, die Ideen Foucaults in den Kontext von Internet und Singapur zu stellen.

Kapitel 4 behandelt anknüpfend die Geschichte Singapurs ab der Ankunft der Briten auf der Insel bis zur Unabhängigkeit. Die Erlangung der Unabhängigkeit und was in den Jahren nach 1965 geschah, kann nicht beschrieben werden, ohne auf das Wirken von Lee Kuan Yew einzugehen. In diesem Kapitel werden deshalb auch die wichtigsten Ideologien beschrieben, derer sich die herrschende PAP bediente und bedient. Außerdem soll auf die Rolle der Zivilgesellschaft werden und die Frage behandelt werden, weshalb das politische Engagement von Seiten der Bevölkerung nur gering ausfällt. Damit verbunden ist die rechtliche Lage in Singapur, die ebenfalls ein Thema dieses Kapitels sein wird. Abschließend wird noch auf die Geschichte und Rolle der klassischen Medien, vor allem der Presse, eingegangen.

In Kapitel 5 wird es gesondert um den Stellenwert des Internets in Singapur und die bisherigen Entwicklungen gehen.

All diese Teilaspekte sollen eine möglichst breite Basis schaffen, um in Kapitel 6 die geführten Interviews in einen Macht- und Herrschaftstheoretischen Kontext zu bringen, sowie die aktuellsten Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Bevölkerung einzuschätzen.

Den Abschluss der Arbeit bildet die Conclusio, in der noch einmal zusammenfassend auf die wichtigsten Punkte eingegangen wird und die (Teil-)Fragen beantwortet werden.

2. „The Revolution will be twittered“- Das Internet und die demokratische Heilserwartung

*Perfect information. Perfect Democracy. Perfect competition.
Choice for all. (Sun zit. In Lee 2011: 103)*

Bevor mitten in die Debatte über die Demokratieförderlichkeit des Netzes eingestiegen wird, behandelt der erste Abschnitt dieses Kapitels zunächst einige begriffliche Konzeptionen (2.1.). Demokratie ist erstens kein klar definierter und zweitens kein unumstrittener Begriff. Vor allem dann nicht, wenn man sich mit Staaten beschäftigt, die von Institutionen des globalen Nordens – wie etwa Freedom House – als nicht-demokratisch eingestuft werden, diese Einstufung aber als unvereinbar mit ihrem Verständnis von Demokratie sehen. Vor diesem Hintergrund ist die in den 90er Jahren aufkommende Debatte über spezielle asiatische Werte, die nicht mit einer westlich-liberalen Vorstellung von Demokratie vereinbar wären, zu sehen. Einer der Wortführer des „asiatischen Weges“ ist der langjährige Premierminister Singapurs, Lee Kuan Yew. Asiatische Demokratie zeichne sich durch andere Wertvorstellungen aus, so seine Einschätzung.

Aber handelt es sich bei Demokratie nicht um ein normatives Konzept, von dem es eigentlich gar keine Abweichungen und Nuancen geben kann? In aller Knappheit wird die Debatte zu unterschiedlichen Vorstellungen von Demokratie vorgestellt. In Abgrenzung zu Demokratie soll auch der Begriff Autokratie näher beschrieben werden, da Singapur oft dieser Staatsform zugerechnet wird.

Anschließend geht es um die Charakteristika des Internets, die ihm seine demokratisierende Wirkung versichern würden (2.2.): Worin sehen VerfechterInnen der Demokratieförderlichkeit die spezifischen Möglichkeiten und Chancen, die das Internet biete?

Während der erste Teil sehr theoretisch bleibt, folgen im zweiten Teil des Kapitels dann auch praktische Beispiele, die als kritische Antwort auf die These, das Internet verbreite Demokratie, gesehen werden kann (2.3.). Während in einigen Ländern tatsächlich eine Ausweitung der politischen Partizipationsmöglichkeiten beobachtet werden kann, wird das Netz von anderen Regierungen geradezu dafür genutzt, autoritäre Strukturen zu konsolidieren oder auszubauen.

Was gibt es hier für Möglichkeiten für die Regierungen bzw. was bedeutet dies für die Zivilbevölkerung? Die Frage, weshalb Singapur einen solch interessanten Fall darstellt stellt die Überleitung zum nächsten Kapitel dar.

2.1. Von Demokratie und Autokratie

Bevor der Behauptung nach einer vermeintlichen Demokratieförderlichkeit des Netzes nachgegangen werden kann, ist es unerlässlich, zunächst darüber zu reflektieren, was Demokratie bzw. in der Folge Demokratieförderlichkeit heißen könnte.

Fest steht, dass es keinen globalen Konsens dazu gibt, was Demokratie genau ist, wie sie ausgelegt oder praktiziert werden soll (vgl. u.a. Crouch 2008, Kluver 2007: 69). Die oft als neue Ordnungen bezeichneten Staaten in Lateinamerika, Afrika, Asien und im post-sozialistischen Raum weisen zwar wichtige demokratische Attribute vor, unterscheiden sich aber dennoch von Demokratien in den so genannten Industrieländern. Selbst Lehrbücher zu Demokratie nehmen meist davon Abstand, eine genaue Definition abzuliefern. Es ist allerdings festzuhalten, dass der Grundgedanke von Demokratie häufig in einer eurozentristischen Art und Weise beschrieben wird, selten wird auf demokratische Ursprünge außerhalb des globalen Nordens eingegangen (vgl. Schaffar; Ziai 2011: 93f).

2.1.1. Demokratie: ein Begriff, viele Gesichter

Ein Minimalbegriff von Demokratie führt alle Staaten als solche, in denen Wahlen stattfinden. Verwendet man ausschließlich die Abhaltung von Wahlen als Demokratiemerkmal, so sind deutlich über die Hälfte der Länder der Erde demokratisch (vgl. u.a. Crouch 2008: 7).

Diesen Demokratiebegriff, den Demokratieforscher wie Wolfgang Merkel oder Colin Crouch nicht nur als schlank, sondern auch als anspruchslos bezeichnen, verwendet unter anderem der Freedom House-Index für seine quantitative Einordnung von Staaten nach politischen und sozialen Freiheiten. Die Bilanz der Demokratie im 20. Jahrhundert wäre nach einer solchen Klassifizierung eine sensationelle: Während mit Freedom House 1900 noch keine Wahldemokratie auf der Erde existierte, waren es zur Jahrhundertmitte erst 22, 2010 aber schon 120 Länder, die der Index als *electoral democracies* bezeichnet (vgl. Merkel 2003: 16f). Es ergibt sich das Bild, dass sich Demokratie weltweit kontinuierlich ausbreitet und kaum aufzuhalten ist.

Die bekannteste Theorie zur Ausbreitung von Demokratie lieferte Samuel Huntington (ebd. 1991). Huntington zufolge fanden bisher drei Demokratisierungswellen statt. Die

dritte und bisher letzte dieser Wellen setzte 1974 mit der Transition der autoritären Regime in Südeuropa ein, auch die südostasiatischen Demokratiebewegungen werden dieser Welle zugeordnet. Obwohl das Rezept der Ausbreitung von Demokratie so logisch und einfach erschien, ist in letzter Zeit große Skepsis gegenüber dieses Definitions- und Erklärungsmusters entgegengebracht worden.

Vor allem die Länder, die unter der dritten Demokratisierungswelle von Huntington beschrieben wurden, weisen vermehrt autokratische Züge auf - beispielsweise Thailand, aber auch postsozialistische Länder wie Russland oder Weißrussland (siehe Schaffar; Ziai 2011: 97). Kann eine Demokratie also defekt sein oder handelt es sich dann schon um eine Autokratie? Wolfgang Merkel liefert mit seinem Konzept der defekten Demokratie eine mögliche Antwort:

Merkels Basiskonzept ist die rechtsstaatliche Demokratie. In seinem Modell kombiniert der Autor demokratische Faktoren im engeren Sinn (Volkssouveränität) mit Elementen des Verfassungs- und Rechtsstaates: „Es müssen politische Gleichheit, persönliche Freiheit, Partizipation und rechtsstaatlicher Schutz der Bürger, sowie die vertikale und horizontale Kontrolle politischer Herrschaft wirkungsvoll institutionalisiert sein“ (ebd. 2003: 18).

Zentral ist das Funktionieren der vier, von ihm formulierten, Teilregime: Das universelle, demokratische Wahlregime wird durch die politischen Partizipationsrechte, die bürgerlichen Freiheitsrechte, die horizontale Gewaltenkontrolle und durch die effektive Regierungsgewalt nicht nur umrahmt, sondern vielmehr „eingehegt, geschützt und entfaltet“ (ebd. 2003: 19) – Merkel spricht deshalb von einer eingebetteten Demokratie. Jede Demokratie wird aber auch von dem Umfeld beeinflusst, das sich aus ökonomischen Voraussetzungen bzw. sozialer Gerechtigkeit und der Zivilgesellschaft zusammensetzt. Für Merkel sind diese externen Einflüsse für eine Konsolidierung von Demokratie zentral (vgl. ebd. 2003: 57ff).

Wird eines der Teilregime so beschädigt, dass sich die Gesamtlogik der rechtsstaatlichen Demokratie verändern würde, kann man - laut Merkel - nicht mehr von einer rechtsstaatlichen Demokratie sprechen. Darunter versteht der Autor Herrschaftssysteme, die zwar ein einigermaßen funktionierendes Wahlregime vorweisen, durch Störungen in der Funktionslogik der übrigen Teilregime aber die komplementären Stützen verlieren, die in einer funktionierenden Demokratie zur notwendigen Sicherung von Freiheit, Gleichheit und Kontrolle notwendig sind (vgl. ebd. 2003: 23f).

Wird nicht nur eines oder mehrere Teilregime, sondern das fundamentale Kriterium der freien, gleichen und fairen Wahlen verletzt, so kann man laut Merkel gar nicht mehr von Demokratie sprechen.

2.1.2. Autokratie

In Anlehnung an Hans Kelsen beschreibt Merkel, dass alle nicht-demokratischen politischen Systeme Autokratien genannt werden können. Entscheidungsregeln sind in autokratischen Systemen a priori häufig nicht festgelegt; Entscheidungsergebnisse weniger offen als in Demokratien. Da dem Autor diese Definition aber noch zu minimalistisch ist, verdeutlicht er anhand der sechs Kriterien Herrschaftslegitimation, Herrschaftszugang, Herrschaftsmonopol, Herrschaftsstruktur, Herrschaftsanspruch und Herrschaftsweise, wann politische Systeme als autokratisch bezeichnet werden können (vgl. Merkel 2003: 28ff).

Merkel unterscheidet sodann zwischen totalitären und autoritären Systemen. Zu letzteren zählen die von ihm zitierten Freedom House-Indizes (siehe Merkel 2003: 55) und Studien der deutschen Friedrich Ebert Stiftung (ebd. 2003: 73) über Singapur, wobei Merkel an anderer Stelle Singapur auch schon an der Schwelle zu einer defekten Demokratie beschrieb bzw. als semi-autoritär klassifizierte (vgl. ebd. 2003: 88). Da es sich bei Ländern, die als autoritär eingestuft werden, oft um die Staaten handelt, in denen die Forcierung von Internetanschlüssen als demokratiebringend angesehen wird⁷, folgt nun eine knappe Beschreibung, welche Merkmale autoritäre Regime bei Merkel aufweisen⁸:

Die politischen Machtverhältnisse liegen in autoritären Systemen unmissverständlich beim Staat, der über das Gewaltmonopol verfügt. Die restriktive Haltung zur Pluralisierung und Liberalisierung der Gesellschaft wird unter anderem in Singapur und Malaysia mit dem Begriff „asiatische Werte“ beschrieben. Merkel vermutet allerdings, dass dieser Begriff vor allem der Selbstlegitimation und dem Machterhalt der Führungsschicht diene (ebd. 2003: 75).

Eine organisierte gesellschaftliche Gegenbewegung ist in den meisten autokratischen Regimen nicht vorhanden; Merkel erwähnt hier explizit das Beispiel Singapur, wo die finanzielle Unterstützung einheimischer Nichtregierungsorganisationen aus dem Ausland

⁷ Diese Ansicht vertreten vor allem „demokratiebringenden“ Akteure EU, USA, UNO und diverse Nichtregierungsorganisationen.

⁸ In der folgenden Beschreibung der Merkmale autoritärer Regime wird nur am Rande auf Singapur eingegangen. Eine genauere Einschätzung finden Sie in Kapitel 4.

verboten (ebd. 2003: 75), und den Organisationen somit die Arbeit bzw. die Existenz stark erschwert wurde.

Menschenrechte gelten in den Ländern, die autoritären Systemen zugeordnet werden, nur eingeschränkt: Versammlungs- und Meinungsfreiheit gelten entweder unter strikten Bedingungen oder gar nicht. Repression ist weit verbreitet, tritt allerdings oft nicht offen, sondern auf subtilere Weise - wie zum Beispiel in Form von Verleumdungsklagen - auf. In vielen der Länder sind zwar Grundzüge rechtsstaatlicher Strukturen vorhanden, allerdings werden sie oft nur schwach ausgebaut. Singapur, wo eine legitime Rechtssetzung sowie ein Verfassungsgericht existieren, stellt hier eine Ausnahme dar (vgl. Merkel 2003: 76f).

Die als autokratisch eingestuften Staaten stimmen dieser Kategorisierung natürlich nicht zu. Dabei stützt sich vor allem Singapurs langjähriger Premierminister Lee Kuan Yew auf die Argumentation, dass die „westlichen Werte“ nicht mit „asiatischen Werten“ und Vorstellungen vereinbar wären. Lee hob diesen Unterschied unzählige Male hervor, wie in diesem Zitat aus seiner Ansprache zum Nationalfeiertag von 1986, in der er fragte: „What are our priorities? First, the welfare, the survival of the people. Then, democratic norms and processes which from time to time we have to suspend“ (siehe: Singaporerebel 2008).

2.1.3. Asiatische Demokratie – ein Oxymoron?

Im Hinblick auf asiatische Länder zieht Samuel Huntington in seiner Theorie der wellenförmigen Ausbreitung von Demokratie einen kritischen Schluss. Ihm zufolge ist eine Ausbreitung von Demokratie in diesem Teil der Erde besonders schwierig, da sich Konfuzianismus als strukturelles Hindernis herausstelle. Auch wenn Länder in (Ost-) Asien dieses Hindernis bewältigen und es zu einer Demokratisierung kommt, ist dies für Huntington immer noch bloß als eine „Abweichung“ von Demokratie anzusehen (siehe In 2004: 146 bzw. Huntington 1991). Nicht nur, aber vor allem in Asien sorgte diese Einschätzung natürlich für Kritik. Kang Jung In merkt beispielsweise an, dass Huntington den Demokratisierungsprozess in (Ost-) Asien missverstehe und wirft ihm Eurozentrismus vor.

Vor dem Hintergrund der Frage, ob es eine spezifisch asiatische Demokratie⁹ gibt, ist auch die Debatte um so genannte „asiatische Werte“ zu sehen. Unter „asiatischen Werten“ wird hauptsächlich verstanden, dass die asiatische Gesellschaft dem Kollektiv einen höheren

⁹ Ein weiterer zentraler Kritikpunkt ist natürlich, dass „Asien“ eine Vielzahl von Staaten und Religionen umfasst. Die Gleichsetzung von Konfuzianismus mit Asien ist daher irreführend.

Wert zuspreche, als dem Individuum. KritikerInnen merken an, dass die Betonung von kollektiven Werten autoritäre Tendenzen und Eigeninteresse der herrschenden politischen Klassen verschleierte (z.b. Merkel 2003: 90ff).

Für Chua Beng Huat stellt Singapur ein Paradebeispiel in dieser ideologischen Debatte dar (ebd. 2004: 101). Kommunitarismus dient als zentrale Idee, auf der die Gesellschaft aufbaut: Um eine „Westernisierung“ (Lee 2011: 54) – sprich Individualisierung¹⁰ - der Bevölkerung aufzuhalten, wurden moralische Erziehung und auch Religion in den singapurischen Schulunterricht eingebunden. Die Idee eines singapurischen Konfuzianismus wurde dafür regelrecht erfunden, wie Terence Lee betont (siehe ebd. 2011: 5).

Tatsächlich beschreiben einige AutorInnen den höheren Wert von Familie bzw. dem Kollektiv, sowie die klar definierten hierarchischen Beziehungen im Konfuzianismus - sprechen ihm deshalb aber nicht seine demokratischen Qualitäten ab (z.b. Chua 2004; In 2004; Bauer, Bell 1999). Dennoch ist es oft nur ein schmaler Grat zwischen Kommunitarismus auf der einen, und autoritären Praktiken auf der anderen Seite (siehe Chua 2004: 107).

Die Debatte um spezielle asiatische Werte spielt auch für die Medien, und damit für den Gegenstandsbereich dieser Arbeit eine zentrale Rolle. Viele, vor allem westliche, BeobachterInnen der Medienberichterstattung in Südost-Asien sehen in dieser Region ein spezielles Modell von Journalismus, das *development journalism* genannt wird. „These terms refer to a preference for stories that support good government and emphasise consensus and harmony“, merkt Cherian George an (ebd. 2012: 51f). Der Medienwissenschaftler, der selber lange Zeit als Journalist bei Singapurs führender Tageszeitung *The Straits Times* tätig war, geht bei der Frage, ob es einen speziellen, den konfuzianischen Werten gehorchenden Journalismus gibt, dabei auf seine eigenen Erfahrungen ein:

When I joined the organisation full time, I had my share of practising what others might label as „developmental“ or „Asian values“ journalism, serving as a partner of good government. I wrote editorials supporting government policies, news reports amplifying ministers' speeches and human interest stories that served as parables for various on-going official campaigns. I did not consider such work to be unrespectable, as I generally agreed with my editors who felt that one of the legitimate roles of The Straits Times was to help communicate sound policies to the public, at least until they were proven unsound (George 2012: 53).

¹⁰ Die Wortführer der „asiatischen Werte“ wiesen vor allem auf die hohen Raten von Verbrechen, Drogenabhängigkeit und Scheidung als Beweise für die negativen Auswirkungen von Individualismus an (siehe Chua 2004: 107).

Während der Autor zum Schluss kommt, dass es definitiv Spezifika in der singapurischen Medienlandschaft gibt, die im Westen so nicht vorstellbar wären, betont er, dass es für den Erfolg der PAP aber gerade wichtig ist, dass die Bevölkerung die Medien nicht als Sprachrohr der Regierung sieht. Eine Besonderheit in der singapurischen Medienlandschaft sind sicherlich die *out of bounds – marker (OB-marker)*, die gewisse Tabubereiche markieren, über die nicht berichtet werden sollte. Eine klare Definition, wo diese Tabubereiche beginnen, gibt es allerdings nicht.

In einer nicht-eurozentristischen Sichtweise auf asiatische Regierungssysteme sollte die koloniale Vergangenheit in die Analyse miteinbezogen werden. Die Vorzeichen für die Etablierung von Demokratie waren und sind andere, als dies in Westeuropa der Fall war. Inoue Tatsuo nennt dies den „historisch-psychologischen Hintergrund“, der die Menschen mit ambivalenten Gefühlen dem Westen und den westlichen Wertvorstellungen gegenüber zurückließ (ebd. 1999: 28f). Auch in Chuas Text, in dem sich der Autor fragt, ob eine nicht-autoritäre Lesart der „asiatischen Werte“ möglich ist, wird die Wichtigkeit der kolonialen Vergangenheit in asiatischen Ländern hervorgehoben. Für den Autor liegt darin sogar die Begründung für Repressionen und Autoritarismus in Asien (ebd. 2004: 102).

2.2. Klick für Klick zur Demokratie

Frühjahr 2011 – Veränderung liegt in der Luft. Selbst hier, tausende Kilometer weit weg von den eigentlichen Schauplätzen in den Wohnzimmern Mitteleuropas, bekommt man dieses Gefühl jeden Abend durch die Nachrichtenberichte und Reportagen der Medien vermittelt. Man sieht hunderttausende Menschen - wütend und laut ziehen sie durch die Straßen Tunesiens und Ägyptens – und fühlt sich durch irgendetwas verbunden. In vielen anderen Staaten kommt es zu ähnlichen Aufständen. Die Worte, die die Bilder der Menschen jeden Abend in den Nachrichten begleiten, sind nicht selten *Twitter*, *Facebook* oder *Youtube*. Ein paar Klicks machen es möglich und schon ist man inmitten des Tahrir-Platzes und hört die Parolen der Demonstranten. Auf Facebook kann man der Gruppe *We are all Khaled Said* beitreten, wie dies viele ÄgypterInnen getan haben, bevor es zu den ersten Protesten kam und auf Twitter wird man buchstäblich von den Eindrücken und Kommentaren zum Arabischen Frühling überflutet – im Sekundentakt kommen neue Kurznachrichten hinzu.

Nachdem die Demonstrationen, Ausschreitungen, Umstürze und Kämpfe in Nordafrika keineswegs nur auf die Frühlingsmonate beschränkt waren, und mit den *Occupy*-Protesten und den Demonstrationen aufgebrachter BürgerInnen in Spanien oder Griechenland

scheinbar auch Europa von einer Welle der Empörung getroffen wurde, verwunderte es kaum jemanden, dass nachdem 2006 das *You* zur Person des Jahres im Time Magazine gekürt wurde, die Wahl 2011 auf eine ähnlich schwer zu definierende Persönlichkeit fiel: *The Protestor*.

Er oder sie wird dabei dadurch charakterisiert, dass man sich Online organisiert, Videos von Demonstrationen auf *Youtube* postet oder Neuigkeiten und Updates *tweeted*. Bewaffnet mit Mobiltelefonen und Smartphones vernetzt man sich mit den anderen *Protestors*, auf Blogs liest man, was die Massenmedien verschweigen und dank Proxyservern kann „der Demonstrant“ den Zensur-Versuchen der Regierungen entkommen (vgl. Time Magazine 2011).

Schon einige Monate vor den Ereignissen in Nordafrika - nämlich zu den Wahlen im Iran 2009 - konnte man in vielen Medien von einer so genannten *Twitterrevolution* lesen, die von statten geht.

"Cyberspace was buzzing with information that there was to be a demonstration from this square to that square. As a result if there is a leadership... it is really the networking that the internet has made possible", resümiert Hamid Dabashi beispielsweise in einem Artikel der BBC News. Aber auch in den Vereinigten Staaten und im deutschsprachigen Raum sprangen Medien auf den Zug der *Twitterrevolution* auf ¹¹.

Die Medienberichterstattung kann dabei leicht dazu verleiten, sich zu fragen, ob es wirklich nicht mehr braucht als einen Twitter- oder Facebook- Account, um Diktatoren zu stürzen. Die Erwartung an eine Demokratisierung durch das Internet ist aber keineswegs auf die Etablierung sozialer Netzwerke wie Facebook oder Twitter zu datieren. Schon seit der Einführung des *World Wide Web* vor nun mehr als zwei Jahrzehnten befeuert das Netz eine Art „demokratische Heilserwartung“ und davor war es die Etablierung anderer „neuer“ Medien, wie etwa dem Telefon oder von Audiokassetten, welche die Hoffnung an eine verbesserte Repräsentation, einen besseren Austausch und schließlich an einen höheren Grad an Demokratie begründeten.

¹¹ Zum Beispiel im Time Magazine (2009): „Iran Protests: Twitter, the Medium of the Moment“, The Washington Times (2009): „Iran’s Twitter revolution“ oder in der deutschen Wochenzeitschrift Der Spiegel (2009): „Ahmadinedschad-Gegner umgehen Zensur im Netz“.

2.2.1. Eine Architektur für die Freiheit...

Dass es einen direkten Zusammenhang zwischen Internetanschluss und politischer Freiheit gibt, versichern PolitikerInnen wie WissenschaftlerInnen. Eine der euphorischsten Prognosen über den Stellenwert des Internets und die Unmöglichkeit dieses in die Schranken zu weisen stammt vom US-amerikanischen Ex-Präsidenten Bill Clinton:

Im neuen Jahrhundert wird sich die Freiheit über das Handy und das Modem verbreiten. Wir wissen, wie sehr das Internet Amerika verändert hat, und wir sind bereits eine offene Gesellschaft. Stellen Sie sich nur vor, wie sehr das Internet dann erst China verändern könnte. Es ist keine Frage, dass China versucht, das Netz zu kontrollieren. Viel Glück! Das ist, als wolle man einen Pudding an die Wand nageln (Clinton zitiert in Schaffar 2010: 4).

Die Aussage Clintons stammt aus dem Jahr 1998 - was dazu verleitet, sie als eine frühe Überschätzung des Internets abzuwerten. Allerdings kann man solche Aussagen auch heute noch finden, wie beispielsweise in dieser Analyse aus der renommierten Schweizer Tageszeitung NZZ:

Das Internet erlaubt mehr Wettbewerb und mehr Demokratie. Mehr Wettbewerb darum, weil es mehr Produzenten gibt. Mehr Demokratie darum, weil alle ihren Einfluss geltend machen können, unabhängig von Herkunft, Kontostand, Beziehungsnetz. Wer seine Stimme erhebt, erreicht durch das Internet die zumindest potenzielle Weltöffentlichkeit. (NZZ Online 2009).

Eine lange Liste solcher Lobeshymnen auf das Internet liefert der Weißrusse Evgeny Morozov in seinem 2011 erschienen Buch *The Net Delusion. How not to liberate the World*. Wie der Titel schon verrät, handelt es sich dabei um eine kritische Auseinandersetzung mit den vermeintlichen Demokratiequalitäten des Internets. Bei Morozov wird die Heilserwartung als *Cyber-Utopismus* bezeichnet und Menschen, die das Internet automatisch als demokratieförderlich bezeichnen, nennt der Autor *Internet-Zentristen*. Für die Verfechter der Demokratieförderlichkeit des Netzes gibt es viele Namen – bei Indrajit Banerjee heißen sie beispielsweise *Teledemocrats* (ebd. 2007: 21).

Wie auch immer sie genannt werden - Ihnen gemein ist die Ansicht, dass die Architektur der Technologie Entwicklungen zulässt, die als demokratisierend beschrieben werden können: Partizipation, Austausch, Information, freie Meinungsäußerung, und so weiter.

Wie begründen *Internet-Zentristen* und *Teledemocrats* aber ihre Ansichten?

Eines der frühesten und meistgenannten Argumente, die für den demokratisierenden Effekt des Internets sprechen, liegt in den technischen Eigenschaftendes Netzes begründet.

Randolph Kluver nennt diese die „inhärenten Charakteristika“, die dafür sorgen, dass Machthierarchien aufgebrochen werden, es zu einer Dezentralisierung kommt und so neue

politische Konfigurationen möglich werden (ebd. 2007:66). Die Informationshierarchie, die charakteristisch für traditionelle Medien ist, aufzubrechen nennt auch Indrajit Banerjee¹² als eine der Erwartungen an die technische Architektur des Internets, die die meisten UnterstützerInnen der Heilserwartung angeben.

Das Internet ermöglicht den Zugang zu Information für eine breite Masse - nicht nur können von den Mainstream-Medien abweichende Meinungen gefunden werden, die BürgerInnen können Online selbst Inhalte produzieren (Banerjee 2006:25f). Dies stellt eine weitere

Eigenschaft dar, die die Architektur des Netzes mit sich bringt: Interaktivität: Um beim Vergleich zwischen den traditionellen Medien und dem Internet zu bleiben, merkt Banerjee an, dass es im Gegensatz zum Informationsfluss in den klassischen Medien¹³ im Internet keine Grenzen für Rückmeldungen und Partizipation gibt. Es kommt zur Transformation von bloßen RezipientInnen zu ProduzentInnen - jeder und jede mit Internetanschluss kann partizipieren und seine Meinung online kundtun (ebd. 2006: 27).

Vor allem für die Zivilgesellschaft und für alternative Perspektiven, Organisationen und Gemeinschaften biete die interaktive Natur des Netzes einen neuen Raum für Austausch und Engagement, der sich offline dann in Transformation auswirken kann (vgl. Kluver 2007:67f).

Eine weitere wichtige Facette in der Begründung des demokratischen Potenzials des Internets stellt Globalität dar: Die dezentrale Architektur Sorge demnach nicht nur für egalitäre Informationsflüsse und Interaktivität, sondern auch für ein Aufbrechen von räumlich-zeitlichen Grenzen. BürgerInnen in undemokratischen Staaten werden im Internet mit westlich-demokratischen Wertvorstellungen konfrontiert; außerdem können auf Grund des globalen Informationsflusses nationale bzw. lokale Informationsfilter oder Kontrollversuche umgangen werden - so die weitere Argumentation (vgl. Banerjee 2006: 29f, Kluver 2007: 67).

Für Kluver besagt diese Argumentationslinie, die er „free flow of information“-Position nennt (ebd. 2007: 67), dass auf Grund der überwältigenden Menge und Fülle an Information staatliche oder korporative Kontrolle verunmöglicht werde.

¹² Banerjee vertritt dabei nicht selber diese Ansichten sondern liefert eine Auflistung von Gründen die für eine Demokratieförderlichkeit des Internets angegeben werden.

¹³ In den traditionellen Medien findet der Informationsfluss von einem Punkt oder Zentrum zu den Empfängern. Der Fluss ist einseitig, Möglichkeiten für Feedback oder Austausch bestehen nur geringfügig (z.b. Leserbrief).

Das letzte Charakteristikum, welches das Netz vorweise, ist die schon zu Beginn im Zitat von Bill Clinton anklingende Unmöglichkeit von Zensur oder Kontrolle – es übe gar einen Schneeballeffekt aus:

The Internet and associated technology is like a snowball which is rolling and getting bigger. It gives everyone a voice, which is why it will still be going when those who seek to regulate it will have departed the scene (Robbles zitiert in Banerjee 2007: 39f).

2.2.2. ... und für emanzipatorisches Verhalten?

Die eben beschriebene technische Architektur, die für viele BeobachterInnen eine demokratisierende Wirkung des Internets versichert, führt zu einer zweiten Legitimationsebene: Die technischen Eigenschaften des Netzes hätten eine inhärente politische Wirkung; die Technik verändere das menschliche Verhalten. Die Lösung hört sich simpel an: die Etablierung des Internets verändert die Masse der Bevölkerung so stark, dass ein Aufschrei - ein Umschwung - in Richtung Demokratie gar nicht mehr aufzuhalten wäre. Das wird auch im eben beschriebenen Zitat von Robbles deutlich, in dem er nicht nur beschreibt, dass diejenigen, die versuchen das Internet zu zensieren von der Bildfläche verschwinden, sondern auch, dass das Internet jedem eine Stimme gibt.

Die vermeintlich politisierende Wirkung interessiert auch den singapurischen Medienwissenschaftler Cherian George in seiner Untersuchung über den politischen Einfluss des Internets in Singapur und Malaysia (vgl. George 2005). Die Betrachtung der beiden Nachbarstaaten ist deshalb interessant, weil sich Singapur zwar durch eine viel höhere Durchdringung auszeichnet¹⁴, die Auswirkungen auf das politische Feld aber um einiges geringer sind als in Malaysia. Diese Tatsache widerspricht der Annahme, dass das Internet für ein emanzipatorisches Verhalten Sorge.

George konzentriert sich in seiner Untersuchung dabei auf den *political contentious journalism* – also auf politische Berichterstattung – und möchte dabei die These hinterfragen, dass das Internet die Kommunikation demokratisiere (siehe ebd. 2005: 904).

Für den Autor weisen die beiden Staaten das gleiche politische System auf: Keine liberale Demokratie im westlichen Sinne, die Exekutive dominiert die Legislative und die Judikative, abweichende Meinungen und Oppositionsparteien sind nicht verboten, werden aber in ihrer Arbeit zusehends behindert (ebd. 2005: 905). Staatliche Medienkontrolle ist in beiden Ländern ein zentrales Thema (906), dennoch sind die malaiischen Websites laut

¹⁴ Genaue Angaben zum Stellenwert des Internets in Singapur bzw. die aktuellen Durchdringungszahlen werden im nächsten Kapitel dargestellt.

George weiter entwickelt und professioneller, sie werden häufiger aktualisiert und genießen eine größere Unterstützung bzw. Nachfrage aus der Bevölkerung (vgl. George 2005: 909).

Die Gründe für diese Differenz sieht der Autor nicht darin, dass in Malaysia weniger Kontrolle herrscht, sondern in der Art und Weise, wie die beiden Staaten Kontrolle anwenden. Effektive, vorbeugende Maßnahmen reduzieren die Anwendung von „after-the-fact-punishment“, das „uglier and more public“ ist (George 2005: 914) und sind somit zielführender – im Sinne des Machterhalts autoritärer Regime.

George schlussfolgert, dass technologische Faktoren nicht der Grund für die Unterschiede zwischen Singapur und Malaysia sind. Die Interaktion im Netz ist auch an andere Dinge wie „Face-to-Face“-Interaktion und an die traditionellen Medien gebunden. Auch wenn der Großteil der Bevölkerung keinen Zugang zu Internet hat, kann es dennoch große Auswirkungen haben, wenn es in die richtigen bzw. falschen Hände gerät (George 2005: 915f).

Der Autor beantwortet die Frage, ob das Internet demokratisierend auf Kommunikation wirkt deshalb damit, dass die Beziehung zwischen dem Internet, genauer gesagt den Neuen Medien, und politischen Akteuren zu dynamisch ist um kausale Erklärungen abzuliefern (ebd. 2005: 917).

Mit der Soziologin Saskia Sassen kann der Blick schließlich noch auf die Rolle privater Konzerne (corporate actors) im Raum Internet lenken.

Sassen sieht den Unternehmenssektor neben der Zivilgesellschaft als zweiten Akteur im Netz an. Der elektronische Raum ist demnach nicht nur ein Schauplatz, der für Kommunikation genutzt werden kann, Sassen beschreibt ihn als einen „Hauptschauplatz für die Kapitalakkumulierung“ (ebd. 2002: 102). Auch sie verweist auf die „romantischen“ Vorstellungen von Internet als dezentralem Machtraum, der die Möglichkeit autoritärer oder monopolistischer Kontrolle stark einschränke – in den letzten Jahren könne aber beobachtet werden, dass sich das Netz zusehends zu einem Raum des Verdrängungskampfes und der Segmentierung entwickelte: die Entdeckung des elektronischen Raumes für die Wirtschaft und die damit verbundenen Bemühungen, mit der Entwicklung von Software aus den Eigenschaften des Internets und durch Ausweitung des Copyrights Kapital zu schlagen, stellen aber das genaue Gegenteil der dezentralen Charakteristika des Netzes dar. Ein großer Teil der privaten Computernetzwerke spiegle

eher Hierarchie als dezentrale Macht wider (vgl. ebd. 2002: 102f). Das um ein vielfaches erhöhte Volumen der globalen Finanzmärkte hat zur Folge, dass der Weltkapitalmarkt selbst die Macht besitzt, Regierungen zu disziplinieren (Sassen 2002: 106). Sassen sieht das Internet als umkämpften Raum, der zwar noch frei ist; die dezentrale Macht aber als bedroht sieht (111).

Die Verbindung zwischen Internetanschluss und Demokratie erweist sich als nicht so linear wie von den „Internet-Zentristen“ angenommen. Das Ergebnis von George war nur ein Beispiel, das dies unterstreicht. Sind Statements wie das von Clinton oder Robbles zu plakativ und vereinfachend? Und bedeutet dies vielleicht sogar das Gegenteil, nämlich dass das Internet die Demokratie nicht fördert, sondern sogar hindert?

2.3. Die Kehrseite der Medaille

Während in einigen Ländern tatsächlich eine Ausweitung der politischen Partizipationsmöglichkeiten beobachtet werden kann, wird das Netz von anderen Regierungen geradezu dafür genutzt, autoritäre Strukturen zu konsolidieren oder auszubauen. Schon Kalathil und Boas kamen in ihrer Studie 2003 zu einem ernüchternden Ergebnis: Die demokratisierenden Effekte blieben weitgehend aus (Boas; Kalathil 2003).

Zu einem ähnlichen Schluss kommen auch Gan, Gomez und Johannes in ihrer Studie aus dem Jahr 2004, in der sie den Umgang mit dem Internet in verschiedenen Staaten Südostasiens untersuchten. Ihr Fazit: In den Ländern, in denen keine demokratische Tradition vorherrscht, ändert auch die Verbreitung des Netzes kaum etwas an den autoritären Zuständen – im Gegenteil: Je demokratischer ein Staat, desto mehr profitiert er von der Technologie. Autoritäre Staaten würden aber in ihrer Entwicklung zurückfallen - so kommt es zu einem „democratic divide“ zwischen den Staaten (vgl. Schaffar 2010: 6).

Die *Grüne Revolution* im Iran 2009, die vor allem im Westen schnell zur *Twitterrevolution* avancierte, illustriert, wie auch autoritäre Regime vom Internet profitieren können.

Bekanntlich war die *Grüne Revolution* trotz des hohen Grades an Mobilisierung schlussendlich gescheitert– Ahmadinedschad und die Revolutionsgarden blieben an der Macht. Nicht nur liegen die Gründe dafür im Internet, dennoch wurde im Iran erstmals deutlich, dass das Netz keineswegs nur den Dissidenten gehört. Auch das Regime und der Klerus wussten mit einem Computer umzugehen, und konnten ebenso wie die Demonstranten Informationen zu ihren Gunsten verbreiten (siehe Posch 2010: 20f). Posch

spricht sogar von einem Krieg, der sich im Netz abspielte: Die Demonstranten hätten dabei nie eine wirkliche Chance gehabt, diesen *cyber war* gegen die Regierung zu gewinnen. Das Regime tauchte unter anderem selber in die sozialen Netzwerke ein, um Aufständische aufzuspüren, aber auch um talentierte, potenzielle Anführer auszuschalten und der Bewegung so den Wind aus den Segeln zu nehmen (Posch 2010: 21). Bei dem Ausdruck *cyber war* handelt es sich dabei keineswegs um eine Polemisierung des Autors - es gab einen eigens eingesetzten „Technical and Cyber War Director“ der sich sein Team zusammenstellte. Gut vorbereitet konnten so die meisten Seiten der „Grünen“, sowie die sozialen Netzwerke „abgeschaltet“ werden. 2010 waren nur noch wenige Seiten der Opposition im Netz aufrufbar (Posch 2010:22). Ähnliche Vorkommnisse konnte man auch in unterschiedlichen Ländern des Arabischen Frühling beobachten, wo vor allem die Abschaltung des Internets in Ägypten für Schlagzeilen sorgte¹⁵.

Ein Blick nach Asien, wo es laut Schaffar nicht nur zur Beibehaltung, sondern teilweise sogar zum Ausbau autoritärer Regime kam, sorgt bei vielen KommentatorInnen nicht nur für Zweifel an der demokratischen Qualität des Internets, sondern gar für Pessimismus (beispielsweise Schaffar 2010: 1).

Wie politisch umkämpft die Nutzung des Netzes dort oft ist, zeigt sich deutlich an der Auseinandersetzung zwischen internetbasierten, politischen Gruppen oder Individuen und den verantwortlichen Behörden. In Singapur ist es etwa die Debatte um einen „Verhaltenscodex im Internet“, die seit Monaten die Medien beherrscht, in Malaysia wurde erst kürzlich das Büro der größten alternativen Onlinenachrichten *Malaysiakini* von 15 Polizisten gestürmt und untersucht (Malaysiakini 2012). Grund dafür ist die andere Perspektive auf Medien generell.

Der Südostasiatische Stadtstaat Singapur scheint sich Morozovs Einschätzung, dass das effektivste System nicht das mit der aufwändigsten Zensur, sondern das System oder Regime ist, das gar keine Zensur nötig hat (ebd. 2011: 58), zum Leitmotiv genommen zu haben.

Es kommt zu keiner Abschaltung des Internets wie in Ägypten, zu keiner offenen Anwendung von Gewalt, wie im iranischen *cyber-war* und zu keiner offensichtlichen Kontrolle beispielsweise durch den Einsatz von Firewalls, wie in China.

¹⁵ Unter anderem indymedia 2011.

In Singapur kann man (fast) alles googlen; man hat zu Facebook ebenso Zugriff wie zu Twitter oder anderen sozialen Netzwerken und regierungskritischen Blogs und dennoch schafft es die Peoples Action Party (PAP), an der Macht zu bleiben und kritischen Oppositionsparteien keinen Raum zu lassen.

Die Frage, wie dies möglich ist, beschäftigt viele ForscherInnen. Im folgenden Kapitel wird versucht mit Michel Foucault zunächst eine theoretische Grundlage für den Machterhalt der PAP zu beschreiben, bevor ich anschließend frage, ob die von ihm formulierte Kunst des Regierens auch auf das Netz umgemünzt werden kann.

3. Macht- und Herrschaftstechniken bei Michel Foucault

Ich werde dir die Möglichkeit zur Freiheit bereitstellen. Ich werde es so einrichten, dass du frei bist, frei zu sein. (Foucault 2004: 97)

Die Arbeit des französischen Philosophen Michel Foucault zu Fragen von Macht- und Herrschaftstechniken zeichnet sich „durch eine weitreichende Offenheit und niemals abgeschlossene Dynamik aus, die konzeptionelle und begriffliche Veränderungen, Diskontinuitäten und Brüche mit sich zieht“ (Frankenberger 2007: 158). Eine weitere Besonderheit ist, dass Foucault Macht nicht mit Zwang gleichsetzt und somit negativ konnotiert, sondern das produktive und ideenreiche Potential dieser betont (vgl. ebd. 2007: 157).

Foucault interessiert sich nicht dafür, was Macht ist oder wer sie besitzt – vielmehr lautet für ihn die Frage, wie und wodurch Macht ausgeübt wird. Es sind die Machtverhältnisse, die Relationen, die im Zentrum seiner Überlegungen stehen.

Auf Grund des Umfangs und der besagten Brüche und Diskontinuitäten in Foucaults Werk wäre es möglich, die Seiten dieser Arbeit ausschließlich mit Foucaults Ideen zu Macht und Herrschaft zu füllen. Ich werde mich deshalb meistens auf Autoren von Sekundärliteratur beschränken, die Foucaults Werk viel besser zusammenfassen und analysieren, als es mir an dieser Stelle möglich wäre. Besonders Thomas Lemke hat mit seinen Büchern zu Foucault und dessen Arbeit großartige Beiträge geliefert, die durch Genauigkeit und vor allem durch die Verwendung bisher unveröffentlichter Texte des Philosophen bestechen.

Inhaltlich werde ich mich auf die Zeit einschränken, in der Foucault sich dem Begriff der „Regierung“ widmete – dem Liberalismus. Es ist vor allem die Regierungskunst, die später als analytisches Instrument für die Einschätzung der Situation in Singapur dient. Warum es in Singapur verhältnismäßig wenig Widerstand gegen die Regierung gibt und zivilgesellschaftliche Organisationen kaum existieren, kann meiner Meinung nach nicht damit erklärt werden, dass SingapurInnen einfach passiv und lethargisch wären – dies betont auch Lee (2011: 87).

Um einen Erklärungsansatz zu finden, der über solche Einschätzungen hinausgeht, ist es daher wichtig danach zu fragen, wie Macht und Herrschaft wirken, wie sie zu unterscheiden sind und auch wo Machtverhältnisse überall wirken.

In der Vorlesungsreihe, die 1978 am *Collège de France* zum Thema „Genealogie des modernen Staates“ begann, standen eigentlich „Sicherheit, Gebiet und Bevölkerung“ – so der ursprüngliche Titel der Vorlesungen – im Mittelpunkt. Im Laufe der Sitzungen wurde aber immer offensichtlicher, dass dem Begriff „Regierung“ zentrale Bedeutung zukommt. In der vierten Vorlesung beschloss Michel Foucault schließlich, den Titel der Vorlesungen in „Geschichte der Gouvernamentalität“ zu ändern und somit seine neue „Forschungsrichtung“ zu präsentieren (vgl. Lemke 1997: 144, Bröckling; Krasmann; Lemke 2000: 9f).

Lemke interpretiert den Begriff „Gouvernamentalität“ als einen Neologismus, der sich aus Regieren (*gouverner*) und Denkweise (*mentalité*) (ebd. 1997: 146) zusammensetzt.

Foucault versteht unter Gouvernamentalität dreierlei:

Zunächst meint er damit „(...) die aus den Institutionen, den Vorgängen, Analysen und Reflexionen, den Berechnungen und den Taktiken gebildete Gesamtheit, welche es erlauben, diese recht spezifische, wenn auch sehr komplexe Form der Macht auszuüben, die als Hauptzielscheibe die Bevölkerung, als wichtigste Wissensform die politische Ökonomie und als wesentliches Instrument die Sicherheitsdispositive hat“ (Foucault zit. In Frankenberger 2007: 162). Hier wird bereits die Bedeutung der heterogenen Einheit von Macht, Wissen und Subjektivität deutlich, die uns in diesem Kapitel noch öfter begegnen wird.

Den zweiten Bereich des Konzepts Gouvernamentalität bilden die Entstehung, sowie die Struktur und die Funktionslogik von Regierungstechnologien (vgl. ebd. 2007: 162).

Die Geschichte der Gouvernamentalität bildet den dritten Schwerpunkt in Foucaults Analysen: Foucault meint hier vor allem den Transformationsprozess, durch den der mittelalterliche Staat zunächst zum Verwaltungsstaat wurde und sich nach und nach „gouvernementalisiert“ hat (vgl. Frankenberger 2007: 162).

Für diese Arbeit wird bei diesem letzten Schwerpunkt begonnen, bevor eine Überleitung zu den Eigenschaften von „Regierung“ bei Foucault unternommen wird und gegen Ende des Kapitels auf die Regierungsrationalitäten und politischen Technologien in Singapur eingegangen wird.

3.1. Geschichte der Gouvernamentalität

In der historischen Analyse des Staates und damit der Gouvernamentalität greift Foucault zunächst auf das weite Bedeutungsfeld von Regierung zurück. Im Mittelalter war Regierung weder mit staatlichen Institutionen identisch, noch ausschließlich auf das politische System beschränkt – mit dem wir es heute oft assoziieren. Vielmehr bezog sich Regierung auf die unterschiedlichsten Formen der Führung von Menschen. Foucault unterscheidet deshalb zwischen der „Problematik des Regierens im Allgemeinen“ und der „Regierung in ihrer politischen Form“ (Bröckling; Krasmann; Lemke 2000: 42). Regierung verweist also auf zahlreiche und unterschiedliche Handlungsformen und Praxisfelder, die in vielfältiger Weise auf die Lenkung, Kontrolle und Leitung von Individuen und Kollektiven zielen und gleichermaßen Formen der Selbstführung wie Techniken der Fremd-Führung umfassen (Lemke Online: 2).

Die Verbindung zwischen Fremd- und Selbstführung ist eine Besonderheit der foucault'schen Analytik. Bevor der zentrale Begriff der Regierung aber näher behandelt wird, folgt nun eine kurze Zusammenfassung der Geschichte der Gouvernamentalität, wie sie Foucault beschreibt.

Für Foucault entstand der moderne (westliche) Staat aus einer Verbindung zwischen „politischen“ und „pastoralen“ Machttechniken. Mit der Pastoralmacht bezeichnet er eine christlich-religiöse Beziehung unter den Menschen, angelehnt an die Beziehung zwischen Hirt und Herde. Im Mittelpunkt steht dabei die „Regierung der Seelen“ – die Führung der Individuen im Hinblick auf jenseitiges Heil.

Neben der Institutionalisierung der Beichte etabliert das Christentum die Instanz reinen Gehorsams. Anders als bei den Griechen und Römern fungiert Gehorsam hier nicht länger als ein Instrument, um bestimmte Tugenden zu erlangen, sondern wird selbst zur Tugend: Man gehorcht um in den Zustand des Gehorchens zu gelangen (Bröckling; Krasmann; Lemke 2000: 11).

Im Laufe des 16. und 17. Jahrhunderts wurden die im Christentum entwickelten Führungstechniken durch Entwicklungen wie der Abkehr vom Feudalwesen oder den aufkommenden Kolonialismus verändert und ausgeweitet. Die Pastoralmacht steht nun nicht länger ausschließlich im Zusammenhang mit dem Christentum. Für Foucault bauen der moderne Staat und die kapitalistische Gesellschaft aber entscheidend auf den Subjektivierungsformen auf, die durch die pastoralen Führungstechniken hervorgebracht wurden. Die Regierung von Menschen formuliert die ursprünglichen Ziele von Glück, Heil und Wohlstand nun neu und transformiert sie in den Rahmen der „politischen“ Problematik des Staates (vgl. Bröckling; Krasmann; Lemke 2000: 11).

Foucault führt die historische Analyse fort, indem er in vielen Beispielen über die Regierungskünste in der frühen Neuzeit zeigt, dass dann nicht mehr der Souverän oder der Fürst im Mittelpunkt standen, sondern sich die Handlungsfelder ausweiteten: in die Zuständigkeit von Regierung fallen nun die Beziehungen zwischen Menschen und „Dingen“. Damit sind Reichtümer, Bodenschätze, Nahrungsmittel oder Territorien genauso gemeint wie Sitten und Gebräuche, Denkweisen oder Unglücke wie Epidemien und Tod (siehe ebd. 2000: 12). Diese Ausweitungen sind es nun aber nicht, die im Zentrum der Analyse von Foucault stehen. „Er sucht vielmehr die spezifischen Rationalitäten der Regierung zu identifizieren, die es ermöglichen, ihre unterschiedlichen Gegenstandsbereiche zu ordnen, und sie an verschiedenen Zweckbestimmungen auszurichten“ (ebd. 2000: 12).

Lemke et al. definieren die politische Rationalität als „eine Rationalität der Politik und nicht als eine Reflexion über Politik. Das Interesse richtet sich auf das den Praktiken immanente Wissen, die Systematisierung und „Rationalisierung“ einer Pragmatik der Führung.“ (Bröckling; Krasmann; Lemke 2000: 20)

Diese „Rationalisierung“ erfolgt zumeist auf der Ebene von Programmen durch die „Erarbeitung von Begriffen und Konzepten, der Spezifizierung von Gegenständen und Grenzen, durch die Bereitstellung von Argumenten und Begründungen“ (Lemke 1997: 147). Eine politische Rationalität erlaubt es somit nicht nur ein Problem zu identifizieren und zu benennen, sondern es werden auch Lösungs- und Bearbeitungsstrategien möglich.

Foucaults Überlegungen zur Genealogie des Staates und zur besonderen Rolle der Regierung müssen vor dem Hintergrund gesehen werden, dass Foucault mit seiner bisherigen Definition von Macht nicht mehr zufrieden war. Zu dieser Zeit distanziert er sich von der juristischen Konzeption der Macht und nimmt auch Abstand von der Vorstellung von Macht als Krieg (vgl. Lemke 1997: 145). Einerseits, weil er Machtprozesse zu sehr in Kategorien von Herrschaft und Unterwerfung untersuchte, auf der anderen Seite weil dadurch Prozesse der Subjektivierung nur negativ gedacht werden können, und ihr Doppelcharakter (Unterwerfung und Selbstkonstitution) dadurch vernachlässigt werde.

Bevor die Geschichte der Gouvernamentalität weitergezeichnet wird, folgen nun einige Klarstellungen zum generellen Verständnis von Macht und Herrschaft bei Foucault, die er auf Grund seiner Unzufriedenheit mit den bisherigen Ansätzen weiterformulierte.

3.1.1. Macht & Herrschaft

Wie schon angedeutet, interpretiert Foucault Macht weder als Manifestation asymmetrischer, auf Zwang aufbauender Zielerreichung – wie etwa Hobbes, Weber oder Marx – noch liegt der Konsens und Kooperation seinem Verständnis von Macht zu Grunde.

Drei wichtige Aspekte von Macht im Sinne Foucaults sind:

Das Möglichkeitsfeld und die Sichtweise auf Macht als relationales Netzwerk: Da sie als ein „Ensemble von Handlungen in Hinsicht auf mögliche Handlungen“ (Foucault zit. In Frankenberger 2007: 163) darstellt, sind die handelnden Subjekte für Foucault zentral.

„Macht ist plural. Es existieren verschiedene „Machtregionen“ – heterogene, historisch und geographisch zu verortende Formen der Macht“ (Frankenberger 2007: 163). Eine zentrale Macht existiert somit nicht. Wichtig ist auch der Aspekt, dass Macht und Machtprozesse nicht identisch mit politischer Macht sind. Sie sind also nicht auf den Staat beschränkt, sondern umfassen mehrere Bereiche. Schließlich ist da noch der Aspekt der Produktivität. Foucault denkt Macht nicht in negativen Eigenschaften, wie der Unterdrückung, sondern spricht ihr produktives Potenzial zu, je nach Situation unterschiedliche Techniken einzusetzen (vgl. Frankenberger 2007: 163f). Diese Punkte sollen etwas konkreter beschrieben werden: Auf Grund der Betonung auf das „Handeln“ ist das Potential für Transformation besonders groß. Relationalität und Reflexivität unterscheiden eine Machtbeziehung von Übereinkunft bzw. von einer Gewaltbeziehung (vgl. Lemke 1997: 304). Foucault versteht Macht als „Führung der Führungen“:

Vielleicht eignet sich ein Begriff wie Führung gerade kraft seines Doppelsinns gut dazu, das Spezifische an den Machtverhältnissen zu erfassen. „Führung“ ist zugleich die Tätigkeit des „Anführens“ anderer (vermöge mehr oder weniger strikter Zwangsmaßnahmen) und die Weise des Sich-Verhaltens in einem mehr oder weniger offenen Feld von Möglichkeiten. Machtausübung besteht im „Führen der Führungen“ und in der Schaffung der Wahrscheinlichkeit. (Foucault zit. In Lemke 1997: 299)

Dies bedeutet aber nicht, dass Machtverhältnisse nicht von Zwang oder Konsens begleitet werden können. Sie können Wirkungen oder Instrumente von Machtbeziehungen darstellen – nicht aber deren Basis oder Grundlage sein (siehe Lemke 1997: 300).

Ein Machtverhältnis setzt sowohl handelnde Subjekte sowie die Existenz eines „Möglichkeitsfeldes“ voraus, das eine Reihe unterschiedlicher Antworten, Reaktionen, Verhaltensweisen, etc. erlaubt. Lemke bezeichnet dies als ein „Kalkulieren“ mit dem Handeln der Subjekte. Es ist nicht die Determination, sondern im Gegenteil, die Offenheit und das Unvollendete, die Machtverhältnisse charakterisieren (siehe ebd. 1997: 301).

Daraus ergibt sich auch, dass Freiheit eine zentrale Rolle in jeder Machtbeziehung spielt. Aus der von Foucault eingenommenen Perspektive Machtverhältnisse unter dem Aspekt von „Führung“ zu analysieren folgt, dass Macht und Freiheit keine Gegensätze bilden. Vielmehr ist der Begriff Freiheit als Existenzbedingung von Macht zu sehen:

Sie wird zur ontologischen Voraussetzung einer Machtbeziehung, da es zur Ausübung von Macht als Handeln auf mögliche oder wirkliche Handlungen der Freiheit der Subjektive bedarf; sie wird darüber hinaus zum materialen Träger einer Machtbeziehung, da ohne „Freiheit“ die Machtbeziehung selbst verschwinden würde und dem einfachen Zwang der Gewalt weichen würde (Lemke 1997: 301f).

Gerade weil Freiheit also ein unverzichtbares Element von Machtbeziehungen darstellt, kann es kein Machtverhältnis ohne die Möglichkeit von Widerstand geben (ebd. 1997: 301). Im Rahmen früherer Arbeiten vermied es Foucault, zwischen Macht und Herrschaft zu unterscheiden. Erst mit dem Begriff der Regierung kommt es zu einer Differenzierung zwischen den beiden Begriffen:

Wenn Macht sich durch „Führung“ auszeichnet und „Freiheit“ ein integraler Bestandteil von Machtstrategien ist, dann ist es erforderlich, zwischen „freien“ Formen der Macht und solchen zu differenzieren, die Möglichkeiten alternativer Handlungs- und Reaktionsformen effektiv ausschließen. Erstere bezeichnet Foucault als Machtbeziehungen („relations de pouvoir“) oder strategische Spiele. (Lemke 1997: 302f)

Macht wirkt tief in die gesellschaftlichen Strukturen hinein und steht Gesellschaft nicht bloß gegenüber – Foucault betont in seiner Analyse, dass gesellschaftliche Machtbeziehungen auf einer sehr elementaren Ebene verankert sind und sich eben nicht allein auf die Sphäre des Politischen beschränken. Keine Gesellschaft kommt ohne Machtbeziehungen aus (ebd. 1997: 303). Von den strategischen Spielen, die prinzipiell veränderbar und umkehrbar sind, unterscheidet er Herrschaftszustände. Hier sind die Machtbeziehungen starr, unbeweglich und dominiert – es gibt keine Freiheitspraktiken, und wenn - dann nur in eingeschränkter Form und asymmetrisch. In Herrschaftszuständen ist es einer Gruppe bzw. einem Individuum gelungen, das Feld der Machtbeziehungen zu blockieren (vgl. Lemke 1997: 304).

Aus dieser Gegenüberstellung ergibt sich natürlich die Frage, wie diese Transformation von statten gehen kann. Wie können sich instabile und bewegliche Machtbeziehungen in starre Herrschaftszustände verwandeln? Eine Antwort darauf kann die, neben den Herrschaftszuständen und den strategischen Beziehungen, von Foucault beschriebene dritte Ebene der Machtanalytik liefern: die Regierungstechnologien. „Dies sind mehr oder weniger systematisierte, regulierte und reflektierte Formen der Machtausübung, die über den spontanen und unregulierten Charakter der strategischen Spiele hinausgehen, ohne die

Dauerhaftigkeit und Fixiertheit von Herrschaftszuständen anzunehmen. Die Regierungstechnologien nehmen also eine Art „vermittelnde Position“ zwischen strategischen Beziehungen und Herrschaftszuständen ein“ (Lemke Online: 10f).

3.1.2 Regierung

Foucault übernimmt einen weiten, auf Pluralität aufbauenden Regierungsbegriff, der den Bogen von der „Regierung seiner selbst“ bis zur „Regierung anderer“ spannt. Mit diesem Begriff führt er eine neue Dimension in die Machtanalyse ein, die es ihm einerseits erlaubt, Machtbeziehungen unter dem Blickwinkel von „Führung“ zu analysieren, und sich andererseits von den Analysemodellen des Rechts sowie des Krieges zu distanzieren.

Auch der Begriff Regierung ist bei Foucault nicht nur mit *einer* Bedeutung versehen. Es ist daher wichtig, dass ausschließlich solche Machtbeziehungen als Regierung bezeichnet werden, die „auch kalkulierte und rationale Programme oder Wissensformen rekurren, und mit einer Erfindung bzw. dem Einsatz von Verfahren zur Verhaltenssteuerung und –regulierung einhergehen“ (Lemke zit. In Frankenberger 2007: 165).

Regierung nimmt eine „Scharnierfunktion“ ein, indem sie „das richtige Verfügen über die Dinge, derer man sich annimmt, um sie dem angemessenen Zweck zuzuführen“ (Foucault zit. In Frankenberger 2007: 166) ermöglicht. Sie erlaubt es zum einen Subjektivierungsprozesse, aber auch Herrschaftsmechanismen zu fassen. Die „Scharnierfunktion“ manifestiert sich auf drei Weisen:

Als Bindeglied zwischen Machtbeziehungen und Herrschaftszuständen bezeichnet Regierung die Arten und Weisen, wie Machtverhältnisse in Herrschaftszustände münden und durch sich verändernde Regierungstechnologien aber auch stabil gehalten werden können. Frankenberger: „Im Umkehrschluss kann dies bedeuten, dass durch neue Formen von Regierung Herrschaftszustände wieder in Machtverhältnisse rücküberführt werden können und somit Regierung zentraler Angriffspunkt von Widerstand und widerständigem Verhalten sein kann und muss“ (ebd. 2007: 166).

Der zweite Grund, warum Regierung eine Scharnierfunktion einnimmt ist, weil sie zwischen Macht und Subjekt vermittelt. So werden Verbindungen von Herrschaftstechniken und Selbsttechniken ermöglicht. „Letztlich geht es dabei um die Frage, wie Individuen dazu gebracht werden können, selbst das zu wollen, was ein Herrschaftsverhältnis für seine Stabilisierung braucht bzw. wie vermittels der Verschränkung von Herrschafts- und Selbsttechniken über die Subjekte Machtverhältnisse

in Herrschaftsverhältnisse überführt werden“ (Frankenberger 2007: 166f). Subjektivierungsmechanismen können daher unterschiedlich ausfallen. Die „komplexen und zirkulären Beziehungen“ will Foucault mit dem Begriff der Regierung beobachten. Formuliert man diese Begründung etwa auf Singapur um, so könnte die Frage lauten: „Wie können die BürgerInnen davon überzeugt werden, sich nach einem Verhaltenscodex im Internet zu äußern?“ Oder aber: „Wie können Zensurmaßnahmen so argumentiert werden, dass sie von einem Großteil der Bevölkerung angenommen und akzeptiert werden?“

Die dritte Scharnierfunktion ergibt sich dadurch, dass Regierung die so genannten Macht/Wissen-Komplexe zugänglich macht. Die Beziehung zwischen Macht und Wissen ist für Foucault zentral. Zum einen geht es ihm um die Kontrolle der Wissensproduktion, zum anderen „bedingen sich Wissen und Wissensformen sowie Regierungstechnologien und Macht (Herrschaft) in gewisser Weise gegenseitig“ (Frankenberger 2007: 168).

Folgende vier Regierungstechnologien, bzw. die Kombination zwischen ihnen, führen dann zur Ausführung von Macht und bilden neben Herrschaftszuständen und strategischen Spielen die dritte Ebene der Machtanalytik Foucaults (vgl. Frankenberger 2007: 168f):

- *Produktionstechniken* bezeichnen sachliche Fähigkeiten und Fertigkeiten zur Produktion, Umformung und Manipulation von Dingen. Im Kontext Internet/Singapur ist dies die Ebene der Telekommunikationsfirmen, bzw. der Ministerien in diesem Bereich und der technischen Instrumente, derer sie sich bedienen, um Leute zu überwachen.
- Unter *Signifikationstechniken* versteht Foucault Techniken der Verwendung von Zeichen und Bedeutungen zur Erzeugung von Sinn. Diese sind eng mit Wissen und Wissensformen verbunden.
- *Herrschaftstechniken* beschreiben Techniken, durch die Menschen geleitet, diszipliniert und zu bestimmten Verhaltens- oder Handlungsweisen gebracht werden (sollen). Für den Kontext Singapur/Internet wiederum sind dies also die spezifischen Richtlinien oder Gesetze, bzw. die politischen Technologien, die wirken.
- Und schließlich *Selbsttechniken*: „Technologien des Selbst, die es dem Einzelnen ermöglichen, aus eigener Kraft oder mit Hilfe anderer eine Reihe von Operationen an seinem Körper oder seiner Seele, seinem Denken, seinem Verhalten und seiner Existenzweise vorzunehmen, mit dem Ziel, sich so zu verändern, dass er einen gewissen Zustand des Glücks, der Reinheit, der Weisheit, der Vollkommenheit

oder der Unsterblichkeit erlangt“ (Foucault zit. In Frankenberger 2007: 169). Für Singapur könnte man diese Regierungstechnologie so umformulieren, dass die Ausdrucksform im Internet – was man kund tut und was nicht – dem größeren Ziel ein guter bzw. eine gute StaatsbürgerIn zu sein dient. Ein zentraler Begriff ist hier natürlich Selbstzensur.

Besonders die Schnittstelle zwischen Herrschaftstechniken und Selbsttechniken ist für die Machtausübung zentral:

„Man muß (sic!) die Wechselwirkung zwischen diesen beiden Technikformen – Herrschaftstechniken und Selbsttechniken – untersuchen. Man muß die Punkte analysieren, an denen die Herrschaftstechniken über Individuen sich der Prozesse bedienen, in denen das Individuum auf sich selbst einwirkt. Und umgekehrt muß man jene Punkte betrachten, in denen die Selbsttechnologien in Zwangs- oder Herrschaftsstrukturen integriert werden. Der Kontaktpunkt, an dem die Form der Lenkung der Individuen durch andere mit der Weise ihrer Selbstführung verknüpft ist, kann nach meiner Auffassung Regierung genannt werden. In der weiten Bedeutung des Wortes ist Regierung nicht eine Weise, Menschen zu zwingen, das zu tun, was der Regierende will; vielmehr ist sie immer ein bewegliches Gleichgewicht mit Ergänzungen und Konflikten zwischen Techniken, die Zwang sicherstellen und Prozessen, durch die das Selbst durch sich selbst konstruiert oder modifiziert wird“ (Foucault zit. In Lemke Online: 11).

In diesem Zitat werden viele wichtige Eigenschaften von Macht- und Herrschaftstechniken angesprochen. Es wird deutlich, dass die Beziehung zwischen Regierendem und den Menschen keine „top-down“-Beziehung ist. Vielmehr wirken mehrere Umstände in dieses Verhältnis ein. Zentral ist es zu verstehen, dass es einen Kontaktpunkt - zwischen der Art und Weise wie Individuen gelenkt werden und wie sie sich schließlich selbst lenken - gibt. Dieser Punkt, der für Foucault Regierung definiert und ausmacht, wird von Lee im Kontext Singapurs angeführt:

In Singapore the contact between the technologies of power and the technologies of the self is made manifest in the ways Singaporeans are (pre) disposed towards becoming morally upright, law-abiding, economically productive, disciplined but at the same time „free citizens“ (ebd. 2011: 37).

Um zu Foucaults Genealogie des modernen Staates zurückzukehren: Die Geschichte der Gouvernamentalität beschreibt wichtige Transformationen in der Bedeutung von Regierung: Wenn man so will, bezeichnet sie das richtige Verfügen über Dinge, derer man sich annimmt, um Zwang auszuüben, eine ökonomische Form der Führung (Bröckling; Krasmann; Lemke 2000: 12). Die Bedeutung von Ökonomie ändert sich zwischen dem 16. und 18. Jahrhundert aber stark. Sie stellt nicht mehr eine Regierungsform dar, sondern wird zu einer eigenständigen Realität und zu einem Interventionsfeld, das sich durch spezifische Gesetzmäßigkeiten auszeichnet; die Ökonomie steht im Unterschied zur Politik. Auch kam

es zur Entwicklung völlig neuer Wissensformen – die Politische Ökonomie war geboren (vgl. ebd. 2000: 13).

Foucault untersucht in seiner Geschichte der Gouvernementalität vor allem drei Formen von Regierung: die Staatsräson, die „Policey“ und den Liberalismus. Allerdings handelt es sich nicht um eine chronologische Abfolge dieser Modelle sondern um die Differenzen und unterschiedlichen Technologien der Macht: Recht, Disziplin und Sicherheitsmechanismen (siehe Bröckling; Krasmann; Lemke 2000: 13).

Die Staatsraison interpretiert Foucault als einen Versuch, den Staat von jeder transzendenten Instanz zu lösen, um ihn in sich selbst zu begründen. Eine erste „Kristallisationsform“ der Gouvernementalität ist sie deshalb, da sich zum ersten Mal das Problem einer Rationalität der Regierung stellt (Lemke 1997: 247). Während in der Staatsräson und der „Policey“ (Polizeistaat) der Souverän noch im Zentrum steht, kommt es ab Mitte des 18. Jahrhunderts zur eben angesprochenen Transformation, die zu einer neuen Etappe des Regierungsdenkens führt: dem Liberalismus. Hier spricht Foucault zum ersten Mal von Gouvernementalität im modernen Sinne.

Das Hauptcharakteristikum im Liberalismus bildet die „Freiheit“ der Individuen. Die Rationalisierung der Regierungstätigkeit ist an das freie Handeln der regierten Individuen gekoppelt: Individuen sind somit zugleich Objekt der Praktiken, aber auch ihr „Komplize“, wie es Lemke formuliert. Die liberale Regierung bricht mit der einfachen Anwendung von Herrschaftstechniken auf Individuen, wie sie noch in der Staatsräson und im Polizeistaat der Fall war (vgl. ebd. 1997: 171).

Eng an das Aufkommen der liberalen Gouvernementalität geknüpft ist für Foucault die Entwicklung von Sicherheitsmechanismen. Zwar steht die Freiheit der Individuen im Mittelpunkt – der Liberalismus organisiert aber vielmehr die Bedingungen, unter denen Individuen „frei“ sein können. Dabei spielt die permanente Gefährdung mit in diese Produktion von Freiheit – sie wird einem Sicherheitskalkül unterstellt: „Das Problem des Liberalismus besteht darin, die „Produktionskosten“ der Freiheit zu bestimmen:

In welchem Maße stellt die freie Verfolgung der individuellen Interessen eine Gefahr für das Allgemeininteresse dar?“ (Bröckling; Krasmann; Lemke 2000: 14).

Die Sicherheitsmechanismen unterscheiden sich sowohl von der in den Jahren zuvor von Foucault beschriebenen Souveränitätsmacht, als auch von der Disziplinarmacht; die „Dispositive der Sicherheit“ treten nicht einfach zu den anderen Machtmechanismen hinzu, relativieren deren Bedeutung oder lösen sie ab – sie verändern die Sichtweise auf die

anderen Machtformen. Dieser neue Blickwinkel führt vor allem zu einer Veränderung der Einschätzung von Disziplinierungsprozessen. Gegenstand ist die Gesamtheit der Bevölkerung (vgl. Lemke 1997: 186). Während Foucault dies anhand der Behandlung von Seuchen und Epidemien vom Mittelalter bis ins 18. Jahrhundert illustriert, kann man auch für Singapur ein ähnliches Beispiel zur Veranschaulichung verwenden: die Art und Weise, wie die Regierung mit dem SARS-Virus umging.

In der Logik der Sicherheitstechnologie begegnet man einer Epidemie über ein konkretes Wissen um Zahl und Herde der Ansteckungen, Alter der Infizierten, Sterblichkeitsrate, usw. Während die Disziplinarmechanismen sich auf die Krankheit selbst konzentrieren und Angesteckte isolieren, wird im Machtmechanismus des Sicherheitsdispositivs nicht nur zwischen krank und gesund unterschieden, sondern die Bevölkerung als Gesamtheit behandelt. Empirische Tatsachen wie Statistiken bilden die Grundlage für Handeln (vgl. Lemke 1997: 186f).

Für Lee stellt Singapurs Umgang mit SARS ein Lehrbuchbeispiel der (richtigen weil „effizienten“) Regierung einer Nation dar: ein umfangreiches Quarantänesystem wurde geschaffen – sogar Kameras, und Strafen (von Geld bis hin zu Gefängnis) wurden eingesetzt, um das Gefahrenpotenzial SARS gering zu halten (vgl. Lee 2011: 24).

Mit der unterschiedlichen Behandlung von Krankheit macht Foucault auch die unterschiedliche Bedeutung von Norm bzw. Normal deutlich: In der Disziplinartechnologie werden Techniken und Verfahren zur Lenkung von Individuen über den Entwurf eines optimalen Modells eingesetzt. Die Norm, an der das Normale und das Abnormale geschieden werden, steht im Vordergrund. In der Sicherheitstechnologie aber, die mit dem Liberalismus aufkommt, stellt die Realität selbst die Norm dar.

Zum Abschluss seiner Vorlesungsreihe zeichnet Foucault den Bogen der Geschichte der Gouvernamentalität weiter, indem er zwei unterschiedliche Formen des Neoliberalismus analysiert: den deutschen Nachkriegsliberalismus und den US-amerikanischen Liberalismus Chicagoer Schule. Damit diskutiert er die Weiterentwicklung der frühliberalen Positionen im 20. Jahrhundert.

Der erste wichtige Unterschied hierbei ist das neue Verhältnis zwischen Staat und Ökonomie: anders als im klassischen Liberalismus ist es nicht mehr die Rolle des Staates die Marktfreiheit zu überwachen. Der Markt wird nun selber zum organisierenden und regulierenden Prinzip des Staates. Die Form des Marktes organisiert nicht nur den Staat,

sondern auch die Gesellschaft. Der zweite Unterschied ist die unterschiedliche Grundlage des Regierens. Der Neoliberalismus bindet zwar ebenfalls die Rationalität der Regierung an das rationale Handeln der Individuen – er sucht das rationale Prinzip für die Regulierung des Regierens aber nicht mehr in einer zu respektierenden natürlichen Freiheit, sondern findet es in einer künstlichen, einer arrangierten Freiheit: dem unternehmerischen Verhalten ökonomisch-rationaler Individuen (vgl. Bröckling; Krasmann; Lemke 2000: 15). Die Ökonomie gilt nun nicht mehr als ein gesellschaftlicher Bereich mit spezifischer Rationalität, eigenen Gesetzen und Instrumenten. Sie besteht nun aus der Gesamtheit menschlichen Handelns, das durch das Einsetzen möglichst weniger Ressourcen zu einem bestimmten Ziel gekennzeichnet sein soll (ebd. 2000: 16).

Die Gouvernamentalitätsperspektive öffnet nicht nur Möglichkeiten – es gab auch viele KritikerInnen der Ideen Foucaults, allen voran Jürgen Habermas. Eines der Probleme in der Auseinandersetzung mit dem Konzept der Gouvernamentalität ist Foucaults unscharfe und uneinheitliche Verwendung zentraler Begriffe.

3.2. Theoretische Probleme und Schwierigkeiten

Vor allem das Konzept Gouvernamentalität selbst verwendet Foucault in doppeltem Sinne: In einer allgemeinen Bedeutung ist es das Aufkommen einer eigenständigen Kunst des Regierens, die mit der Staatsraison einsetzt. Gleichzeitig spricht Foucault von Gouvernamentalität in einem substanziellen Sinn aber erst mit dem Auftauchen der liberalen Regierung im 18. Jahrhundert.

Auch die Abgrenzung zwischen unterschiedlichen Begriffen bleibt oft unscharf. Lemke nennt hier zum Beispiel den Begriff der Biomacht – hier sei nicht klar, welche Bedeutung dieser Begriff innerhalb der Perspektive der Gouvernamentalität besitzt. Es wird nicht klar, ob Biomacht nur ein Aspekt von Gouvernamentalität darstellt, oder es sich um zwei unterschiedliche Namen für dieselbe Sache handelt. Auch verwendet er manchmal den Begriff „Techniken“, an anderen Stellen spricht er von „Technologien“ – wie z.B. bei den Technologien des Selbst (vgl. Lemke 2006: 487).

Lemke merkt außerdem an, dass die weite Bedeutung die Foucault dem Liberalismus zuspricht politische Formen einschließt, die eigentlich dem Liberalismus gegenüberstehen. Schließlich betreffe eine der wichtigsten Kritikpunkte an der Gouvernamentalitätsperspektive die Konzeption von Technologien und Rationalitäten des Regierens. „Der Haupteinwand lautet, daß (sic!) er sich zu wenig mit Kämpfen und Konflikten beschäftige und zu sehr die Kohärenz und Konsistenz der untersuchten

Regierungstechnologien betone“ (Lemke 2006: 488). Innere Widersprüche von Rationalitäten blieben unberücksichtigt. Daraus resultiere die Gefahr, Widerstand weitgehend negativ oder destruktiv zu begreifen und dessen konstruktive Rolle nur unzureichend herauszustellen. Auch würden emotionale Handlungsweisen zugunsten bewusster Kalküle und rationaler Konzepte ausgeblendet bleiben, fasst Lemke die Kritik zusammen (ebd. 2006: 488).

4. Disneyland mit Todesstrafe – Regierungsrationalitäten und Regierungstechnologien in Singapur

*There is no slack in Singapore.
Imagine an Asian version of Zurich operating as an offshore
capsule at the foot of Malaysia; an affluent microcosm whose
citizens inhabit something that feels like, well, Disneyland.
Disneyland with the death penalty. (Wired Online)*

Nach der Besprechung einiger zentraler Begriffe und Konzepte Michel Foucaults soll nun die Geschichte Singapurs mit den Charakteristika der Macht und Herrschaftstechnologien verknüpft werden.

Wo in der kurzen Geschichte des Landes können die Ursachen für den Status Quo liegen? Was sind die historischen Besonderheiten, die zu dem hohen Maß an Stabilität für die PAP führten? Mittels der beiden Begriffe „Regierungsrationalität“ und „Regierungstechnologien“ soll die Beziehung zwischen Ideologie und autoritären Praktiken in einer historischen Betrachtung deutlich gemacht werden. Die Beantwortung dieser Fragen soll außerdem als Grundlage für die Analyse der im Internet wirkenden Macht und Herrschaftstechnologien dienen.

4.1. Historische Entwicklungen

Wie bereits in der Diskussion über asiatische Werte bzw. asiatische Demokratie beschrieben, spielt die koloniale Vergangenheit Singapurs bis heute in den Köpfen der Menschen eine wichtige Rolle. Auch für den späteren langjährigen Premierminister, und von vielen als „Landesvater“ bezeichneten Lee Kuan Yew, sollte die britische Verwaltung und Herrschaft prägend sein – mehr dazu aber an späterer Stelle.

Die frühe Geschichte Singapurs ist vor allem mit einem Namen verbunden: Sir Stamford Raffles. Er landete 1819 auf der Insel und war vom ersten Moment an von der großen Zukunft der Insel überzeugt. Die Historikerin Mary Turnbull wittert bei Raffles gar die Absicht einer „messianischen Mission“:

He did not seek territorial aggrandizement for Britain but rather a blend of commercial and moral pre-eminence. Fascinated by the romance of faded civilizations and fired with confidence in British liberal politics and commercial freedom, he saw his country's role in South-East Asia almost as a crusade, to free the peoples of the eastern archipelago from civil war, piracy, slavery and oppression, to restore and revive their old cultures and independence under the influence of European enlightenment, liberal education, progressive economic prosperity and sound law (ebd. 1977: 7).

Raffles war es auch, der den Freihandel in Singapur etablierte – ein weltweites Novum, das bis heute für die Insel charakteristisch ist. So war *Singapura* nicht nur ein Zwischenstopp

auf der wichtigen Seeroute von Europa nach China, sondern bald ein florierendes Handelszentrum. Diese Entwicklung hatte zur Folge, dass es immer mehr Menschen nach Singapur zog - die Grundlage für die heute noch hohe ethnische Vielfalt liegt damit in den frühen Jahren der jungen Nation. 2012 ist die größte ethnische Gruppe in Singapur die der ChinesInnen (74,2 %), 13,4 % der singapurischen StaatsbürgerInnen sind MalayInnen und 9,2 % indischer Abstammung (vgl. YourSingapore 2012). Besonders die japanische Besetzung während des zweiten Weltkrieges schürte Auseinandersetzungen und Konflikte zwischen den Bevölkerungsgruppen. Dem *Sook Ching-Massaker* fielen zwischen 5000 und 25000 ChinesInnen zum Opfer (vgl. Leitch Lepoer 1989). Die Auswirkungen der japanischen Besetzung waren nicht nur für die Bevölkerung, sondern auch für Lee Kuan Yew verheerend. Bis zu diesem Zeitpunkt bewunderte Lee die Briten und sein Ziel war es, sie zu imitieren. Die Welt, wie er sie kannte, änderte sich mit der Niederlage der Briten und von seiner Vorstellung einmal ein *English-educated „King's Chinese“* zu werden, nahm er Abstand (siehe Barr 2000: 4).

Mit der Besetzung wurden die BewohnerInnen Singapurs dazu ermutigt japanisch zu lernen, japanische Filme zu sehen, japanische Musik zu hören und auch die Medien wurden japanisch kontrolliert (vgl. Häntzschel 2007: 76). Mehr als die Besetzung selber, die am 15. August 1945 endete, war es die Rückkehr der Briten, die Lee dazu brachte eigene Zukunftsvisionen für Singapur zu formulieren. Er ärgerte sich darüber, dass die Briten nach ihrer Niederlage glaubten, einfach zurückkommen zu können und ihre koloniale Herrschaft ohne weiteres fortzusetzen. Barr sieht diesen Zeitraum als Auslöser für Lees ausgeprägten Nationalismus, der in den nächsten fünfzig Jahren das Land auf vielseitige Art und Weise prägen würde (vgl. ebd. 13f).

1954, nach Lees Rückkehr aus Cambridge, wurde die People's Action Party (PAP) als schwierige Zwangsehe dreier unterschiedlicher Gruppen gegründet: Sie bestand aus chinesisch-gebildeten KommunistInnen, englisch-gebildeten KommunistInnen bzw. Linken und schließlich auch aus englisch-gebildeten Anti-KommunistInnen, wie Lee es war. Die chinesische Bevölkerungsgruppe war – auf Grund des besonders großen Netzes an Kontakten etwa zu Gewerkschaften oder Schulen – für den Machtgewinn zentral geworden. Lee verachtete den Kommunismus, mit dem die meisten ChinesInnen sympathisierten, war sich aber dennoch bewusst darüber, dass er ohne diese einflussreiche Gruppe nicht weit kommen würde. Nach einem ersten Wahlerfolg 1959 befand sich die

PAP im Machtzentrum (Chua 1995: 13), musste zunächst aber die internen Probleme in der Partei lösen – kurzum den linken Flügel loswerden. Durch einige geschickte Manöver und Coups – Barr spricht hier gar von *high-risk Machiavellian strategies* (ebd. 2000: 22) – spielten Lee und der rechte Flügel die KommunistInnen am Ende gegen sich selber aus. Es kam zur Spaltung und zur Gründung der linken Partei *Barisan Sosialis* (vgl. Chua 1995: 14).

Singapur war Anfang der 60er ein sich selbst regierender, dem Commonwealth zugehöriger Nationalstaat – eine singapurische *Nation* war aber noch inexistent. Die Konstruktion einer solchen war ein notwendiger Mythos für die Bevölkerung (ebd.). Lee Kuan Yew verwirklichte diesen Plan in der Werbung für den Zusammenschluss mit Malaysien.

In these broadcasts, he began be characterising / exposing the communists as, ironically, pro-colonialism. He argued that they would rather Singapore remained a colony so that their struggles could be seen as anti-colonial and thus occupy the political moral high ground; whereas struggles against a popularly elected government and popular nationalist leaders would expose their anti-nationalist sentiments (Chua 1995: 14).

Lee verschaffte sich und der PAP durch diesen Schachzug Legitimität, trotz der Tatsache, dass sie ohne die massive Mobilisierung der Linken – die er nun als anti-national bezeichnete – nicht an die Macht gekommen wären (ebd.).

Auch „das Volk“ musste „erfunden“ werden. Die ideologische Konzeptualisierung einer Nation bestehend aus einer nationalistischen, anti-kommunistischen Bevölkerung, die ökonomisches Wachstum fordert, machte diese zu einer *imagined community* im Sinne Benedict Andersons. Außerdem konnte durch diese Darstellung das ökonomische Wachstum in den Vordergrund gerückt werden, während die politischen Auseinandersetzungen in den Hintergrund rückten. Die ideologische Reduktion zwischen Politik und Ökonomie ist heute noch zentral für den Führungsstil der PAP (vgl. Chua 1995: 15f).

Das eindeutige Ergebnis des Referendum für den Anschluss an die malaiische Föderation war auf Grund der für Lee typischen Formulierung in einer *win-win*-Manier (alle drei zu wählenden Varianten waren ein Zusammenschluss mit Malaysien, es bestanden lediglich Nuancen in der Ausgestaltung des Zusammenschlusses) wenig überraschend (vgl. Barr 2000: 26f). Nach dem Referendum verstärkte die PAP den Gebrauch ihrer Staatsmacht gegen oppositionelle Kräfte. In der *Operation Cold Store* wurden 1963 mehr als 100 als radikal eingestufte Personen, darunter fast die gesamte Führungsriege der *Barisan Sosialis*, verhaftet. Zwar ging diese Initiative hauptsächlich von der malaiischen Führung in Kuala

Lumpur aus, die Angst vor dem Einfluss der chinesischen KommunistInnen Singapurs in der Föderation hatten, Lee Kuan Yew war bei der Entscheidung aber dabei (vgl. Chua 1995: 16).

Singapur diente während der zwei Jahre in der malayischen Föderation nur als eine administrative Einheit einer zentralen, in Kuala Lumpur sitzenden, Regierung. Lee konnte keinerlei Einfluss gewinnen und man ließ ihn von malaiischer Seite unmissverständlich wissen, dass die PAP und Lee in Singapur bleiben sollten und keinerlei nationale Ambitionen für die Wahlen 1963 zu hegen brauchten (vgl. Barr 2000: 25ff).

Barr identifiziert die Tatsache, dass Lee die Feinheiten der malaiischen Konversation nicht verstand und mit einer gewissen Ignoranz den MalaiInnen gegenüber auftrat, als einen Grund für die schwierigen Beziehungen zwischen Kuala Lumpur und Singapur (siehe ebd. 2000: 30). Ein Problem, das ihn auch im unabhängigen Singapur noch begleiten würde, in dem ihm einige Male vorgeworfen wurde, den nicht-chinesischen Bevölkerungsschichten skeptisch gegenüber zu stehen (vgl. etwa Lim 2012). Singapur wurde am 9. August 1965 relativ plötzlich aus der malaiischen Föderation ausgewiesen und stand von da an als unabhängige, kleine Republik in der Welt.

Besonders die ethnische Vielfalt und die dadurch potenziell instabile Lage in der Bevölkerung, sowie die Auseinandersetzungen zwischen KommunistInnen und Anti-KommunistInnen sind von der PAP als Identifikationsmerkmal für die neue singapurische Nation konstruiert worden. Neben diesen Spannungen waren die Kleinheit des neuen Staates, sowie die Ressourcenarmut prägend für Lee Kuan Yews Rhetorik – die Regierungsrationalität – in den folgenden Jahrzehnten.

4.2. Der Stoff für die Erfolgsgeschichte: Die Pragmatik des Überlebens

Lemke et al. definieren die politische Rationalität als „eine Rationalität der Politik und nicht als eine Reflexion über Politik. Das Interesse richtet sich auf das den Praktiken immanente Wissen, die Systematisierung und „Rationalisierung“ einer Pragmatik der Führung“ (Bröckling; Krasmann; Lemke 2000: 20). Diese „Rationalisierung“ erfolgt zumeist auf der Ebene von Programmen durch die „Erarbeitung von Begriffen und Konzepten, der Spezifizierung von Gegenständen und Grenzen, durch die Bereitstellung von Argumenten und Begründungen.“ (Lemke 1997: 147). Eine politische Rationalität erlaubt es somit nicht nur ein Problem zu identifizieren und zu benennen, sondern auch

Lösungs- und Bearbeitungsstrategien aufzuzeigen. In diesem Sinne drücken Programme nicht nur Wünsche und Absichten aus, sondern definieren bereits implizites Wissen.

Jedes Programm artikuliert entweder ein Wissen oder setzt ein Wissen des Realitätsfeldes voraus, innerhalb dessen es eingreift und/oder das es hervorbringen soll. Das gemeinsame Axiom von Programmen besteht darin, dass eine wirksame Macht das Objekt kennt, über das sie ausgeübt wird. Eine weitere Bedingung für ein programmatisches Wissen ist, dass es die Realität in eine Form bringt, die sie programmierbar macht (Gordon zit. In Lemke 1997: 147).

Lee Kuan Yew bediente sich nach der abrupt erlangten Unabhängigkeit besonders zweier Rationalitäten. Zur wichtigsten wurde die des *Überlebens*. Als Kleinstaat ohne natürliche Ressourcen, sowie einem hohen Konfliktpotenzial in der Bevölkerung, sah Lee Kuan Yew Singapur ständig vom Scheitern bedroht – das Überleben des Staates musste permanent gesichert werden. “Most significantly, if Singapore were to survive, the populations must be transformed into a tightly organised and highly disciplined citizenry all pulling in the same direction with a sense of public spiritedness and self-sacrifice in the national interest” (Chan in Chua 1995: 18).

Die permanente Angst vor einer Krise, vor einem Rückfall, legitimiert in der Folge pragmatische Gesetzesentwürfe und Vorgehen, die meist drakonische Strafen gegen ideologische GegnerInnen bedeuteten – eine Strategie, die von der PAP bis in die 80er Jahre erfolgreich angewendet wurde.

Die zweite wichtige Rationalität im Singapur nach der Unabhängigkeit war also ein hohes Maß an *Pragmatismus*, und zwar in allen Lebensbereichen. Die zentrale Frage in dieser Rationalität lautet, ob die zu formulierende Richtlinie XY ökonomisches Wachstum stimuliert oder verhindert (siehe Lee 2011: 4). An der Frage der (ökonomischen) Effizienz wird beinahe alles in Singapur ausgerichtet – und wenn dies bedeutet, dass es verboten wird, Kaugummis zu verkaufen, um Straßen und öffentliche Verkehrsmittel sauber zu halten (George 2000: 18).

Ein anderes Beispiel hierfür liefert die Autorin Jothie Rajah mit ihrer Einschätzung zum in den 60ern eingeführten *Vandalism Act*. Während dieser vor allem unter dem Vorwand beworben wurde, eine Graffiti-freie Stadt zu garantieren unterstreicht die Autorin, dass die eigentliche Absicht die Schwächung der Oppositionspartei Barisan Sosialis war. Diese verständigte sich zu dieser Zeit vermehrt via Botschaften auf Häuserwänden, etc. Vandalismus wurde Chiffre für Oppositionspolitik (vgl. ebd. 2012: 98f). Diese tiefergehende Bedeutung des Gesetzes blieb der breiten Bevölkerung allerdings verborgen.

Lee Kuan Yew schaffte es, seine Versprechen nach der Unabhängigkeit zu halten: In einer äußerst schwierigen Periode genossen die SingapurInnen nicht nur binnen kürzester Zeit politische und soziale Stabilität, sondern auch wirtschaftliches Wachstum. Bis in die 80er verlor die PAP keinen einzigen Parlamentssitz an die Opposition (vgl. Barr 2000: 32). „Singapore became the post-colonial success in a world littered with post-colonial disasters“, fasst Barr die Situation nach Erlangung der Unabhängigkeit zusammen (ebd. 2000: 33). Die kurze Geschichte Singapurs nach der Unabhängigkeit wird deshalb gerne als eine des Erfolges erzählt. Unzählige Bücher setzen sich dabei mit dem „Wunder“ von Singapur auseinander; der rasante Aufstieg „von dritter zur erster Welt“¹⁶ ist nur eine von vielen Zuschreibungen für die Entwicklung Singapurs seit 1965. ErzählerInnen der Erfolgsgeschichte, die nicht selten selbst am Prozess des *nation-building* involviert waren und somit selbst als AutorInnen des Erfolges agierten, merken dabei an, dass der Fortschritt sich gleich auf zwei Weisen manifestiere:

Einerseits betonen sie den ökonomischen Erfolg, der durch Statistiken und Zahlen untermauert wird. Die andere Ebene ist die des ideologischen Erfolges. Es gelang nach der Unabhängigkeit die unterschiedlichen Ethnien zueinander zuführen, Konflikte zu meiden und die BürgerInnen als Einheit einzuschwören.

Das Konzept der *racial harmony* baut somit ebenfalls auf der Überlebensstrategie auf. Konflikte und Auseinandersetzungen werden in Singapur aber nicht benannt, sondern vielmehr verschwiegen und unterdrückt, was den „Erfolg“ dieser scheinbaren Harmonie fraglich erscheinen lässt. Lee Kuan Yew integrierte die verschiedenen Ethnien, indem er einen kollektiven Sinn für nationale Identität schuf. Die BürgerInnen sollten es als Privileg sehen, Singapur oder Singapurerin zu sein: „Singaporean Citizenship is about being accepted as a privileged member of a multiracial, multicultural, multilingual and multireligious community in return for one's agreement to play a part in contributing actively to the (mostly economic) welfare of the nation“ (Lee 2011: 3). Als BürgerIn Singapurs hat man, der Argumentation der PolitikerInnen folgend, nicht nur die Privilegien der Erfolgsgeschichte zu genießen, sondern auch aktiv und ständig zur Fortsetzung dieser beizutragen. Die Konstruktion einer Staatsbürgerschaft als Privileg ermöglicht es der Regierung den BürgerInnen gewisse Pflichten und Tugenden vorzuschreiben, die sie als gute StaatsbürgerInnen zu erfüllen haben. Sichtbar wird dies unter anderem in der Debatte zu Zivilgesellschaft in Singapur.

¹⁶ Lee, Kuan Yew (2000): From Third world to First: The Singapore Story: 1965 – 2000.

4.2.1. Civic versus Civil Society

Während Zivilgesellschaft in vielen (meist liberalen) Definitionen als Gegenstück zum Staat verstanden wird, kann man den Begriff mit Foucault in das Verständnis von Staat inkludieren. Im Zusammenhang mit der liberalen Regierungsrationalität taucht für ihn zwingendermaßen die Sphäre der Zivilgesellschaft auf. Da Foucault die Idee einer Zivilgesellschaft als ein Produkt der liberalen Regierungstechnologie sieht, ist Biebricher, der in seinem Buch zentrale Konzepte von Foucault und Habermas vergleicht, von dessen Skepsis nicht überrascht. Er zitiert Foucault mit den Worten: „I hold that the theoretical opposition between the state and civil society which traditional political theory belabors is not very fruitful” (Foucault in Biebricher 2005: 344). Aus Foucaults Perspektive stellt der vermeintlich autonome Widerpart des Staates, die Zivilgesellschaft, kaum mehr als dessen “Anhängsel” dar (vgl. Biebricher 2005: 344; Lee 2011: 30). Die Zivilgesellschaft als autonome Sphäre zu sehen wäre inadäquat, da die Taktiken des Regierens es ermöglichen, zu jedem Zeitpunkt zu bestimmen, was in die Zuständigkeit des Staates gehört und was nicht, was öffentlich ist und was privat, was staatlich ist und was nicht. Damit ist eine Grenzziehung zwischen Staat und Zivilgesellschaft eigentlich nicht möglich, da diese Grenzziehung selbst Gegenstand staatlichen Handelns ist (vgl. Biebricher 2005: 344f). Die Zivilgesellschaft ist in seinem Verständnis ein Effekt des Staates; Foucault vertritt aber keine Extremposition, in der er die Zivilgesellschaft völlig negiert - es geht ihm mehr um eine Problematisierung, in der er aufzeigt, dass Regierungstechnologien auch hier wirken.

Im Falle Singapurs wird dies an der Debatte zur *civic society* deutlich: Obwohl die Zivilgesellschaft im Unabhängigkeitsprozess Singapurs laut Gillis eine wichtige Rolle einnahm, wurde ihre Bedeutung nach Erlangung dieser und mit der Herrschaftsübernahme der PAP, sowie vor allem in den Jahren danach, stark abgeschwächt (ebd. In Lee 2011: 70).

In den 90ern sorgten die Globalisierung und die Fortschritte in den Medientechnologien, die sie mitbrachte, dafür, dass die PAP in der Zivilgesellschaft eine größere Bedrohung erkannte. Das utopische Potenzial, welches der Zivilgesellschaft oft zugeschrieben wird, wurde durch diese globalen Entwicklungen noch verstärkt. Wie im ersten Kapitel bereits beschrieben, spielt auch die Etablierung des Internets eine zentrale Rolle. Eine Schwächung der Zivilgesellschaft war zu dieser Zeit für die PAP also von hoher Bedeutung. In Reden wurde ab den 90ern verstärkt der Begriff *civic society* statt dem

üblichen *civil society* verwendet (vgl. Lee 2011: 72ff). Weshalb die Verwendung dieser zwei unterschiedlichen Begriffe und worin liegt überhaupt der Unterschied?

Während in Theorien zu Zivilgesellschaft meist auf die Bedeutung von Partizipation und Engagement eingegangen wird, bezieht sich der von der PAP geprägte Begriff *civic society* hingegen auf sozio-kulturelle Aspekte von Höflichkeit und Anstand: „Delineating between those who are civil or well-mannered as opposed to those who are deemed uncivil and, perhaps, immoral or amoral“ (Lee 2011: 82). Durch die Verwendung dieses Terminus wird eine Unterscheidung zwischen anständig und gut bzw. unanständig und schlecht, möglich. Im Begriff *civic* wird das Engagement, vor allem politischer Natur, das in den meisten (neueren) Definitionen zu *civil society* ausschlaggebend ist, ausgeklammert. Vor allem der damalige Minister für Information und Kunst, George Yeo (1991-1999), prägte die Verwendung von *civic society* (vgl. Lee 2011: 72). In seinen Reden betonte er neuerlich das Privileg singapurischer StaatsbürgerIn zu sein und die damit verbundenen Pflichten – unter anderem den nötigen Anstand und angemessene Höflichkeit den Mitmenschen gegenüber zu bringen, um soziale Konflikte zu vermeiden und nationale Harmonie zu garantieren.

Terence Lee sammelt die gesamte Debatte über *civic* und *civil society* vor dem Hintergrund der Moralisierung. Moralische Regulierung kann ihm zufolge die Form, die Sprache und auch die TeilhaberInnen beliebig ändern – „the trick is to keep citizens occupied in activities that are deemed civic, gracious and kind so that they would keep a safe distance away from real political activity“ (Lee 2011: 84f). Bei Foucault reguliert (im Liberalismus) nicht das Recht, sondern die Moral soziale Beziehungen: „Die allgemeine Freiheit des Willens hat ihr Gegenstück in einer permanenten moralischen Bewertung, die jede Aktivität einer kritischen Beurteilung unterzieht: Die liberale Welt kennt nur Täter und keine Opfer“ (Lemke 1997: 197). Zwar kann man Singapur nicht als klassisch liberale Gesellschaft im Sinne Foucaults beschreiben – eine Koexistenz der Freiheiten markiert gewiss keinen Grundsatz der PAP. Dennoch wird Moral in Singapur für die Durchsetzung des Rechts herangezogen. Mit der Schaffung einer zahmen, bürgerlichen Gesellschaft, die auf Höflichkeit und Anstand setzt, hat die PAP das Ziel erreicht, die Bevölkerung möglichst unpolitisch und unkritisch zu halten.

For the individual, being politically oppositional can be a perilous activity, to be taken on only after serious considerations of the existential conditions of living in a very small island city-state, where the state is pervasive in every sphere of social life (Chua 1995: 207).

4.2.2. Consolidating authoritarian rule

Obwohl es der PAP gelang, ihre beiden wichtigsten Rationalitäten – Überleben und Pragmatismus – zwei Jahrzehnte lang als Legitimation für politische Entscheidungen zu verwenden, mussten die PolitikerInnen Mitte der 80er erkennen, dass die BürgerInnen zu einem großen Teil dieser Argumentationslinie nicht länger folgen wollten. Jahrzehnte ökonomischen Wachstums und verbesserter materieller Grundlage bedeuteten eine Schwächung für die ideologische Basis pragmatischer Gesetze. Die Bevölkerung hatte sich mittlerweile an den Lebensstandard gewöhnt und konnte nicht länger vom „Überlebenskampf“ überzeugt werden. „What constitutes a desirable standard of living undergoes steady change“ (George 2000: 16) – daran musste sich die PAP anpassen.

Deutlich wurde dies erstmals 1984, als die PAP mittels eines Gesetzes versuchte, Akademikerinnen mit finanziellen Begünstigungen zum Kinderkriegen zu bewegen, während Frauen mit schlechteren Bildungsabschlüssen finanziell dazu angeregt wurden, nur ein Kind zu bekommen. Die PAP, von der Logik und Rationalität dieses Gesetzes überzeugt, ließ trotz Protesten nicht von ihrem Vorhaben ab. Das Resultat war eine bis dahin nie dagewesene Niederlage für die PAP – die Opposition erreichte starke 37%. (vgl. Chua 1995: 21).

Vielmehr als mit einzelnen Gesetzen oder Entscheidungen war die Bevölkerung von der Arroganz und dem Regierungsstil der PAP enttäuscht (ebd.). Dieser spezielle Stil basiert auf einer weiteren wichtigen Ideologie, derer sich die PAP gerne bedient: der Meritokratie. Meritokratie kann als das Gegenteil von Egalitarismus gesehen werden, Amtsträger werden auf Grund ihrer Leistungen ausgewählt. Meritokratie, wie Rodan betont, ist Teil des Mythos der Erfolgsgeschichte Singapurs: „As the myth goes, Singapore’s success is grounded in the meritocratic nature of its elite and the integrity with which the elite is imbued strategic control over the domestic economy by government linked companies (GLCs) and statutory authorities (...)“ (Rodan 2009: 91f). Diese spezielle Art von Kapitalismus, macht nicht nur die BürgerInnen für eine ganze Reihe von Dienstleistungen wie Wohnen, Pensionsvorsorge oder Arbeit vom Staat abhängig, die enge Verbindung zwischen Wirtschaft und Politik ließ auch keine alternative Machtbasis außerhalb des Staates aufkommen (vgl. ebd. 2009: 92). Für Rodan damit verbunden ist die beinahe Auslöschung der Zivilgesellschaft, da sich Menschen auf Grund der starken Abhängigkeit vom Staat nicht trauen würden, sich kritisch gegen diesen zu engagieren (ebd.).

Deutlich wird der Verweis auf Meritokratie bzw. dem daraus resultierenden Elitismus auch im politischen System des Landes: Um als KandidatIn einer Partei aufgestellt zu werden, muss nicht nur politisches Interesse und Wille bewiesen werden. Die KandidatInnen haben in den meisten Fällen an international renommierten Universitäten in den Vereinigten Staaten oder in Großbritannien studiert, danach noch international Karriere gemacht oder anderwärtig (beispielsweise im Militärwesen) auf spezielle Qualifikation und Talent aufmerksam gemacht. Auch die Absicht verstärkt Frauen mit Universitätsabschlüssen zum Kinderkriegen zu gewinnen markiert den Stellenwert von Leistung und Talent in der singapurischen Gesellschaft. Lee Kuan Yew, der besonders elitär eingestellt ist, war sogar davon überzeugt, dass diese Eigenschaften vererbt werden können (siehe Chua 1995: 21). Die Folge der harten Auswahlkriterien für PolitikerInnen ist, dass es der PAP als Legitimation ihrer Arbeit dient: Die Regierung wurde von der Bevölkerung für ihre Jobs gewählt, deshalb kann nur sie die richtigen Entscheidungen treffen – Kritik (unwissender) BürgerInnen ist ungerechtfertigt – so die Argumentation (vgl. Lee 2011: 97). Äußerst deutlich wurde dies, nachdem die Ex-Straits Times Journalistin Catherine Lim den Führungsstil des Premiers Goh Chok Tong kritisierte. Das Büro des Premierministers veröffentlichte nach ihrem Kommentar folgende Erklärung:

The Prime Minister welcomes alternative viewpoints, but he will refute mistaken views to take hold and confuse Singaporeans, leading to unfortunate results. From time to time differences of viewpoints must be unambiguously settled. When the Prime Minister or his policies are attacked, the Prime Minister must respond robustly. If he does not, he will not have the respect of Singaporeans to carry through his policies (George 2000: 41f).

Pluralismus im politischen System durch die Kritik einer starken Opposition an der Regierung, wie es im liberalen Verständnis generell unter *checks and balances* zusammengefasst wird, lehnt die PAP auch unter meritokratischen Gründen ab. „To the PAP, parliamentary elections provide quite enough political accountability“ (Rodan 2009: 92).

Die Linie, die trennt, wie viel Kritik erlaubt ist, bleibt oft unsichtbar. „There is an unwritten understanding of what is politically acceptable and the distributors are left to exercise final judgement based on „vibes“ and information sent out on an informal basis“ (Gomez 2002: 48).

Die Regierungsrationalitäten mussten nach der Wahlschlappe von 1984 also transformiert werden. Revidiert wurden sie allerdings nicht, denn das *Überleben* wird auch heute noch oft als Legitimationsbasis benutzt. Chua beschreibt in der Folge der Wahl von 1984 eine Transformation von Pragmatismus zu stärkeren Konsolidierungsformen, wie der

Etablierung einer *Feedback Unit* (ebd. 1995: 20ff). Der Autor weist aber auch darauf hin, dass dieser Meinungsaustausch zwischen Bevölkerung und Regierung nicht mehr als eine Scharade war (siehe ebd. 1995: 24). Auch für Terence Lee stellen alle diese erklärten Absichten und neuen öffentlichen Einrichtungen gestische Politik dar. Er verortet nur eine scheinbare Einbeziehung der BürgerInnen (vgl. ebd. 2011: 71). Als 2004 Lee Kuan Yews Sohn, Lee Hsien Loong, als Premierminister angelobt wurde, versprach auch er eine stärkere Interaktion zwischen Regierung und Volk, eine stärkere Partizipation der Öffentlichkeit – allerdings „without explaining what he ment by „civic“ or „opening up“ (Lee 2011: 71). Und weiter: „The intention of raising the stakes of civil society cum public participation is not so much to enable a thriving public sphere, but to advance and to perfect the regulative apparatuses and technologies of governmentality“ (Lee 2011: 74). Trotz dieser Kritik an den Absichten hinter der verstärkten Einbeziehung der BürgerInnen konnte die PAP auf Grund gewisser Adaptionen und neuer ideologischer Strategien wieder an Zuspruch in der Bevölkerung gewinnen. Die Versiertheit für Transformation ist sicherlich einer der Gründe für die andauernde Stabilität der PAP.

4.3. Politische Technologien: Gesetze & Regulierungen

Die Rolle der politischen Technologien ist es nun, die Mittel für die politischen Rationalitäten auf programmatischer Ebene bereitzustellen. Unter politischen Technologien ist die Gesamtheit von „Apparaten, Verfahren, Institutionen, Rechtsformen etc. zu verstehen, die es erlauben sollen, die Subjekte einer politischen Rationalität entsprechend zu regieren“ (Lemke 1997: 147).

Lee definiert die Regierung in Singapur als den wichtigsten sozialen, politischen und ökonomischen Agenda-setter (Lee 2011: 15). Der Autor untersucht dies dabei ausführlich im Bereich der kulturellen Kontrolle und widmet dabei einen großen Teil seiner Analyse auch den Medien bzw. dem Internet. Den Grund für die zentralistisch organisierte Regulierung, die in Singapur in diesen Bereichen durch die unterschiedlichen Ministerien stattfindet, sieht er darin, dass kulturelle Regulierung „too important to be left in the hands of the unregulated – or perhaps under-regulated – and uncontrolled market“ ist (vgl. Lee 2011: 10). Hiermit ist ein sehr wichtiger Punkt angesprochen. „Singapore can be said to be micromanaged, where nothing occurs without a substantive involvement of politics“ (ebd. 2011: 16). Wie oben bereits durch Lemke beschrieben sieht auch Lee in den von der Regierung formulierten Richtlinien und Gesetzen (policies) die Anwendung von

Gouvernementalität (ebd. 2011: 47). „One useful way to understand the subject of moral regulation in Singapore is by looking at its current media and cultural censorship codes“ (Lee 2011: 27).

Die Tatsache, dass diese Richtlinien immer wieder neu bzw. umformuliert werden (vor allem vor Wahlen) bezeichnet Barr als immer wiederkehrenden Revisionismus (Barr zit. In Lee 2011: 44), der nicht zuletzt auf den eben beschriebenen Transformationen in den Regierungsrationalitäten aufbaut.

In einem ersten Abschnitt wird zunächst auf den wichtigsten Agenda-setter, die Regierung, sowie auf das politische System Singapurs allgemein eingegangen. Der zweite Teil behandelt die wichtigsten Apparate, Institutionen, Verfahren und Rechtsformen – das rechtliche System.

4.3.1. Politisches System

Zwar liegen die Wurzeln des politischen System im Kolonialismus, die Tatsache, dass die PAP und Lee nicht mit diesem System brachen unterstreicht aber, dass auch dieses System auf den zentralen Regierungsrationalitäten basiert.

Singapur ist laut Verfassung eine Parlamentarische Republik (im Commonwealth), deren Einkammerparlament mindestens alle fünf Jahre gewählt wird. Die Direktwahl des Staatspräsidenten (Staatsoberhaupt) findet mindestens alle sechs Jahre statt. Durch die jahrzehntelange Dominanz der PAP haben die gewählten Regierenden tatsächlich die komplette Kontrolle über den Stadtstaat – sie können beispielsweise beliebige Verfassungsänderungen beschließen. Seit der ersten Regierungsbildung 1959 haben sich die führenden Politiker der regierenden PAP weniger als Funktionäre einer Partei verstanden, sondern vielmehr als Architekten und Manager einer nahezu ausschließlich in ökonomischen Kategorien definierten Entwicklung. Eine Haltung, an der sich bis heute – über alle personellen Wechsel an der Spitze der Partei und Regierung hinweg – nur wenig geändert hat (Jordan 2007: 35). Es scheint kaum möglich, eine sinnvolle Unterscheidung zwischen Partei und Regierung zu treffen. „I make no apologies that the PAP is the government and the government is the PAP“, äußerte sich Lee Kuan Yew Anfang der 1980er Jahre (zit. nach Jordan 2007: 43).

Die Wahlen funktionieren nach einem, auf die Spitze getriebenen Mehrheitswahlrecht, das heißt die Stimmen der unterlegenen KandidatInnen oder Parteien fallen bei der Gesamtrechnung der Verteilung der Sitze im Parlament weg (Meyer 2009: 167). Deswegen

ist es auch möglich, dass der Stimmenanteil der PAP bei den Wahlen ab den 90ern zwar zwischen 60 und 75 % schwankte, sie im Parlament dennoch 90% der Sitze für sich beanspruchen konnte (siehe George 2011: xi).

Die meisten Wahlbezirke in Singapur sind in so genannte *Group Representation Constituencies* (GRCs), in denen es um zwei bis sechs Parlamentssitze geht, eingeteilt. Außerdem existieren aber auch *Single Member Constituencies* (SMCs), in denen es nur um einen zu vergebenen Sitz geht. KritikerInnen dieses Systems, das vor jeden Wahlen von der dem Premierminister unterstehenden Wahlbehörde geändert werden kann, merken an, dass mit den Gruppenwahlkreisen die Hindernisse für Oppositionsparteien, ins Parlament einzuziehen, noch größer wurden. Als Hauptgründe werden die hohen Teilnahmekosten genannt. Dass die Wahlbehörde die Grenzen der Wahlkreise zu Gunsten der PAP ziehe, ist ein weiterer Kritikpunkt (siehe da Cunha 2012: 135). Die Drohungen Lee Kuan Yews, Wahlkreise, in denen die Opposition siegt, infrastrukturell nicht mehr zu beachten und in diesen Gegenden keine Investitionen mehr zu tätigen, gehören außerdem zu den Problemen der Einteilung in solche GRCs (vgl. channelnewsasia 2011).

Es gibt drei Typen von „Members of Parliament“ (MPs): die gewählten MPs (aus SMCs und GRCs), die „Non-Constituency MPs“ (NCMPs) und „Nominated MPs“ (NMPs; ernannte MPs) (Constitution of the Republic of Singapore 2010: 375). Die maximal möglichen neun NCMPs werden von den Oppositionsparteien ausgewählt, sollten die Oppositionsparteien bei den Wahlen nicht neun gewählte MPs erreichen (ebd.). NCMPs und NMPs dürfen in wichtigen Angelegenheiten wie z. B. finanzielle und Verfassungsangelegenheiten gemäß Art. 39 (2) der Verfassung nicht abstimmen (ebd.: 375 f.). Der Aktionsradius von Abgeordneten der Opposition wird durch die Verfassung also eingeschränkt, die Etablierung des NMP-Formats war ebenfalls eine Entwicklung, welche die PAP nach der Wahlniederlage von 1984 als notwendig ansah, um an Legitimität zu gewinnen.

Die Parteienlandschaft ist trotz der jahrzehntelangen Dominanz der PAP im Vergleich zur Kleinheit des Landes relativ groß. Bei der Parlamentswahl 2011 traten neben der PAP sechs weitere Parteien an – es bestehen aber noch mehr Parteien, welche die finanziellen und bürokratischen Hürden für die Wahlen 2011 allerdings nicht bewältigen konnten. Problematisch für die Oppositionsparteien sind nicht nur erschwerte Finanzierung, sondern

auch die vielen Gesetze, die ihre programmatische Arbeit belasten. „Most of the opposition parties are in reality nothing more than political NGOs”, analysiert James Gomez die schwierige Stellung der Oppositionsparteien (ebd. 2002: 35). Auch die öffentliche Darstellung der Opposition ist problematisch. Von der PAP werden Oppositionsmitglieder generell (und ganz im Sinner der Meritokratie) als „dishonorable men without the interests of the citizens at heart, lacking good academic credentials, as being publicity-hungry, capable of only bringing the country down if elected and as unable to deliver the material benefits that the population wants” beschrieben (ebd. 2002: 37). Ferner werfen die Medien kein gutes Licht auf die politische Opposition. Zwar stimmen die publizierten Fakten größtenteils, Oppositionspolitiker werden aber nur selten zu einer Stellungnahme gebeten und tauchen in den Medien meist nur im Zusammenhang mit negativen Nachrichten auf (Gomez 2006a: 11f). Deutlich wird dies beispielsweise auch in der Analyse Derek da Cunhas zu den Parlamentswahlen, wenn er sich fragt, ob die, während der Wahlen gestiegene Aufmerksamkeit der Medien, für die Oppositionsparteien überhaupt gerechtfertigt ist:

Having a presence in parliament is one criterion for the media to extend a political party an appropriate level of coverage and, therefore publicity. If a party does not have that presence, whatever coverage it recieves from the media it should consider a bonus, and not a right or entitlement (da Cunha 2012: 70).

4.3.2. Rechtliches System

Die zuständige Behörde für den Registrierungsprozess ist die *Registry of Societies (ROS)*, die dem *Ministry of Home Affairs* (vergleichbar mit unserem Innenministerium) untersteht. Die Aufgaben liegen in der Abwicklung neuer Registrierungsanträge, die Administration von Veränderungen bei bestehenden registrierten Gesellschaften oder Organisationen (z.b. bei Namensänderungen), aber auch die De-Registrierung von nicht funktionierenden oder aufgelösten Organisationen. Außerdem ist die Behörde für Adaptionen im zugehörigen Gesetz, dem *Societies Act* und den betreffenden Regulierungen zuständig (siehe ROS Online I). Wann hat sich eine Gruppe zu registrieren und was bedeutet dies für die Arbeit, welche diese Gruppe verfolgt?

„Any club, company, partnership or association of 10 or more persons, whatever its nature or object should seek registration with ROS (...)” (siehe ROS Online II). Um sich zu registrieren, müssen die Zusammenschlüsse einige Informationen an die Behörde liefern.

Nicht nur Details über die Organisation selbst (Name, Standort, Verfassung, E-Mail-Adressen und Telefonnummern), sondern auch Informationen über alle Mitglieder sollen an das ROS geliefert werden (Name, Wohnort, Beruf, Nationalität, Gender, Beziehungsstatus, Rasse, Religion, Kontaktinformationen wie Handynummer und Adresse, die absolvierten Bildungsabschlüsse und andere Mitgliedschaften). Außerdem müssen Fragen zur Finanzierung der Organisation, zu den Zielen und zur Zusammensetzung der Organisation (sind AusländerInnen beteiligt) werden. Falls es sich um eine religiöse Organisation handelt müssen außerdem zusätzliche Fragen beantwortet werden (vgl. ROS Online II).

Die Registrierung kann dabei von der Behörde auch verweigert werden. Das Gesetz kennt hierfür verschiedene Gründe, unter anderem: Wenn die Regeln der Gesellschaft bzw. Organisation ungenügend formuliert sind und erfolgreiches Management dadurch nicht gewährleistet werden kann. Zweitens, wenn die Behörde vermutet, dass der Zusammenschluss unrechtmäßige Absichten verfolgt, die dem allgemeinen Frieden, der Wohlfahrt und der Ordnung Singapurs entgegenstehen. Außerdem, wenn es dem nationalen Interesse entgegenstehen würde, die Organisation zu registrieren (vgl. ebd.).

Für Gruppen die als *political association* definiert werden, gelten gesondert striktere Regeln; die Zusammenarbeit mit ausländischen Organisationen, die dem nationalen Interesse entgegenstehen, gilt als Grund für die Verweigerung einer Registrierung (siehe Societies Act: 2). Problematisch ist dabei, dass weder klar definiert wird, was das nationale Interesse darstellt. Die Definition von *political association* ist außerdem Sache der Behörde. „Political association includes any society which the Minister may by order declare to be a political association“ (Societies Act: 1).

Abgesehen vom komplizierten Registrierungsprozess sind es vor allem die Gesetze selbst, denen die Organisationen nach Abwicklung des Prozesses unterliegen, die eine Einschränkung der gewünschten Tätigkeiten bedeutet. Die meisten Zusammenschlüsse, die sich mit Themen auseinandersetzen, die den ideologischen Ansichten der PAP entgegenstehen, weisen daher einen starken ad-hoc Charakter auf, treffen sich beispielsweise in den eigenen Wohnungen, arbeiten mit eigenen Mitteln und ohne sicheres Budget und sind auf freiwillige Mitarbeit und Hilfe angewiesen. Die meisten Organisationen entscheiden sich daher, im Graubereich zu bleiben und sich nicht zu registrieren.

Weitere Regulierungen und Gesetze, die der zivilgesellschaftlichen Organisation entgegenstehen können, sind das Versammlungsverbot, das im *Public Order Act*¹⁷ formuliert ist und die inhaltlichen Einschränkungen, die beispielsweise im *Broadcasting Act*, im *Films Act* oder im *Defamation Act* formuliert sind.

Im *Broadcasting Act* ist festgeschrieben, dass Webseiten, die sich mit politischen oder religiösen Problemen Singapur betreffend, auseinandersetzen, sich als politische Organisation registrieren müssen (vgl. *Broadcasting Act*). Wie bereits beschrieben bedeutet diese Einteilung als politische Organisation in der Folge, dass keine ausländischen Investitionen angenommen werden dürfen und auch, dass keine AusländerInnen Teil der Gruppe sein dürfen.

Eines der wichtigsten rechtlichen Instrumente in Singapur ist der *Defamation Act*. Besonders in der Medienberichterstattung bzw. bei inhaltlichen Beiträgen im Internet ist die Gefahr groß der Verleumdung beschuldigt zu werden. In der Vergangenheit erwies sich dieses Gesetz als eines der am häufigsten gebrauchten, um GegnerInnen der Regierung zu schwächen. Beleidigung, Beschimpfung und Lüge sind dabei die Anschuldigungen, die in dieser Legislatur behandelt werden. Die Crux an Verleumdungsklagen sind die hohen Strafen, die bei einem Schuldspruch verhängt werden. Besonders ein Oppositionspolitiker hat dies in der Vergangenheit zu spüren bekommen – Chee Soon Juan von der *Singapore Democratic Party*. Die hohen Verhandlungskosten und Strafzahlungen stürzten ihn in den Bankrott, was dafür sorgte, dass er keinen Parlamentssitz innehaben kann (vgl. Gomez 2006b: 118ff). Die Angst vor einer möglichen Anschuldigung der Verleumdung regiert laut mehreren AutorInnen die Meinungsäußerung der SingapurInnen, aber auch von ausländischen Medien, die zunehmend von kritischer Berichterstattung Abstand nehmen, um einem möglichen Prozess aus dem Weg zu gehen (vgl. Gomez 2006b: 117ff, George 2012: 41,).

In der singapurischen Verfassung wird in Artikel 14, § 1 zwar das Recht auf freie Meinungsäußerung garantiert - in § 2 aber insofern eingeschränkt, dass sich das Parlament (nicht die Gerichte!) das Recht vorenthält, die freie Meinungsäußerung einzuschränken. Da das Parlament fast ausschließlich aus Mitgliedern der PAP besteht, merkt Gomez hier

¹⁷ Um eine Versammlung oder eine Demonstration abzuhalten muss eine Bewilligung eingeholt werden. Ähnlich wie beim Registrierungsprozess bei der ROS werden dabei sämtliche Informationen über alle Teilnehmer und Organisatoren benötigt. Dabei wird schon die Versammlung von mehr als zwei Personen als meldepflichtig angegeben (vgl. *Public Order Act*: Part I, 2.).

kritisch an, dass die PAP sich nicht für freie Meinungsäußerung interessiert: „The PAP does not acknowledge that freedom of speech and freedom of expression are basic human rights, instead it promotes them as a privilege allowed only to the ruling party“ (vgl. ebd. 2006: 108).

Im Laufe der Jahre kam es außerdem immer wieder zur Etablierung neuer Ministerien und Behörden. Ende 2012 geschah beispielsweise die Umbenennung des Ministry of Information, Communication and the Arts (MICA) in das Ministry of Communication and Information (MCI). *Statutory Boards*¹⁸ des Ministeriums sind die *Infocomm Development Authority* (IDA), die *Media Development Authority* (MDA) und das *National Library Board* (NLB). „It is MCI’s mission to build a nation of connected people and achieve a better quality of life. This is achieved by developing vibrant infocomm, media and design sectors, cultivating learning communities and fostering an engaged public“ (siehe Ministry of Communication and Information).

Die MDA stellt dabei die für diese Arbeit wichtigste Behörde dar. Sie wurde 2003 durch den Zusammenschluss der *Singapore Broadcasting Authority*, der *Films and Publications Department* und der *Singapore Film Commission* gegründet und ist die zentrale Regulierungsbehörde für Medieninhalte. Ziel der Behörde ist es, Richtlinien zu formulieren, die einerseits Wachstum ermöglichen, andererseits aber das öffentliche Interesse schützen. Das regulative Gerüst besteht dabei einerseits aus *content management policies* und andererseits aus *policies for industry practices*. (vgl. *MDA policies*).

Die Richtlinien den Inhalt betreffend begründet die Behörde folgendermaßen:

Content management allows for information to benefit the user and society. Through the setting of guidelines from the various media, the public can access a wide choice of channels for entertainment or knowledge, and at the same time, ensuring that the young are safeguarded from undesirable materials. MDA maintains a light-touch approach towards regulation, working closely with the public and the industry on media content and standards. It will introduce more co-regulation among industry players to facilitate the media industry while promoting social responsibility (MDA Policies).

Die Frage, inwiefern der *light-touch approach* verfolgt wird, wird in Kapitel 6 noch eine zentrale Rolle spielen. Die MDA umfasst viele weitere Bereiche, die in die Benutzung des Internets und in das Produzieren von Inhalten einwirken. So besteht beispielsweise auch

¹⁸ „Statutory Board“ ist ein Ausdruck, der speziell in Singapur verwendet wird, um autonome staatliche Unternehmen zu kennzeichnen. Diese sind nicht Teil der Verwaltung und mit Beamten besetzt. Die Geschäftsleitung besteht aus einem Vertreter / einer Vertreterin des Parlaments.

ein so genanntes *Inter-Ministry Cyber Wellness Steering Committee (ICSC)*. Cyber Wellness wird von der Behörde definiert:

Cyber wellness refers to the positive well-being of internet users and a healthy cyber culture for the Internet community. It involves an understanding of the risks of harmful online behaviour, an awareness of how to protect oneself and other Internet users from such behaviour, and a recognition of the power of the Internet to benefit oneself and the community at large. To encourage and promote safe, responsible use of the Internet and healthy gaming, MDA advocates a holistic public outreach approach to educate not just youth, but also educators, parents and the general public to raise the awareness as well as impart essential coping skills in evaluating what they read, see and hear in the media (MDA Cyber Wellness).

Die an früherer Stelle angesprochene Bedeutung von Moral in der Regierungsrationalität der PAP ist hier deutlich zu erkennen. Dieses Komitee ist dabei nur eines unter vielen der MDA. Andere Beispiele sind das *Online Committee Portal*, das *Censorship Review Committee*, das *Political Films Consultative Committee*, das *Internet and Media Advisory Committee* oder das *Broadcast, Publications And Arts Appeal Committee*. Die MDA betont dabei, dass Konsolidierung und Feedback aus der Bevölkerung zu ihren Regelwerken für ihre Arbeit zentral ist (siehe MDA Consultation with Committees). Auch die Bedeutung der Einbindung der Bevölkerung in Feedback-Einheiten wurde bereits im Abschnitt zu den Regierungsrationalitäten beschrieben.

Abschließend soll in diesem Abschnitt noch versucht werden die vielen Regelwerke und Vorschriften zusammenzufassen, welche die Produktion von Inhalten im Internet betreffen. In der *Broadcasting (Class Licence) Notification* ist jeder/jede der/die Online Inhalte produziert, sowie die Service-Anbieter, automatisch zugelassen (*licensed*) und hat sich an die *Class Licence Conditions* und an den *Internet Code of Practice* zu halten (MDA Internet Regulatory Framework).

Als *Internet Content Provider* wird dabei

any individual in Singapore who provides any programme, for business, political or religious purposes, on the World Wide Web through the Internet; or (b) any corporation or group of individuals (including any association, business, club, company, society, organisation or partnership, whether registrable or incorporated under the laws of Singapore or not) who provides any programme on the World Wide Web through the Internet (Broadcasting (Class Licence) Notification: 2.a; 2.b).

verstanden. In Punkt 4 und 5 der *Class Licence Notification* sind dabei noch genauere Regeln für politische Inhalte festgelegt:

- 4. An Internet Content Provider who is or is determined by the Authority to be a body of persons engaged in the propagation, promotion or discussion of political or religious issues relating to Singapore on the World Wide Web through the Internet, shall register with the Authority within 14 days after the commencement of its service, or within such longer time as the Authority may permit.*
- 5. If required by the Authority to do so by notice in writing —*

- (a) an Internet Content Provider who is, or is determined by the Authority to be, in the business of providing through the Internet an on-line newspaper for a subscription fee or other consideration; and
- (b) an Internet Content Provider who is, or is determined by the Authority to be, an individual providing any programme, for the propagation, promotion or discussion of political or religious issues relating to Singapore, on the World Wide Web through the Internet, shall register with the Authority within the time stipulated by the Authority in the notice (Broadcasting (Class Licence) Notification: 4; 5.a; 5.b).

Im *Internet Code of Practice* sind die Verbote definiert und zusammengefasst:

- 4.- (2) In considering what is prohibited material, the following factors should be taken into account:-
- (a) whether the material depicts nudity or genitalia in a manner calculated to titillate;
 - (b) whether the material promotes sexual violence or sexual activity involving coercion or non-consent of any kind;
 - (c) whether the material depicts a person or persons clearly engaged in explicit sexual activity;
 - (d) whether the material depicts a person who is, or appears to be, under 16 years of age in sexual activity, in a sexually provocative manner or in any other offensive manner;
 - (e) whether the material advocates homosexuality or lesbianism, or depicts or promotes incest, paedophilia, bestiality and necrophilia;
 - (f) whether the material depicts detailed or relished acts of extreme violence or cruelty;
 - (g) whether the material glorifies, incites or endorses ethnic, racial or religious hatred, strife or intolerance (MDA Internet Code of Practice: 4.).

4.4. Freedom from the Press: Die Rolle der Medien in Singapur

Disneyland – wie der US-amerikanische Journalist William Gibson im zu Beginn dieses Kapitels angeführten Zitat Singapur beschreibt – das sind die sauberen Straßen und Gehsteige, die einladenden Parks, die in den Himmel ragenden Hochhäuser, die bunten Lichterlampen im touristischen Teil von Chinatown oder die farbigen Häuser im Stadtteil *Little India*. Das sind außerdem die guten Bedingungen für ausländische Investoren und Unternehmen in Singapur Fuß zu fassen. Und abends verwandelt sich die Bar- und Clubmeile rund um den Clark Quay in ein Disneyland, in dem die Musik dröhnt und die Lichter leuchten. Gleichzeitig gibt es aber einen großen Teil der Bevölkerung, der nichts von diesem Disneyland spürt.

A writer once described Singapore as “Disneyland with the death penalty”. However, for many Singaporeans – like myself – who have to put up with the draconian rules for decades now, we are not feeling the Disney at all. Just the penalties. Therefore, we get very annoyed with the mainstream media – especially the government-owned dailies circulating in Singapore – for their unhealthy fixation on the “Disney” side of Singapore (Singapore Sucks Online).

Den Missmut öffentlich kundzutun, wagen nur wenige SingapurInnen. Dennoch brodeln in der Bevölkerung Frustration oder Wut, nicht nur gegen gewisse Vorgehen der Regierung, sondern auch auf Grund der unzufriedenstellenden Berichterstattung. Bevor im nächsten Kapitel die Frage aufgeworfen wird, ob das Internet daran etwas ändern konnte

bzw. kann, soll in diesem Abschnitt auf die Rolle der klassischen Medien in Singapur eingegangen werden.

Singapurs einflussreichste Tageszeitung, *The Straits Times* (ST), war das offizielle Medium der britischen Kolonialregierung und unterstützte diese durch positive Berichterstattung. In der Periode nach der japanischen Besetzung ließ dies zwar etwas nach, die Medien waren aber grundsätzlich noch immer auf britischer Seite. Alexander Häntzschel beschreibt diese Entwicklungen ausführlich in seiner Dissertation zum *News Flow* in Singapur und schlussfolgert: „The press probably never enjoyed so much freedom, credibility and respect than in this short period“ (ebd. 2007: 79). Die Presse florierte; ST konnte die Zirkulation erhöhen, und auch die anderen Nachrichtenmagazine *The Singapore Tiger Standard*, *Sunday Times* und *Sunday Mail* konnten gute Zahlen vorweisen - es kam zur Etablierung vieler neuer Magazine. Die Medien waren damals grundsätzlich für den Zusammenschluss mit Malaysien, wenn sie auch kritisierten, auf welche Weise dieser zu erreichen sei. Lee Kuan Yew und die PAP waren jedenfalls keine Lieblinge der wichtigen Tagesmedien (vgl. ebd. 2007: 80f). Lee war der Meinung, dass heimische Medien nicht in die Hände von AusländerInnen fallen sollten. Die Zeit in der malaiischen Föderation war für die Medien keine einfache und viele Zeitzeugen schildern diese Periode als für die Pressefreiheit äußerst gefährlich und hinderlich (siehe Häntzschel 2007: 81f). Der Autor zitiert eine Passage aus dem Editorial der ST vom 16. Dezember 1960, in der diese Situation deutlich wird:

The position today is that no newspaper can be printed and published without government permission. It needs a second permit for its sale in the other territory. These permits must be renewed annually. They can be refused without reason being given, they can be withdrawn without notice, the courts have no jurisdiction and the newspaper no redress. The press is not free. It may be asked why the press should claim a greater freedom than the individual whose fundamental freedoms are restricted by legislation which permits detention without trial. The answer is simple, and it should be convincing. If a newspaper is subversive, if its editors are seditious, if the press stirs up communal strife – the activities for which personal freedom can be lost – the evidence is there in black and white. Newspapers cannot commit their crimes in secret. The printed word is never too terrified to testify. (in Häntzschel 2007: 81).

Häntzschel beschreibt in seiner Dissertation außerdem die genuin negative Einstellung Lee Kuan Yews der Presse gegenüber: Lee war demnach nicht nur unglücklich darüber, dass die ST die Briten auch noch nach der japanischen Besetzung unterstützten, sondern war JournalistInnen gegenüber generell negativ eingestellt. Häntzschel zitiert ihn mit den Worten: “I read reports of all the bright students going into engineering, the sciences, medicine, economics, and so on. The not-so-bright go to political science and sociology.

When they cannot get a good job, they go on to journalism” (ebd. 2007: 84). Was Lee außerdem störte war die Meinung, dass JournalistInnen – im Gegensatz zu anderen Berufsgruppen – sich nicht an klare Regeln zu halten hätten und frei arbeiten wollen:

What amazes me is that this powerful instrument does not require of its practitioners special professional training nor codes of conduct to govern them. You can be a journalist without understanding the impact on the minds of millions when you write smut and circulate it through millions of copies to literate and semi-literate people (Lee zitiert in Häntzschel 2007: 84).

Als die *Straits Times* nach der Separation ihr Büro von Kuala Lumpur wieder zurück nach Singapur verlegte, wurde die redaktionelle Ausrichtung komplett verändert und Lee genoss Unterstützung. Infolgedessen bediente dieser sich der meritokratischen Legitimation: Politik bleibt professionellen PolitikerInnen vorenthalten. Keiner Person, Gruppe oder Organisation ist es erlaubt, die nationale Politik zu kommentieren. Die Rolle der Medien fasste Lee bei einem Meeting des International Press Institute 1971 in Helsinki zusammen:

Most important, we want the mass media to reinforce, not to undermine, the cultural values and social attitudes being inculcated in our schools and universities. The mass media can create a mood in which people become keen to acquire the knowledge, skills and disciplines of advanced countries. Without these, we can never hope to raise the standards of living of our people (Lee zitiert in Häntzschel 2007: 85f).

Pragmatismus wird in diesem Zitat besonders deutlich. Auch die Identitäts- und Nationsbildung konnte für Lee durch den richtigen Umgang mit Medien unterstützt werden. Zu guter Letzt kann auch das meritokratische Element in den Aussagen Lee’s zur Rolle der Medien wiederentdeckt werden: “(...) freedom of the press, freedom of the news media, must be subordinated to the overriding needs of the integrity of Singapore, and to the primacy purpose of an elected government” (Lee in George 2011).

Die 1970er markierten den Beginn des „government-say-so journalism“ (Häntzschel 2007: 87). Um den Einfluss noch zu verstärken, wurden einige PAP-Männer und Frauen in die Medienbetriebe eingeschleust. Eine Zusammenstellung von Häntzschel führt die wichtigsten Positionen an (siehe ebd. 2007: 94). Die kontroversiellste Besetzung war die von Lees Schwiegertochter, der Frau des jetzigen Premierministers Lee Hsien Loong, Ho Ching. Als Direktorin der Firma Temasek, die finanziell eng mit der Regierung zusammenhängt (eine so genannte Government Linked Company – GLC), hat diese Einsicht in alle Gremien der wichtigsten Medienunternehmen Singapurs (vgl. Häntzschel 2007: 94f).

Was in den 70ern seinen Anfang nahm, ist heute noch immer Status Quo. Dies wird im aktuellsten Menschenrechtsbericht des US-State Department deutlich:

The government strongly influenced both the print and electronic media. Two companies, Singapore Press Holdings Limited (SPH) and MediaCorp, owned all general circulation newspapers in the four official languages--English, Chinese, Malay, and Tamil. MediaCorp was wholly owned by a government investment company. SPH was a private holding company with close ties to the government; the government must approve (and can remove) the holders of SPH management shares who have the power to appoint or dismiss all directors or staff. As a result, while newspapers printed a large and diverse selection of articles from domestic and foreign sources, their editorials, coverage of domestic events, and reporting of sensitive foreign relations topics usually closely reflected government policies and the opinions of government leaders (US State Department Human Rights Report 2011: 10).

Neben der Einflussnahme auf Ebene der Eigentümerschaft wird auch an der inhaltlichen Gestaltung mitbestimmt. Einige AutorInnen berichten von Anrufen in Redaktionen; nicht zuletzt die Veröffentlichung der WikiLeaks Depeschen sorgte dafür, dass solche Einschüchterungstechniken an die Öffentlichkeit kamen:

The government exerts significant pressure on ST editors to ensure that published articles follow the government's line, Chua said. In the past, the editors had to contend only with the opinions of former Prime Minister Lee Kuan Yew (now Minister Mentor) and former Deputy Prime Minister Goh Chok Tong (now Senior Minister). However, a younger generation of government ministers is now vying for future leadership positions and one way for them to burnish their credentials with the old guard is to show they can be tough with the media, Chua said. As a result, several current ministers and second ministers (Chua did not say which ones) routinely call ST editors to ensure that media coverage of an issue comes out the way they want it. While Chua admitted that he knew of no editors who had been fired or otherwise punished for printing articles critical of the government, he said that is because all of them have been vetted to ensure their pro-government leanings (Wikileaks Cable 09Singapore61).

Kontrolle der Presse und der Medien ist nichts, was ausschließlich in Singapur geschieht. In anderen Ländern geschieht die Einflussnahme oft sogar durch Einsetzung physischer Gewalt und Verfolgung kritischer JournalistInnen. Aus Protest gegen Zensur und Kontrolle gehen JournalistInnen weltweit auf die Straße oder veröffentlichen leere Seiten, um auf ihre problematische Situation aufmerksam zu machen. Was Singapur zu so einem interessanten Beispiel macht, ist die Tatsache, dass es die RedakteurInnen, die JournalistInnen und auch die Bevölkerung scheinbar akzeptiert haben, nur zu schreiben, was der Regierung gefällt (vgl. George 2000: 65; Häntzschel 2007: 86) – offenen Protest gibt es nicht. Dennoch steht fest, dass die unterstützende Berichterstattung nicht ausschließlich auf Freiwilligkeit und Überzeugung besteht, sonst würde es die strikten Gesetze und Regeln nicht geben, von denen bereits die Rede war. Grund für die Kooperation zwischen Medien und Regierung ist die Schere im Kopf, die mit den Begriffen Foucaults so schön sichtbar gemacht werden kann.

Ziel dieses Kapitels war es, die Grundlage für eine Einschätzung der aktuellen politischen Situation in Singapur zu schaffen und einen Übergang zum abschließenden Kapitel zu finden.

Wichtig war vor allem, auf die von der Regierung eingesetzten Ideologien und Strategien einzugehen. Die Besonderheit, plötzlich als heterogenes Volk und Kleinstaat ohne natürliche Ressourcen zu bestehen, stellte PolitikerInnen damals vor viele Herausforderungen. Besonders die ständige Erinnerung daran, dass es für den kleinen Staat um das Überleben gehe und die Konstruktion einer nationalen Identität, waren in dieser ersten Zeit von Lee und der PAP oft verwendete Argumente. Die Diskussion der Rolle der Zivilgesellschaft ist für das folgende Kapitel besonders wichtig, da der Akzent dieser Arbeit auf Akteuren der Zivilgesellschaft liegt. Mit Foucault sollte nochmals betont werden, dass die Zivilgesellschaft keine von staatlichem Handeln autonome Sphäre darstellt. Um die Perspektiven der singapurischen Zivilgesellschaft zu konkretisieren, wurden die wichtigsten rechtlichen Gerüste präsentiert, sowie das politische System, das als Stabilisator der Herrschaft der PAP gilt. Am Ende dieses Kapitels wurde auch die Frage aufgeworfen, weshalb die Medien und auch die Bevölkerung sich den Richtlinien der Regierung beugen. In der Darstellung der Rolle des Internets wird es besonders interessant sein, nach Parallelen oder Unterschieden zwischen klassischen und neuen Medien zu suchen. Auch für die Beantwortung der grundlegenden Frage, ob das Internet einen (neuen) Raum für Kritik darstellt, ist es zentral, zunächst zu fragen, ob die klassischen Medien einen Raum für Kritik darstellen.

Im Falle Singapurs kann dies verneint werden.

5. Labor der Internetkontrolle

People don't know how to disagree without becoming disagreeable, and the personal is constantly mistaken for the political. In such an environment, most choose to opt out.
(Gomez 2002: 60)

Auf Grund des Aufenthaltes im Feld konnte die Verfasserin dieser Diplomarbeit Einblick in den Mikrokosmos der *civil society people*, wie sich die AktivistInnen in Singapur selber nennen, bekommen. Da die Szene nicht sehr groß ist, braucht es nur wenige Tage, um Kontakte zu knüpfen. Obwohl es unterschiedliche Gruppierungen in dieser Gemeinschaft gibt, stellt Meinungsfreiheit einen Punkt dar, den alle von ihnen einfordern. Die Gruppen organisieren sich Online wie Offline und haben in beiden Sphären mit strikten Regeln zu kämpfen, die ihre Arbeit beeinflussen.

In diesem Kapitel sollen zunächst Charakteristika des Internets als Raum in einen gouvernementalitätstheoretischen Kontext gebracht werden, bevor auf den Stellenwert der Technologie in Singapur eingegangen wird. Da, wie bereits dargelegt, die Insel über keine natürlichen Rohstoffe verfügt, setzen die regierenden PolitikerInnen schon seit der Unabhängigkeit auf (Frei-)Handel, Bildung, den Finanzsektor und vor allem auf die Entwicklung und den Ausbau neuer Technologien.

In einem zweiten Abschnitt wird es darum gehen, das euphorische Statement Bill Clintons, zumindest für den singapurischen Kontext, zu widerlegen – nämlich, dass der Pudding doch an die Wand genagelt werden kann.

Abschließend werden noch kurz die drei Phasen nach James Gomez zusammengefasst um im nächsten Kapitel auf die Entwicklungen ab 2007 einzugehen.

5.1. Das Internet als Raum

Diese Überlegungen bauen auf den in Kapitel 3 diskutierten Überlegungen und Begriffen Michel Foucaults auf. In diesem Abschnitt soll es darum gehen, mit Foucault zu fragen, wie Macht- und Herrschaftstechniken im Internet wirken. Zentral für die Beantwortung dieser Frage ist sicherlich das heterogene Arrangement bei Foucault – die Verknüpfung von Wissens-, Macht- und Subjektivierungsgefügen.

Bevor ein Raum „in Besitz genommen“ bzw. „kolonisiert“ wird, muß (sic!) er zuerst gewußt (sic!) werden, jeder „Zu-Griff“ oder „Ein-Griff“ erfordert einen „Be-Griff“. Machträume sind daher zugleich „Räume des Wissens“ und an epistemische und technologische Existenzbedingungen gekoppelt, was sich sehr gut anhand des virtuellen Raums des Internet (...) zeigen lässt (zit. in Lemke 2004: 172).

Dabei handelt es sich, wenn von „Räumen“ die Rede ist nicht um konkrete, „natürliche“ Räume wie wir sie im Alltag kennen, sondern mehr um einen „Problem-Raum“ (Lemke 2004: 173), der sich durch eine Verschränkung von Wissens-, Macht- und Subjektivierungsverhältnissen auszeichnet.

Das Auftauchen neuer Informations- und Kommunikationstechniken wie dem Internet und der Globalisierung der Weltmärkte markieren dabei eine wichtige Transformation bestehender ökonomischer Raumdispositive (vgl. Lemke 2004: 173). Lemke verwendet den von Manuel Castells geprägten Begriff „Raum der Ströme“, um die Gleichzeitigkeit sozialer Praktiken ohne geografische Nähe zu beschreiben. Dieses neue Merkmal steht im Gegensatz zur klassischen Raumordnung, die in der Bedeutung, Funktion und Örtlichkeit immer eng verbunden waren. Die neue Dimension ermöglicht eine tendenzielle Aufhebung der Trennung von Arbeit, Wohnen und Freizeit. Auch die Trennung zwischen öffentlichem und privatem Milieu wird hier aufgeweicht.

All diese Tendenzen führen zu neuen Formen von Identität und Individualität: „flexible Menschen“, „Ich-AGs“ und „Arbeitskraftunternehmer“ sind einige der Begriffe, die mit dem Aufkommen dieses neuen Raumes und den sich verändernden Identitätsformen geprägt wurden (vgl. Lemke 2004: 174). Auf diese neuen Formen geht auch Ramón Reichert ein. Kreativität werde im Web 2.0 eine neue Bedeutung zugewiesen: „Im Netz kommt es weniger darauf an, auf unverfälschten Lebenserfahrungen zu insistieren, sondern mit Hilfe der erlernten Medienkompetenz an seiner vorteilhaften Selbstdarstellung zu basteln“ (Reichert 2008: 43).

Lenkt man das Interesse auf die Individuen, die im Netz ihre Kritik formulieren, ist es wichtig auf den Amateursdiskurs hinzuweisen. Im Internet wird der traditionelle Begriff des/der AutorIn in Frage gestellt. Die Argumentation verläuft hierbei vor allem so, dass KontributorInnen von Inhalten im Netz als AmateurInnen bezeichnet werden – sie treten in Konkurrenz zur „traditionellen Medienberichterstattung“ (vgl. Reichert 2008: 65). Ramón Reichert kritisiert diese Sichtweise allerdings, die für ihn reduktionistisch ist. Für ihn gilt, die Position der AmateurInnen aufzuwerten und darauf hinzuweisen, dass sie es sind, die ein widerständiges Wissen über die Funktions- u. Kommunikationsweisen der neuen Medien entwickeln und sich dadurch in die Lage versetzen, die scheinbar normierten und standardisierten Routinen und Automatismen der neuen Technologie zu stören, um sie gegen sie zu verwenden. Die widerspenstigen Praktiken der AmateurInnen sind für

Reichert experimentell und klandestin und bringen zuletzt eine Ambivalenz zwischen Subjektivierung und Entsubjektivierung mit sich, die nicht zu tilgen ist (vgl. ebd. 2008: 65ff).

Der Autor geht in seinem Buch „Amateure im Netz“ außerdem auf den Einfluss zwischen Unternehmen und BloggerInnen ein. Der „Unternehmer seiner selbst“ solle einerseits über Netzwerkfähigkeit und Flexibilität, andererseits auch über individuelle Kompetenzen wie etwa Selbstbeherrschung oder Selbststeuerung verfügen (siehe Reichert 2008: 79). Reichert verweist außerdem darauf, dass immer mehr Unternehmen ihren MitarbeiterInnen gewisse Grundregeln für den öffentlichen Auftritt mitgeben – sie erstellen *Policies* oder *Guidelines*, an die es sich zu halten gilt. All dies trägt zur Normalisierung der Lebensstile bei (vgl. ebd. 2008: 70).

Wie die Zivilgesellschaft kann auch das Internet nicht als *ein* Raum gesehen werden, der dem Staat einfach gegenübersteht. Auch das Internet ist kein machtfreier Raum – die Technologien der Macht kommen zur Wirkung. Als Gegenstück zu dem von Foucault beschriebenen systematisch-zweckrationalen Netz der Disziplinierungsmacht sind Computernetze den Akteuren nicht auferlegt, sie sind kein fertiges Produkt sondern ein fortlaufender Prozess. Die Verwendung des Regierungsbegriffs erlaubt es, den Stellenwert von Subjektivität und Perspektiven von Widerstand deutlicher zu fassen.

In der Literatur zur Bedeutung des Netzes in Singapur wird teilweise auf Überlegungen Michel Foucaults eingegangen – besonders im Zusammenhang mit der häufig für Singapur festgestellten Praxis der Selbstzensur.

Terence Lee verbindet für seine Analyse des Stellenwertes von Internet in Singapur sein Konzept von *cultural control* mit dem digitalen Bereich und formuliert damit den Begriff *technological auto-regulation*: „The deliberate employment of ambiguous terms that are often legally binding but interpretable only by state officials is one of the key foundations of auto-regulation“ (ebd. 2011: 120). Terence Lees Konzept der *auto-regulation* entwickelte er in starkem Bezug zu Foucaults Interpretation des *Panopticon*: Das Konzept, das ursprünglich vom britischen Philosophen Jeremy Bentham stammt, beschreibt eine besondere Architektur für Gefängnisse (aber auch andere Anstalten oder Fabriken) die es erlaubt, gleichzeitig viele Menschen zu überwachen. Das Besondere dabei ist, dass es die spezielle Architektur zulässt, dass zwar der Beobachter die zu überwachenden Personen sehen kann – diese das aber nicht können. Somit sind sie sich nie sicher, ob sie beobachtet

werden, oder nicht. Berühmt wurde Bentham's Konzeption erst durch die Analyse Foucaults. Er bezeichnet dieses Ordnungsprinzip als wesentlich für westlich-liberale Gesellschaften – wobei Foucault zu diesem Zeitpunkt noch von der Disziplin bzw. der Disziplinargesellschaft spricht.

In Kapitel 5.2. wird es darum gehen zu zeigen, inwiefern das *Panopticon* im singapurischen Umgang mit dem Netz verwirklicht wird. Zunächst wird aber auf den allgemeinen Stellenwert des Internets für den singapurischen Staat eingegangen.

5.2. Internet in Singapur

„Singapore is one of the most networked societies in the world“ (Lee 2011: 107), stellt nicht nur Terence Lee fest. Die meisten AutorInnen, die sich dem Thema Internet in Singapur widmen, betonen die frühe Begeisterung, die für die Technologie herrschte, sowie den hohen Grad an Professionalität und Kontinuität, mit der die Ausweitung und Verbesserung des Internet betrieben wurde (z.b. Kan; Lee 2008: 4).

Schon 1986 wurde erstmals das Ziel formuliert, „to become an intelligent IT and media hub, so that it can be transformed into an intelligent and creative knowledge-based economy“ (Lee 2011: 108).

Das Internet wurde 1994 für die breite Öffentlichkeit zugänglich, allerdings gab es schon ab 1992 erste Versuche und Auftritte im Netz – zum Beispiel an Universitäten. 1995 war Singapur das weltweit erste Land, das eine eigene Homepage hatte und 1999 das erste Land, indem praktisch alle Haushalte und Firmen an das Kabelnetz angeschlossen waren (ebd. 2011: 107). Lee merkt außerdem an, dass die Regierung ständig neue Strategien entwickelte, um die Durchdringung, die Architektur und die Geschwindigkeit des Netzes zu steigern (ebd. 2011: 108). Dies geschieht durch Behörden wie der zuvor beschriebenen *Media Development Authority*. Der neueste Masterplan der Regierung heißt dabei *Intelligent Nation 2015*. Die folgende Tabelle fasst den Zugang zu Internet pro Haushalt zusammen:

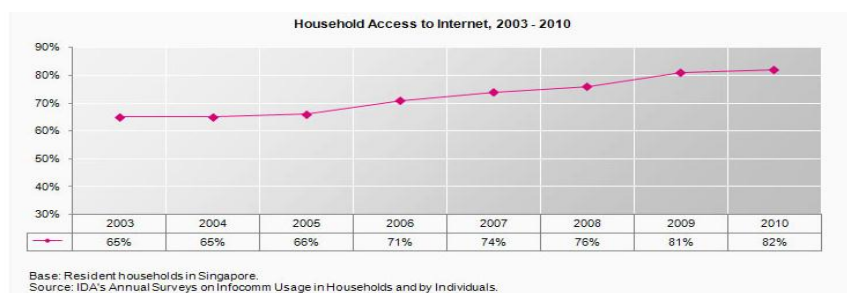


Abb. 1: Zugang zu Internet pro Haushalt
(Quelle: IDA 2011).

All die Strategien sollten dabei vor allem dem ökonomischen Wachstum Singapurs dienen, das politische Engagement der Bevölkerung soll möglichst gering bleiben – was der Regierung gelang. Terence Lee sieht die geringe politische Partizipation darin begründet, dass die Gesetze, die es offline gibt, in Singapur einfach auf das Internet übertragen wurden (vgl. Lee 2011: 110, George 2012: 163, Kan; Lee 2008: 5).

5.3. Den Pudding an die Wand nageln

Noch einen Rekord hat Singapur aufgestellt: es war auch das weltweit erste Land, das Grenzen im Internet setzte. 1997 präsentierte die *Singapore Broadcast Authority* eine *short-list* von 100 Webseiten, die via Proxyserver von den drei von der Regierung kontrollierten Internet Serviceanbietern blockiert wurden (siehe Lee 2011: 115). Seither hat Singapur die Mechanismen der Zensur verfeinert. Die Regierung scheint einen eher instrumentellen Zugang zum Internet zu verfolgen: Nicht nur ist es möglich, die Technologie einzuschränken und zu kontrollieren, sie kann auch zur Steigerung der Kontrolle verwendet werden (vgl. Kan; Lee 2008: 6).

Wie zuvor beschrieben, sieht Terence Lee das ursprünglich für Gebäude formulierte Konzept des *Panopticon* im singapurischen Staat verwirklicht: „The panopticon is designed for cultural control, the balance between being visible and unverifiable makes governing at a distance possible – reminders and fine-tune legislations and codes from time to time is all it needs“ (ebd. 2011: 119). Zu zeigen, dass die Kapazität zu Überwachung besteht, aber nicht klar auszudrücken, ob diese auch angewendet wird, bringe die Menschen dazu, Selbstzensur zu praktizieren. 1994 und 1999 wurde der singapurische Telekommunikationsanbieter *SingNet* dabei erwischt, wie er unerlaubt Daten von UserInnen durchsuchte. Dabei war auch ein Ministerium involviert. Der Skandal gelangte an die Öffentlichkeit, eine Entschuldigung von *SingNet* folgte. Obwohl die Regierung damals ein Statement publizierte, in dem sie sich von Datendurchsuchung bzw. Online-Überwachung distanzierte, steht für viele BürgerInnen, und vor allem für viele BloggerInnen seit damals fest, dass die Kapazität und die Möglichkeit, Überwachung durchzuführen, besteht. „Whether or not actual online monitoring is done becomes irrelevant in an auto-regulatory environment – the demonstration of the capability is enough“ (vgl. Lee 2011: 121f).

Auch Cherian George verbindet den Umgang der singapurischen Regierung mit dem Internet mit gouvernementalitätstheoretischen Überlegungen. Er verwendet dabei den

Begriff *calibrated coercion* – das richtige Maß an Zwang. „For the censor, calibrated coercion minimizes the sense of moral outrage that could be used to mobilise the public against the state. It also reduces the salience of coercion, making consensus seem like the sole basis for stability, thus strengthening hegemony” (George 2012: 108). Für die Regierung ist es von hoher Bedeutung Glaubwürdigkeit zu bewahren und die Medien, auch das Internet, nicht zu offensichtlich als Propagandainstrument zu verwenden. Der Nachbarstaat Malaysien beispielsweise, ein ähnlich autoritäres Regime wie Singapur, konnte die Medien nicht so stark für die eigenen Interessen nützen, wie es der PAP in Singapur gelang. Hier war der Missbrauch der Medien für Propagandazwecke so offensichtlich, dass die BürgerInnen in Scharen zu alternativen Onlinemedien flohen (vgl. George 2012: 113). China stellt ein ähnliches Beispiel dar, wo die Medien ganz offensichtlich zu Parteipropaganda genutzt werden.

5.4. Entwicklungen im Netz – die drei Phasen nach James Gomez

In dem 2006 verfassten Text „‘Citizen Journalism’: Bridging the Discrepancy in Singapore’s General Election News“ geht Gomez vor allem der Frage nach, wie man den Einfluss des Internets messen kann, aber auch der Zusammenhang zwischen Onlinepartizipation von Parteien und Wahlerfolg bzw. Niederlage ist eine zentrale Frage. Er teilt die Entwicklungen der Meinungsäußerung im Netz deshalb in drei Phasen ein, die sich um die Parlamentswahlen von 1997, 2001 und 2006 drehen.

Die erste Phase von 1992-1997 ist für Gomez vor allem dadurch gekennzeichnet, dass es zunächst fast keine Gesetze und Restriktionen das Netz betreffend gab - obwohl von Anfang an Bedenken bei der Regierung bestanden. Erste AkteurInnen waren meist im Ausland stationiert und konnten so den Behörden in Singapur aus dem Weg gehen. Eine der ersten sozio-politischen Seiten war *Sintercom*, die sich vor allem zum Ziel setzte, Neuigkeiten zu veröffentlichen, die gewöhnlich nicht in den Mainstreammedien zu finden sind. Gegen Ende der ersten Phase wurden allerdings erste Einschränkungen, wie das *Class Licence Scheme* – also die Registrierungspflicht, formuliert (vgl. Gomez 2006a: 13ff).

Richtig in Kraft traten diese ersten Gesetze und Richtlinien aber erst in der zweiten Phase, die Gomez von 1997 bis 2001 zeichnet. In dieser Phase sieht der Autor die Blütezeit der Meinungsäußerung zivilgesellschaftlicher Organisationen oder Zusammenschlüsse im Internet (ebd. 2006: 16ff). Gomez selbst gründete damals die Plattform *Think Centre*, die dennoch mit starken Einschränkungen durch ihre Registrierung zu kämpfen hatte. Während auf der einen Seite immer mehr Organisationen Online Präsenz zeigten,

formulierte die PAP auf der anderen Seite aber auch immer mehr Gesetze, die diese Präsenz einzäunten. Unter anderem der *Political Donations Act*, der es der Regierung erlaubte, alle Zusammenschlüsse als *political association* zu registrieren, die sie als politisch empfanden (siehe Gomez 2006a: 17f).

In der dritten Phase, von 2002-2006, stagnierte der Onlineauftritt regierungskritischer Gruppen zunächst, doch neue technische Entwicklungen wie Blogs und Videoplattformen sorgten für frische Motivation. Die meisten BeobachterInnen erwarteten, dass es vor allem im Dunstkreis der Parlamentswahlen 2006 zu einem Schlagabtausch zwischen der PAP und den im Internet aktiven, der Regierung gegenüber kritisch stehenden Individuen und Gruppen kommen würde – in Form von vielen neuen Regelungen. So geschah es auch, alle technischen Neuheiten wurden dabei miteinbezogen, politischen Parteien war es beispielsweise verboten, Videos von Wahlveranstaltungen oder Interviews mit KandidatInnen zu posten (vgl. Gomez 2006a: 21ff). Und dennoch:

Unlike the two previous elections, attempts to reel in political content during elections did not work during the 2006 general elections. This was largely because blog technology allows users to post content anonymously onto overseas servers. Hence, blog technology as well as do it yourself nature of blog posting allowed many to post election related information onto the Internet, oftentimes anonymously. A mixture of technology coupled by the view that the local media was biased made many bloggers through their actions ignore the legislation that forbid the posting of podcasts and pictures of rallies (Gomez 2006a: 26).

Für Gomez bedeuteten die neuesten technologischen Entwicklungen also auch bessere Möglichkeiten, Kontrolle zu entgehen. Noch im Vorfeld der Wahl von 2011 vertrat er diese Meinung und bezeichnete Hausbesuche von KandidatInnen als „old style tactics“ (siehe da Cunha 2012: 158).

Es handelt sich bei den von Gomez drei formulierten Phasen keineswegs um ausführliche Untersuchungen der jeweiligen Jahresabschnitte. Vielmehr handelt es sich um grobe Trends, um Entwicklungen über die Jahre vergleichbar zu machen. Dies soll auch in der folgenden vierten Phase, die an Gomez anknüpft, verfolgt werden.

6. Neuste Entwicklungen im singapurischen Internet

Eines der Ziele dieses abschließenden Kapitels ist es, zunächst eine Analyse der geführten Interviews zu treffen. Die befragten Personen können in drei unterschiedliche Gruppen regimekritischer Akteure eingeteilt werden. Eine Gruppe bilden AktivistInnen, die sich in NGOs engagieren und sowohl Online, als auch Offline arbeiten (Interview IV). Eine zweite Ebene bilden für diese Arbeit regierungskritische BloggerInnen. Auf Grund der starken Einflussnahme und der Unzufriedenheit vieler BürgerInnen mit den Mainstream Medien, existieren in Singapur eine Vielzahl von politischen Blogs und Foren, die durchaus sehr kritisch sind. Unterschieden werden kann hier zwischen BloggerInnen, die anonym bleiben wollen (Interview V) und KritikerInnen, die ihre Identität preisgeben (Interview I). Die dritte Ebene kritischer Akteure im Netz bilden für diese Analyse Mitarbeiter bzw. Verantwortliche alternativer Online-Medien. Aus den gleichen Gründen, die zu einer Vielzahl an Blogs kritischer BürgerInnen führten, etablierten sich auch einige Online-Plattformen für Nachrichten. Vertreter von zwei der drei aktuell wichtigsten Nachrichtenplattformen wurden ebenfalls befragt (vgl. Interview II & Interview III). Bevor der Inhalt der Gespräche ausgewertet und interpretiert wird, erfolgt eine genaue Beschreibung der verwendeten Methodik.

Die Inhaltsanalyse der Gespräche soll außerdem als ein Element für die Formulierung einer an Gomez' drei Phasen anknüpfenden vierten Phase dienen. Zeitlicher Rahmen für diese Phase sind die Jahre 2007-2013. Neben den persönlichen Einschätzungen der befragten Personen werden außerdem Gesetzesnovellen, Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Bevölkerung und vor allem die Parlamentswahl vom Mai 2011 herangezogen.

Politikwissenschaftler, Aktivist und Oppositionspoliker Gomez war sich schon im Vorfeld sicher, dass Facebook für die Wahl, die schon Monate zuvor als *Internet Election* beschrieben wurde, eine große Rolle spielen wird:

If in the last elections it was blogs, Facebook will be the online platform to watch in the next general elections scheduled to take place by February 2012. Facebook will be the new media tool via which information will be disseminated in Singapore's next general elections. Blogs and websites will play a role, but their role will be complemented by Facebook where the bulk of the information dissemination will take place. This means developments around Web 2.0 and social media will take online political communication on another level in Singapore (Gomez 2011: 13).

Inwiefern Facebook eine neue Entwicklung für kritische Meinungsäußerung im Internet darstellt, ist eine zentrale Frage, die auch in den Gesprächen mit AkteurInnen behandelt wurde.

6.1. Inhaltsanalyse der Interviews

Die Auswertung bzw. Einschätzung der Interviews wird sich an der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (vgl. ebd. 2007) orientieren. Das zentrale Anliegen ist dabei, eine Methodik systematischer Interpretation zu verfolgen, die an den in der Inhaltsanalyse notwendig enthaltenen qualitativen Bestandteilen ansetzt, sie durch Analyseschritte und Analyseregeln systematisiert und dadurch für andere überprüfbar macht. Ein Vorteil dieser Vorgehensweise ist, dass das gesammelte Material in seinem Kommunikationszusammenhang verstanden wird. Die Autorin ist angehalten anzugeben, auf welchen Teil im Kommunikationsprozess sie ihre Schlussfolgerungen aus der Materialanalyse beziehen will. Die Inhaltsanalyse ist kein Standardinstrument, das immer gleich aussieht – sie muss an den konkreten Gegenstand angepasst sein und auf die spezifische Fragestellung hin konstruiert werden. Das Kategoriensystem ist bei Mayring dabei der zentrale Punkt in der Inhaltsanalyse (siehe ebd. 2007: 42f). Wie das Kategoriensystem im Einzelnen konstruiert wird, hängt nicht nur vom Material ab, sondern auch von der gewünschten Richtung der Analyse. Zentral ist deswegen auch, dass die Analyse einer präzisen theoretisch begründeten inhaltlichen Fragestellung folgt. Die Basis für diese Fragestellungen wurde in den bisherigen Kapiteln gelegt.

Das Ablaufmodell für die Inhaltsanalyse sieht also folgende Schritte vor:

Zunächst wird das Beispielmateriale vorgestellt. Als nächstes wird die Entstehungssituation näher beschrieben, bevor formale Charakteristika des Materials vorgestellt werden. Bei der Beschreibung der zentralen Fragen ist es im nächsten Schritt wichtig, die Richtung der Analyse zu schildern und eine theoriegeleitete Differenzierung der Fragestellungen vorzunehmen. Nachdem diese einleitenden Charakteristika festgelegt sind, folgt das Ablaufmodell der konkreten Inhaltsanalyse. In diesem Schritt geht es darum, die speziellen Analysetechniken festzulegen und ein Ablaufmodell der Analyse aufzustellen. Um die Präzision der Inhaltsanalyse zu erhöhen, werden so genannte Analyseeinheiten festgelegt: die Kodiereinheit markiert, welches der kleinste Materialbestandteil ist, der ausgewertet werden darf. Die Kontexteinheit hingegen legt den größten unter einer Kategorie fassbaren Textbestandteil fest und die Auswertungseinheit legt fest, welche Textteile jeweils nacheinander ausgewertet werden (vgl. Mayring 2007: 53). Die einzelnen Techniken sind wiederum in einzelne Analyseschritte untergegliedert. Im Zentrum steht dabei immer die Entwicklung eines Kategoriensystems. Diese Kategorien werden in einem Wechselverhältnis zwischen Theorie und vorliegendem Material gebildet, durch

Konstruktions- und Zuordnungsregeln definiert und während der Analyse überarbeitet und rücküberprüft (siehe ebd. 2007: 53).

Für Mayring ist es von Bedeutung, zwischen drei Grundformen des Interpretierens zu unterscheiden: Zusammenfassung, Explikation und Strukturierung. Für die Analyse dieses Materials wurde die inhaltliche Strukturierung als fruchtbarste Auswertungsmethode identifiziert. In dieser Vorgehensweise geht es darum, Material zu bestimmten Inhaltsbereichen zu extrahieren und zusammenzufassen. Nach der Festlegung der Kodiereinheiten werden diese in Paraphrasen umgeschrieben. Die Paraphrasen sind dabei eine beschreibende Form und beschränken sich auf den Inhalt, wodurch eine einheitliche Sprachebene gebildet werden kann. Nichtinhaltstragende Textteile wurden ausgelassen.

Schließlich werden die Ergebnisse in Richtung der Hauptfragestellungen interpretiert und die Aussagekraft der Analyse eingeschätzt.

6.1.1. Vorstellung des Beispielmaterials

Im Rahmen dieser Diplomarbeit wurden im Oktober 2012 fünf offene Interviews mit im Internet aktiven, regierungskritischen AkteurInnen geführt. Wie erlebt der/die einzelne die Situation der kritischen Meinungsäußerung im Netz, mit welchen Hindernissen seitens der Regierung sehen sich die AkteurInnen in ihrer Arbeit konfrontiert, welche Strategien wenden sie an, um den zuvor beschriebenen rechtlichen Einschränkungen zu entweichen? Diese Fragen standen im Zentrum der Gespräche; außerdem war es aber auch ein Ziel herauszufinden, welche Unterschiede die AkteurInnen zwischen den Aktivitäten Online und Offline ausmachen, bzw. welches Potenzial sie dem Internet für kritische Arbeit zusprechen. Da mittels der geführten Interviews eine Tendenz der Rolle des Internets für die Jahre 2007 bis heute formuliert werden soll, wurden die InterviewpartnerInnen außerdem nach aktuellen Entwicklungen befragt, wie etwa neuen Technologien bzw. neuen Vorhaben der Regierung.

6.1.2. Festlegung des Materials

Im Rahmen der Feldforschung wurden fünf Aktivistinnen interviewt. Die daraus entstandenen Transkripte bilden das Analysematerial. Während bei größeren Datenerhebungen eine Stichprobe getroffen werden muss, ermöglicht die geringere Dichte an Interviews eine genauere Auseinandersetzung mit jedem geführten Gespräch. Auf der

anderen Seite sind die Ergebnisse der Analyse natürlich nicht repräsentativ und stellen keinen Anspruch auf vollständige Darstellung.

Im Einzelnen handelt es sich um:

Interview I: BloggerIn, seit 1996 kritische Beiträge zu Gesellschaft und Politik

Interview II: VerantwortlicheR eines Online-Nachrichtenportals

Interview III: VerantwortlicheR eines Online-Nachrichtenportals

Interview IV: Zwei AktivistInnen einer NGO, welche die Abschaffung der Todesstrafe zum Ziel hat

Interview V: AnonymeR BloggerIn, vor allem auf Facebook aktiv

6.1.3. Analyse der Entstehungssituation

Alle InterviewpartnerInnen wurden durch eigene Recherche regierungskritischer Plattformen und Projekte im Internet gefunden und schließlich via E-Mail kontaktiert. Die Fragen wurden dabei noch nicht vorab gestellt, lediglich das Thema der Arbeit und ein paar grobe Stichworte wurden den Kontaktpersonen mitgeteilt. Vier der fünf Interviews fanden persönlich statt, einE TeilnehmerIn stimmte einer Befragung nur via Mail (Facebook) zu. Die persönlichen Befragungen fanden alle im öffentlichen Raum statt (verschiedene Einkaufszentren – Coffee Shops). Die Bereitschaft, in der Öffentlichkeit über solche Themen zu sprechen, war für die Autorin durchaus überraschend. Dennoch ist festzuhalten, dass die GesprächspartnerInnen großteils nur sehr knapp antworteten und zu keinen ausführlichen Statements bereit waren. Begründet kann dies natürlich durch das heikle Thema sein.

Bei den Gesprächen handelte es sich um halb-strukturierte und offen geführte Interviews – es gab also einen Leitfaden mit Fragen, deren konkrete Formulierung und Reihenfolge jedoch variierte. Durch diese Art und Weise der Befragung war es den InterviewpartnerInnen möglich, frei zu antworten und auch auf spontane Situation einzugehen.

6.1.4. Formale Charakteristika des Materials

Die Interviews wurden mit digitalem Aufnahmegerät aufgenommen und dann in maschinengeschriebene Form transkribiert. Dabei wurde ausschließlich der gesprochene Inhalt transkribiert, Gesprächspausen oder Gemütszustände (z.B. Lachen) wurden nicht

vermerkt. Die Protokolle haben einen Umfang von 30 Seiten und finden sich in vollständiger, aber anonymisierter Form, im Anhang dieser Arbeit (siehe 11.1. – 11.5.).

6.1.5. Fragestellung der Analyse / Theoriegeleitete Differenzierung

Nicht nur die euphorischen Vorabberichte zu der Rolle des Internets für die Parlamentswahlen 2011 zeugten von einem scheinbar offeneren Umgang der singapurischen Regierung mit kritischer Meinungsäußerung im Netz. Die PAP selbst propagierte viele Male in Bezug auf das Netz einen *light touch* zu verfolgen (vgl. Singaporerebel 2012), und die BürgerInnen mehr in Entscheidungen einzubeziehen. Schließlich waren auch WissenschaftlerInnen, etwa James Gomez, davon überzeugt, dass kritischer Dialog in Zukunft besser möglich sein wird (ebd. 2006). Von anderen AutorInnen wurde kritisiert, dass die scheinbar offenere Politik der Regierung nur eine Täuschung darstellt (z.b. Lee 2011), um die Öffentlichkeit zufrieden zu stellen und KritikerInnen zu beruhigen.

Eine Beobachtung der Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Zivilgesellschaft auf Grund von produzierten Inhalten im Internet liefert Beweise für beide Ansichten. Einerseits nahmen die spektakulären Prozesse gegen UrheberInnen regierungskritischer Inhalte im Internet ab – ganz von der Bildfläche verschwanden sie dennoch nicht, wie beispielsweise der aufsehenerregende Fall um Gopalan Nair 2009 deutlich macht. Auch die Gesetze bezüglich Inhaltsproduktion im Internet wurden nicht gelockert, sondern im Gegensatz erweitert (*Cooling-Off Day*). Die kontrollierende, disziplinierende, autoritäre Haltung gegenüber der Bevölkerung wurde von Seiten der Regierung also beibehalten.

Dennoch kam es zur Neugründung von kritischen Online-Nachrichtenportalen, BloggerInnen versuchen weiterhin im Rahmen des gesetzlich möglichen – anonym und unter Klarnamen – die Regierung zu kritisieren, NGOs nutzen das Internet weiterhin zur Mobilisierung, die ihnen auf der Straße großteils verwehrt wird.

Zunächst ist es in diesem Zusammenhang von Interesse, eine emotionale Analyserichtung einzuschlagen, die nach der Motivation der AkteurInnen fragt, überhaupt Kritik öffentlich zu formulieren. Speziell vor dem Hintergrund, dass in Singapur regimekritische Aktivitäten rar gesät sind, ist das Handlungsmotiv für ein solches Engagement von Interesse. Da es ein Anliegen dieser Arbeit ist, Unterschiede zwischen regimekritischer Arbeit Online bzw. Offline zu untersuchen, spielt auch die individuelle Begründung dafür,

die Kritik im Netz – und nicht Offline – zu formulieren eine wichtige Rolle für die Richtung der Analyse.

Um zu Foucault zurückzukehren – nach der „Schere im Kopf“ kann man in einem Interview nur schwer fragen. Wie in Kapitel 3 herausgearbeitet, wirken viele Regierungstechnologien so, dass die BürgerInnen von der Wirkung nichts mitbekommen. EineN InterviewpartnerIn danach zu fragen, wann bzw. ob er/sie sich selbst zensiert, ist also unmöglich. Die zentrale Richtung der Analyse wird also sein, Merkmale für diese gouvernementalitätstheoretischen Praktiken aufzuzeigen. Besonders für diese Absicht zeigt sich die Stärke der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring; da die qualitative Inhaltsanalyse auf das Verstehen von latenten Sinnstrukturen abzielt, muss über die Analyse des manifesten Inhaltes hinausgegangen werden.

Mit Foucault wird es außerdem möglich, neben der emotionalen Analyserichtung eine programmatischere Richtung der Interpretation einzuschlagen. Herauszufinden welche Machtverhältnisse und Machtrelationen auf die Individuen einwirken war eine Absicht, mit der die Gespräche geführt wurden. Die Richtung der Analyse wird es also außerdem sein zu untersuchen, welche der in Kapitel 4 angeführten Regierungstechnologien die AktivistInnen in ihrer Arbeit beeinflussen. Dabei sollte nicht nur ermittelt werden, ob die AkteurInnen schon in Kontakt mit Behörden kamen, sondern auch wie sie diesen Kontakt vermeiden.

Daraus ergeben sich folgende Hauptfragestellungen für das Beispielmateriale:

1. Welche Motivation steckt hinter der Entscheidung der AkteurInnen, sich kritisch im Netz zu äußern?
2. Welche Rolle spielt die Wahl des Mediums für ihre Motivation? Wo liegen Unterschiede zu Aktivitäten Offline?
3. Welche in Kapitel 4 vorgestellten Regierungstechniken wirken auf die befragten AkteurInnen wesentlich ein? Welche wirken latent?
4. Welche Strategien verfolgen die befragten AkteurInnen um Einschränkungen seitens der Regierung zu umgehen?
5. Kann für den Zeitraum ab 2007 ein offenerer Umgang der Regierung mit der Produktion kritischer bzw. alternativer Inhalte im Internet attestiert werden?
6. Welche Rolle spielen neue Technologien; soziale Netzwerke wie Facebook für kritische Meinungsäußerung im Netz?

6.1.6. Festlegung der Analyseeinheiten

Die Kodiereinheit, also der kleinste Materialbestandteil, der ausgewertet werden darf und in eine Kategorie fallen kann, ist für die folgende Analyse ein Wort. Die nächste Ebene der Analyseeinheit, die Kontexteinheit, legt den größten Textbestandteil der auswertbar ist, fest. Für die Inhaltsanalyse der für diese Diplomarbeit geführten Interviews ist hier keine klare Grenze markiert. Auch mehrere Sätze können unter eine Kategorie fallen, so lange sie noch thematisch zusammenpassen. Die Auswertungseinheit der folgenden Interpretation ist die chronologische Abfolge des transkribierten Inhalts der Gespräche. Die Interviews wurden der Reihe nach (I-V) ausgewertet.

6.1.7. Erstellung des Kategoriensystems

Die folgende Analyse der Interviews orientiert sich zwar an der strukturierenden Inhaltsanalyse nach Mayring, geht aber vor allem bei der Kategorienbildung anders vor als von Mayring vorgeschlagen. Bei der strukturierenden Inhaltsanalyse schlägt er eine deduktive Kategoriendefinition vor. Das heißt, dass durch theoretische Überlegungen und Voruntersuchungen die Kategorien in einem Operationalisierungsprozess an das Material herangetragen werden (vgl. Mayring 2007: 74f). Zwar bezieht sich die Analyse natürlich auf vorher dargelegte Untersuchungen und Einschätzungen zum Thema Internet in Singapur und die Autorin kann nicht bestreiten, dass sie dieses Wissen in der Analyse nicht beeinflusst. Dennoch wurde für die Interpretation des Materials induktiv vorgegangen. Hier werden die Kategorien in einem Verallgemeinerungsprozess direkt aus dem Material abgeleitet, ohne sich auf vorab formulierte Theoriekonzepte zu beziehen. Diese Vorgehensweise ist laut Mayring für qualitative Ansätze von besonderer Bedeutung (ebd. 2007: 75).

Die Interviews wurden also zunächst durchgelesen und Passagen, die für die Analyse als wichtig (gemäß des Selektionskriteriums, dass bei der Forschungsfrage bestimmt wurde) identifiziert wurden, mit einem Ankerbeispiel, also einem untermauernden Zitat, in ein neues Dokument eingefügt. Im nächsten Schritt wurde das Zitat dann in eigenen Worten paraphrasiert, also einerseits vom Englischen ins Deutsche übersetzt und mit einer Einschätzung bzw. Bedeutung versehen:

119-122	I am not going to allow anybody to go and say horrible things about <u>islam</u> which <u>are</u> not based on some fact or logic.	Geschriebenes muss logisch sein, und auf Fakten basieren. Pragmatische Rhetorik der Regierung?
---------	--	--

So wurde mit allen Interviews der Reihe nach vorgegangen. Falls sich Aussagen bzw. Einschätzungen wiederholten, wurde dies ebenfalls in der rechten Spalte vermerkt.

In einem zweiten Durchgang wurde nur noch die Rechte Spalte betrachtet und versucht, anhand der Beschreibungen größere Kategorien, in denen diese Beschreibungen gesammelt werden können, zu formulieren.

6.1.8. Kategorien

Durch diesen Durchgang wurden folgende 13 Kategorien formuliert, in denen die Paraphrasen gesammelt wurden:

- Motivation
- Positive Aspekte von Handlungen bzw. Aktivitäten Online
- Negative Aspekte von Handlungen bzw. Aktivitäten Online
- Positive Aspekte von Handlungen bzw. Aktivitäten Offline
- Negative Aspekte von Handlungen bzw. Aktivitäten Offline
- Kontakt mit Behörden / Regierung
- Kritik an der Regierung
- Angepasste Regierungsrhetorik
- Charakteristika von Facebook
- Charakteristika von Blogs
- Emotion
- Ziele
- Arbeitsweise

Damit zwischen den Interviews unterschieden werden konnte, wurde jedes Interview mit einer anderen Farbe markiert. So konnte man in der Kategorientabelle gut erkennen, welche Personen zu welchem Thema viele bzw. wenige Aussagen machten, aber auch welche Personen sich in ihren Antworten glichen bzw. völlig widersprachen. Durch diese Kategorientabelle ließen sich dann einige allgemeine Charakteristika für jede Kategorie formulieren, die eine erste Analyse darstellen.

Die Kategorien werden nun in Hinblick auf die aus den Gesprächen gezogenen Ergebnisse präsentiert. Für die Zusammenfassungen unter den 13 Kategorien spielte auch die neuerliche Betrachtung der sechs Forschungsfragen eine wichtige Rolle, die mittels der folgenden Darstellung beantwortet werden sollen.

1. Motivation:

Bei der Motivation kann generell zwischen intrinsischer und extrinsischer Motivation unterschieden werden. Im Hinblick auf die Vielzahl von Restriktionen und die erschwerten Arbeitsbedingungen, die in dieser Analyse an späterer Stelle noch genauer angeführt werden, ist es selbstverständlich, dass der Grad an intrinsischer Motivation bzw. an Altruismus sehr hoch ist. Interessanterweise wurde dies von keiner bzw. keinem InterviewpartnerIn so angesprochen. Dies deutet darauf hin, dass sich die Befragten an die prekäre Situation gewöhnt haben. Der Wunsch, die Gesellschaft zu verändern bzw. zu verbessern ist allen GesprächspartnerInnen gemein, der Grad an Altruismus also dementsprechend hoch. Auf welche Art und Weise sie die Gesellschaft verbessern wollen, variiert stark. Dies ist vor allem an den unterschiedlichen Beweggründen in Interview II und Interview III zu erkennen. Während in ersterem Gespräch betont wird, dass die einzige Aufgabe ist, die BürgerInnen mit (auf Fakten basierenden) Informationen zu versorgen, wird im zweiten Gespräch an mehreren Stellen festgehalten, dass Veränderung (höhere Transparenz) durch Provokation und Herausforderung erreicht wird:

442-443	We <u>wanna</u> make sure that we put out the right news. So TOC has been very careful with what we say.	Die richtigen Nachrichten sind die auf Fakten basierenden, überprüften. Wiederholung.
---------	--	---

Beziehungsweise:

558-562	When I started it I only had one thing in mind. The <u>government do</u> so many things. We should be busy body and look at everything the <u>government do</u> . So we need to cover <u>defence</u> , we need to cover economics, we need to cover politics, we need to cover society, we need to cover environment, we need to cover particularly everything the government do.	Wichtigstes Ziel Regierung zu überwachen → <u>Watchdog</u> .
---------	---	--

In den meisten Interviews zeigten sich aber auch Faktoren extrinsischer Motivation. Extrinsische Motivation bedeutet, dass äußere Anreize ausschlaggebend für das eigene Handeln sind. Da finanzielle Gründe hier ausgeschlossen werden können, waren die äußeren Anreize vor allem öffentliche Anerkennung und Aufmerksamkeit:

354-357	So we got like over 50 000 Facebook likes. It depends – 400 to 700 000 readers a month. In election periods it goes up. So these volunteer writers they publish because they <u>wanna</u> be heard and that's the reason why they come to us because we have a huge readership platform,	Große <u>LeserInnenschaft</u> als Motivation für freiwillige Mitarbeit. Große Leserschaft als Motivation und Ansporn.
---------	--	---

Oder an anderer Stelle:

697-701	That will not ensure that you are relevant. You see, there are so many voices out there. How do you stand out? How do you make yourself important? In our competitive age, there must be something that other people don't have. It must be a competitive advantage that cannot be easily replicated by someone else.	Wunsch nach Anerkennung, Relevanz, Prestige. Wettbewerb.
---------	---	--

Bei Vertretern der Online-Nachrichtenportale wirkt der Wettbewerb bzw. das Messen mit den anderen Portalen als Motivationsgrund.

Sucht man nach Gründen dafür, warum die Aktivität gerade Online ausgeübt wird, sind diese meist pragmatischer Natur. Teilweise war die Arbeit Offline rechtlich nicht möglich (verweigerte Lizenz), auf der anderen Seite lockten Vorteile des Medium Internet, die in der nächsten Kategorie genauer angeführt werden.

2. Positive Aspekte von Handlungen bzw. Aktivitäten Online

Einig waren sich die Befragten darin, dass das Internet materielle Vorteile im Gegensatz zur Arbeit Offline bietet. Schnell kann eine große Menge an Personen durch das Internet erreicht werden, ohne dass dafür etwa Druckkosten anfallen würden. Der Austausch, der sich aus dieser großen Reichweite ergibt, wurde ebenfalls als positiver Effekt der Arbeit im Internet identifiziert. Die meisten Befragten wollen zwar primär ihre Meinung im Internet verbreiten, schätzen aber auch, dass sie mit Personen interagieren können. Beim Thema Zugriff zeigte sich allerdings, dass eine hohe Nachfrage im Internet ein zweischneidiges Schwert ist: Viele LeserInnen bringen zwar den von den meisten Interviewten gewünschten Grad an Prestige und Aufmerksamkeit, dadurch steigt laut Aussagen der AktivistInnen aber auch die Beobachtung durch die Regierung. Aus fast allen Antworten war herauszulesen, dass die Regierung ausschließlich sehr sichtbare – sprich stark nachgefragte – Seiten genauer beobachtet, bzw. rechtlich in die Schranken weist.

198-204	So all the people that had access to the internet were a small percentage, and then those who are gay an even smaller percentage. So I really wasn't important. Right. Less than 0.1 percent were reading what I was writing. So even if the government were upset about what I was writing they could easily have calculated – ah, so what, nobody reads it anyway.	Wenige Leute lasen den Blog → Unsichtbar und Unwichtig. Wieder: Quantität bringt Ansehen, auch für Regierung ist Anzahl der LeserInnen Grund für zur Intervention.
---------	--	--

Im Interview IV, mit den AktivistInnen der NGO, zeigte sich ein anderes Bild. Obwohl die Bewegung als sehr klein und kaum sichtbar einzuschätzen ist (auch von den AktivistInnen selbst), kam es mehrfach zu Kontakt mit Behörden – allerdings auf Grund von Offline-Aktivitäten.

Neben den unterschiedlichen Effekten, die hohe Nachfrage haben kann, wurde auch der Faktor Anonymität im Netz unterschiedlich eingeschätzt. Handelte es sich um die eigene Anonymität, wurde diese meist als vorteilhaft gesehen, etwa um der Beobachtung der Regierung zu entkommen. Wurde der Blick auf Anonymität im Netz allgemein gelenkt, wurde diese stärker kritisiert, unter anderem, weil sich die Regierung ebenfalls anonym im Netz bewegen kann. Andererseits wurde auch argumentiert, dass anonyme NutzerInnen dazu neigen würden, besonders beleidigendes bzw. unzivilisiertes Verhalten an den Tag zu legen:

805-808	Because online people are just bashing you saying thing like "I hope you get raped by a dog and your parents get killed and you will be... You might change your mind". Things like that. It's not very constructive online sometimes. Cause you got people trolling your blog and sending you death threats and things like that.	Online mehr Beleidigung, Anonymität eventuell problematisch. Dadurch geringerer Output.
---------	--	---

Speziell auf Singapur bezogen gibt es die Tendenz in den Interviews, dass das Internet zunehmend mehr Offenheit gebracht habe. Sei es zwischen den BürgerInnen oder aber zwischen BürgerInnen und Regierung. An einigen Stellen in den Gesprächen äußerten sich die Befragten in die Richtung, dass die Regierung unter Zugzwang steht und sich gar nicht erlauben kann, den zunehmenden Dialog im Internet aufzuhalten.

268-272	What I think has been useful about the rise of blogging, digital media, and so forth, generally – not just my blog – has been that it has enabled people now to begin this conversation among themselves with the government and other authority leaders like church leaders and all that kind of thing, which I think is healthy.	Digitale Medien ermöglichen Austausch zwischen <u>BürgerInnen</u> , aber auch zwischen <u>BürgerInnen</u> und Regierung und andere Führer. Für ihn positiv.
272-274	And, so yes, I think the rise of digital media and blogging has a) democratized the national, the national conversation.... Democratized the societal conversation, <u>dialogue</u> . And secondly has allowed people to feel more connected to Singapore.	Digitale Medien demokratisieren nationalen Dialog und verstärken das Zugehörigkeitsgefühl der <u>BürgerInnen</u> zu Singapur. Zugehörigkeit durch Austausch.

3. Negative Aspekte von Handlungen bzw. Aktivitäten Online

Womit eigentlich schon ein negativer Aspekt des Internets angesprochen ist. Nicht viele GesprächspartnerInnen äußerten dezidiert Kritik am Medium Internet, die Spalte blieb in der Tabelle annähernd leer. Die meisten Nachteile ergeben sich aus den schon erwähnten ambivalenten Begriffen Zugriff und Anonymität. Des Weiteren wurde die erleichterte Rückverfolgung und Überwachung durch die technische Architektur des Netzes als gefährlich identifiziert – allerdings nur vereinzelt.

240-244	Because it is so easy in the internet age for somebody to find out, "No he said something the opposite two years ago." You know they can track it back. So the thing I learned is to be consistent.	Internet macht Überwachung leichter. Aussagen können leicht verfolgt werden. Konsequenz daraus ist konsistent zu bleiben – gleiche Antworten,...
---------	---	--

4. Positive Aspekte von Handlungen bzw. Aktivitäten Offline

Die Vor- und Nachteile der Arbeit Offline ergeben sich einerseits aus den Argumenten, die für bzw. gegen das Internet sprechen und schon genannt wurden. In diese Kategorie aufgenommen wurden aber nur Aussagen, die auch tatsächlich im Zusammenhang mit Aktivitäten Offline getroffen wurden. Besonders für die Arbeit der NGO (Interview IV) stellen Offline-Aktivitäten noch einen wichtigen Beitrag dar. *Face-to-Face*-Kontakt bringe höheren Output, als Blogeinträge. In ihrer Arbeit zählen Aktionen Offline – wie Flyern, Demonstrationen, Informationsveranstaltungen, etc. – wichtige Mobilisierungsmöglichkeiten dar, die sie im Internet so nicht sehen.

802-804	But we've met people during our events, we've met people, who you know, heard about the events and they just come, come down and... They might have different views but it's good to have a proper discussion face to face.	F2F-Interaktion wichtig. Offline-Aktivität vorteilhaft um Kontakte zu knüpfen, Mundpropaganda.
---------	---	--

Dass Offline-Auftritte einen notwendigen Zusatz darstellen, um Werbung für das eigene Projekt zu machen, bzw. finanzielle Verbesserungsmöglichkeiten zu lukrieren, waren Gründe, die auch von den anderen Befragten genannt wurden.

5. Negative Aspekte von Handlungen bzw. Aktivitäten Offline

Während in Interview IV die Vorteile der Mobilisierung Offline betont wurden, vermerkten die AktivistInnen aber zeitgleich, dass Offline mit stärkerer Beobachtung und mit stärkeren gesetzlichen Regeln umgegangen werden muss. Während das Monitoring Online oft unbemerkt abläuft, ist die Beobachtung durch Behörden bei öffentlichen Aktionen sichtbar. Solche Vorfälle wurden in Interview IV mehrfach geschildert.

853	Yeah they will monitor. At every event.	Aktivitäten werden permanent Beobachtet. Darüber bewusst.
856-860	4 of us <u>flyering</u> along Orchard Road. So along the way we were being tracked. It was near the towers where we were <u>flyering</u> and then a group of plain clothes policemen came up to us and then one of them had this huge camera directly pointing at our faces and then another person came to us and told us it's an illegal gathering and told us to <u>disperse</u> .	Beispiel für Beobachtung einer Aktivität, Polizei in Zivil, Dokumentation. Kein Widerstand.
864-868	He was <u>eluding</u> to you know, I can just bring you to the station and arrest you and that's the end of the story. That's what I felt. And I was, in a way, frustrated. Because I genuinely wanted to know like... Because he said we did something wrong – so what in the law is wrong? Because as a police officer you must be able to tell me that. But he didn't.	Frustration über fehlende Argumentation, willkürliche Behandlung durch Polizei, keine Begründungen.

Sind die bürokratischen Hürden eine Veranstaltung zu organisieren erst einmal geschafft und die Veranstaltung wurde erlaubt, gibt es dennoch immer ein relativ hohes Aufgebot an PolizistInnen (in Uniform oder in Zivil). Die Beobachtung beschränkt sich allerdings nicht nur auf Veranstaltungen der Organisation, sondern betrifft die involvierten Personen auch abseits der Mobilisierungsversuche im öffentlichen Raum.

840-845	Taxi just came so I thought okay I'll just take it. I didn't say anything in the cab, I couldn't even remember if I actually told the person where I live. I just told him my <u>neighbourhood</u> . Usually taxi drivers ask which direction or which block. But he sent me directly to my block and I was feeling quite weird. But yeah I was really exhausted so I thought maybe I did <u>told</u> him something. I gave him the, I paid him. He turned back, gave me my change and said "Thank you Rachel." And I was like what? I didn't even talk to you...	Subtile Verfolgung, Geheimdienstatmosphäre, Angst bzw. Verwirrung.
---------	---	--

6. Kontakt mit Behörden / Regierung

In dieser Kategorie ist es notwendig, zwischen offiziell registrierten (*gazetted*) und nicht-registrierten Akteuren zu unterscheiden. Dies ist vor allem bei den Online-Nachrichtenportalen zentral. Zu ersterer Kategorie zählt ausschließlich das in Interview II vertretene Online-Nachrichtenportal. Die Registrierung stellt das Team vor einige Herausforderungen, welche nicht-registrierte Plattformen (zumindest in diesem Umfang) nicht haben.

371-374	What it means to be <u>gazetted</u> - means you cannot go out and raise private equity funds, nobody is going to invest in political associations because we are <u>gazetted</u> as a political association and as that we cannot raise funds from foreign individuals or corporate bodies. So that limits the fundraising possibilities.	Finanzierung durch offizielle Registrierung erschwert, nicht so viele Möglichkeiten – Einschränkung durch Gesetz.
---------	---	---

Während also die Finanzierung erschwert wird, ist auch die inhaltliche Themenwahl bzw. die Meinungsfreiheit von der Registrierung betroffen:

396-399	Whereas every article that goes online we need to know the writer, the ID card number, so we have all those details so if the government were to come and knock on our doors and say – we want to know that writers particulars – I need to submit because I am bound by the law because I am gazetted whereas ***** and ***** they don't have to.	Durch Registrierung mehr Infos an Regierung – andere Websites können im Graubereich bleiben.
403-404	And we have 2 lawyers on board who always ask if you don't wanna rewrite this or paraphrase this. We lost our freedom in a way.	Anwälte begutachten Arbeit. Veränderung des Inhalts auf Grund der Gesetze. Verlorene Meinungsfreiheit.

Nicht-registrierten Akteuren fällt es leichter, im Graubereich zu bleiben. Zwar müssen auch die anderen Online-Nachrichtenportale Namen Verantwortlicher preisgeben, die befragten Personen sind sich allerdings darin einig, dass ohne offizielle Registrierung größere Freiheiten bestehen.

Auch die beiden AktivistInnen, die sich gegen die Todesstrafe engagieren, betonten im Gespräch die Wichtigkeit, eine Registrierung zu umgehen, um handlungsfähig zu bleiben. Die Organisation ist deshalb durch einen starken ad-hoc-Charakter geprägt, umfasst nie mehr als zehn Personen und hat auch sonst mit erschwerten Arbeitsbedingungen zu kämpfen (die an späterer Stelle noch genauer dargestellt werden).

Für BloggerInnen ist eine Registrierung wie bei den Online-Nachrichtenportalen nicht üblich. Sie geraten eher durch Verleumdungsklagen bzw. durch Vorwürfe rassistischer Posts mit den Behörden in Kontakt. Während der Blogger in Interview I zum Gesprächszeitpunkt noch stolz behaupten konnte, in 16 Jahren Internetaktivität noch nie mit den Behörden in Kontakt gekommen zu sein, änderte sich dies wenige Wochen später, als er durch einen Brief des Büros des Premierministers der Verleumdung beschuldigt wurde. Den Forderungen den betroffenen Blogeintrag und alle dazugehörigen Kommentare zu löschen, kam der Blogger sofort nach und entging somit einer Verhandlung (vgl. channelnewsasia 2013).

Der Vertreter des Online-Nachrichtenportals in Interview III kam auf Grund eines privaten Facebook-Postings in Kontakt mit den Behörden, konnte einer Verhandlung aber ebenfalls entgehen.

Der/die einzigeR GesprächspartnerIn, welcheR nicht durch Behörden oder die Regierung kontaktiert wurde, ist der bzw. die anonyme BloggerIn in Interview V. Sie ist sich sicher, dass die Anonymität vor Kontakt schützt.

958-959	But they don't really contact anonymous bloggers. Most of the time, it is the non-anonymous ones who get lawyers' letters.	Anonyme Blogs sicherer, kein Kontakt zu Regierung oder Behörden.
---------	--	--

7. Kritik an der Regierung

Ein Kritikpunkt an der Politik der Regierung, der sich durch alle Gespräche durchzog ist ihre unklare Informationspolitik. Teilweise geschah diese Kritik offen, teilweise war die Unzufriedenheit mit der Intransparenz latent aus den Antworten zu lesen. Die Unsicherheit bzw. Unklarheit zieht sich bei den AkteurInnen vom Unwissen über Folgen ihrer Aktivitäten, bis zu Unklarheit darüber, ob sie Offline den gleichen Inhalt veröffentlichen könnten. Unklarheit herrscht auch über die genauen Aktivitäten, welche die Regierung Online ausübt.

Einige unterschiedliche Beispiele, wie sich die Unsicherheit äußert:

944-945	I don't like it that the government apparently has a team of people whose job is to generate propaganda.	Vermutung, Unklarheit inwiefern Regierung tatsächlich Einfluss übt.
873-875	So a few months later we received a letter. They called us down for investigations. It's not closed yet because I have not received a letter saying that it's closed. That was in 2009. Or 10?	Lange Ermittlungen, Unklarheit über Stand der Ermittlungen, Unklarheit über Grund der Ermittlung.
571-573	The government doesn't properly explain what the policy means. They just say – this is the policy – they don't say what the process is. We found there is a need to actually to take up info and to provoke.	Regierung liefert zu wenige Informationen → Bevölkerung muss einspringen – will diesen Beitrag leisten.

Das harte Durchgreifen der Regierung und die Interventionen werden außerdem stark kritisiert. Die AkteurInnen sehen darin einen falschen Ansatz, in allen Gesprächen wurde das fehlende Vertrauen zwischen Bevölkerung und Regierung kritisiert. Alle GesprächspartnerInnen, die in Kontakt bzw. im Dialog mit der Regierung oder diversen Behörden stehen (Interview I & II), zeigten sich davon überzeugt, dass dies kein Akt der Offenheit seitens der Regierung, sondern vielmehr ein Scheindialog sei.

304-308	And sometimes I wonder where the authoritarian governments today want to give the impression that they are not authoritarian. And allow some critical people to be invited. So that can point to that, "Who says we are authoritarian? Look, we invited him." Ah, but they don't invite the leader of the opposition. I am kind of used as decoration almost.	Dialog mit kritischen AkteurInnen als Täuschung bzw. Legitimation → keine Autokratie. Dessen bewusst.
---------	---	---

Bei einigen Gesprächen wurde zwischen Praktiken der Regierung früher und heute unterschieden. Besonders harte Vorgehensweisen, wie etwa Gefängnis oder Verfolgung würden alte Taktiken darstellen. Inwiefern das Versprechen der Regierung einen *light-*

touch zu verfolgen also erfüllt wurde, darüber sind sich die Befragten nicht sicher. Sie vermuten allerdings Besserung.

Exemplarisch aus Interview II:

406-408	I've been trailed by a police car before on the highway all the way back home, these were the early days when I started writing and subsequently we were called out on several occasions. Interviewed by officials, yeah.	Die früheren Zeiten → heute anscheinend besser. Light Touch erfolgreich umgesetzt?
411-412	Well they haven't thrown me into jail, so that is a bit better. I think if I had written this 20-30 years ago, I would have been an ISA detainee for sure.	Situation heute ein bisschen besser – wenigstens nicht im Gefängnis.

Erinnert man sich allerdings an die Beschreibungen der AktivistInnen aus Interview IV, die in 5. beschrieben wurden, erkennt man, dass es sich bei Verfolgung keineswegs um veraltete Praktiken handelt.

8. Angepasste Regierungsrhetorik

In dieser Kategorie wurden Aussagen gesammelt, die unter die in Kapitel 4 besprochenen Regierungsrationalitäten (Überlebensstrategie, Meritokratie, Pragmatismus) passten. Es handelt sich also um eine besonders latente Kategorie, die von den Befragten nicht direkt angesprochen wurde, wie etwa die Vorteile des Internets für ihre Arbeit.

Es fanden sich Elemente aller Regierungsrationalitäten in den Gesprächen. Manche Interviews waren aber auch frei von der Regierungsrhetorik. Am stärksten wurde diese in Interview II deutlich, in dem sich Beispiele für alle von der Regierung forcierten Diskurse finden.

513-517	Being human rights-based, while it is true, while it has got its place, whether these are real issues that Singaporeans are facing? We gotta remember that we are a highly successful, prosperous nation. There is a high Gini Coefficient, there are people falling through the cracks, there is a certain number of people that are really well-off. You see a lot of rich people.	Regierungsrationalität! Überlebensmotiv. Wirtschaftliche Entwicklung immer noch zentral, Menschenrechte sekundär.
---------	--	---

Der/die Verantwortliche dieser Online-Nachrichtenplattform empfiehlt auch den Oppositionsparteien von Menschenrechtsthemen Abstand zu nehmen, weil dadurch kein Wahlerfolg zu erreichen sein, auch wenn er ihnen Relevanz zuspricht. Die „wahren“ Themen sind für ihn/sie wirtschaftliche.

Besonders die Betonung, dass es die Aufgabe der Online-Nachrichtenportale auf überprüften Fakten basierende Nachrichten zu veröffentlichen, wird an unzähligen Stellen im Interview betont. Natürlich kann nicht bestritten werden, dass es wichtig ist, dass Online-Medien gut recherchierte Nachrichten veröffentlichen – in Interview II scheint es

allerdings so, als ob der Fakten-Check jeglichen Raum für investigative Berichte, für kontroverse Kommentare (mit der Registrierung) verloren ging.

482-485	I see myself as a news site for possibly the civil society. That's why we call ourselves *** News - cause we actually carry news. The watchdogs should be <u>organisations</u> like Maruha, SFD previously. They should be doing the job. We shouldn't overstep our boundaries and become a watchdog.	Im Zentrum stehen Nachrichten für die Zivilgesellschaft. Kritik zu üben kommt anderen Organisationen zu. *** sollte sich an die Spielregeln halten. (Wiederholung)
453-457	you are probably going to speak to other bloggers who will say that the government is still harsh and they are coming down hard but you got to calibrate that view with reality, whether that is true or whether that can be proven and whether these are the issues that we really <u>wanna</u> champion.	Aussagen über strenge Behandlung müssen überprüft werden – wieder starker Bezug auf Rhetorik der Regierung. Durchgreifen scheint manchmal gerechtfertigt zu sein?

Das meritokratische bzw. elitäre Element findet sich auch in anderen Gesprächen. Dieses äußert sich vor allem in der Formulierung von Regeln für das Verfassen von Kommentaren. Diese Regeln scheinen vor allem nach persönlichen Wünschen und Ansprüchen an die jeweiligen Blogs formuliert, nicht aber auf Grund von Angst vor rechtlichen Verstößen der BesucherInnen. Als meritokratisch bzw. elitär wurde die Formulierung dann eingeschätzt, wenn die Begründung der Regeln in diese Richtung ging. Ein Beispiel aus Interview III:

594-597	Intentionally we are assholes. Our comment policy is use of every right to comment, delete and do whatever we want with you. You come to our place – you follow our rules. This is our house. Your freedom of expression is actually privileged because we own this place, not you. So we are bastards.	Recht, Meinungsfreiheit zu beschneiden. Dennoch Ansicht, dass dies falsch ist. Keine gleichen Regeln für alle sondern Unterwerfung.
---------	---	---

Auch in Bezug auf erhofften Einfluss und Aufmerksamkeit kann die elitäre Rhetorik der Regierung erkannt werden, wie in Interview I:

215-219	I have several key people who are regular readers whom I know as senior lawyers, people of influence in the society. And that's all that matters to me. And maybe that is very elitist, that's not very democratic – I don't care.	Wunsch, dass einflussreiche Leute den Blog lesen. Ansehen wichtig. <u>Meritokratische</u> Rhetorik der Regierung, sich dessen aber <u>bewusst</u> .
---------	--	---

Natürlich ist es nicht möglich eine direkte Beziehung zwischen den Regierungsrationalitäten und den persönlichen Ansichten der interviewten Personen zu unterstellen. Die Parallele bleibt allerdings bestehen und deutet zumindest darauf hin, dass die über Jahrzehnte angewendete Regierungsrhetorik in den Köpfen der AkteurInnen verankert ist.

9. Charakteristika von Facebook

Alle der befragten Personen sind auf Facebook angemeldet, manche ausschließlich privat (Interview I), die anderen sowohl privat als auch für professionelle Zwecke. In der Bewertung von Facebook sind sich die Befragten einig, dass die Plattform eine gute Werbemöglichkeit darstellt. Vernetzung mit anderen ist auf Facebook auf Grund der hohen Anmeldezahlen noch einfacher und Nachrichten können schnell geteilt werden. Allerdings herrscht auch Einigkeit darüber, dass der Zweck von Facebook auf diese Werbe- und Teilfunktion beschränkt bleibt. Der Ort für ausführliche Auseinandersetzungen bleibt der Blog. Auf Facebook wird Tiefgang vermisst.

962-964	My Facebook posts tend to be shorter pieces. It's a good way to hear from others and to be heard when I am not writing extensively about an issue. If I were to comment in greater detail about an issue, a blog is still the preferred platform.	Facebook oberflächlicher als Blogs – mehr Argumentation möglich. Unterschiedliche Instrumente.
---------	---	--

Beziehungsweise:

910-914	I agree with you because right now a lot of people are very comfortable in the online media and like you say, they click "like" and they feel like they contributed. Okay, actually it helps to raise awareness, it helps in a way because when they click "like" their friends will see it and they will learn about it. But at the end of the day I still feel the importance of having people.	<u>Wiederholung</u>
---------	---	---------------------

Das Ausweiten der Fühler der Regierung auf Facebook wurde von keinem bzw. keiner InterviewpartnerIn angesprochen. Zumindest in einem Gespräch wurde diese Praktik als nicht illegitim bezeichnet, da es sich auf Facebook um keinen privaten Bereich handle. Damit wurde auch eine Strategie angesprochen, die Regierung und ihre Überwachungsbehörden zu umgehen:

651-654	No, it is not private. It depends on how you see privacy. Facebook is both. It is an opportunity to showcase yourself. It is also an opportunity to show what others want to see in you. It doesn't have to be true. You can project a false image of you on Facebook. And let the authorities believe that that is the real you, when it's actually it's not even you at all.	Facebook nicht privat. Kann auch dazu benutzt werden, Leute (Behörden) absichtlich zu täuschen. Mechanismus gegen Regierung.
---------	--	--

10. Charakteristika von Blogs

Blogs werden von den befragten primär als eine Mitteilungsplattform ihrer eigenen Meinungen und Ansichten gesehen. Aus den Interviews geht hervor, dass in Singapur sozio-politische Blogs ein spezifisches Feld darstellen, bei denen es andere Dinge zu beachten gibt, wie etwa bei Blogs zu Technik oder anderen Themen.

In der Blogosphäre aktive Leute (also alle interviewten Personen) sehen sich als Mitglied einer spezifischen Gruppe und arbeiten auch untereinander zusammen. Sie fassen sich unter dem Namen *Blogger* zusammen.

Ob es sich bei Blogs um eine Alternative zu den klassischen Medien handelt, wurde sehr unterschiedlich kommentiert. Es gab die Ansicht, dass vor allem in Ländern wie Singapur, in denen die Presse nicht völlig frei agieren kann, die Notwendigkeit nach Blogs besteht (Interview I). In diesem Verständnis stellen Blogs eine Sphäre alternativer Meinungsäußerung und kritischer Sichtweisen dar.

293-295	The greatest social impact will come in societies which has not had a free press. The contrast with the past is therefore greater. And therefore it is easier to see what the effects are.	Stärkerer Effekt, wenn vorher keine freie Presse vorhanden war. Unterschied zwischen autoritären und demokratischen Ländern im Einfluss des Netzes.
---------	--	---

Noch weiter geht die Ansicht, dass es die Aufgabe von BloggerInnen ist zu provozieren und die Arbeit der Regierung ständig in Frage zu stellen (Interview II). In diesem Verständnis übernehmen BloggerInnen die Rolle von *Watchdogs* – obwohl dies gerade im Interview dementiert wurde, was die Unklarheit darüber unterstreicht, welche Rolle Blogs gesellschaftlich tatsächlich einnehmen.

558-562	When I started it I only had one thing in mind. The <u>government do</u> so many things. We should be busy body and look at everything the <u>government do</u> . So we need to cover <u>defence</u> , we need to cover economics, we need to cover politics, we need to cover society, we need to cover environment, we need to cover particularly everything the government do.	Wichtigstes Ziel Regierung zu überwachen → <u>Watchdog</u> .
---------	---	--

Beziehungsweise:

563-565	Would you describe yourself as kind of a watchdog of the government or politics in general? No, no. I don't believe in politics. The politics is destructive.	Negative Einstellung der Politik gegenüber. Sieht sich nicht als <u>Watchdog</u> → Widerspruch!
---------	---	---

In Interview II, in dem besonders stark mit Regierungsrationalitäten argumentiert wurde, ist die Sichtweise der Aufgabe von Blogs naturgemäß eine vollkommen andere. Hier wurde vor allem betont, dass es die Aufgabe von Blogs ist, die Menschen zu informieren und Fakten zu liefern.

Während die Bedeutung von Blogs für die Gesellschaft also sehr unterschiedlich eingeschätzt wurde, waren sich die Befragten in der Ansicht einig, dass Blogs eine intensive, ausführliche Diskussion von Themen zulassen, die in den Mainstream-Medien zunehmend vermisst werden, bzw. als verkürzt dargestellt empfunden werden. Dabei

wurde die Haltung, dass Blogs in Konkurrenz zu den Mainstream-Medien stehen, allerdings abgelehnt. Vielmehr werden Blogs als Erweiterung der Mainstream-Medien gesehen, die das Potenzial besitzen, die traditionellen Medien durch ihre bloße Existenz zu differenzierterer Berichterstattung zu bringen. Bei den Online-Nachrichtenportalen wurde zunehmend auf die Relevanz guter Beziehungen zu den Mainstream-Medien verwiesen.

478-481	I am not really out there to challenge the mainstream media. We actually got a lot of goodwill with Straits Times, Channel News Asia, with the news channels. They have endorsed us a credible website. So our positioning is not to antagonize the mainstream media. We are probably going to be a good ally in our future efforts.	Mainstream-Medien nicht kritisieren bzw. Herausfordern, um künftige Zusammenarbeit nicht zu gefährden. Auch notwendige Partner. Mainstream-Medien versichern Glaubwürdigkeit → dies nicht gefährden.
---------	--	--

Zu guter letzt wurde von manchen AkteurInnen auch hinterfragt, was das bloggen für sie selbst und ihre Persönlichkeit bedeutet. Einige kamen zum Schluss, dass ihnen die Online-Präsenz zu größerem Selbstbewusstsein und zu besserer Ausdrucksfähigkeit verhalf.

222-224	As much as I'd like to say that my blogging has changed society to some extent, has blogging changed me? I would have to say yes. I am sure it always changes. Anybody.	Wunsch, durch seine <u>blogging-Aktivität</u> Gesellschaft zu verändern. Blogging verändert nicht nur ihn, sondern <u>jedeN</u> . Vgl. mit anderen.
---------	---	---

11. Emotion

Während schon in den vorangegangenen Kategorien oft emotionale Einschätzungen und Äußerungen zu identifizieren waren, wurde, um diese zusammenzufassen, eine eigene Kategorie dafür formuliert.

Neben dem Gefühl der Uninformiertheit bzw. der Vernachlässigung, das bei der Regierungskritik eine wichtige Rolle spielt, ist natürlich besonders die Frage interessant, inwiefern die AkteurInnen Angst verspüren, wenn sie mit ihren Aktivitäten (Online wie Offline) immer wieder an Grenzen stoßen, von denen sie nicht wissen, ob die Überschreitung rechtliche Konsequenzen nach sich ziehen wird.

Von einigen GesprächspartnerInnen wurde direkt angesprochen, dass sie keine Angst empfanden und empfinden. Bei den in Interview IV geschilderten Verfolgungen und Bestrafungen durch die Behörden ist nicht genau klar, ob die Beteiligten verängstigt waren. Aus dem Gesprächskontext ist es allerdings wahrscheinlicher, dass auch hier keine Angst verspürt wurde, sondern vielmehr Wut und Verwirrung. Die meisten AkteurInnen haben sich an die sichtbare und unsichtbare Observation, von der sie alle überzeugt sind, gewöhnt. Die meisten von ihnen verfolgen einen sehr provokativen Zugang, in dem sie die

(unklaren) Grenzen selber austesten. Dies gilt nicht für das Online-Nachrichtenportal aus Interview II, das, wie bereits beschrieben, auf Grund der Registrierung an Freiheit eingebüßt hat.

195-197	I don't remember being afraid. And I think within a few months, when you've written ten or twelve articles, within a few months of starting it was quite obvious that they are not gonna interfere.	Keine Angst und nachdem nach einiger Zeit nicht interveniert wurde, Gefühl der Sicherheit.
573-577	If you are wrong it doesn't matter. If you are wrong in a controversial way it is even better. Cause the government will correct you and in a way they become more transparent. So actually mistakes is not a problem. If a mistake is viral and controversial then the government has no choice but to address it and correct it in that way they have no choice but to become more transparent.	Regierung provozieren – dadurch wird sie transparenter. Fehler machen nichts aus – Herausforderung im Vordergrund. Ziel: Transparenz, Offenheit.

Die Unzufriedenheit ist groß und war in allen Gesprächen herauszuhören. Generell herrscht kein großes Vertrauen in die Politik, auch nicht in Oppositionsparteien.

12. Ziele

Auch einige Ziele kamen in der bisherigen Beschreibung schon durch. Auf einen Punkt gebracht kann man zwischen Zielen, die die Gesellschaft betreffen, und persönlichen Zielen unterscheiden. Das Verhältnis zwischen diesen beiden Zielen ist in den verschiedenen Gesprächen sehr unterschiedlich. Bei manchen AkteurInnen überwiegt die gesellschaftliche Verbesserung völlig und es wurden keine persönlichen Ziele genannt (v.a. Interview IV). In anderen Gesprächen wurde klar, dass neben der Verbesserung des gesellschaftlichen Dialoges auch Wachstum, bzw. finanzielle Verbesserung und Stabilität, sowie neue Projekte für die Zukunft forciert werden.

Als wichtigstes und allen gemeines Ziel ist die Aufgabe, die Öffentlichkeit zu informieren und für einen offeneren, differenzierteren Dialog zwischen Regierung und BürgerInnen zu sorgen, zu identifizieren.

13. Arbeitsweise

Hier ist wieder zwischen den verschiedenen Akteursgruppen zu unterscheiden. Bei beiden untersuchten Nachrichtenportalen zeigte sich eine besonders prekäre Arbeitsatmosphäre. Es bestehen keine Büros, die Kommunikation läuft via Mail oder Facebook, beide BetreiberInnen haben daneben noch Vollzeitjobs, um überleben zu können. Auch die MitarbeiterInnen liefern ihre Beiträge auf freiwilliger Basis, manchmal auch gegen geringe Bezahlung (Interview II).

Das in Interview II besprochene Online-Portal muss auf Grund der Registrierung außerdem zwei Anwälte engagieren, um keine Anzeige zu riskieren. In beiden Interviews wird versichert, dass es keine Tabu-Themen gibt, die nicht angetastet werden. Handelt es sich um besonders kontroverse Themen, wird entweder abgestimmt (Interview II), bzw. es gibt eineN AlleinentscheiderIn (Interview III).

719-722	The rule is there is no censorship. There is no censorship. We push topics. Like in the last few months we discussed election strategies. Like how is it possible to overthrow the ruling party in elections. We are actually discussing this stuff. No other sites will do that. It is openly challenging the authority of the government.	Keine Tabuthemen. Diskussion notwendig um Regierung zu kritisieren und herauszufordern. Vergleich mit anderen – offenste Plattform für Kritik.
---------	---	--

Zwischen den Online-Portalen herrscht außerdem starker Wettbewerb, dies wurde durch zahlreiche Vergleiche mit den jeweils anderen Seiten deutlich. Während in Interview II vor allem betont wurde, dass man die höchsten Zugriffszahlen erreiche, wurde in Interview III betont, dass kein anderes Portal so offen und vielseitig berichte.

Bei den BloggerInnen hängt die Arbeitsweise von der Motivation ab. Die Blogeinträge werden in der Freizeit verfasst, mehrer Stunden pro Woche werden dafür aufgewendet.

In Interview IV wurde beschrieben, dass – um die Registrierung zu vermeiden und dem Radar der Regierung möglichst gut zu entkommen – stark in rechtlichen Graubereichen gearbeitet wird.

773-778	There is no point in registry. I don't think we see the need to it. Basically currently it's just the two of us. 2: Because in Singapore if you register you actually have more restrictions put on you. You have to submit reports on what you do... 1: Accounts. 2: And they put the names of people.	Bei kleiner Größe keine Registrierung notwendig. Würde Aufwand und Restriktionen bedeuten. Registrierung ist zu vermeiden.
780-782	But even if we do we won't. Because from the day when the organization submits the form to the day when you get approved, an approved organization, you can't do anything. And the waiting period maybe is like up to a year.	Registrierung auf jeden Fall zu vermeiden, auch wenn eigentlich Pflicht. Instrument um Aktivitäten einzuschränken, lange Wartezeit.

6.2. 2007-2013: Chronologie der Ereignisse

Die im Folgenden dargelegten Ereignisse beziehen sich größtenteils auf eine von Blogger und Filmemacher Martyn See erstellte Chronik, in der er sämtliche Ereignisse und Entwicklungen zum Thema Internet und Zensur in Singapur sammelt (1994-2012: *A Chronology of Authoritarian Rule in Singapore*; siehe 11.6.). Zuletzt wurde diese Liste im April 2012 erneuert, sie ist auf seinem Blog *Singaporerebel* zu finden und dient für die meisten der folgenden Beiträge, wenn nicht anders angegeben, als Bezugsquelle.

Eine der ersten Aussagen in der Periode ab 2007 macht bereits die Richtung deutlich, welche in der Formulierung der Phase 4 von Bedeutung sein wird. Der Ex-Premier Lee Kuan Yew sagte im April 2007 zum Juniorflügel der Partei in Bezug auf Zensur: „We have created a society which is totally educated. You are all able to go on the Internet. So all this censorship makes no sense to me. We cannot stop this. If we stop this, we stop the progress. We are marginalised” (vgl. 11.6., Zeile 1034-1036).

In der Ansprache zum Nationalfeiertag 2008 versicherte auch sein Sohn, Premierminister Lee Hsien Loong: “The overall thrust of all these changes is to liberalise our society, to widen space for expression and participation. We encourage more citizens to engage in debate, to participate in building our shared future” (siehe channelnewsasia 2008).

Aussagen wie diese beiden von Vater und Sohn stehen für den neuen Weg, den die PAP in dieser Phase zu gehen vorgibt. Die Regierung versichert im Umgang mit Meinungsäußerung im Internet den so genannten *light-touch* zu verfolgen, wie beispielsweise die Behörde, die für Regulierung im Internet zuständig ist, auf ihrer Homepage verlauten lässt (vgl. MDA Policies). In Kontrast zu diesen Absichten stehen nicht nur einige harsche Vorgehensweisen gegen BloggerInnen und NetzaktivistInnen, die noch genauer angeführt werden, sondern beispielsweise auch die Herabstufung von Freedom House im jährlichen Bericht der Organisation zu politischen Rechten und Freiheiten von 2009: „Despite his expressed desire for a “more open society,” Lee Hsien Loong did little to change the authoritarian political climate”, heißt es in dem Länderbericht (Freedom House 2009 - Singapore).

Einer der am häufigsten diskutierten Auseinandersetzungen, die auch von Freedom House in der Begründung der Herabstufung angeführt wurde, drehte sich um einen US-amerikanischen Anwalt und Blogger. Gopalan Nair wurde im Juni 2008 von zivil gekleideten Polizisten in seinem Hotelzimmer in Singapur verhaftet. Der 59-jährige ehemalige singapurische Staatsbürger kritisierte in seinem Blog das Gerichtsverfahren gegen die Familie des Oppositionspolitikers Chee Soon Juan, die wegen Verleumdung angeklagt war. Im September wurde er zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, weil er schuldig gesprochen wurde, das Gericht beleidigt zu haben. Auch eine Entschuldigung wurde von ihm verlangt – die er nach seiner Entlassung im Dezember, zurück in den Vereinigten Staaten, allerdings wieder zurückzog, wie er auf seinem Blog verkündete. Auch die Beiträge, wegen denen er in Singapur verhaftet wurde, stellte er – zurück in den Staaten – wieder Online. Als Konsequenz erhielt er lebenslanges Einreiseverbot nach

Singapur (vgl. 11.6., Zeilen 1299-1304; 1377-1380; 1428-1431; 1556-1558; 1815-1819; 1977-1980).

Für politische Parteien bedeuteten die Monate vor den Wahlen die wichtigsten Weichenstellungen. Da aber niemand wusste, wann die PAP den Wahltermin ansetzen würde und es Gerüchte gab, die schon für 2010 mit Parlamentswahlen spekulierten, war es für die Parteien sehr schwer Vorbereitungen zu treffen und den Wahlkampf zu planen (vgl. da Cunha 2012: 11). Im August 2010 vermeldete die *Singapore Democratic Party*, dass die Erneuerung ihrer Zeitungslizenz schon seit drei Monaten überfällig sei. Da die Parteizeitung eine wichtige Verbindung zu den WählerInnen ist und auch eine Möglichkeit bietet, finanzielle Mittel aufzubessern, wird die Verspätung für die Oppositionspartei natürlich zu einem schwerwiegenden Problem im Wahlkampf. Laut Gesetz müssen die Lizenzen jedes Jahr erneuert werden, Gründe wurden nicht genannt (vgl. 11.6., Zeile 1737-1741).

Im September desselben Jahres vermeldet die Regierung, dass die seit Mitte der 90er gesperrten 100 Webseiten dies auch in Zukunft bleiben werden. Sie widersprechen damit der Forderung eines von der Regierung eingesetzten Panels, die Sperre zu beenden. Diese Tabuliste würde als Erinnerung dafür dienen, dass es gewisse Inhalte im Internet gäbe die abstoßend und unerfreulich seien, lautete die Begründung (siehe 11.6., Zeile 1767-1771).

Auch einige umstrittene Registrierungsfälle gab es in dieser Periode. Im November 2010 wurde der Menschenrechtsorganisation *Maruah* die Registrierung als Gesellschaft verwehrt – dafür wurde die Organisation als *political association* eingestuft, was - wie bereits dargelegt – die Handlungsspielräume und Finanzierungsmöglichkeiten enorm einschränkt (vgl. 11.6., Zeile 1780-1784). Das gleiche Schicksal erfuhr im Januar 2011 die sozio-politische Website und Nachrichtenplattform *The Online Citizen (TOC)*. Obwohl die Website nicht um eine Registrierung ansuchte, wurde sie von den Behörden als *political association* eingestuft (11.6., Zeile 1821-1828).

TOC ist nicht die einzige Website für alternative Onlinenachrichten – *New Asia Republic (NAR)* oder *Public House* unterscheiden sich in nur wenigen Punkten von TOC. Oft wird über dieselben Themen berichtet, auch NAR und *Public House* geben sich oft der Regierung kritisch gegenüber und bemühen sich um alternative Kommentare und investigativen Journalismus.

Die häufige Anwendung von Verleumdungsklagen gegenüber Regierungsgegnern führt dazu, so die These, dass auch unter kritischen AutorInnen eine Debatte über „richtige und

falsche“ Nachrichten oder Meinungen stattfindet. Die AutorInnen bzw. BloggerInnen setzen damit auf dasselbe Pferd, das die Regierung ins Rennen schickte: Zensurmaßnahmen wurden von ihr nämlich schon immer mit (unter anderem) der Begründung gerechtfertigt, es gäbe niemand anderen als die PolitikerInnen selbst, die politische Geschehnisse kommentieren könnten – da die JournalistInnen nicht das notwendige Wissen vorweisen könnten (vgl. Lee 2011: 97). Die Debatte um „richtige und falsche“ Nachrichten (vgl. Lee 2011: 113) im Internet gipfelte in der Diskussion über einen Verhaltenscodex für BloggerInnen. Ein *Code of Conduct* solle für verantwortungsbewusste Debatten im Internet sorgen. Die Blogosphäre war gespalten, wenn auch mehrheitlich gegen einen solchen Verhaltenscodex, der zum ersten Mal 2007 auf der politischen Agenda erschien. Nichtsdestotrotz fanden sich auf den unterschiedlichen Blogs plötzlich lange Disclaimer, manche BloggerInnen behielten sich die Möglichkeit vor, Postings zu löschen, die diesen formulierten Regeln widersprachen (vgl. Lee 2011: 140f). Überspitzt gesagt wurden die BloggerInnen also selbst zum Zensor bzw. zur Zensorin.

Hintergrund für die Forderung nach einem solchen Verhaltenscodex war einerseits, dass die Erziehung junger Menschen zu verantwortungsvollen UserInnen garantiert werden müsse. Als zweiter Grund diene die Garantie nationaler Harmonie, die die singapurische Regierung in ständiger Gefahr sieht. Ein Effekt dieses Verhaltenscodex wäre mit ziemlicher Sicherheit aber auch, dass kritische Beiträge schwieriger zu veröffentlichen wären. Mit der Begründung zu Erziehung und Verantwortung schafft es die PAP, aber in der breiten Öffentlichkeit Glaubwürdigkeit zu wahren und durchaus auch Lob (für den verantwortungsvollen Umgang mit der Jugend) zu ernten.

Seit im August 2010 ein Mann verhaftet wurde, weil er auf seinem Profil Leute dazu ermutigte, einen Minister zu verbrennen (11.6., Zeile 1773-1774), kam es immer wieder zur Verfolgung von Facebook-Postings. Nicht immer endeten sie nur mit einer Verwarnung. Im Oktober 2012 wurde eine Mitarbeiterin der Gewerkschaft entlassen, weil sie sich in ihrem Facebookprofil über malaysische Hochzeiten echauffierte:

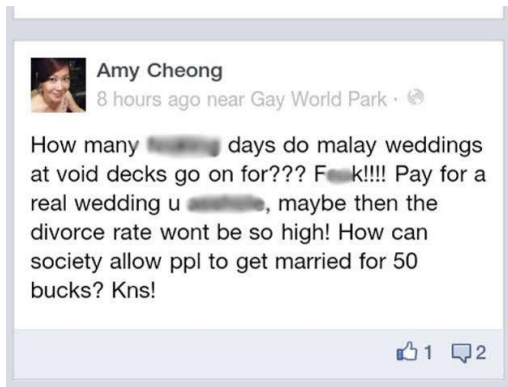


Abb. 2: Statusmeldung Facebook Amy Cheong
(Quelle: YahooNews Singapore 2012).

Die Debatte um Amy Cheong und ihre Äußerungen regierte Singapurs Medien im Oktober letzten Jahres mehr als eine Woche lang. Die Meinungen darüber, ob Cheong zu Recht gefeuert wurde gingen dabei, vor allem unter BloggerInnen, stark auseinander.

In keinem der Kommentare aber – weder Online, noch in den klassischen Medien – wurde die Tatsache diskutiert, dass solche privaten Facebookmeldungen überhaupt veröffentlicht werden. Was für die Autorin selbst als Beobachterin erschreckend war, war für die SingapurInnen ganz normal. Auch wie dieses Posting plötzlich an die Öffentlichkeit geriet, war in keinem der Artikel oder Kommentare erwähnt. Es ließ sich nicht herausfinden, ob dieses Posting von Facebook-Freunden an Medien weitergeleitet wurde, oder ob die MDA oder andere Regulierungsbehörden Facebook nach solchen Postings durchsuchen.

Auch die Verleumdungsklagen verschwanden in der Phase von 2007-2012, in der Phase vermeintlicher Offenheit, nicht von der Bildfläche. Aktuellstes Beispiel ist einer der bekanntesten und beliebtesten Blogger Singapurs, Alex Au. Als er auf seinem Blog *Yawningbread* undurchsichtige Geschäfte der PAP im Zusammenhang mit dem Kauf eines Computersystems publik machte, erhielt er sofort einen Brief des Premierministers mit der Aufforderung, alle Inhalte zu löschen und sich zu entschuldigen - was er in der Folge auch tat (siehe Channel News Asia 2013). Von einer Verleumdungsklage wurde deswegen noch abgesehen. Als Instrument zur Einschüchterung dient diese Strafe also nach wie vor. Die Reaktionen nach Au's Blogeintrag (offizielle Investigation) zeigen, dass es sich bei seinen Aufdeckungen höchstwahrscheinlich nicht um Spekulationen handelte, wie ihm vorgeworfen wurde, sondern dass die Informationen korrekt waren (siehe XIN MSN News 2013a).

6.3. Parlamentswahlen 2011

Catherine Lim, die bereits seit 17 Jahren als politische Kommentatorin in Singapur arbeitet (zunächst für die regierungsnahe Zeitung *The Straits Times*, später für alternativere Medien und als Bloggerin im Netz), veröffentlichte kurze Zeit nach den Parlamentswahlen einen kleinen Band, der die Ereignisse vom Mai 2011 zusammenfasst. In der Einleitung kann man ihre Begeisterung für die Parlamentswahlen von 2011 förmlich spüren:

The Singapore General Election of 2011 gripped me like no other. It was truly a watershed election on so many counts: the emergence of a younger, more sophisticated and articulate electorate, an overall mood of voter discontent, the tremendous power of the Internet, the appearance of a stronger, bolder opposition, all combining to force the People's Action Party (PAP) government to launch a stunning programme of reforms that would change the Singapore political landscape forever. (...) The election was a personal watershed too, for it marked a new and exciting stage in my 17 years as a political commentator. I have never enjoyed the role more (Lim 2011: 5).

Dabei betont sie vier Gesichtspunkte, die sie über die Jahre hinweg immer wieder in ihren Kolumnen zur Sprache brachte, die für sie das gesellschaftliche Klima in Singapur ausmachten. Im Mai 2011 aber wurde Lim Zeugin neuer Trends und wie sie selbst anmerkt, eines Besseren belehrt: Der erste dieser Punkte ist das Klima der Angst, das in Singapur herrsche. Mit der Beschreibung, die immer wieder in Beschreibungen Singapurs angeführt wird, meint Lim vor allem die Gerüchte, dass die Regierung die Mittel hätte herauszufinden, wer für welche Partei stimme. „But the climate of GE 2011 was far from fearful“ (Lim 2011: 15). Die Autorin beobachtete Gruppen von jungen Menschen, die ihre Meinung klug und furchtlos, auch in den Mainstreammedien, artikulierten. „Never again can I write about a population muted by fear, and its contemptible off-shoot – self-censorship“ (Lim 2011: 16).

Auch die Annahme einer naiven Wählerschaft, die wenig Interesse am politischen Geschehen zeige, musste Lim im Kontext der GE2011 widerlegen (vgl. ebd. 2011: 16f).

Der dritte Punkt wurde auch von vielen anderen KommentatorInnen der Parlamentswahlen 2011 betont: Die gut aufgestellten Oppositionsparteien, die mit breiten Programmen und charismatischen KandidatInnen die Rolle der Herausforderer annahmen (siehe z.B. Lim 2011: 17; George 2012: 159; Freedom House 2011- Singapur; da Cunha 2012: 11).

Die letzte Neuerung die Lim während der Parlamentswahlen beobachtete, waren Anzeichen von Angst und geringeres Selbstbewusstsein bei der Regierungspartei (wahrscheinlich auch auf Grund der ersten drei Punkte). Diese Veränderung im Auftreten der PAP gipfelte in der öffentlichen Entschuldigung des Premierministers für vergangene Fehler, nur wenige Tage vor der Wahl (vgl. Lim 2011: 19).

Auf einen weiteren Punkt konnten sich die meisten BeobachterInnen der Wahlen einigen: Die gestiegene Bedeutung des Internets für den Wahlkampf. Einerseits diente das Internet während des Wahlkampfes verstärkt als Informationsmedium für BürgerInnen. Nachrichtenportale wie TOC oder NAR versuchten neue Perspektiven im kurzen Wahlkampf aufzuzeigen, Kontroversen zu diskutieren und Hintergrundinformationen zu bieten. Auch BloggerInnen wie Alex Au berichteten von ihren Erlebnissen während Wahlkampfveranstaltungen und posteten Bilder und Videos davon. Diese Tendenzen wirkten sich auch auf die klassischen Medien aus. Die großen Tageszeitungen, die in ihrer Berichterstattung Oppositionsparteien - wie bereits erwähnt - kaum Beachtung schenken, mussten den ambitionierten Onlinemedien folgen, wollten sie ihre LeserInnen nicht an TOC, YahooNews & Co. verlieren (vgl. George 2012: 158).

Auf der anderen Seite war das Medium für die Parteien selbst von zentraler Bedeutung: Sie nutzten die unterschiedlichsten Kanäle (vor allem Facebook, ihre eigene Homepage und Youtube) für den Wahlkampf. KandidatInnen wurden vorgestellt, Wahlkampfthemen diskutiert, Fragen von BürgerInnen beantwortet, Fotos und Videos der Wahlkampfveranstaltungen hochgeladen, und so weiter. Am aktivsten zeigte sich hier die Oppositionspartei SDP, für die auch James Gomez antrat (siehe da Cunha 2012: 167).

Das Internet wurde schon im Vorfeld zum Schlachtfeld erklärt und laut Cherian George ging dieser Hype auch in Erfüllung (vgl. George 2012: 159). Deutlich wurde dies anhand mehrerer Fälle - exemplarisch sei hier der „Videoclip-Incident“ erwähnt. Während des Wahlkampfes meldete sich ein PAP-Kandidat mit folgendem Statement:

It has brought to my attention – in fact it is the SDP which is suppressing a certain YouTube video, which raises some very awkward questions about the agenda and the motivations of the SDP and its candidates. (...) I am not going further into details but I think saying that and publishing that, the netizens will know what to do and they will discover this (...) (da Cunha 2012: 75f).

Die Mainstreammedien schwiegen zunächst, ein Mitglied der *Working Party* (WP) erwähnte in einer Facebook-Statusmeldung, dass er dem *Singapore Democratic Party* (SDP)-Kandidaten Vincent Wijesingha volle Unterstützung zusage. Somit war zumindest klar, um wen sich das mysteriöse Video drehte. Es war die Tageszeitung *Today*, die schließlich am 24. Mai die Geschichte veröffentlichte:

It is a six-minute video clip – posted on YouTube on April 14 – of what appears to be a recording of a forum discussing whether Section 377A of Singapore’s penal code, which criminalises sex between men, violates the Republic’s Constitution. (...) [N]ear the end, a man on the stage said: “At the end of the day, you all can petition the Prime Minister, this and that, and so on and so forth... If you really want numbers, you have to vote an MP, gay MP there, first gay MP in Singapore, Ladies and Gentlemen, Vincent Wijesingha (zitiert in da Cunha 2012: 77).

In diesem Fall zeigten sich die Stärken einer internetbasierten Kommunikation, die unabhängig von den Mainstream-Medien agieren kann: noch am 25. April 2011 erklärte SDP-Generalsekretär Chee auf YouTube: „we are not pursuing the gay agenda and none of our Members of Parliament will“ (ebd.). Die Verleumdungsstrategie der PAP konnte durch seine Stellungnahme entkräftet werden. Das zeigt sich schon daran, dass die PAP - anders als bei ähnlichen Fällen in der Vergangenheit – diese Verleumdungsstrategie nicht weiter verfolgte. Damit scheiterte auch der Versuch, die SDP zu skandalisieren und die WählerInnen nachhaltig zu beeinflussen (vgl. Ortmann 2011: 161).

Auch die PAP versuchte durch eigene Aktivitäten Raum im Internet zu gewinnen, war dabei aber eher ungeschickt. Sie blamierte sich mit einer jungen Kandidatin, die anstatt junge WählerInnen anzusprechen auf Grund ihres dekadenten Lifestyles eher für Spott und negative Schlagzeilen sorgte. Vor allem im Internet wurde sie in Kommentaren lächerlich gemacht (siehe Ortmann 2011: 161 f.). Der PAP gelang es nicht, die Kandidatin glaubwürdig zu präsentieren. Dies führte sogar zu Internet-Protesten von AnhängerInnen der PAP, die sich der Website „I do not want Tin Pei Ling in Parliament“ anschlossen (Chia; Grant; Kieran; Lee 2011: 100). Die Anti-Tin-Seite hatte 44.000 *likes* bis zum 9. Mai 2011 (ebd.).

Für die WP-Spitze war es wichtig, dass die Online-AktivistInnen im Netz nichts „falsch“ machen, da sie sich auf einem sehr verheißungsvollen Weg befand. Die WP-Führung ließ extreme Vorsicht walten, um gegen verleumderische PAP-Kampagnen gewappnet zu sein (siehe ebd. 2011: 111). Diese „altmodische“ Strategie, nicht auf das Internet zu setzen, war es, was James Gomez dazu brachte, aus der WP auszutreten und sich der SDP, die einen ambitionierteren Zugang zu den neuen Medien pflegt, anzuschließen (ebd.).

Die Zugänge der einzelnen Parteien zum Internet waren also sehr unterschiedlich; dass die WP – obwohl die Internetpräsenz um ein vielfaches geringer war als die der SDP – schlussendlich mehr Stimmen der WählerInnen gewinnen konnte, ist höchstwahrscheinlich auf andere Faktoren zurückzuführen, etwa dass die SDP ein radikaleres Wahlprogramm vertritt, als die moderate WP, die viele auch als PAP-light sehen (vgl. da Cunha 2012: 62).

Seither setzen aber auch die anderen Oppositionsparteien verstärkt auf das Internet. Dies zeigt ganz aktuell die Nachwahl im Bezirk *Punggol East* (wo der Abgeordnete dieses

Bezirks wegen einer außerehelichen Beziehung zurücktreten musste): Die SDA hielt im Vorfeld dieser Wahlen ihre Wahlkampfveranstaltung nicht draußen vor einem Publikum, sondern auf *Youtube* und somit vor einem virtuellen Publikum. Diese neue Wahlkampfstrategie wurde in den traditionellen Medien, wie auch von BloggerInnen stark diskutiert. Die Entscheidung via *Youtube* mit den WählerInnen in Verbindung zu treten, begründet der Spitzenkandidat Desmond Lim folgendermaßen:

Many asked me why I am not doing an actual rally. Am I afraid of (low) attendance? Simple: It will save a small party like SDA costs, which will translate to a better deployment of resources to work within our parameters. This signifies the SDA confidence in not being intimidated to follow the norm, but rather make calculated decisions that set us apart and get the job done (Today Online 2013).

Ziel dieses Kapitels war es, die größten Entwicklungen seit 2007 durchzuarbeiten und die geführten qualitativen Interviews auszuwerten. Vor allem im letzten Teil wurde dabei genauer auf die Strategien der Oppositionsparteien eingegangen, die sich auf Grund der negativen öffentlichen Darstellung, sowie der erschwerten rechtlichen Lage oft in ihrer Arbeit behindert sehen müssen.

In der folgenden Conclusio sollen die geschilderten Ereignisse nicht nur verbunden und in Kontext zueinander gestellt werden, um die Jahre von 2007-2013 kompakt zusammenzufassen. Auch soll noch einmal über zentrale Fragen dieser Arbeit reflektiert werden. Zu guter Letzt darf ein vorsichtiger Blick in die Zukunft für die Abrundung dieser Diplomarbeit nicht fehlen.

7. Die Phase 4 & ein Blick in die Zukunft

Zusammenfassen könnte man eine Phase vier am besten mit dem Wort Ambivalenz.

Die Absichten der Regierung eine offenere öffentliche Debatte zu ermöglichen stehen im Gegensatz zu weiteren Gerichtsverfahren, Verhaftungen und neuen Gesetzen. Dennoch ist stellenweise zu beobachten, dass die Bevölkerung (Zivilgesellschaft wie Oppositionsparteien) dieser Ambivalenz bzw. Repression zunehmend trotzen: In welchem Maße sich viele BürgerInnen das Recht auf Meinungsbildung einfach nehmen, wurde am *cooling-off day* vor den Wahlen 2011 deutlich. Internet-UserInnen ignorierten das Verbot von parteipolitischen Äußerungen (vgl. Portmann 2011: 29)¹⁹.

Die Regierung hat den Diskurs über das Internet zunehmend unter den Attributen offen & frei gestaltet, wie zu Beginn des Kapitel 6 in den Zitaten der beiden Lees deutlich wurde. Die wichtigsten Gesetze und Regelungen blieben dennoch auch in dieser Phase intakt – Einschüchterung wird beispielsweise durch den *Defamation Act* betrieben, die Registrierungsgesetze bestehen weiter und bleiben oft intransparent. Die Tatsache, dass viele der Auseinandersetzungen zwischen BürgerInnen und der Regierung mit einer Verwarnung und nicht im Gefängnis enden, spricht für den von der Regierung propagierten *light-touch*. In der Phase vier setzt die singapurische Regierung weniger auf Konfrontation. Dennoch wurde dieser *light-touch* nicht in allen Zusammenstößen zwischen Regierung und kritischen Stimmen von BürgerInnen verfolgt, wie ebenfalls an Beispielen aus den Interviews deutlich gemacht wurde.

Die zunehmende Präsenz der Oppositionsparteien, die nach den Parlamentswahlen 2011 nicht abriß, spricht für eine gestiegene Bedeutung des Internets im Kampf um WählerInnen. Die stärkere Orientierung der Oppositionsparteien am Internet, ist zum Teil auf die unbefriedigende Berichterstattung in den klassischen Medien zurückzuführen. Es wäre allerdings übertrieben daraus zu schließen, dass die breite Masse der singapurischen Bevölkerung, vor allem die UnterstützerInnen der PAP, diesen Trend willkommen heißen. Dies gipfelt in einem Statement Derek da Cunhas: “Every public figure would now face the risk of whatever they do or say in private, informal setting, being taken out of context and posted online. Does the political process and the nurturing of democracy benefit from that?” (ebd. 2012: 81). Profitieren konnten jedenfalls die Oppositionsparteien, denen durch

¹⁹ Ein Beispiel ist ein von Alex Au verfasster Blog-Eintrag einen Tag vor der Wahl (siehe Yawningbread 2011).

dieses modernere Vorgehen mit dem Einbeziehen des Internets als wichtiges Kommunikationsmittel auch in den Mainstreammedien mehr Platz eingeräumt wurde. Dies wurde wiederum durch die vielseitige Berichterstattung der alternativen Onlinemedien erst möglich.

Die Aussage, dass sich die gesteigerte Aufmerksamkeit für die Opposition im Netz nicht in einen Wahlerfolg übertragen ließ, muss also relativiert werden. Die Opposition erreichte prozentuell gesehen ein durchaus beachtliches Ergebnis. Auf Grund des komplizierten, auf die Spitze getriebenen Mehrheitswahlrechts spiegeln sich die erreichten 40 % im Parlament nicht wider. Es wäre vermessen zu behaupten, dass ohne Onlinepräsenz ein genauso hohes Ergebnis erreicht worden wäre. Die heftigen Auseinandersetzungen, die sich Oppositionsparteien mit der PAP auch Online lieferten, beweisen, dass dies auch der Regierung klar war. Allerdings steht auch fest, dass traditionelle Wahlwerbung, wie Hausbesuche bei BewohnerInnen und Wahlkampfveranstaltungen vor einem realen Publikum im konservativen Singapur auch in Zukunft von Bedeutung sein werden. Wahlen können Online nicht gewonnen, aber durchaus verloren werden.

Eine weitere Ebene der Phase 4 betrifft die neuesten technischen Entwicklungen im Internet, die in dieser Phase ihren Lauf nahmen und damit den Stellenwert der so genannten *social networks / social media*. Die Regierung und ihre Regulierungsbehörden haben ihre Fühler ausgestreckt und beziehen auch diesen Bereich in die Kontrolle mit ein. Dass aber nicht ganz klar ist wie dies geschieht, dient als neuestes Beispiel für die Verwirklichung des *Panopticon* im Staat. Auf Grund der hohen NutzerInnenzahlen auf Facebook und der hohen Anzahl freiwillig preisgegebener persönlicher Daten, stellt das Netzwerk für autokratische Überwachungspraktiken – überspitzt gesagt – ein Paradies dar. Zweifelsohne bestärkt Facebook aber auch Widerstand gegen die Regierung. Bei Facebook handelt es sich nicht um eine statische Website, bei der man sich an die Richtlinien des Inhabers bzw. der Inhaberin richten muss. Die Prämisse, die schon Anfang der Nullerjahre mit den blogging-Funktionen aufkam, dass jeder und jede im Internet erstmals selbst Inhalte produzieren kann, wird in Singapur vielmehr auf Facebook, denn auf persönlichen Blogs verwirklicht. Nachrichten bzw. Schlagzeilen machen schneller die Runde, oder wie es auf Englisch heißt „*they go viral*“. Der und die NutzerIn müssen oft nicht erst die einschlägigen Nachrichtenseiten besuchen, um die wichtigsten Neuigkeiten zu erfahren. Durch das Teilen auf Facebook erreichen die Neuigkeiten sofort eine große Zahl an

Bekannten und Freunden. Auf Grund der hohen NutzerInnenzahlen ist besteht die Möglichkeit, dass sich die Menschen auf Facebook sicherer fühlen, ein kritisches Foto zu teilen oder zynische Kommentare zur Regierungspolitik der PAP zu posten. Sicher ist dafür nicht derselbe Mut und die Courage notwendig, die das Verfassen eines kritischen Artikels notwendig. Gerade für Oppositionsparteien ist aber die Tatsache, dass sich die Masse der Menschen in Facebook mehr zutraut, zentral. Gezeigt haben sich all diese Tendenzen aktuell in der Nachwahl des Bezirks *Punggol East* - exemplarisch dafür ist dieses Bild, das den geschlagenen PAP-Kandidaten zeigt und am Wahlabend tausendfach auf Facebook geteilt wurde:



Abb. 3: SGAG, PAP-Montage

(Quelle: Screenshot Facebook, Zugriff: 26.1.2013)

Eine zentrale Frage dieser Diplomarbeiten war es zu klären, wie regimekritische Gruppen das Internet in Singapur für ihre Arbeit nutzen. Die Antworten darauf sind, wie in der Inhaltsanalyse der geführten Interviews herausgearbeitet wurde, vielseitig. Nicht nur kommt es darauf an, ob sich die Person individuell oder als Teil einer Gruppe engagiert, auch die persönliche Motivation und Ziele spielen für die Art und Weise des Engagements eine große Rolle. Zusammenfassend kann aber sicher festgehalten werden, dass die fünf interviewten Personen einen hohen Grad an Altruismus an den Tag legen, der sie – trotz

noch so schwieriger Arbeitsverhältnisse und rechtlicher Schranken – immer mit ihrer Kritik weiter machen lässt. In puncto Kritik hat die Inhaltsanalyse außerdem gezeigt, dass darunter höchst unterschiedliche Dinge verstanden werden können, bzw. die Herangehensweise an Kritik variiert. Manche AkteurInnen machten die Kritik am Status Quo offen zu einem ihrer Handlungsmotive bzw. Ziele, andere AkteurInnen distanzieren sich von der Rolle als offene KritikerInnen, tragen durch ihre Aktivitäten aber dennoch dazu bei.

Alle Befragten waren sich darin einig, dass die technische Natur des Netzes vieles erleichtert. Schneller können mehr Menschen auf eine kostengünstige Art und Weise erreicht werden. Dennoch wurden auch Schattenseiten des Internets angesprochen – die leichtere Verfolgbarkeit, Anonymität und Scheinpartizipation via Facebook *likes*. Für die Mobilisierung und den Ausbau ihres Netzwerkes nennen die AkteurInnen deshalb auch Offline-Aktivitäten als notwendig.

Es würde dem verfolgten Ansatz dieser Diplomarbeit widersprechen, ein Fazit á la „das Internet bietet keinen Raum für Freiheit“ oder „das Internet stärkt die demokratische Entwicklung Singapurs“, zu ziehen. Die Realität ist natürlich viel komplexer und vor allem auf diesem begrenzten Platz nur ansatzweise zu verstehen. Mit einem gouvernementalitätstheoretischen Ansatz kann die Ambivalenz von Macht- und Herrschaftstechniken, die im Internet wirken, aber gefasst werden.

Die rechtlichen Barrieren für die Nutzung des Internets zur Kritik bleiben auch in den letzten Jahren aufrecht. Zunehmend werden Regeln aber ignoriert (*cooling-off day*) bzw. werden neue Wege gefunden, das Internet zu nutzen (etwa der Online-Wahlkampf der SDA im Januar 2013).

Mit Sicherheit kann jedenfalls gesagt werden, dass das Zusammenspiel aus politischem System, rechtlichem Apparat und institutionellem Setting Singapur zu einem der ausgeklügeltsten autoritären Staaten der Erde macht. Legitimität spielt dabei eine zentrale Rolle. Der Nachbarstaat Malaysien beispielsweise, ein ähnlich autoritäres Regime wie Singapur, konnte die Medien nicht so stark für die eigenen Interessen nützen, wie es der PAP in Singapur gelang. Hier war der Missbrauch der Medien für Propagandazwecke so offensichtlich, dass die BürgerInnen in Scharen zu alternativen Onlinemedien flohen (vgl. George 2012: 113). China stellt ein ähnliches Beispiel dar, wo die Medien ganz offensichtlich zu Parteipropaganda genutzt werden. Das Internet wird von der PAP aktiv

dazu genutzt, den Status Quo zu erhalten. Nicht anders sind die vielen Gesetze und Richtlinien, die je nach Wahlkampfperiode auch erweitert bzw. erneuert werden, zu erklären. Ohne also wissen zu können, wie das Regime ohne das Internet regieren würde, steht allein schon die frühe Konzentration und Auseinandersetzung mit diesem Medium dafür, dass die PAP im Internet einen wichtigen Pfeiler für den Machterhalt sieht. Dies hat sich auch in den Jahren 2007-2013 gezeigt, womit bestätigt werden kann, dass sich die bisherigen Entwicklungen in den neuesten Technologien, *social media*, fortsetzen.

Für eine Einschätzung dieser Frage war besonders die Foucault'sche Lesart der autoritären Praktiken in Singapur hilfreich. Obwohl die Ideen Michel Foucaults aus einem europäischen Gedankenkontext entstanden sind, war es nicht nur möglich, sondern auch fruchtbar, seine Thesen auf Singapur auszuweiten. Für die Einschätzung von Aktivitäten der Zivilgesellschaft, also etwa der InterviewpartnerInnen, war es hilfreich, sie nicht als autonome Sphäre zu sehen. Von der Wortwahl über die verfolgten Themen, der Art und Weise, wie sie mit Kommentaren anderer UserInnen umgehen, bis, wie sie versuchen, rechtliche Schranken zu umgehen, kann nur im Kontext zum Staat und zu den Regierungsrationalitäten und den Regierungspraktiken verstanden werden. Ihre Haltungen und Vorgehensweisen variieren somit genauso wie die der Regierung.

Es bleibt abschließend also die Frage, ob das Internet größere Chancen für das Formulieren von Kritik bietet als die klassischen Medien. Sie kann im Fallbeispiel Singapur ziemlich eindeutig bejaht werden. Wie gezeigt wurde, handelt es sich dabei keineswegs um eine Möglichkeit zur völlig offenen Kritik, allerdings können leichter Nischen gefunden werden. Deutlich wird dies beispielsweise in Interview I, wo der Blog nur deshalb entstand, weil der Person die Lizenz ein Printmagazin für LGBT-Themen zu gründen, verwehrt wurde. Online spricht er/sie völlig frei über die eigene Homosexualität.

Wann Behörden durchgreifen und wann sie Kritik zu ignorieren scheinen ist manchmal nur schwer nachvollziehbar. Die GesprächspartnerInnen waren sich allerdings darin einig, dass vor allem hohe Zugriffszahlen und Popularität Beobachtung durch Regierungsbehörden wahrscheinlicher macht. Mit der Beobachtung durch die Regierungsbehörden haben sich zumindest die fünf befragten AkteurInnen abgefunden – sie ist für sie zum Status Quo geworden. Für die AkteurInnen geht es vielmehr darum, wie sie – trotz Aktivitäten im Graubereich – Präsenz zeigen können.

Im öffentlichen Raum ist ein – Auf sich aufmerksam machen – um einiges schwieriger als im virtuellen Raum. Einerseits, weil es eine räumliche Begrenzung gibt (Demonstrationen können etwa nur im Hong Lim Park bei der *Speakers Corner* abgehalten werden), andererseits sind auch die rechtlichen Barrieren schwieriger zu umgehen als im Netz.

Die Crux liegt für die BürgerInnen von Singapur darin, selber die Grenzen ihrer Kritik auszuloten. Die fünf interviewten Personen versuchen dieses Spiel von Tag zu Tag aufs Neue und obwohl es in der Gesamtbevölkerung wohl noch immer genug Menschen gibt, die nicht wissen, wie sie Kritik formulieren sollen, waren sich die Befragten in einer optimistischen Einschätzung der Meinungsäußerung im Netz einig.

Ob es für eine völlige Meinungsfreiheit reichen wird, ist unklar. Auch der Optimismus vieler JournalistInnen und WissenschaftlerInnen, sowie das neue Selbstvertrauen, das die Oppositionsparteien in den Parlamentswahlen 2011 gewinnen konnten, lässt eine Zukunft, die mehr Raum für freie Meinungsäußerung bietet, aber realistisch erscheinen. Der enorme Regierungsapparat mit sämtlichen Behörden, Ministerien und Firmen wird wahrscheinlich auch in Zukunft versuchen, die autoritären Praktiken ideologisch, wie auch rechtlich, auf subtilste Weise zu untermauern.

Auf Grund der Kleinheit des Landes und der hohen Durchdringungsrate wird es auch in den kommenden Jahren spannend bleiben, zu beobachten, ob die PAP ihre hegemoniale Stellung durch die Nutzung des Internets behalten bzw. ausbauen kann und Singapur somit ein Labor für Internetkontrolle darstellt.

8. Literatur

Monografien

Barr, Michael D. (2000): Lee Kuan Yew. The Beliefs behind the Man. Kuala Lumpur: New Asian Library.

Bauer, Joanne R.; Bell, Daniel A. (1999): The East Asian Challenge for Human Rights. Cambridge University Press.

Biebricher, Thomas (2005): Selbstkritik der Moderne. Foucault und Habermas im Vergleich. Frankfurt am Main: Campus.

Boas, Taylor C.; Shanthi, Kalathil (2003): Open Networks. Closed Regimes. The Impact of the Internet on Authoritarian Rule. Washington D.C.: Carnegie Endowment for International Peace.

Bröckling; Krasmann; Lemke (Hrsg.) (2000): Gouvernamentalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Aus dem Französischen von Hans-Dieter Gondek. Frankfurt am Main: Shurkamp Verlag.

Chua, Beng-Huat (1995): Communitarian Ideology and Democracy in Singapore. New York / London: Routledge.

Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Frankfurt am Main: Shurkamp Verlag.

Da Cunha, Derek (2012): Breakthrough. Roadmap for Singapore's political future. Singapore: Straits Times Press.

Foucault, Michel (2004): Die Geburt der Biopolitik. Geschichte der Gouvernamentalität II. Vorlesung am Collège de France (1978-1979). Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Frankenberger, Rolf (2007): Gesellschaft - Individuum - Gouvernamentalität : theoretische und empirische Beiträge zur Analyse der Postmoderne . Berlin: LIT-Verlag.

Gan, Steven; Gomez, James; Johannsen, Uwe (2004): Asian Cyberactivism. Freedom of Expression and Media Censorship. Bangkok: Friedrich Naumann Stiftung.

George, Cherian (2000): Singapore – The Air – Conditioned Nation. Essays on the politics of comfort and control. Singapore: Landmark Books.

(2006): Contentious Journalism and the Internet: Towards Democratic Discourse in Malaysia and Singapore. Singapore: Singapore University Press.

(2012): Freedom from the Press. Journalism and State Power in Singapore. Singapore: NUS Press.

Gomez, James (1999): Self-Censorship: Singapore's Shame. Singapore: Think Centre.

- (2002): Internet Politics. Surveillance and Intimidation in Singapore. Bangkok/Singapore: Think Centre.
- (2008): Democracy and Elections: The Impact of Online Politics in Singapore. PHD-Thesis. University of Monash.
- Häntzschel, Alexander (2007): News Flows in Singapore. Dissertation. <http://edoc.hu-berlin.de/dissertationen/haentzschel-carl-alexander-2007-08-22/PDF/haentzschel.pdf> (Zugriff: 30.11.2012)
- Huntington, Samuel P. (1991): The Third Wave: Democratization in the Late 20th Century. University of Oklahoma Press.
- Jayasuriya, Kanishka; Rodan, Garry (2009): Capitalist development, regime transitions and new forms of authoritarianism in Asia. Perth: Murdoch University Press.
- Jordan, Rolf (2007): Singapur: globale Stadt und autoritärer Staat. Unkel: Horlemann Verlag.
- Kan, Cornelius; Lee, Terence (2008): Blogospheric Pressures in Singapore: Internet Discourses and the 2006 General Election. Working Paper No. 150. Perth: Murdoch University Press.
- Lee, Kuan Yew (2000): From Third world to First: The Singapore Story: 1965 – 2000. New York: Harper Collins.
- Lee, Terence (2010): The Media, Cultural Control and Government in Singapore. London/New York: Routledge.
- Lemke, Thomas (1997): Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität. Hamburg: Argument-Verlag.
- Lim, Catherine (2011): A watershed election. Singapore's GE 2011. Singapore: Marshall Cavendish Editions.
- Mayring, Philipp (2007): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Weinheim: Deutscher Studien Verlag.
- Merkel, Wolfgang (2003): Demokratie in Asien. Ein Kontinent zwischen Diktatur und Demokratie. Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH
- Meyer, Thomas (2009): Was ist Demokratie? Eine diskursive Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Morozov, Evgeny (2011): The Net Delusion. How Not To Liberate The World. London: Allen Lane.
- Rajah, Jothie (2012): Authoritarian Rule of Law. Legislation, Discourse and Legitimacy in Singapore. Cambridge University Press.

Reichert, Ramón (2008): Amateure im Netz. Selbstmanagement und Wissenstechnik im Web 2.0. Bielefeld: Transcript Verlag.

Sassen, Saskia (2004): Digitale Netzwerke und Macht. In: Kemper, Peter; Sonnenschein, Ulrich: Globalisierung im Alltag. Frankfurt am Main: Shurkamp Verlag.

Turnbull, Mary (1977): A History of Singapore. 1819-1975. Singapore: Oxford Univeristy Press.

Wiedemann, Carolin (2010): Selbstvermarktung im Netz. Gouvernentalitätsanalyse der Social Networking Site „Facebook“. Saarbrücken: Universaar.

Sammelbände

Banerjee, Indrajit (2006): Political Participation and Democratization. The Role of the Internet in Asia. In: Hoff, Jens (ed.): Internet, Governance and Democracy. Copenhagen: NIAS.

(2007): Internet and governance in Asia - A critical reader. Singapore: Asian Media Information Centre and Eastern Universities Press.

Chua, Beng Huat (2004): Asian Values: Is an Anti-Authoritarian Reading Possible? In: Beeson, Mark: Contemporary Southeast Asia. Basingstoke: Palgrace Macmillan.

In, Kang Jung (2004): Confucianism and Democracy in East Asia: A Critique of Samuel P-Huntington's The Third Wave. In: Korean National Commission for UNESCO: Korean Philosophy: Its tradition and modern transformation. (Ort unbekannt): Korean Book Services.

Kluver, Randolph (2007): The logic of new media and democratization in Asia. In: Banerjee (Ed.): Internet and governance in Asia - A critical reader. Singapore: Asian Media Information Centre and Eastern Universities Press.

Lemke, Thomas (2004): Räume der Regierung: Kunst und Kritik der Menschenführung. In: Gente, Peter: Foucault und die Künste. Frankfurt am Main: Shurkamp Verlag.

(2006): Die politische Theorie der Gouvernentalität: Michel Foucault. In: Brodocz; Schaal: Politische Theorien der Gegenwart I. Eine Einführung. 2. Auflage. Opladen & Farmington Hills: Leske und Budrich.

Schaffar, Wolfram; Ziai, Aram (2011): Demokratie, Demokratisierung und Konstitutionalismus in Peripheriestaaten. In: Atac, Ilker; Kraler, Albert; Ziai, Aram: Politik und Peripherie. Wien: Mandelbaum.

Tatsuo, Inoue (1999): Liberal Democracy and Asian Orientalism. In: Bauer, Joanne R.; Bell, Daniel A.: The East Asian Challenge for Human Rights. Cambridge University Press.

Papers

Best, Michael L.; Wade, Keagan W. (2009): The Internet and Democracy: Global Catalyst or Democratic Dud? In: Bulletin of Science, Technology & Society. Vol. 29, Nr. 4. Sage Publications.

Chia, Roderick; Grant, Bligh; Kieran, James; Lee, Dexter (2011): The Rejuvenation of the NSP and the Rebranding of the SDP: Conversations with Singapore's Opposition Politicians. In: Jebat – Malaysian Journal of History, Politics & Strategic Studies. Vol. 38, Nr. 2.

George, Cherian (2005): The Internet's Political Impact and the Penetration/Participation Paradox in Malaysia and Singapore Media. In: Culture and Society. Vol. 27, Nr. 6.

(2007): Consolidating Authoritarian Rule. Calibrated Coercion in Singapore. In: The Pacific Review. Vol.20, Nr. 2.

Gomez, James (2004): Dumbing down democracy: trends in internet regulation, surveillance and control in Asia. In: Pacific Journalism Review. Vol. 10, Nr. 2.

(2005): International NGOs: Filling the "Gap" in Singapore's Civil Society. In: Sojourn. Vol. 20, Nr.2.

(2006) a: Citizen Journalism: Bridging the Discrepancy in Singapore's General Elections News. In: Südostasien Aktuell. Vol. 6.

(2006) b: Restricting Free Speech: The Impact on Opposition Parties in Singapore. In: The Copenhagen Journal of Asian Studies. Vol. 23.

(2008): Online Opposition in Singapore: Communications Outreach Without Electoral Gain. In: Journal of Contemporary Asia. Vol. 38, Nr. 4.

(2011): Social Media and Opposition Parties: Networking for Singapore's General Elections. http://www.academia.edu/405459/Social_Media_and_Opposition_Parties_Networking_for_Singapores_General_Elections
(Zugriff 3.12.2012).

Kluver, Randolph. (2004): Political Culture and Information Technology in the 2001 Singapore General Election. In: Political Communication. Vol. 21.

Ortmann, Stephan (2011): Singapore: Authoritarian but newly competitive. In: Journal of Democracy, Vol. 22, Nr. 4.

Pelizzo, Riccardo; Verweij, Marco (2009): Singapore: Does Authoritarianism Pay? In: Journal of Democracy. Vol. 20, Nr. 2.

Perlin, George (2008): What is Democratic Development? Working Paper presented at Creating Democratic Value. Evaluating Efforts to Promote Democracy Abroad.
http://www.queensu.ca/csd/publications/What_is_Democratic_Def.pdf
(Zugriff: 14.11.2012)

Portmann, Kai (2011): A Buzz in Cyberspace, But No Net-Revolution. The Role of the Internet in Singapore's 2011 Elections. Working Paper. Berlin: Friedrich Ebert Stiftung.

Posch, Walter (2010): A Last Chance for Iran's Reformists? The "Green Struggle" Reconsidered. Working Paper Nr. 2. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.

Rodan, Garry (2009): Accountability and Authoritarianism: Human Rights in Malaysia and Singapore. In: Journal of Contemporary Asia. Vol. 39, Nr. 2.

Sassen, Saskia (2011): Die Macht des Digitalen: Ambivalenzen des Internet. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Vol.2.

Schaffar, Wolfram (2010): Die Enttäuschung. Internet und Demokratie in Südostasien. In: Südostasien. Vol. 1/2010.

Servaes, Jan (2005): Knowledge is power (revisited): Internet and democracy. In: Media Development, Vol. 52, Nr. 4.

Medienberichte / Blog-Postings

Channelnewsasia (2008): Singapore to ease ban on political videos, public demonstrations. http://www.channelnewsasia.com/stories/specialreport/news/369437_74/1/.html
(Zugriff: 2.12.2012)

Der Spiegel (2009): Massenproteste: Ahmadinedschad-Gegner umgehen Zensur im Netz. <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/massenproteste-ahmadinedschad-gegner-umgehen-zensur-im-netz-a-630519.html>
(Zugriff: 20.8.2012).

(2011): GE: MM Lee cautions Aljunied voters of consequences of voting in opposition. <http://www.channelnewsasia.com/stories/singaporelocalnews/view/1125768/1/.html>
(Zugriff: 12.1.2013)

(2013): Blogger to remove defamatory posts after PM Lee's letter of demand. <http://www.channelnewsasia.com/stories/singaporelocalnews/view/1245979/1/.html>
(Zugriff: 10.1.2013)

George, Cherian (2011): GE2011: Aftermath. Towards a democratic society. <http://www.airconditionednation.com/2011/05/15/ge2011-aftermath/>
(Zugriff: 13.10.2012).

(2012): Press Controls and the Myth of the Online Bypass. <http://journalism.sg/2012/09/04/press-controls-and-the-myth-of-the-online-bypass/>
(Zugriff: 2.12.2012).

Indymedia (2011): Ägyptische Regierung schaltet Internet ab! <http://de.indymedia.org/2011/01/298829.shtml>
(Zugriff: 9.10.2012).

Malaysiakini (2012): 15 cops visit Malaysiakini over reader's letter.
<http://www.malaysiakini.com/news/213817>
(Zugriff: 8.12.2012).

NZZ Online (2009): Das Internet fördert die Demokratie.
<http://www.nzz.ch/aktuell/startseite/das-internet-foerdert-die-demokratie-1.2150453>
(Zugriff: 15.4.2012)

Singaporerebel (2008): Democracy, Justice, Equality, Peace, Progress.
<http://singaporerebel.blogspot.co.at/2008/08/democracy-justice-equality-peace.html>
(Zugriff: 3.12.2012)

(2012): 1994-2012: A Chronology of Authoritarian Rule in Singapore.
<http://singaporerebel.blogspot.co.at/2011/03/1994-2011-chronology-of-authoritarian.html>
(Zugriff: 13.12.2012)

Singapore Sucks Online (2011): <http://www.singaporesucks.net/>
(Zugriff: 3.12.2012)

The Online Citizen (2012): Peaceful Revolutions in Malaysia and Singapore.
<http://theonlinecitizen.com/2012/11/peaceful-revolutions-in-malaysia-and-singapore/>
(Zugriff: 8.11.2012)

The Straits Times (2011): Will GE 2011 be the Social Media Election?
http://www.spp.nus.edu.sg/ips/docs/media/yr2011/ST_Will%20GE%202011%20be%20the%20Social%20Media%20Election_180311.pdf
(Zugriff: 3.12.2012)

The Washington Times (2009): Iran's Twitter Revolution.
<http://www.washingtontimes.com/news/2009/jun/16/irans-twitter-revolution/>
(Zugriff: 20.8.2012).

Time Magazine (2009): Iran Protests: Twitter, the Medium of the Moment.
<http://www.time.com/time/world/article/0,8599,1905125,00.html>
(Zugriff: 20.8.2012).

(2011): Person of the Year 2011. The Protestor.
http://www.time.com/time/specials/packages/article/0,28804,2101745_2102132,00.html
(Zugriff: 1.10.2012).

Today Online (2013): SDA rolls out Singapore's first 'online rally'.
<http://www.todayonline.com/singapore/sda-rolls-out-singapores-first-online-rally>
(Zugriff: 25.1.2013)

TR Emeritus (2013): Open Letter asking NTU to review Dr Cherian George's case.
<http://www.tremeritus.com/2013/03/05/open-letter-asking-ntu-to-review-dr-cherian-georges-case/>
(Zugriff: 8.3.2013)

Wired Online (kein Jahr bekannt): Disneyland with the Death Penalty.
http://www.wired.com/wired/archive/1.04/gibson_pr.html
(Zugriff: 28.11.2012)

XIN MSN News (2013) a: The idiot-proof guide to the Alex Au-AIM saga.
<http://news.xin.msn.com/en/the-idiot-proof-guide-to-the-alex-au-aim-saga?page=10>
(Zugriff: 17.1.2013)

b: NTU responds to Assoc Prof Cherian George's tenure debacle.
<http://news.xin.msn.com/en/singapore/ntu-responds-to-assoc-prof-cherian-georges-tenure-debacle>
(Zugriff: 8.3.2013)

Yahoo Singapore News (2011): How social media can shape the next GE.
<http://sg.news.yahoo.com/blogs/singaporescene/social-media-shape-next-ge-20110320-012427-979.html>
(Zugriff: 3.12.2012)

Yawningbread (2011): Choosing between a small world and a bigger one.
<http://yawningbread.wordpress.com/2011/05/06/choosing-between-a-small-world-and-a-bigger-one/#comments>
(Zugriff: 12.1.2013)

Gesetzestexte / Regierungsstatistiken

Broadcasting Act:

<http://statutes.agc.gov.sg/aol/search/display/printView.w3p;ident=5a4cb7f2-7917-4813-a56a-ff4255328ed6;page=0;query=Id%3A%2241fe030f-87b2-45db-b044-75674f790dd3%22%20Status%3Ainforce;rec=0#P1XI->
(Zugriff: 12.1.2013).

Broadcasting (Class Licence) Notification:

<http://mda.gov.sg/Documents/PDF/licences/mobj.487.ClassLicence.pdf>
(Zugriff: 12.1.2013).

Constitution of the Republic of Singapore (2010) [2009]. In: Hill, Clauspeter; Menzel, Jörg: Constitutionalism in Southeast Asia. Volume 1 - National Constitutions /ASEAN Charter. Re-print of January 2010. Singapore: Konrad-Adenauer-Stiftung. 353-410.
http://www.kas.de/wf/doc/kas_20589-1522-1-30.pdf?110815050500
(Zugriff: 10.1.2013)

GE 2011: <http://www.ge.sg/>
(Zugriff: 12.1.2013)

IDA (2011): Infocomm Usage. Households and Individuals. 2003-2011.
<http://www.ida.gov.sg/Infocomm-Landscape/Facts-and-Figures/Infocomm-Usage-Households-and-Individuals.aspx#2>
(Zugriff: 4.12.2012)

Institute of Policy Studies (2011): Impact of New Media on the General Election 2011.
http://www.spp.nus.edu.sg/ips/Conf_Impact_of_New_Media_on_GE_041011.aspx
(Zugriff: 4.10.2012).

MDA (2011): Policies:
<http://www.mda.gov.sg/Policies/Pages/Overview.aspx>
(Zugriff: 11.1.2013).

Consultation with Committees:
<http://www.mda.gov.sg/Public/Consultation/Pages/ConsultationwithCommittees.aspx>
(Zugriff: 12.1.2013).

Cyber Wellness:
<http://www.mda.gov.sg/Public/Pages/CyberWellness.aspx>
(Zugriff: 12.1.2013).

Internet Code of Practice:
http://mda.gov.sg/Documents/PDF/Policies/PoliciesandContentGuidelines_Internet_InternetCodeOfPractice.pdf
(Zugriff: 12.1.2013).

Internet Regulatory Framework:
<http://mda.gov.sg/POLICIES/POLICIESANDCONTENTGUIDELINES/INTERNET/Pages/InternetRegulatoryFramework.aspx>
(Zugriff: 12.1.2013).

Ministry of Communication and Information: About Us.
http://www.mci.gov.sg/content/mci_corp/web/mci/about_us.html
(Zugriff: 12.1.2013).

Public Order Act: <http://statutes.agc.gov.sg/aol/search/display/view.w3p;ident=e2b272d2-7a20-4498-b0ef-d28dfa5cd99b;page=0;query=CompId%3A6d5f7700-db03-4ac4-bb17-047072aa7116;rec=0#P1I->
(Zugriff: 8.1.2013).

ROS Online I: About Us. <https://app.ros.gov.sg/ui/index/aboutus.aspx>
(Zugriff: 7.1.2013)

ROS Online II: Frequently Asked Questions – Registry.
http://www.ifaq.gov.sg/mha/apps/fcd_faqmain.aspx?qst=2fN7e274RAp%2bbUzLdEL%2fmCxs7iwcgv8gv2atNDOvsLALA4dXIJzlx8PRNaifvGOD1d1WuUoXST8x2c3F61gkrsYkj8f6Mi4EjMqV1FNR0GALMHcXb1nOU9RyN5z7iWtMvHYupxgZgjRmB5G6zsMlXlztzODdycMQM0grl8ihi0k%3d
(Zugriff: 7.1.2013).

Societies Act: <https://app.ros.gov.sg/Documents/Societies%20Act.pdf>
(Zugriff: 7.1.2013)

YourSingapore (2012): Culture Language and People.

<http://www.yoursingapore.com/content/traveller/en/browse/aboutsingapore/people-lang-culture.html>

(Zugriff: 20.9.2012).

Internetquellen

Freedom House (2009): Freedom in the World – Singapore.

<http://www.freedomhouse.org/report/freedom-world/2009/singapore>

(Zugriff: 10.1.2013)

(2011): Freedom in the World – Singapore.

<http://www.freedomhouse.org/report/freedom-world/2011/singapore>

(Zugriff: 10.1.2013)

Leitch Lepoer, Barbara (1989): Singapore. A Country Study. Washington: GPO for the Library of Congress. <http://countrystudies.us/singapore/>

(Zugriff: 21.2.2013).

Lemke, Thomas (Online) (kein Jahr bekannt): Gouvernamentalität.

http://www.thomaslemkeweb.de/publikationen/Gouvernamentalit%E4t%20_Kleiner-Sammelband_.pdf

(Zugriff: 11.12.2012).

ÖEZA (Kein Jahr bekannt): ICT in der ÖEZA. Strategische Überlegungen.

http://www.entwicklung.at/uploads/media/ict_strategische_ueberlegungen.pdf

(Zugriff: 4.12.2012)

US State Department (2011): Human Rights Report. Singapore

<http://www.state.gov/documents/organization/186516.pdf>

(Zugriff: 4.12.2012).

Wikileaks Cable 09Singapore61: Journalists frustrated by Press Controls.

<http://wikileaks.org/cable/2009/01/09SINGAPORE61.html>

(Zugriff: 4.12.2012).

9. Zusammenfassung der Diplomarbeit

Die Diplomarbeit setzt sich mit dem Spannungsverhältnis zwischen Internet und Demokratisierung auseinander. Um einen Teil zu dieser anhaltenden, umfangreichen Debatte beizutragen, wurde der Umgang der Regierung mit (kritischer) Meinungsäußerung im Internet Singapurs analysiert. Trotz vielfach geäußelter Demokratisierungserwartungen an das Netz und obwohl in Singapur theoretisch jeder Haushalt einen Internetanschluss besitzt, konnte die Regierung nach wie vor an der Macht bleiben. Methodologisch wurde bei der Analyse von Macht- und Herrschaftstechniken in Singapur auf den französischen Philosophen Michel Foucault eingegangen.

Auf der anderen Seite wurden Strategien und Handlungsmöglichkeiten regierungskritischer Gruppen und Individuen jene Macht und Herrschaftstechniken Online zu umgehen, durchleuchtet. Aufbauend auf einer bisherigen Unterteilung der Entwicklungen im singapurischen Internet in drei Phasen, formuliert die Verfasserin dieser Arbeit für den Zeitraum 2007 bis heute eine vierte Entwicklungsphase. Dafür wurden die, für diese Diplomarbeit geführten, qualitativen Interviews analysiert. Des Weiteren wurden wichtige Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Zivilgesellschaft, neue Gesetze und die Parlamentswahlen 2011 für die Formulierung der vierten Phase herangezogen. Zusammenfassen kann man den Zeitraum am besten mit dem Wort Ambivalenz. Die Absichten der Regierung eine offenere öffentliche Debatte zu ermöglichen stehen im Gegensatz zu weiteren Gerichtsverfahren, Verhaftungen und neuen Gesetzen. Dennoch ist stellenweise zu beobachten, dass die Bevölkerung dieser Ambivalenz zunehmend trotz: In welchem Maße sich viele BürgerInnen das Recht auf Meinungsbildung einfach nehmen, wurde am *cooling-off day* vor den Wahlen 2011 deutlich. Internet-UserInnen ignorierten das Verbot von parteipolitischen Äußerungen.

Die Antworten auf die Frage, wie regimekritische Gruppen und Individuen das Internet für ihre Arbeit nutzen, sind vielseitig. Einigkeit herrschte darüber, dass die technische Natur des Netzes vieles erleichtert. Dennoch wurden auch Schattenseiten des Internets angesprochen – leichtere Verfolgbarkeit, Anonymität und Scheinpartizipation. Für die Mobilisierung und den Ausbau ihres Netzwerkes nennen die AkteurInnen deshalb auch Offline-Aktivitäten als notwendig. Die zunehmende Präsenz der Oppositionsparteien, die nach den Parlamentswahlen 2011 nicht abriss, spricht für eine gestiegene Bedeutung des Internets im Kampf um WählerInnen. Eine weitere Ebene der Phase 4 betrifft *social networks / social media*. Die Regierung und ihre Regulierungsbehörden haben ihre Fühler ausgestreckt und beziehen auch diesen Bereich in die Kontrolle mit ein.

10. Summary

This thesis deals with the complex relationship between Internet and Democracy. For examining this widespread debate it is necessary to analyze dynamics in a smaller context. The reasons why the author of this thesis chose Singapore as the microcosm to do so are complex. Not only is the city-state an ideal example in terms of its small size, short history and traditionally high dedication to technology but it is also commonly known for its high degree of authoritarianism and political stability. One of the main questions this thesis tries to answer is how technologies of power, which guarantee the stability, operate in the Internet. Methodologically, the ideas and concepts of French philosopher Michel Foucault were used to analyze these techniques.

On the other hand, this thesis also examines the strategies and possibilities for critical individuals and groups to overcome the conduct Online. Based on a three-phase-classification of the past developments in the Singaporean Internet the author of this thesis formulates a fourth phase, considering the developments since 2007. To accomplish this, five qualitative interviews are analyzed with the approach by Mayring. Additionally, important contact points between the government and civil society, new legislation and the General Elections of 2011 are considered.

The most fitting word to describe the developments from 2007 onwards is ambivalence. During this period of time the Singaporean government tried to appear more open and free, the term “light touch” was used to make the citizens believe in greater freedom of speech. Opposed to these promises most of the key legislations in restricting free speech (Online) still apply. The introduction of the “cooling-off day”, prohibiting the publication of any political content Online one day before the election, shows that the Internet still serves as an important instrument of conduct to the government. Fewer confrontations between the authorities and critical individuals or institutions took place, nevertheless the government still made intense use of legislations to curtail possible critique. This is also one of many outcomes of the conducted Interviews. While the goals or ambitions concerning the Online presence differed, all of the interviewed persons can be characterized as highly driven and motivated to improve civil dialogue in Singapore by using the Net. The six people, contributing to alternative viewpoints Online in their own ways, all agreed that the technical nature of the web facilitates their work in many facets. The increasing presence of opposition parties in the Internet means that the technology became an important instrument in seeking votes. Another trend in this phase was the involvement of social media like Facebook in the government’s monitoring system.

11. Anhang

11.1. Interview I

11.10. 17:00

You set up your Blog way back in 1996 when it was pretty unusual to go online. Why did you decide to do that?

I didn't set up a blog in 1996. Because in 1996 the word blog had not been invented. I set up something called a website. Nobody knew it was a blog. Because nobody knew the word blog. The word blog didn't come until 2003. So I was blogging before the word blog was invented. But anyway that's just a small minor detail. Why did I set it up? Because I wanted to run a gay magazine, a gay and lesbian magazine. Originally it was meant to be a printed magazine. But in Singapore you need a license to publish a magazine and I applied for the license but I was refused the license. And then I was part of a group called "People like us", and then we were talking about what we are going to after we've been refused a license. Some among us said, "what about a webzine". In those days there was this word webzine. W-e-b-z-i-n-e. You know, things like that. But anyway none of us knew anything about it, so. It didn't look practical. But then I ended up meeting someone known as Tan Chok Ki (?) who is now in, working in the United States, teaching in the United States. And he said, "Oh, it's very simple you know. You just get a textbook from the shop. And you basically learn how to, you learn html and you learn how to put up your own little website." And so I did. I went to a shop, bought a book, I think it was 35 Dollars, spoke to another friend who was teaching computer science at the university here and he loaned me some of his textbook. And I learned it myself and I started that and at first my blog was basically meant to replace a gay, a LGBT magazine. So you see that the original articles in the beginning were mostly about gay stuff. About human rights and gay rights and things like that. But of course gradually over time it's become necessary to address other issues besides gay rights. So I found myself writing about politics and society generally, and other issues that interest me. But that's how it started.

Okay. But you started the website as an individual?

Yes. Because I was the only one to read the textbook. The others didn't bother to read the textbook. So eventually it became my personal site.

So when you set it up the authorities that at first denied you license didn't come up to you? Writing about it online was no problem?

No, that's right. They, they didn't have any particular... They... At the time when I set it up the policy was that the government would apply a light touch. L-I-G-H-T-T-O-U-C-H. Not very clear what that meant but they seem to take the view that as far as possible they're not gonna interfere. So you just have to try and test it and see what happens. And true enough they didn't interfere.

In the whole more than 15 years?

Yap.

Never changed?

No.

Never?

No.

Okay. Interesting. So, today it is called blogging. What does it mean to you?

To me blogging is a way of sharing my opinions with whatever readers I can get out there. I am not interested in doing reporting. I think some other sites like ***** is more doing reporting than I am. I am doing pure commentary, alright? I don't really go out of my way to carry original stories, although sometimes an original story may just drop onto my lap. But most of the time I am commenting on what is already taking place and what has already

been reported. So it's not really what most people who are blogging are doing but that's what I am doing. I'm doing basically political, social and LGBT commentary.

Do you think that would be possible offline as well as like in a magazine where there are sometimes commentaries?

Good question. I think, you know, since the entry barriers to digital speech is so low nobody has seriously tried to launch another magazine for the last, what, 10 years on this subject. Because it cost money to launch a magazine. I mean you have to print. You have to invest thousands of dollars for print and then you don't know if you're going to sell or not. Right? So, whereas to launch a website costs so little. So I don't think anybody has... I don't know of anybody trying to launch a political magazine, socio-political magazine, in the last 10-15 years in Singapore. So the answer to that question is nobody really knows if you apply now whether the government is gonna give you a license or not.

Okay because it is just easier to do it online.

Yes.

Do you know how many readers you have?

I don't .. See, a lot of researchers ask this question and I always... You're gonna be lucky if I'm not gonna scorn you. Because what do you mean by readers? You know this is a very old-fashioned way of looking at digital media. When you're looking at print, people.. Monitoring print – there are already two different measures. First is how many people buy or subscribe to your magazine. And secondly how many people read, or read part of you magazine. So there are two types of readership. What is your subscription and what is your total readership. Because one person may buy a newspaper, but the whole family reads the newspaper. You may have one purchaser but four readers. Something like that right. But with websites, with websites what happens is that nobody buys your website. Nobody really subscribes to your website. So you can't have an equivalent measure of how many subscribers you have, how many people read your website. How do you monitor that? People now link with Facebook. So one article you may get a lot of readers because more people are linking to it. Another article you get very few readers, because nobody is interested, nobody shares it with his friends. So the answers go up and down. So how do I answer a question like that? This is an old-fashioned question that is coming from the age of print. So please ask me a question that comes from the age of the digital media.

Okay, anyways that was no question that I actually meant to ask, it came only to my mind because...

No, cause when you go back to class and your classmate is doing a presentation – this website has so many readers – you should critique that answer. What does that number mean in the digital age?

Well, a more important question to me is: How many hours a week do you more or less spend on your blog?

Ahm, about... I would spend about one quarter, about two or three hours every two or three days. I spend a block of time every two or three days and that block of time is usually at least two hours, three hours or even four hours to do one article. But I will do that about two times a week. Maybe three times a week.

So, when I look at your blog – what really fascinates me is not only the depth of the articles but also that you seem to put a lot of time in the comments.

Comments?

In answering to people...

Oh, comments. Because I get different comments compared to ***, ***** and ***
****. The people who tend to comment and to write long comments.

I saw that.

Yeah, I get a different kind of reader.

99 **So when did you set up the guidelines that you formulated on you blog?**
100 Oh, they're always changing – I don't think I ever set it up.. It's changing over time.
101 Sometimes I don't really remember what my guidelines are but they're really long guidelines.
102 Ahm. Basically I want the discussion to follow the same intellectual standard as the article.
103 Otherwise what's the point? I want to.. I am not interested in reaching as many people as
104 possible. I am interested in reaching the people who take as serious an interest as I do in that
105 subject.
106 **And you first formulated them...**
107 Oh, from the very beginning. But they change. They change over time. It doesn't look the
108 same as in the beginning.
109 **And do you have to, ah...**
110 Ok for example. One simple thing. In the very beginning when it was mostly a gay blog, ahm,
111 I allow... I allow to some extent homophobic comments. Now I no longer allow homophobic
112 comments, alright? In the beginning I allow because I thought it was important for the LGBT
113 readers to see what their quote marks enemies are saying. You must see what they say and
114 you must be able to think through what they say in order to have a counter argument, right?
115 But now, after so many years, I have decided that just as I do not allow racist comments,
116 okay, I am not going to allow anti-gay comments. It's the same. Alright. And so people
117 accused me you know, ah you don't respect freedom of speech. I say I respect the same
118 freedom of speech as on the matter of race and on the matter of religion. I am not going to
119 allow anybody to go and say horrible things about islam which are not based on some fact or
120 logic. So similarly you're not gonna say things about gay and lesbian people which are not
121 based on some fact or logic.
122 **Do you have to take down comments a lot of times?**
123 No, actually on average, ahm, I find myself approving about 90 percent of the comments that
124 are submitted.
125 **Alright. So of course I am also looking at the debates that are generally going on in**
126 **Singapore right now. So what I came across was the debate about the Internet Code of**
127 **Conduct, that's just seems to be going on.**
128 Stop, ask that question again.
129 **What's your opinion on the Internet Code of Conduct that is being discussed during the**
130 **last few months here in Singapore?**
131 I am very suspicious of the government's motives for constantly talking about that. Partly
132 there is some basis to the government's fear that digital space can become a very uncivilized
133 space. It is true, it can. Where they go wrong I think is that they have no trust in ordinary
134 people through peer pressure establishing civil conduct. And that they feel if they don't do
135 anything it will generate into a battlefield of name-calling, insults and highly, highly
136 dangerous hate speech. This is where I disagree. I disagree not because I don't think there's a
137 risk. I disagree because I think for the government to interfere is not a solution. So I don't
138 believe that anybody should be trying to write any code of conduct. I do believe that
139 eventually that all societies a certain code of conduct will emerge. But you must let it emerge
140 organically among the users. The more the government tries to impose a code of conduct, or
141 tries not so much to impose but to keep asking for a code of conduct, the longer you delay the
142 process where it spontaneously occurs. Now not all the codes of conduct are all that
143 enlightened. In the American blogosphere it is very hard for someone to criticize Israel. And
144 it is very easy for people to say insulting and offensive things about Muslims and Arabs and
145 nobody will counter that kind of speech. It is very imbalanced in that area. Okay? But they
146 have arrived at a certain code of conduct which I think is not right. Nonetheless there is.
147 Alright? So call it code of conduct, which is a nice word, or call it, ahh.. Mass, mass prejudice
148 or whatever it is against Arabs and always defensive of Israel. And it can happen in any

149 country. It can happen in any country. But what it does show is somehow society comes up
150 with a code of conduct. It may not be the perfect thing, but it comes up with something. You
151 know? It is like advertising. They don't call it code of conduct.. But it's totally acceptable to
152 see women as sex objects in advertising. Much less often you see men as sex objects in
153 advertising. So it may not be right but society arrives at that.

154 **So talking about society. I also read a lot of books that described the Singaporean society**
155 **as a society of fear. For instance Terence Lee.**

156 Which Terence Lee? Monash?

157 **Yes.**

158 Okay. There is another Terence Lee.

159 **No, I think it's Monash.**

160 You read a book or you spoke to him?

161 **I read his book.**

162 Alright.

163 **Yes, so the society of fear and that people are self-censoring and all that. Did you ever**
164 **feel that way?**

165 This is one of those things which needs to be more sophisticated in its analysis.

166 **That's what I actually didn't like so much about the book.**

167 Everybody self-censors. Everywhere in the world. Everybody avoids certain topics, which is a
168 form of self-censorship. Right? Say somebody is a member of a church. And may not totally
169 disagree, may not totally agree with the priest or the head of the church. But you know this
170 person is going to be more gentle in criticizing his or her own church leaders because there
171 are all sorts of social collections within the church you know. But this person may be much
172 more critical of somebody, say the mayor of the city or whatever, that you have no social
173 connections with. That is a form of self-censorship. Because you are more gentle and you
174 avoid talking about that subject because it is your church. Right? I wish that people accept the
175 fact that everybody self-censors. I think what may be unique or partly unique about Singapore
176 is that much of our self-censorship occurs in the area of political criticism of the government.
177 Why? Well I think people are freer, Australians are freer to criticize their government,
178 Philipinos are freer to criticize the philippino government. Singaporeans seem to be more
179 reluctant to seriously criticize Singaporean government. That is because of our history. This
180 government has in the past been very harsh with its critics. Some of them had been arrested
181 and detained without trial. Others have been sued under libel and defamation to bankruptcy.
182 So the pain that you can suffer by being highly critical of the government is very high and as
183 a result people feel that it may not be worth it to say anything. Just keep your thoughts to
184 yourself. But to think that there is no self-censorship in other countries is absolute nonsense. I
185 think right now it is very hard for any Chinese citizens to blog anything in defense of Japan.
186 Very difficult for someone in Japan to blog anything in praise of China. Alright? So you
187 know. I suppose in Europe, ten years ago, very hard for someone in Serbia to blog something
188 that is friendly to Kosovo. Maybe even now. So, yeah. It exists. It's just a matter of degree.
189 And it is probably true that self-censorship among Singaporeans on the topic of criticism of
190 the government is higher than in other countries. Due to our history.

191 **But for yourself? As you said you started in 96 and in the beginning you didn't know**
192 **that you won't get contacted by the government or by authorities but you started to do it**
193 **anyways. So you were not afraid at all or just curious?**

194 I don't remember being afraid. And I think within a few months, when you've written ten or
195 twelve articles, within a few months of starting it was quite obvious that they are not gonna
196 interfere. It didn't take long to find out that they are unlikely to interfere. But also at that time
197 – those are different times from today. Those were times when not many people had the
198 internet. And I was really writing articles that were meant for the LGBT reader, which is a

199 tiny percentage of the population. So all the people that had access to the internet were a small
200 percentage, and then those who are gay an even smaller percentage. So I really wasn't
201 important. Right. Less than 0.1 percent were reading what I was writing. So even if the
202 government were upset about what I was writing they could easily have calculated – ah, so
203 what, nobody reads it anyway. Alright? So you must not overinterpret those facts. Okay,
204 because there are these contextual facts that ... Whatever I was doing in 1996 was very, was
205 virtually invisible.

206 **And you felt that way?**

207 And I felt that way. So, did it mean that the government would not have crack down? Well, I
208 don't know the answer to that. For some reason I had been very visible and a lot of people
209 very reading, maybe they would have. So you have to read that in the context of time.

210 I am not interested in promoting the blog to a wide and wider and wider and wider audience.
211 I'm interested in substance, depth and content not in breadth. I know what, actually I fear
212 what might happen if I go for breadth. I get poorer quality comments. I get more comments of
213 poorer quality. And then I end up doing more work. Trying to push out all these bad
214 comments. Moderating the rubbish, right? So I am happy where it is. The reason is, I am quite
215 happy because I think the people who count read my blog, the people that matter. That would
216 be, quite often, people in government, people in academia, I have several key people who are
217 regular readers whom I know as senior lawyers, people of influence in the society. And that's
218 all that matters to me. And maybe that is very elitist, that's not very democratic – I don't care.
219 Alright?

220 You mentioned a really interesting thing before off the record. Not that I never asked myself
221 this but now that you mentioned it.... Has blogging changed me? As much as I'd like to say
222 that my blogging has changed society to some extent, has blogging changed me? I would have
223 to say yes. I am sure it always changes. Anybody. The first thing is I get used to being a
224 public person. It's actually quite different from being a private person. At any given moment I
225 can be recognized. Nothing I do is ever going to be a secret because my face is up there on
226 ***** and, you know, in this day and age, somebody is gonna say, "Oh I saw, ahm"...

227 I put on Facebook a comment and within two minutes, you know, "I saw ***** talking to a
228 sweet, young European girl at Dunking Donuts. Since when did he turn straight?" You just
229 have to get used to that. And there was a time when it was difficult. Because, ahm. You know,
230 my own family members. And I never write about my own family. They shouldn't be
231 exposed, because they didn't choose to do it. So one thing is I get used to be in public. Which
232 means that, you know, at all times I have to be very careful when I am digging my nose, or
233 scratching my hair. Because you never know how you're going to be presented. Constantly.
234 But it also means, you know, in the beginning, 15 years ago I was very careful of who would I
235 talk to about LGBT issues. Right? Because you're not used to it. Today I don't care. You
236 want me to go on television and talk about LGBT issues? I'll go! Because I am already so
237 public that it means nothing to me. It makes it easier for me now that I am so public. The other
238 thing is, that is a great help of being public is that I had to discipline myself to say, to give the
239 same answers all the time. Because it is so easy in the internet age for somebody to find out,
240 "No he said something the opposite two years ago." You know they can track it back. So the
241 thing I learned is to be consistent. Say the same thing all the time and in that way I don't have
242 to remember what answer I gave to Sara, or to Diana or to Isabella. I am sure that I gave the
243 same answer to all of them. And it makes life much simpler that way. It's harder to tell lies.

244 **Well, what I was talking about was that Professor who does research on how Facebook,**
245 **or the mechanisms of Facebook, change the personality. They need to present yourself.**
246 **You know... On your blog you can write articles of 10 pages, you can explain. On**
247 **Facebook you can just like but you can't explain why you like it. You can't even don't**

like it. And when it comes to gender issues for example, either male or female. There is no in-between....

I find it very problematic because one of the things I try to do when I blog – yes of course my main motive is to tell people what I think. But I also have a social purpose. I want people to think. Which really means that the response I want is not a yes/no, agree/disagree. The response I want is to tell me something a bit more complicated please. Where have I said something which is factually wrong is tell me where I was wrong. Or tell me when I comment certain facts in the news, why do you think my interpretation is wrong. You can't have a yes/no like/dislike answer to that. So I am very happy with the way it is now because it allows the kind of comment I am happy with my readers because they write 200 words a comment. And they agree some, they disagree some, they link to some new facts and I like that. In a way I am having a conversation as well with those who are reading the blog. I don't know who they are, they are mostly anonymous but I am having a conversation. And that's what I want in the society. I want the society to have a conversation. The one thing which I think Singapore suffered from 15 years ago when we began, was that there was no conversation. It was very much an authoritarian government where it was the government speaks, the people listen. That was the relationship that was central to Singapore politics. And of course, as Terence Lee spoke about censor, self-censorship, people then, for various reasons were not quite ready to even reply to the government. Even when they felt like they didn't agree with the government they were not even speaking back. What I think has been useful about the rise of blogging, digital media, and so forth, generally – not just my blog – has been that it has enabled people now to begin this conversation among themselves with the government and other authority leaders like church leaders and all that kind of thing, which I think is healthy. And, so yes, I think the rise of digital media and blogging has a) democratized the national, the national conversation.... Democratized the societal conversation, dialogue. And secondly has allowed people to feel more connected to Singapore. You see, when you have no say in running a place you feel like your choice is like or dislike, stay or go away. You can't say anything else. But when you have a say – no, no, no... I don't like the colour of this curtain or can we shift the furniture this way... The sofa is getting in my way or can we change the tv set or can we have a different dinner... When you have some say in the place you live, it becomes your place.

So you also follow the academic debate about Internet and Democracy and all that?

Yes, yes. And I get invited quite frequently to debates to talk about all that. Tomorrow night there's another one...

That's pretty interesting cause you said it was the Lee Kuan Yew school, right?

Yes. You know the full name is Lee Kuan Yew School of Public Policy. Most of the students are actually foreign students. I am told that 80% are not Singaporean students. Many of them would be from Asia, like India and China and Philippines. And some of them would be from Europe. I don't know I haven't seen this class before. Yeah, tomorrow night we have two academics and me. There are two academics who are Professors who study media. One is a specialist in digital media, one is more a journalism professor.

Cherian George?

Yes. Cherian George and me will be talking to the students. I think it's an interesting topic. Because we're in a time where the digital media will surely have social impact. And maybe, well, and maybe you are right... The greatest social impact will come in societies which has not had a free press. The contrast with the past is therefore greater. And therefore it is easier to see what the effects are. Whereas as you rightly say, in many European countries like your own you have free press, then what's the need for blogging.

296 **Well what I thought was pretty interesting, in your blog you are pretty critical of the**
297 **government sometimes but you are getting invited to the Lee Kuan Yew School of Public**
298 **Policy although you are critical?**

299 That's not a problem... Not a problem. There are people who are never get invited. There are.
300 They would be leaders of opposition parties. See, the thinking is that I may be critical but I
301 am not a threat. There is a distinction between being critical and being threatening. So if you
302 are gonna challenge them by the elections you are considered a threat. But if you're just going
303 to just.. criticise them you are just critical. And sometimes I wonder where the authoritarian
304 governments today want to give the impression that they are not authoritarian. And allow
305 some critical people to be invited. So that can point to that, "Who says we are authoritarian?
306 Look, we invited *****." Ah, but they don't invite the leader of the opposition. I am kind of
307 used as decoration almost.

308 **As gesture...**

309 Yeah as a gesture. And I know that. I use them and they use me.

11.2. Interview II

12.10. 17:00

You came to * this year. How did you end up editing a newspaper because actually you are coming from a more financial background, right?**

To give you a bit of a background. I started, I've been running business for the last 12 years, specifically in the banking and financial sector – developing applications, optimizing portfolios, and so on. Did quite well. 2008/2009 was pretty bad for the finance sector, it was slowing down so I sold a part of business. So I had a bit of spare time and I started writing. Most of them were on my own blogs and people were taking notice of what I wrote on my blog and started republishing that for other sites like ***** *****, even for ***, I was contributing for ***** *****. I used to get involved in some of the activities they organized and they took notice of the things that I wrote and in February or late last year they invited me for a coffee and they asked me if I would be interested in running *** as an editor and I said yes and then in March I took over as chief editor.

I saw that you are writing a lot although you are chief editor and have probably a lot of administrative work to do. How was blogging for yourself different from what you do now?

I used to do technology blogging. Technology and how it helps the world and so on. So actually writing for finance journals, technology journals – that was more towards what the future was all about and how technology could help. And transitioning from that to a more sociopolitical space was a little different. Here I was dealing with the drama of life and how things are right or wrong, or are perceived to be right or wrong by different segments of society.

So would you say that you just liked the challenge?

Yes I mean I am vocal but I don't remember myself being so vocal when I was younger. So over the years I have started expressing and it resonated with a lot of people, what I wrote. Resonated with them and they liked it, I listened to the inner voice and yes.

The next couple of questions are just more about *. How do you work together as a team? Is there an office where the editors meet and work there or is it work from home?**

The *** core team comprises of myself and a former nominated member of Parliament, one founding member of ***, the former chief editor and ***** ***, he was writing some articles and I think he got an award last year. So we are the core team, we have got a day job. I do run a fulltime-business outside. So we don't have an office. We actually work virtually and we use Facebook environment as a collaboration tool that we use, documents, mails. We meet like once a month to coordinate matters. There is a fulltime staff who actually manages the website so all the contributions come from various writers, a pool of 60 writers, they actually send their contributions. I read it, a little grammar check, edit the articles for context and send it up for publication. For controversial issues, where it's not sure if the government is gonna come down hard, there is an editorial board where we decide if an article should go up or not so it's kind of democratically run.

The contributors are working on volunteer basis or are they getting paid?

Some people write voluntarily, some people want to be heard. So we got like over 50 000 Facebook likes. It depends – 400 to 700 000 readers a month. In election periods it goes up. So these volunteer writers they publish because they wanna be heard and that's the reason why they come to us because we have a huge readership platform, we pay some writers who cover certain angles which are not popular and we think that it actually is worth bringing these issues to the attention of our readers. So we pay writers about 100 Dollars an article, depending, some articles we pay more. But they are not fulltime staff.

Talking about the financial situation, * was gazetted in 2011. How do you manage the financial situation? How is *** making money?**

*** is making money through advertisements, we have a pool of donors who donate on a regular basis. So far we've been able to match our costs, so in that respect it's quite stable. We are probably the only sociopolitical website that is properly managed and ran and we got proper checks and balances – they funds are properly administered by two other guys. I will always have to give my okay and then the bank is operated by two others. So there are proper checks and balances. So we are better placed than the others.

I know you only came to * after the gazetting but do you get a feeling for how it influences the work except from financial reasons?**

What it means to be gazetted means you cannot go out and raise private equity funds, nobody is going to invest in political associations because we are gazetted as a political association and as that we cannot raise funds from foreign individuals or corporate bodies. So that limits the fundraising possibilities. Why it works now in this current form and set-up it's denser or possible growth into as a larger organization. So that's the real effect of gazetting. And it also limits us in terms of political activism because we are gazetted as an association we are – we haven't gone on to incorporate an entity because that would have actually staffed our growth further. Because the government is going to pose rules once we become an entity so we just remained a website.

Would you define * as online news or as an association?**

We are not registered with the Register of Societies. We have thought about incorporating a company, limited guaranteed. But when you wanna do that the government poses certain restrictions and we feel that by going down that road we are just exposing ourselves to more administrative red tape from the government. So being a website and just staying as a website there is more room politically.

It is interesting to see for instance *** and *** ***** are not gazetted. But I feel like they cover the same topics – politics, society, sports. So to me that is interesting. Why is that?**

The reason behind it is – our reach is lot larger than ***. Our reach – actually Andrew was with *** before he set up *****. But our reach is wider than *** and ***** put together. With a reach of what 700 000 people we are able to influence what happens in our community and we can shape arguments and shape outcomes. So in that sense the government wants to keep a tap on what we say, what we do. It's, we are, named individuals to the Prime Minister's office, whereas even though they have surfaced Andrew and Donaldson there are people who are behind those organisations and they don't know anything about them actually. Whereas every article that goes on *** we need to know the writer, the ID card number, so we have all those details so if the government were to come and knock on our doors and say – we want to know that writers particulars – I need to submit because I am bound by the law because I am gazetted whereas ***** and *** they don't have to. But *** doesn't publish as often as we do, we do about 3 to 5 articles a day. I don't think they are matching us.

Does the gazetting also affect the way in which you choose topics?

Yes, it does, it does. Without a doubt. And we have 2 lawyers on board who always ask if you don't wanna rewrite this or paraphrase this. We lost our freedom in a way.

Have you ever been contacted by any authorities?

I've been trailed by a police car before on the highway all the way back home, these were the early days when I started writing and subsequently we were called out on several occasions. Interviewed by officials, yeah.

So you wouldn't really confirm that the light touch is successfully used by the government?

Well they haven't thrown me into jail, so that is a bit better. I think if I had written this 20-30 years ago, I would have been an ISA detainee for sure.

So you feel there is a space for critique?

Yeah but it's also partly commercial. Singapore today is doing business with a lot more countries and we do have business with Europe and America. I don't think the government can afford to make a political blunder like this by putting an ordinary blogger to jail for writing something. I don't think they wanna do that. I think what they are trying to do is to reason out with us, they bring us into their forums, invite me into IPS forums, I have personal talks by the ministers to tell us or brief us why they are doing what they are doing. They are a lot more referring to a light touch. But then again I am no Chee Soon Juan or JBJ – and I don't think I have taken that approach. A lot of things that they've said, they haven't been able to legally substantiate what they've said. There were arguments and they got into trouble with the law because of that and for example just recently we heard this Ministry of Manpower thing. We were willing to take on the MOM because we had the facts and we were able to reproduce the facts and I've got one of those guys that investigated this case. He is an ex cop so we put in resources, I paid the guys to go down and do the reporting, we had the evidences and we were able to take on the MOM. And today we know that we can put out news like this and we are damn sure that they will not take us to court or prosecute us or take us to jail because I've got documentary evidence against the MOM or actually against the employment agent. We are just saying that MOM is not acting. But I think the other politicians they weren't able to back their arguments with facts and when they failed obviously we came down really hard. So our strategy is a bit different. We criticise because we are a lot more factual and we do a lot of study about it. The other example is Kenneth Jeyaretnam actually has come out and said the reserves are all wiped out and all the losses. Which is true the government and GIC and Temasek Holding has lost money but I won't go on saying that the CPM (CPF?) is a ??? scheme which he made several allegations online and we had to take down his article. Because there is no proof CPM is really bankrupt which means the government is committing fraud which basically means that all the way down from the chief executive to the middle management to the lady or guy at the reception they are all committing fraud but that is very unlikely to happen so for any politician to come out and say, put out such rubbish, I think they only get in trouble. If the government takes action on them, sues them for saying the wrong things. We wanna make sure that we put out the right news. So *** has been very careful with what we say.

Did it happen a lot that you actually had to take down an article?

Fortunately not. Another example about politician's private lives, them having affairs and so on. We also don't do that kind of news because that doesn't really improve the civil dialogue. What does it matter to the common man? The issues that we carry today in our website is about bread and butter issues, about exploitation of workers, about the Union not acting for the workers. These are the real issues. I mean it's juicy, it's a tabloid news, we don't do that. There was one blogger who actually wrote something about it and then... Lets not go into details. And they are critical about the government, they say they haven't changed, they still work with law suits and so on. But are these the real issues that need to be brought up? That's the key question that we need to ask. So I try to bring balance to these arguments, you are probably going to speak to other bloggers who will say that the government is still harsh and they are coming down hard but you got to calibrate that view with reality, whether that is true or whether that can be proven and whether these are the issues that we really wanna champion.

Hypothetically speaking – if * was offline, a magazine. Would you think that you could publish the same?**

No, I don't think we would have the same resources to pull off something like that. It costs a lot of money to publish. Today I can publish something. If it has grammatical errors or spelling I just can go on and fix it quickly. But to run a magazine would require a lot of people to prove everything 200 times before publishing. So that would bring up the cost of operations. And then the distributions aspect of it...

And talking about content. The same articles that are online publish offline?

I don't know I am not sure. We could actually but I think the limits to our distribution capability would be limited because most of the newspaper distributors are affiliated with the SPH. So I don't think we would get the same reach.

We can come to an end with talking about the goals of *: Would you say that acting like a watchdog of the national print media or the government is a goal of ***? Or what are the goals?**

That is a very big thing to say that I am the watchdog or I am trying to keep the mainstream media in check. I mean those are major responsibilities. As a chief editor I am just following the facts. I receive a call that there was a particular instance and we are curious to find out if it was news worthy. Do the interview, the fact check. That's what we are supposed to do. The main philosophy is to do what we do well I think. Report the news as is. So if the news is not carried by the other media, even the online media, and I think if it merits an attention so I will follow that. I am not really out there to challenge the mainstream media. We actually got a lot of goodwill with Straits Times, channelnewsasia, with the news channels. They have endorsed us a credible website. So our positioning is not to antagonize the mainstream media. We are probably going to be a good ally in our future efforts. And I don't see myself as a watchdog. I see myself as a news site for possibly the civil society. That's why we call ourselves *** News - cause we actually carry news. The watchdogs should be organisations like Maruha, SFD previously. They should be doing the job. *** shouldn't overstep our boundaries and become a watchdog. What we really try to do is to help these civil societies to be the news outlet. Because we have the skills. Because I know that as a media outlet my main objective is to build distribution capabilities and skill. Then our focus becomes just distribution capabilities and skill rather than becoming an NGO myself.

But * also did organize events,...**

Yeah we did, we did. I think at this phase I thought the thing that needed most was to build distribution capability. I mean after I step down or even next year it may go and.. we have all the requisits of becoming the watch dog in Singapore. We got all the elements in place to become the NGO here. We also can become a political party. Maybe not call ourselves online citizen. I mean the pre-conditions are all there because we carry so much of it. 700000 people is more influence than WP actually. But we also know that we don't wanna do that. The moment we do that changes the political climate and everything else that comes with it. So we just want to restrict ourselves as a media outlet.

For your future ..

As long as I'm there I would say focus on the distribution, focus on news that some of these political parties are not able to get to the media so we actually are providing the avenues for that. But as to whether, I mean I am not gonna be there forever so... The maybe the founders are gonna go back and say, hey look – now I got a reach of one Million people – I can be a politician myself. Its their choice. The possibility is there it is not remote at all.

In the next couple of years – what do you think how the climate in politics in Singapore evolves concerning the Internet?

The political climate. There are two parts to it: Internet – we are going to see more and more people opening up. The government, not so much the government. The mainstream media is actually chasing us. We are breaking the news first in 3 incidents – Panasonic, MRT and TCC. We broke the stories they were republished and then it came on the Straits Times. So in

order for them to remain relevant they have to cover more news concerning the other political parties. So that opens up the media and we are there as a catalyst for that to happen. In terms of politics that is a different question altogether. Depends on the issues the political parties bring out and cover. Being human rights-based, while it is true, while it has got its place, whether these are real issues that Singaporeans are facing? We gotta remember that we are a highly successful, prosperous nation. There is a high Gini Coefficient, there are people falling through the cracks, there is a certain number of people that are really well-off. You see a lot of rich people. The issues that the political parties bring forward, if they will be successful in voter-share, will depend on the issue that they are going to champion. I think the mistake that these guys are making, they keep blaming the authoritarian regime and the judiciary because they first bring up false allegations and they feel they go to court because they actually try to maintain law and order and they give judgements that is favorable to the government. That's how they see it. Political Parties then turn their guns against the judiciary and they get into trouble ... They go into vicious negative cycles. If these guys really wanna win they have to change their political strategy. Housing, job crunch,... The reaction so far has been that the PAP takes really extreme right view of certain things – as the opposition I am going to be extreme left. More than political campaigning it is all about voter needs and wants. They need to satisfy that. It is like running a business. Winning people's hearts and minds. That would really shift the political climate. If they go down the same path of hammering the PAP and the judiciary I don't think that they are going to be very successful. You can come to Singapore 5 years down the road, it's gonna be the same thing. If you wanna win the judiciary's support, first of all stop insulting them.

533 **11.3. Interview III**

534 12.10. 19:30

535 **In 2010 you were already involved with the Team of ***. How did you end up in the**
536 **media field anyways because you have a different background, coming from**
537 **engineering?**

538 It wasn't the media. I used to do a lot of debate in University, I debate a lot, so this is in a way
539 an extension of debating.

540 **So you wrote also?**

541 Yeah I usually published for our debate. I just convert my transcript into speeches and into
542 articles.

543 **But you never had a blog? An individual blog?**

544 Before ***? No, there was no need for that.

545 **Why did you decide to launch your own project in 2010?**

546 I was enjoying what I was doing at *** so I just continued. It was really that simple.

547 **And how did you get to the people that contribute to *** **** *****?**

548 That wasn't difficult, they were already in the *** circus. It was just us. Just do it.

549 **Is there a core team would you say?**

550 Yeah there is a core team

551 **How many persons are you?**

552 Well it's not really contributor. It's more administration... 3.

553 **Is the administration taking a lot of time if you compare it with all the writing?**

554 No, administration takes less time than writing. Administration deals with things like editing
555 articles, check for grammar, check for facts, check for logic and we cross-check references.

556 **How would you define *** **** *****? What are the core principles or goals?**

557 There isn't one. There isn't one. When I started it I only had one thing in mind. The
558 government do so many things. We should be busy body and look at everything the
559 government do. So we need to cover defence, we need to cover economics, we need to cover
560 politics, we need to cover society, we need to cover environment, we need to cover
561 particularly everything the government do.

562 **Would you describe yourself as kind of a watchdog of the government or politics in**
563 **general?**

564 No, no. I don't believe in politics. The politics is destructive.

565 **So your main goals is...**

566 We just generally inform the public what is the stuff that is ongoing with regarding this areas,
567 what is the stuff people actually do, what options are there for particular public policies.

568 **So you must have felt that those information were not been given to the people, that's**
569 **why you set it up, no?**

570 The government doesn't properly explain what the policy means. They just say – this is the
571 policy – they don't say what the process is. We found there is a need to actually to take up
572 info and to provoke. If you are wrong it doesn't matter. If you are wrong in a controversial
573 way it is even better. Cause the government will correct you and in a way they become more
574 transparent. So actually mistakes is not a problem. If a mistake is viral and controversial then
575 the government has no choice but to address it and correct it in that way they have no choice
576 but to become more transparent.

577 **Would you consider *** **** ***** as politically alternative? Or like as an**
578 **alternative voice in the web? An alternative to the mainstream media?**

579 We are not an alternative to the mainstream media. We don't like to be considered alternative.

580 We feel that we should be regarded as part of the media scene. There is no alternative and no
581 mainstream.

582 **As the chief editor – do you read all the articles that are posted on *** ***** *****?**
583 **And what about the comments posted by readers? Is there a policy dealing with**
584 **comments or how do you handle it?**
585 I read all articles. Sometimes before it was published, sometimes only after it was published.
586 But it doesn't make a difference because most of the authors are trusted. And the editors are
587 trusted people. So I do not need to actually check everything.

588 **So you never had to take something down?**
589 I had to. Once. Plague reason. The complete article was lifted from a paper by a US Think
590 Tank so I had to remove the article.

591 **I see, that's not too good yes. And about the comments by readers – are there any**
592 **guidelines you formulated or how do you...**
593 We, we... Intentionally we are assholes. Our comment policy is use of every right to
594 comment, delete and do whatever we want with you. You come to our place – you follow our
595 rules. This is our house. Your freedom of expression is actually privileged because we own
596 this place, not you. So we are bastards.

597 **So to provoke a statement, you don't believe in freedom of expression?**
598 No, we do believe in freedom of expression but we also believe in property rights. Because
599 this is our property you have no freedom, you only have privilege.

600 **Maybe we can by talking about that switch to the Internet Code of Conduct..**
601 Yes, yes. But let me finish about the comment policy. We also do something mischievous: we
602 specifically disallow one type of Internet comment. Vulgarity pieces. We have no issue with
603 people being rude. But you must be rude in a sophisticated manner. For example you cannot
604 directly say – he is a bastard. It has to be sophisticated and not vulgar. We allow this kind of
605 deviation. You can be mean and evil without being rude.

606 **Who decides what is being mean and evil and what's being rude?**
607 That just happens while moderating. They can complain but you can choose to ignore. But
608 most of the time we don't actually remove any comments unless it's obviously a vulgarity. So
609 someone can post something potentially defamatory and we won't take it down until the
610 person is being complained to be defamatory. Because we have no way of actually evaluating
611 the things. Is it defamatory? How do we know? Some things are obvious, like the
612 Primeminister is (*unverständlich*)... That one is obviously defamatory. This time we can just
613 remove. But then if someone posts something really unknown then we really have no idea of
614 proving. We just ignore. We dare until someone complains that it is defamatory.

615 **Okay. So that leads me to the debate about the Internet Code of Conduct. What is your**
616 **opinion on that debate?**
617 There is no debate.

618 **Kind of.**
619 No. There is no debate. The government asked for it and the bloggers said no, no debate. And
620 since then nobody has been talking about it.

621 **Well there are a lot of articles in the web about the pros and cons...**
622 Have you seen the (*unverständlich*) article?

623 **Which article?**
624 We wrote an article on the Internet Code of Conduct. We call it cocs. We did a survey of our
625 readers and used the survey result. That basically points out that there is no need for a Code of
626 Conduct, because we are regulated by readers expectations. So basically whatever we do we
627 cannot step out of line with our readers. So that basically regulates and restricts our work, our
628 activity, what we post... So there is no need for a Code of Conduct. That would be
629 unnecessary and interfering with this free exchange of information understanding.

630 ***** ***** ***** is not gazetted, not like ***. Was there nevertheless an incident when**
631 **you were contacted by any authorities or aah...?**

632 Not related to the blog.

633 **But why?**

634 It was over an offensive post. A post on Facebook.

635 **I heard about it.**

636 I posted a picture.

637 **So how did it end?**

638 I was released. I was.. No charges against me, investigation dropped.

639 **There were actually a lot of such incidents on Facebook the last couple of months.**

640 Yes but my incident was different. It's not like those people that post the offensive stuff that

641 says Malays are Idiots or whatever. But my case was saying look this is a flame bate. So don't

642 play with this. Cause this picture was actually circulating on Facebook, was going viral at that

643 time. So I just reposted. I just clicked share and it was on my wall. And then when that

644 happens people actually didn't read my caption. So it brought me into the incident this was

645 miscommunication. And here is the fun fact: I refused to apologize. I ran on press and said I

646 did no wrong, I will not apologize. Just because people are angry it doesn't mean they are

647 right. If it is a mob, take on the mob, fight on the mob.

648 **But the possibility that personal comments can be used and traced on Facebook, is that**

649 **okay? Actually it is a private profile, right?**

650 No, it is not private. It depends on how you see privacy. Facebook is both. It is an opportunity

651 to showcase yourself. It is also an opportunity to show what others want to see in you. It

652 doesn't have to be true. You can project a false image of you on Facebook. And let the

653 authorities believe that that is the real you, when it's actually it's not even you at all. It just

654 only means that it is readable, accessible by the public, it is accessible by the authorities.

655 Which means it can be used against anyone as a misinformation platform.

656 **How do you use Facebook for *** ***** *****?**

657 We just post interesting news. I don't really bother with the latest socio-political news in

658 Singapore. That one is boring. I am more interested in things like,... Recently I posted an

659 article about (unverständlich) who won the nobel prize in chemistry and medicine. Because

660 socio-political brings in the heat. But it should not be defined as our outlook. We must put a

661 foot in everything the government do. Our outlook must be as big, as strategic as the

662 governments. At least as comprehensive. In fact it should be bigger. But the minimum is to be

663 as comprehensive as the government. So you cannot be stuck in this socio-political stuff.

664 **So Facebook as advertisement for your website?**

665 Yes. Facebook is advertisement.

666 **What I forgot to ask when we talked about how you work together and so on. So, *****

667 ******* ***** is all based on volunteer work?**

668 Mhmm.

669 **How many hours a week do you spend on working for *** ***** *****?**

670 I never count. Posting on Facebook doesn't really count, right?

671 **It does. People get paid for doing that.**

672 It is more like, ah I am bored of writing this report. Let's go Internet. BBC news, hey this is

673 interesting. Let's post this. You get where I come from? Lack of actual work.

674 **And if you only count the actual work, as you quote it?**

675 I cannot count but I can say that if there is an article being submitted it means at least two

676 hours of my time. To go through the stuff. If I have to write an article it takes at least a day of

677 my time. That means about 8 hours, can be spread about 2 nights or 3 nights, because I'd be

678 searching for Information online.

679 **Do you wish that you can turn it into something that you can make money with?**

680 Of course. It should make money on its own. That is the only way to ensure there is economic
681 vibrancy. Otherwise it is just enjoying donations from my time. Of my time, of the
682 contributors time.

683 **And how do you wanna get there?**

684 Technology. Blogging is obsolete.

685 **For *** **** *****?**

686 Yes. Blogging is obsolete. So now we are working on a data system. Hopefully we can get a
687 prototype running end of the year. It is a data system that basically you can manipulate all the
688 open data which the government put out, government statistics. So a lot of work has been put
689 in actually taking out statistics of the government, statistics yearbook, and actually put it into,
690 put it into ahh.. Google Spreadsheet. With Google Spreadsheet you can actually use a Java
691 script program to actually read off and run. So you can actually turn into search, into a
692 machine searcher over interface. So we are working on a data-system on our own. So you see,
693 technology is the future. We can trace stories through all these data.

694 **So for the future.. You don't see so much importance in setting up more blogs, more
695 Online News.. For society I mean..**

696 Nah, that will happen. It is happening. But that will not put you on the top. That will not
697 ensure that you are relevant. You see, there are so many voices out there. How do you stand
698 out? How do you make yourself important? In our competitive age, there must be something
699 that other people don't have. It must be a competitive advantage that cannot be easily
700 replicated by someone else. Then you can ensure that all your competitors cannot catch up.
701 That's why I'm building all this data, this new data system.

702 **Okay. So I come to my last question. Singapore is often described as a society that is
703 really fearful, that exercises self-censorship. You're working in the media..**

704 I don't consider it media.

705 **I mean you are writing, you're writing on politics, you're writing on economic stuff. So
706 does the political climate in any way affect what you do and how?**

707 Yes it affects. There are some people who are afraid to talk to you. Some people that are
708 friends but they don't want to be associated with you because they fear. They often work in a
709 scene where the government give a lot of money. So all these people are dependent on
710 government money, because they innovate for them. They don't want to get too close to me.
711 They are scared that government just cut their staff. And then there are other groups. They are
712 also similar. They don't want to directly confront the government cause they need
713 government contracts.

714 **And with your contributors. Do they ever feel like.. When you talk about which topics
715 are coming up. Is there ever, I don't know, a feeling like – no, we shouldn't do that, it is
716 too critical. Or something like that?**

717 Hmm no. That's not up to them to decide. That's up to me. I don't let them make that
718 decisions. Only I decide. The rule is there is no censorship. There is no censorship. We push
719 topics. Like in the last few months we discussed election strategies. Like how is it possible to
720 overthrow the ruling party in elections. We are actually discussing this stuff. No other sites
721 will do that. It is openly challenging the authority of the government. Openly challenging the
722 ruling party by discussing how to remove them. We do talk about this topic. There is no
723 censorship.

724 **Do you think that running New Asia Republic would be easier in a different country,
725 say... I don't know. We don't even have to go far, stick to the region...**

726 Say Malaysia?

727 **Yes, Malaysia for instance.**

728 Would it be easier? I would be say different difficulties. I think in Malaysia it is very easy to
729 write what you want. The concern is whether you will be beaten up for what you write. You

730 have supporters from the ruling party UMNO, they went to the chair lady of (unverständlich).
731 They went to her house and wound her outside her house. That is the kind of action you get in
732 Malaysia. In Malaysia you will be concerned with actual physical response to what you write.
733 Here you have legal action. So it is a different problem. Is it worse? Hard to say... But they
734 are at least equally bad. So Singapore is no utopia.
735 **Okay. So I think that's about it. Or do you want to add something?**
736 Hmm... They should legalise pornography.
737

738 **11.4. Interview IV**

739 16.10., 19:30

740 **So for a start, why don't you tell me a little about the anti-death penalty movement like**
741 **when did it start. I believe there are several organisations dealing with the issue like We**
742 **Believe in Second Chances, the Singapore-Anti-Death-Penalty Movement...**

743 1: Well it started in 2005 actually. Who's case was it?

744 2: There were several cases back then...

745 1: It started thanks to Ravi because he was taking a case on appeal. He was helping to do an
746 appeal for... I think it was (unverständlich) and a couple of other people as well. But they are
747 not doing it right now. So I wasn't here then. And basically it was a lot... The campaigns
748 were based on the cases that he took and all that. Somehow the campaign stopped for a while
749 and picked up in 2009... 2009? Vui Kong?

750 2: Yeah

751 1: 2009 for Yong Vui Kong's case.

752 **So it was Ravi and you from the beginning?**

753 1: No, no. I wasn't there in the beginning. I was there in 2009, at the end of 2008.

754 **And before 2005 there was nothing going on like no resistance, no movement, no**
755 **nothing?**

756 1: No. Nobody was talking about it. It was just Ravi. Did JBJ help?

757 2: JBJ... JBJ did help some of the cases. I know there was this person. There wasn't a
758 campaign but there was.. ah.. JBJ helped some of the cases but there wasn't a campaign.

759 1: Do you know who JBJ was?

760 **Yes.**

761 1: From 2005 it was more on the legal platform.

762 **So it was more like campaign but no organization.**

763 2: Or more like court case. So someone represents them but other than that there wasn't any
764 advocacy or outreach to the public about this. Yeah...

765 **And when did you set up something like an organization where more people can take**
766 **part?**

767 1: Our organization is actually more ad-hoc. People can come and go. In 2008 there were
768 about five of us. After the general elections basically it was just me. Because they were
769 campaigning, running for elections, help the parties and got distracted. But they do come for
770 the activities, events and they help out sometimes. Yeah...

771 **So you are not registered as nothing?**

772 1: Nothing. There is no point in registry. I don't think we see the need to it. Basically
773 currently it's just the two of us.

774 2: Because in Singapore if you register you actually have more restrictions put on you. You
775 have to submit reports on what you do...

776 1: Accounts.

777 2: And they put the names of people. Like people in the group.

778 **So you are not obliged to register? Is it more than five or something?**

779 1: Ten. So there is no need. But even if we do we won't. Because from the day when the
780 organization submits the form to the day when you get approved, an approved organization,
781 you can't do anything. And the waiting period maybe is like up to a year.

782 **Probably one of the most important issues for you is to raise awareness... awareness.**

783 **How do you do that?**

784 1: We write a lot, we blog and we troll people.

785 2: We also did flyering.

786 1: We did flyering and we were questioned by the police. We had forums. In 2009. It was for
787 the world day against death penalty. So that forum was quite interesting. I can send you the
788 link to the youtube videos. That was when we introduced Yong Vui Kong's case to the public.
789 It was a quite good turnout.

790 **So you do online and offline activity.**

791 1+2: Yeah.

792 1: For offline activity we commemorate you know the world day against the death penalty.
793 And well a lot of... We celebrated Vui Kong's Birthday at Hong Lim Park, we have also foto
794 campaigns,...

795 **Comparing what you do online – like the blogging and writing – and what you do**
796 **offline, where do you see more chances to raise awareness.**

797 1: Both.

798 **Or where are the differences? Is it harder to do offline things like flyering?**

799 1: Yeah. Because of the restrictions we can't gather. Illegal gatherings and things like that.
800 We can only do so at Hong Lim Park. Whereas, if we want to go to Orchard Road and hand
801 out flyer or talk to people – you can't do that. But we've met people during our events, we've
802 met people, who you know, heard about the events and they just come, come down and...
803 They might have different views but it's good to have a proper discussion face to face.
804 Because online people are just bashing you saying thing like "I hope you get raped by a dog
805 and your parents get killed and you will be... You might change your mind". Things like that.
806 It's not very constructive online sometimes. Cause you got people trolling your blog and
807 sending you death threats and things like that.

808 **Did you go to a political party and ask if they would support the issue like in election**
809 **campaigning for instance?**

810 1: No.. basically they won't do that. SDP did in 2005, in the beginning. Some people felt that
811 they attained the campaign. I don't think so. I just feel that there might be some in the
812 political party that might be passionate about the cause, believe in the cause, whereas some of
813 them will only be doing this as a favor, so they want you to return a favor when you need it.
814 It's just politicians... They can pop by events or write letters based on personal capacity. I
815 think that's it for political parties.

816 **And Online you just write reports and publish what's going on like information...**

817 1: Yes. We do that a lot. Cause Online... Basically the media doesn't cover this cases in the
818 way that we do. Cause we talk about their family, we talk about the ground of decision
819 written by the judges that will point out certain things. The media – they don't do that.

820 **Do you try to get to the media so they will write about it?**

821 !: They tried. They spoke to me a few times but they never publish what I say.

822 **Even the Online media?**

823 1: Ah, online media yes. We used to work with The Online Citizen. But they changed. People
824 have changed sides. Well, not changed sides but when Andrew Loh was in The Online
825 Citizen we worked closer together advocating for Vui Kong. And in fact We Believe In
826 Second Chances began from there. They were part of The Online Citizen.

827 **Is We Believe in Second Chances still running?**

828 1: Yeah it is, it is. It's just that currently... One of them, Damien, he was there at the event.
829 He just came out of Civil Service and Priscilla is writing her paper. She's a law student. Quite
830 busy. But because now we came together as a working group it's easier to do things.

831 2: Now we have the Working Group *****. It's a combination of 3 groups. So hopefully we
832 can work things out from there.

833 **So it started just now?**

834 2: Last year. You can say very recently, yeah.

835 **Have you ever been contacted by any authorities because of what you do?**

836 1: Yes. Direct and non-direct. You meet dodgy characters like taxi drivers sending you to
837 your house when you didn't even tell them your address. That was once at Yio Chu Kang.
838 Taxi just came so I thought okay I'll just take it. I didn't say anything in the cab, I couldn't
839 even remember if I actually told the person where I live. I just told him my neighbourhood.
840 Usually taxi drivers ask which direction or which block. But he sent me directly to my block
841 and I was feeling quite weird. But yeah I was really exhausted so I thought maybe I did told
842 him something. I gave him the, I paid him. He turned back, gave me my change and said
843 "Thank you Rachel." And I was like what? I didn't even talk to you... Yeah and there was
844 another instance where, just before Alan Shadrake's booklaunch. It was 2 days before or 3.
845 Someone came to my house asking for my number, I wasn't at home. So my mum thought it
846 was weird so she said no, no, no. Because he is a stranger. And she called me, so I came home
847 later and that person was waiting for me under the void deck. He was following me, I was
848 following him. He was very strange.

849 **So if you do offline activities like gathering or as you told me celebrate the birthdays of**
850 **inmates the police will just show up?**

851 1: Yeah they will monitor. At every event.

852 **And did they ever contact you because you wrote something online?**

853 1: No. No. We've done flyering down on Orchard Road. How many of us?

854 2: There were 4 of us. 4 of us flyering along Orchard Road. So along the way we were being
855 tracked. It was near the towers where we were flyering and then a group of plain clothes
856 policemen came up to us and then one of them had this huge camera directly pointing at our
857 faces and then another person came to us and told us it's an illegal gathering and told us to
858 disperse. And after that encounter, so we dispersed but I followed them because I needed to
859 go their direction and I saw them going to their vehicle. And I asked the officer, "What are we
860 doing that's wrong?" And he actually told me that – first he asked me for my ID. Then I told
861 him "Why should I give you my ID?" And I asked him the question again and that's when he
862 told me, "Well, you can follow me to the station and I will give you the answer." He was
863 eluding to you know, I can just bring you to the station and arrest you and that's the end of the
864 story. That's what I felt. And I was, in a way, frustrated. Because I genuinely wanted to know
865 like... Because he said we did something wrong – so what in the law is wrong? Because as a
866 police officer you must be able to tell me that. But he didn't.

867 **So in the end you had to go to the station?**

868 No I just walked away from him.

869 1: They were ready to arrest us. There was an empty van.

870 2: There was an empty van and a few of plain clothes policemen. About 6?

871 1: Yeah I think it was 6 of them. So a few months later we received a letter. They called us
872 down for investigations. It's not closed yet because I have not received a letter saying that it's
873 closed. That was in 2009. Or 10?

874 2: 2010.

875 **So you never heard back from them?**

876 1: No. But the case where I was involved for selling Alan Shadrack's book at Substation, that
877 was closed. Within 6 months.

878 **And how did it end?**

879 The investigating officer just came to me when I was working. He drove to my school and
880 gave me this letter saying that it was closed. He was quite okay. It was quite nice. He visited
881 me before I went to work basically. Our point was, the book was not banned. So it's not a
882 crime to sell it at a private event.

883 **But for reaching out to people activities like that are still necessary. Flyering and all**
884 **that, right? Cause you can't only write online.**

885 1+2: Yes.

And for the future you have any events planned or what are you going to do and that?

1: I think we'll also do some research. We might be doing some surveys or research about the death penalty looking at head-turns around the world as well as how people feel about the death penalty. Find out why they support the death penalty.

How many hours a week do you more or less work for the campaign?

1: I stopped counting... But we circle in other groups as well. Human rights issues, so that as well.

Maybe for a start it would make things much easier if setting up an organization wouldn't be that hard so you can start for real like in an office and all that. But with all the restrictions it seems hard – you need so much money for everything right..

1: Yeah.. I think social media has helped. To a large extent. Even when the mainstream media, they do not publish what you write, the letters or whatever – then you can actually put it online on blogs, facebook,... yeah. It will reach a number of people.

But the other side could be that people... You know there are a lot of papers on how social media actually may make it harder for organisations. Because people can like an activity or a post you did and it makes them feel like they already did something,, But showing up at an event is something completely different then...

1: Yeah there are incidents when people say they will come but when it rains the attendance won't be that great...

But you still feel that Facebook helps?

1: Maybe our own blogs. Because we are able to discuss with people about issues and we are able to put up the cases.

2: I agree with you because right now a lot of people are very comfortable in the online media and like you say, they click "like" and they feel like they contributed. Okay, actually it helps to raise awareness, it helps in a way because when they click "like" their friends will see it and they will learn about it. But at the end of the day I still feel the importance of having people.

11.5. Interview V

11.10.2012 via Facebook

When did you start blogging as Molly Meek and why? Was there a specific event that was like a trigger for you?

I started in 2004 with a livejournal blog. There wasn't a specific event. It started more as a joke, and then there was a website that was compiling a list of blogs that covers socio-political issues (at that time, such blogs were rare even though blogging was very common), so I submitted the blog address and eventually gained a readership.

Why did you decide to blog anonymously? And how did you come up with the name?

The blog was created with the persona of a bimbo in mind. The humor was derived very much from the bimbo expressing her love for the establishment.

There wasn't really a "how" with regard to the name. It kind of just came. Perhaps Betty Boop was an inspiration. I thought the alliteration had to be there, and, of course, the word "meek" is a reference to the personality of the persona who would meekly agree with all that the government says.

How would you subsume the topics you write about? How do you choose them?

I don't really consciously choose topics. I usually write about what is current.

How much time a week do you put in your blogging?

There is no standard figure. When I started out in 2004, I updated much more frequently and would spend quite a few hours every week. I have progressively blogged less over the years; in fact, I haven't blogged for the past few months.

What do you think about the "blogging-scene" of Singapore?

I'm not all that attuned to it these days. Where blogs with socio-political content are concerned, I think it is very packed. There are many bloggers. Often, many of them provide sensible analysis, but I wish there were more distinctive voices.

What are the parts about blogging you like and what don't you like or what annoys you about it?

I like the writing part of it. I don't like it that the government apparently has a team of people whose job is to generate propaganda.

Do you think that blogging, or publishing your opinion online, has changed you in a way? And if so – how?

It hasn't really changed me—as far as I know.

Singaporeans are often described as a frightened community where self-censorship takes place and citizens rather keep their mouth shut. Did you ever feel like a topic was too sensitive to talk about?

I think the sensitivity may not come from the topics themselves, but what you say about them. In Singapore, topics like race and religion are considered "sensitive" topics. However, it would be safe for anyone to talk about these topics if they repeat what the government has been saying all this while.

Have you ever been contacted by any authorities because of something you wrote online?

No, thankfully not. But they don't really contact anonymous bloggers. Most of the time, it is the non-anonymous ones who get lawyers' letters.

You are also very present on Facebook. Where do the differences between Facebook and blogging lie for you?

My Facebook posts tend to be shorter pieces. It's a good way to hear from others and to be heard when I am not writing extensively about an issue. If I were to comment in greater detail about an issue, a blog is still the preferred platform. Blog entries are better archived for future reference whereas a Facebook status update very quickly gets buried under newer updates—

964 there is no search function and if I happen to be looking for a link I posted a few months back,
965 there's no easy way for me to do so (I think).

966 **I assume you also follow the ongoing debate about an Internet Code of Conduct. What is**
967 **your opinion on such a Code?**

968 It is ridiculous. I think there isn't much of a debate at all as it seems that only certain
969 representatives in the authorities are promoting the idea. This is not to say that I believe the
970 online world should be devoid of ethics or that we should put up with all sorts of conduct, but
971 a code of conduct is silly because it is draconian, not enforceable, and ultimately also
972 encourages the sort of behavior it is supposed to discourage—I can see how it may be used to
973 “tame” those who tend to be more strident with their criticisms.

974

11.6. 2007 – 2012 : Chronologie von Singaporerebel

Jan 2007: Former Solicitor-General and exiled dissident Francis T. Seow publishes a book entitled 'Beyond Suspicion: The Singapore Judiciary' under Yale Publications. In an earlier article, he cited that the per annum salary of Singapore's Chief Justice was more than the combined stipends of the Lord Chancellor of England, the Chief Justices of the United States, Canada and Australia. He added that "the prime minister uses the courts as a legal weapon to intimidate, bankrupt or cripple the political opposition, and ventilate his political agenda."

Jan 2007: The British High Court absolves English neurologist Simon Shorvon of charges of professional misconduct while in Singapore. In 2003, Shorvon was the lead researcher at the Singapore's National Neurology Institute but left Singapore after the Singapore Medical Council found him to be in breach of ethical guidelines. The charges against Shorvon are filed by Dr Lee Wei Ling, who succeeds Shorvon in his post. Dr Lee is the daughter of MM Lee Kuan Yew and sister of PM Lee Hsien Loong.

Jan 2007: Despite international clemency appeals, the Government hangs two African men on charges of drug trafficking. Iwuchukwu Amara Tochi, a 21-year-old Nigerian man, and Okeke Nelson Malachy, a 35-year-old stateless man, are hanged in Changi Prison. In his judgement, Justice Kan Ting Chiu notes that "there was no direct evidence that [Amara Tochi] knew the capsules contained diamorphine." Notwithstanding, Kan pronounces that "Tochi should have known and therefore he is guilty".

Feb 2007: Pop star Madonna's 'The Confessions Tour: Live from London DVD', which features the singer performing a song while suspended from a giant mirrored cross, is banned by the Media Development Authority.

Feb 2007: The High Court refuses an application by the Far Eastern Economic Review to throw out the defamation case filed against them by PM Lee Hsien Loong and MM Lee Kuan Yew. The court also disallows FEER's lawyer, Australian Tim Robertson, permission to sit in on the hearing because Robertson had allegedly made comments critical of Singapore's decision to hang a convicted drug trafficker.

Feb 2007: Dr Chee Soon Juan is found guilty and fined \$4,000 of trying to leave the country without permission in April 2006. Chee says he will appeal the decision.

Feb 2007: The Ministry of Information, Communications and the Arts tells an art gallery that it could not display a four-meter high painting of a nude woman in the public atrium of the ministry's building. Nude or erotic artworks "should not be displayed in venues which are easily accessible to general audiences, including children and youths," says the Ministry.

Mar 2007: The Consumer Association of Singapore (CASE) holds a public rally near Parliament House to commemorate World Consumer Rights Day. Photos on their website show dozens of participants holding placards in a "nation-wide march" that feature "thousands of participants". It is not known if a police permit had been obtained. CASE is helmed by a PAP Member of Parliament and the rally includes a ministerial guest-of-honour.

Apr 2007: Deputy Prime Minister Wong Kan Seng tells parliament that 39 people are being detained without trial under the ISA for alleged involvement in terrorism and espionage. Wong adds that 10 of them are members of the Jemaah Islamiyah group who were arrested in December 2001.

Apr 2007: 'Zahari's 17 Years', an interview film chronicling the experiences of former political detainee Said Zahari, is banned by the Minister of Information, Communication and the Arts, who says that "the government will not allow people who had posed a security threat to the country in the past, to exploit the use of films to purvey a false and distorted portrayal of their past actions and detention by the Government." The film is directed by Martyn See, whose first film 'Singapore Rebel' remains banned.

Apr 2007: In a dialogue with the Young PAP, MM Lee Kuan Yew expresses his views on censorship, "We have created a society which is totally educated. You are all able to go on the Internet. So all this censorship and so on makes no sense to me. We cannot stop this. If we stop this, we stop the progress. We are marginalised."

Apr 2007: Authorities censor two films at the Singapore International Film Festival because of their explicit sexual content and religious symbols. Danish animated film Princess is withdrawn after the Media Development Authority demanded the deletion of "religiously offensive" scene. Local film Solos is censored because of "explicit homosexual lovemaking scenes including scenes of oral sex and threesome sex", says MDA.

Apr 2007: In the same week that the Government announces pay hikes for its ministers, the police ban seven foreigners, including members of the European Parliament, from speaking at a public forum organised by the Singapore Democratic Party. Danish politician Anders Samuelson alleges he was threatened with arrest. The forum proceeds with speakers from the SDP, while the foreign delegation remain silent. In a statement, the Government says that "Singapore's politics are reserved for Singaporeans."

Apr 2007: Two days before May Day, Dr Chee Soon Juan and his sister Chee Siok Chin embark on a 150 kilometres walk around the island to raise awareness of poverty and underpaid workers in Singapore. A blogger reports the presence of plainclothes police during the walk but there are no arrests.

May 2007: After making payments of \$233,255 to the Official Assignee, veteran opposition leader JB Jeyaretnam is given a discharge from bankruptcy. He is therefore eligible to resume his profession as a lawyer, travel abroad without permission, and contest the next election. "I intend to form a new party to give Singaporeans a chance again," says the 81-year-old.

May 2007: The SDP reports that police have called up 15 people over two cases of illegal public assembly and procession during the IMF-World Bank protest at Speakers' Corner and the 'Freedom Walk' to Queenstown Remand Prison.

Jun 2007: The Government announces the arrests of five suspected Islamic militants under the ISA in late 2006, including 28-year-old law lecturer Abdul Basheer, whom the government describes as "self-radicalised (whose) views were shaped by the radical discourse that he avidly looked up on the internet." The statement also announces the release of five detainees.

Jun 2007: Renowned playwright Alfian Sa'at is dismissed from his relief teaching job by the Ministry of Education, who says he does not "best meet the organisation's requirements". Sa'at says the dismissal was not motivated by poor performance, but could be a result of his writings which touched on socially and politically sensitive issues such as homosexuality and

1075 Singapore-Malaysia bilateral relations.
1076
1077
1078 **Jun 2007:** Far Eastern Economic Review's application to use a British Queen's Counsel to
1079 represent the magazine is rejected by Judge Tan Lee Meng, who rules the defamation suit
1080 filed against FEER by government leaders is "not sufficiently difficult and complex" and will
1081 not require the services of a Queen's Counsel.
1082
1083 **Jun 2007 :** Five practitioners of the Falungong are fined \$1,000 each for an illegal public
1084 assembly in an Orchard Road underpass in 2005. They refuse to pay the fine and are jailed 7
1085 days in default.
1086
1087 **Jul 2007:** Former Chief Justice Yong Pung How is appointed a director of the Singapore
1088 Press Holdings, whose chairman is former Deputy Prime Minister Dr Tony Tan.
1089
1090 **Jul 2007:** Immigration officers at the Woodlands Checkpoint stop a vehicle driven by Francis
1091 Yong, vice-chairman of the the SDP, and seize a poster of PM Lee Hsien Loong holding aloft
1092 his salary. Yong is later called up by the police who warn that "bringing in or displaying the
1093 photo of the person with his salary is against the law."
1094
1095 **Aug 2007:** A permit application by the Workers' Party to hold a cycling event for its 50th
1096 anniversary is rejected by the police. Senior Minister of State for Law and Home Affairs Ho
1097 Peng Kee tells parliament that "the East Coast Park is a recreational park (and) not meant to
1098 be used by a political party to promote its cause." He adds, "You may be well-behaving but
1099 there may be other people whom you come across when you cycle who may stop you, may
1100 want to debate with you and that may attract a crowd, and therefore will result in problems the
1101 police want to avoid."
1102
1103 **Aug 2007:** A fortnight-long gay pride festival has ten of its items banned. After disallowing a
1104 photo exhibition featuring gay kissing, the Media Development Authority bans a reading of a
1105 story on grounds that the content "had gone beyond good taste and decency in taking a
1106 disparaging and disrespectful view of public officers." A licence to hold a gay rights forum
1107 featuring a retired Canadian law professor is cancelled by the police who said the event was
1108 "deemed contrary to public interest." Plainclothes police show up alongside the Singapore
1109 River to tell the organisers of 'Pink Run' that it would constitute an illegal assembly if they go
1110 ahead with the event. About 40 joggers who had turned up elect to jog separately instead,
1111 while police film them using video cameras.
1112
1113
1114 **Aug 2007:** The court declare SDP members Chee Siok Chin, Monica Kumar and supporter
1115 Yap Keng Ho bankrupts after they failed to to pay about \$24,000 in legal costs which was
1116 incurred after the trio challenged a move by police to disperse a peaceful protest outside the
1117 CPF Building in 2005.
1118
1119
1120 **Aug 2007:** Parliament passes a law that requires prior written approval from a licensing
1121 officer before any private investigative work can be carried out on political figures.
1122
1123 **Sep 2007:** Dr Chee Soon Juan begins serving a three-week prison term after he failed to pay a
1124 \$4,000 fine upon conviction for attempting to leave the country without permission. "It's

ridiculous that they even flagged a fine on a bankrupt," says his sister Chee Siok Chin. Chee was charged in 2006 after being stopped at the airport from attending a democracy forum in Turkey.

Sep 2007: Police reject a permit by the Substation Arts Centre to hold an outdoor flea market near the Fort Canning Tunnel that would have included booths run by 19 civil society groups, including Cat Welfare Society, Vegetarian Society and two gay support groups. The event is subsequently held without the outdoor booths and the civil society groups.

Sep 2007: Five activists stage a walk from Speakers' Corner to Queenstown Remand Prison to mark the first anniversary of the IMF-World Bank protest of 2006. The SDP website reports that group "were accosted by a group of police who made a feeble attempt to physically block us from moving ahead."

Sep 2007: In its first major penal code amendments in 22 years, the Government amends the law to allow oral and anal sex in private between consenting heterosexual adults, while gay sex remains banned. The revised penal code also stipulates that an assembly of five or more people will be illegal if the group's common objective is to commit "any offence", broadening the definition from mischief and trespass.

Sep 2007: Days after his release from prison, Dr Chee Soon Juan and two party colleagues station themselves outside the Myanmar Embassy to collect signatures in protest against the military junta's bloody crackdown of protesters in Myanmar. Despite initial warnings from the police that it would constitute an illegal assembly, online news website The Online Citizen reports that by evening, about 400 people, mainly Burmese expatriates, have turned up to sign the petition. There are no reports of arrests.

Oct 2007: A newswire reports that a group of expatriate women living in Singapore had worn red T-shirts in a public gathering as part of a global action to support the democracy movement in Myanmar. About ten Caucasian women were pictured standing on Waterloo Street listening to a speech. There are no reports of police investigation.

Oct 2007: The police reject an application by the SDP to march from the Istana to the Myanmar Embassy in protest against the violent crackdown in Myanmar.

Oct 2007: A group of four protesters, led by Dr Chee Soon Juan, is swiftly arrested by police on Orchard Road, across the road from the Istana. The four were holding placards with the words "No Deals, No Arms, with the Junta" and "Free Burma" in protest against the Government's trade ties with the military junta.

Oct 2007: Police ban an outdoor peace concert in support of the people of Myanmar. The three-hour event was co-organized by the Substation Arts Centre and Timbre Bar, who are advised by police to hold the concert indoors. "Political and cause-related events are assessed to have a higher potential to stir emotions and controversy (and) may lead to law and order concerns," say the police.

Oct 2007: One week after his arrest, Dr Chee Soon Juan is back on the same spot opposite the Istana to stage a one-man protest against the Government's arms deals with Myanmar. Lasting five days, the protest is not stopped by authorities.

Oct 2007: The Financial Times apologises and agrees to pay unspecified damages to PM Lee Hsien Loong and his father MM Lee Kuan Yew over an article which implied the elder Lee was instrumental in securing his son's appointment as prime minister. "We admit and acknowledge that these allegations are false and completely without foundation," says the paper.

Oct 2007: The International Bar Association's decision to host its annual meeting in Singapore provokes opposition from critics. Amnesty International calls on the 3,000 delegates of IBA to condemn the misuse of the law in Singapore. A newswire report notes that Dr Chee Soon Juan drew applause at the meeting when he spoke about his imprisonment, and quoted Subhas Anandan, the president of the Association of Criminal Lawyers, as saying that he would "represent murderers, thieves and even terror suspects but would avoid acting for dissidents." In an earlier speech, Law Minister Professor Jayakumar said that "internationally our legal system and judiciary have been held in high esteem by the World Bank."

Nov 2007: Police reject an application to hold a protest outside the Shangri-la Hotel where delegates of the Asean Summit are scheduled to meet. The SDP, which submitted the application, say the protest was intended to call on Asean member states to take concrete measures to promote democracy in the region.

Nov 2007 (Asean Summit Meetings): In defiance of a ban, three international students stage a short march in protest against Asean leaders' "tacit" approval of Myanmar's fatal crackdown on demonstrations. A newswire reported that the three were followed by 19 reporters and photographers in the area of the Asean Summit, which was protected by 1,000 armed police and soldiers. "A lot of people wanted to come, but they were afraid of the repercussions," says Daniel Babiak, a student from the National University of Singapore, which had earlier warned the students about Singapore's laws.

Four Singaporeans belonging to a group called Sg Human Rights are barred by police from entering the Shangri-la Hotel. They had planned to deliver a greeting card bearing the image of Myanmar opposition leader Aung San Suu Kyi. The card is eventually handed to a representative of the Asean Secretariat.

Enroute to the Shangri-la Hotel, two members of the SDP are stopped and bundled into an unmarked police vehicle. Chee Siok Chin and John Tan are then driven around for 40 minutes before police release them on Orchard Road. Tan's video recording of the incident is posted on youtube. No charges are filed.

In the biggest public protest in recent memory, about 50 Myanmar expatriates gather on Orchard Road and hold a large banner that read: "Listen to Burma's Desires, Don't Follow Junta's Order". A protest spokesperson tells the assembled reporters that the show of force was to put pressure on Asean and Myanmar to effect the immediate release of jailed opposition leader Aung San Suu Kyi. The brief protest disperses without incident after police warned protesters they could be in violation of the law.

Dec 2007: In a statement, Amnesty International says a total of 22 members of Jehovah's Witness are understood to be detained in Armed Forces detention barracks, all as conscientious objectors. AI adds that they regarded all such detainees as prisoners of conscience. In 1972, the Government banned the religion on the grounds that it was

1225 prejudicial to public welfare and order.
1226

1227 **Dec 2007:** The UN General Assembly passes a resolution calling for a moratorium on the
1228 death penalty, with the ultimate aim of abolishing capital punishment. It votes 104 in favour
1229 and 54 against with 29 abstentions. Opposition to the resolution is led by Singapore, who
1230 accuses countries in favour of the moratorium of trying to impose their values on the rest of
1231 the world.
1232

1233 **Jan 2008:** Artist Seelan Palay completes a solo five-day hunger strike outside the Malaysian
1234 High Commission in protest against the Malaysian Government's detention of five leaders of
1235 ethnic Indian group Hindraf. Wearing a placard around his neck that said, "Give them fair
1236 trial," Palay was briefly warned by police that he would be flouting the law. No arrest or
1237 charges are filed.
1238

1239 **Jan 2008:** A choir that planned to sing a list of complaints about life in Singapore cancels its
1240 performances after the Media Development Authority banned its foreign members from
1241 singing. The 60-member Complaints Choir, a concept that originated from two Finnish artists,
1242 was originally licensed to perform at Speakers' Corner but authorities say the licence is
1243 conditional because the lyrics touch on "domestic affairs", and it preferred only Singaporeans
1244 take part. The performance is eventually moved indoors and a video recording uploaded on
1245 youtube.
1246

1247 **Jan 2008:** Police reject an application by the SDP to protest outside Parliament House to
1248 mark World Consumer Rights Day.
1249

1250 **Mar 2008:** About 20 Singaporeans, including young children, protest outside Parliament
1251 House against the rising cost of living. Led by Dr Chee Soon Juan, the protesters, carrying
1252 placards and wearing red T-shirts that say "Tak Boleh Tahan", proceed to stage a procession
1253 towards the Istana, but are arrested outside a shopping mall. Video footages show police
1254 dragging the protesters by force from an interlocked group and bundling them into vehicles.
1255 18 of them are later charged with participating in an illegal assembly and public procession
1256 without a permit.
1257

1258 **Apr 2008:** Discharged from bankruptcy, JB Jeyaretnam announces the formation of the
1259 Reform Party. "We are not allowed to exercise the fundamental rights given to us in the
1260 Constitution," says Jeyaretnam, who promised a party based on human and political rights,
1261 and whose objective was to effect "a complete and thorough change in the way this country is
1262 run."
1263

1264 **Apr 2008:** Hundreds of Myanmar nationals, many wearing red t-shirts with the word "No",
1265 gather outside the Myanmar embassy to cast referendum votes on the country's proposed new
1266 constitution. Plainclothes police are seen on standby but there are no reported arrests.
1267

1268 **May 2008:** Five Singaporeans, holding aloft a series of banners with messages such as
1269 "Censored News Is No News" and "Newspapers and Printing Presses Act = Repression",
1270 stand outside the Singapore Press Holdings building to mark World Press Freedom Day.
1271 There are no reported arrests.
1272

1273 **May 2008:** Officers from the Board of Film Censors, assisted by the police, enter the
1274 Peninsula-Excelsior Hotel to seize a film which was undergoing its private premiere.

1275 Witnessed by about a hundred guests including foreign diplomats, organisers hand the DVD
1276 copy of the film to officials. Entitled "One Nation Under Lee", the documentary was made by
1277 artist Seelan Palay and its premiere hosted by the SDP. Palay is currently under investigation
1278 for exhibition of a film without licence.
1279

1280 **May 2008:** An unnamed 24-year-old blogger is arrested in his home after police received two
1281 complaints about allegedly racist comments posted on his blog. The New Paper reports that
1282 his comments were directed at a fellow passenger on the MRT. A police statement says they
1283 "take a serious view of such irresponsible blog postings in a multi-racial society like
1284 Singapore and will expend all efforts in tracking the perpetrators."
1285

1286 **May 2008:** PM Lee Hsien Loong and MM Lee Kuan Yew are cross-examined by Dr Chee
1287 Soon Juan and his sister Chee Siok Chin in a hearing to determine defamation damages
1288 awarded to the Lees. Newswires report that the Chees, who were representing themselves, had
1289 most of the questions objected to by Lee's lawyer Davinder Singh on the grounds of
1290 irrelevance and upheld by the judge, who had earlier granted an application by Singh to
1291 impose a time limit on the cross-examination. The case marks the first time any PAP leader is
1292 cross-examined by a political opponent in open court.
1293

1294 **Jun 2008:** In a separate case, Dr Chee Soon Juan and activist Yap Keng Ho are found guilty
1295 by the Subordinate Court of speaking without a permit during the run-up to the 2006
1296 elections. Chee is fined \$5,000, or five weeks in jail in default, while Yap is fined \$2,000, or
1297 10 days in jail. Bails of \$5,000 are granted for both men, who face six similar charges.
1298

1299 **Jun 2008:** US lawyer and blogger Gopalan Nair is arrested in his hotel by plainclothes police
1300 officers and held in a police lock up for five days. The 59-year-old former Singapore citizen
1301 had written on his blog that the judge in the Lees' defamation case against the Chee siblings
1302 was "throughout prostituting herself during the entire proceedings, by being nothing more
1303 than an employee of Mr Lee Kuan Yew and his son and carrying out their orders," and further
1304 challenged Lee to sue him for his remarks. Nair is charged with insulting a high court judge.
1305

1306 **Jun 2008:** Dr Chee Soon Juan and Chee Siok Chin begin serving prison terms of 12 and 10
1307 days respectively after being convicted of contempt of court over their cross-examination of
1308 PM Lee and MM Lee. Judge Belinda Ang says that such misbehaviour, if unpunished, will
1309 diminish the dignity of the court. Reform Party's leader JB Jeyaretnam appears in court as
1310 Chee's lawyer but later withdraws when Ang declines his application for more time to prepare
1311 his case. The Straits Times notes it is the stiffest sentence ever meted out for such an offence.
1312

1313 **Jul 2008:** In a 72-page report on Singapore, the human rights arm of the International Bar
1314 Association expresses concern about limitations on the freedoms of expression, assembly, and
1315 the press, and of the independence of the judiciary. "As one of the world's most successful
1316 economies, Singapore should be a leader in human rights and the rule of law, and should now
1317 have the confidence and maturity to recognise that this would be complementary, not
1318 contradictory, to its future prosperity," says the IBA.
1319

1320 **Jul 2008:** In a statement, the Law Ministry rebukes a Wall Street Journal editorial on the
1321 above IBA's report, stating that "Singapore cannot allow those who carry no responsibility for
1322 Singapore's future to dictate its political and legal systems. Singaporeans know that they have
1323 a noncorrupt government and an independent judiciary. They live in one of the top five most
1324 transparent countries in the world, with the freedom to express their views, oppose the

government and take part in free and fair elections."

Jul 2008: Dr Chee Soon Juan's application to reconvene the hearing for the assessment of damages in the case involving PM Lee Kuan Yew and MM Lee Kuan Yew is rejected by Judge Belinda Ang. The basis for Chee's application was the claim by MM Lee that the president of the International Bar Association had sent a letter to the Law Society of Singapore praising the country's justice system. It turned out that no such letter existed.

Jul 2008: The Official Assignee's office rejects Chee Siok Chin's application to attend a democracy leadership programme at the Stanford University in US. As a bankrupt, Chee has to apply for permission to travel out of the country. The SDP says that she has been making regular payments to the benefit of her creditors and was granted leave on past occasions.

Aug 2008: In a statement, the Myanmar expatriate community expresses concern that many of their members who had been active in protests against the military junta's crackdown of civilians a year earlier have been denied renewal and extensions of their visas by Singapore authorities. A police spokeswoman says that "foreigners who work or live here are expected to at least respect the law and local sensitivities in Singapore." The statement from the community adds that there is no evidence that those affected has ever committed any offence in Singapore.

Aug 2008: In his National Day Rally speech, PM Lee Hsien Loong pledges more openness by relaxing the rules for political films and allowing demonstrations in Speakers' Corner. "The overall thrust of all these changes is to liberalise our society, to widen the space for expression and participation. We encourage more citizens to engage in debate, to participate in building our shared future.. If you compare today with five years ago or 10 years ago, it's much more open today."

Aug 2008: Three sets of charges - of attempting to stage an illegal procession, of assembly without a permit for distributing flyers and of unlawful assembly outside Parliament House - are filed against seven members and supporters of the SDP for activities during the the IMF-World bank meetings in 2006.

Aug 2008: In what is described as "an extraordinary move", Judge Woo Bih Li recommends to the lawyers for PM Lee Hsien Loong and MM Lee Kuan Yew to broaden the charges of their defamation suit against the Far Eastern Economic Review so as to allow for greater penalties. The Lees' lawyers duly oblige.

Aug 2008: Following the death of PAP Member of Parliament Dr Ong Chit Chung, a motion is tabled in parliament to amend the Parliamentary Elections Act to allow by-elections to be called in a Group Representation Constituency when a member vacates his seat for any reason. The move is rejected by PM Lee Hsien Loong, who reasons that "the vacancy does not affect the mandate of the government."

Sep 2008: The government eases restrictions on Speakers' Corner by allowing Singapore citizens to hold demonstrations without having to obtain a police permit. The management of the park is handed over to the National Parks Board, which states that users should register with the board online, and that placards, banners, effigies and self-powered handheld amplification will be allowed. Issues of race and religion remain outlawed. "There will be no conscious monitoring," say the police. In the first month after the new ruling, 31 registrations

1375 for activities are made.
1376
1377 **Sep 2008:** US lawyer Gopalan Nair is sentenced to three months prison after being found
1378 guilty of insulting a high court judge in a blog entry. Nair tells reporters he has no regrets, "I
1379 only wrote a blog. I didn't go out and kill anybody." While in prison, he is convicted on a
1380 separate charge of contempt of court, but is let off with a warning by the judge.
1381
1382 **Sep 2008:** News portal The Online Citizen reports that the Nanyang Technological University
1383 has pulled the plug on two stories on the school's student newspaper. Both articles are reports
1384 of the Singapore Democratic Party's visit to the campus. A professor of its communications
1385 and information faculty say the stories were killed because "there was a feeling of concern
1386 over the use of student media to publicise and promote the unsolicited views of an uninvited
1387 person to the campus."
1388
1389 **Sep 2008:** Reform Party's leader JB Jeyaretnam, 82, passes away due to heart failure. In a
1390 condolence letter, PM Lee Hsien Loong says, "He sought by all means to demolish the PAP
1391 and our system of government. Unfortunately, this helped neither to build up a constructive
1392 opposition nor our Parliamentary tradition. Nevertheless, one had to respect Mr JB
1393 Jeyaretnam's dogged tenacity to be active in politics at his age." Jeyaretnam's son, Kenneth,
1394 eventually assumes leadership of the Reform Party.
1395
1396 **Oct 2008:** A group from the Nanyang Technological University gathers on Speakers' Corner
1397 to protest the censorship of its student newspaper. With a banner that reads "Responsible
1398 Press For Students", student speakers tell a group of 70 people that the event is called to stand
1399 up for media freedom.
1400
1401 **Oct 2008:** The High Court orders the Singapore Democratic Party, Dr Chee Soon Juan and
1402 Chee Siok Chin, to pay PM Lee Hsien Loong and MM Lee Kuan Yew a total of \$610,000 in
1403 damages. Judge Belinda Ang says the libel was exacerbated by the Chees' cross-examination
1404 which were "meant to discredit, insult, embarrass and humiliate" the two government leaders.
1405 The ruling may bankrupt the SDP and force it out of existence, says a statement on the party's
1406 website.
1407
1408 **Nov 2008:** John Tan, the assistant secretary-general of the SDP, is suspended from his
1409 position as lecturer at the James Cook University. A letter handed to Tan states that "the
1410 Management has received information that the Attorney-General has applied to court for
1411 contempt proceedings to be instituted against you. A student has also given some feedback on
1412 this matter, expressing some concerns." Tan has been lecturing there for four years.
1413
1414 **Nov 2008:** The publisher of the Wall Street Journal Asia is found in contempt of court over
1415 two editorials and a letter that "implied that the judiciary is subservient to Mr Lee and/or the
1416 PAP and is a tool for silencing political dissent." The charges were initiated by Attorney-
1417 General Walter Woon who said the articles "impugned the impartiality, integrity and
1418 independence of the Singapore Judiciary."
1419
1420 **Nov 2008:** Three activists who had showed up in court donning t-shirts depicting kangaroos
1421 in judges robes during the cross-examination of PM Lee and MM Lee by the Chee siblings
1422 are convicted of contempt of court and sentenced to prison. Isrizal Bin Mohamed Isa and
1423 Muhammad Shafi'ie each receive 7-day jail sentences, while John Tan a 15-day sentence. The
1424 Attorney-General had earlier argued for a harsh penalty, noting that "calling the judicial

system a kangaroo court is the worst insult one can hurl against it." The defendants are also each ordered to pay \$5,000 in legal costs.

Dec 2008: After his release from prison, Gopalan Nair writes from the United States on his blog that he will be withdrawing all undertakings and apologies made while under Singapore custody, and proceeds to repost all the articles which he had removed while in Singapore. Nair is barred from entering Singapore without approval from authorities.

Jan 2009: In its annual survey of global political rights and civil liberties, Freedom House says Singapore's ranking is downgraded "due to the politically motivated handling of defamation cases, which cast doubt on judicial independence." Its report also notes that "despite his expressed desire for a 'more open society,' Lee Hsien Loong has done little to change the authoritarian political climate."

Jan 2009: Wearing red t-shirts and holding a banner that read 'Stop ill-treatment of Burmese activists', two protesters stood for an hour outside the Ministry of Manpower before being handcuffed and escorted into police vehicles. The two were protesting against the non-renewal of visas to some Myanmar expatriates, whom the Government says are "not welcomed in Singapore". The two Singaporeans, Seelan Palay and Chong Kai Xiong, are being investigated for the offence of criminal trespass.

Jan 2009: A man in his forties is arrested for vandalism after he scribbled "Hi Harry Lee. I love you." on a wall outside Parliament House. The Straits Times reports that uniformed guards were seen running out of Parliament House to wrestle the man to the ground. "Minister Mentor Lee Kuan Yew is called Harry by some of his family and old friends," notes the paper.

Feb 2009: In a written reply to parliament, Home Affairs Minister Wong Kan Seng says 366 people have been detained in the last five years under the Criminal Law (Temporary Provisions) Act, which allows for detention without trial. Wong adds that it is only used as a last resort when a serious crime has been committed and a court prosecution is not possible because witnesses are not willing or afraid to testify in court.

Feb 2009: Four people hold a quiet protest march from Little India to the British High Commission in an appeal for British help to end the war in Sri Lanka. "It was the British colonial government that arranged for Tamils to move to Sri Lanka so it's responsible," says V Thamizhmaraiyan, who led the march. The Straits Times also quotes him as saying that he has the support of many Tamils in Singapore but they did not join the march because they feared arrest.

Feb 2009: In its second incident in two weeks, about 150 retrenched Bangladeshi migrant workers gather in front of Ministry of Manpower to urge the government to give them work and help retrieve overdue pay from previous employers. "We are going to see a lot more of it - they are being shortchanged," says a spokesperson for a migrant workers advocacy group. There are no reports of arrests in both cases.

Mar 2009: Following an earlier ruling that had found the Wall Street Journal guilty of contempt of court, the High Court additionally fines Melanie Kirkpatrick, deputy editor of the Journal's editorial page, \$10,000 for the same offence. It also says she must pay the same amount in legal costs. "The public interest in protecting the Singapore judiciary from

unwarranted attacks has been adequately served," says the Attorney-General.

Mar 2009: The Government amends the Films Act to allow for certain political films on condition that they do not contain dramatisation, animation, unscripted reality and scenes of illegal activities. A seven-member advisory board is formed to vet such films.

Apr 2009: Parliament passes the Public Order Act, which requires that all "cause-related" demonstrations, including those staged by one person, to seek a police permit. It also contains a new prohibition on the filming of security force operations and actions. Another provision empowers the police, under a so-called "move on" order, to force anyone to leave public areas if their actions are considered "disorderly".

Apr 2009: The Singapore International Film Festival is forced to withdraw six foreign films after censors demanded cuts to five of them that depicted homosexuality and "prolonged and explicit lesbian sex". The sixth film, about Palestinian women imprisoned for suicide bombing-related activities, is disallowed.

Apr 2009: The Government retains the ban on the film 'Zahari's 17 Years', saying that the Minister has not changed his position. The film was banned in 2007 for its alleged "distorted and misleading portrayal" of Said Zahari's detention under the ISA. Its filmmaker Martyn See had resubmitted it to the authorities following the recent amendments to the Films Act.

Apr 2009: More than 100 construction workers from China gather outside the Ministry of Manpower to complain about unpaid wages and cancellation of their work permits. Some workers report that police had warned them they were illegally trespassing on government property. No arrests are reported.

May 2009: A licence for a scheduled seminar by Dr Philip Nitschke, an Australian euthanasia campaigner, is denied by the police on grounds that his talk "may promote the commission of criminal offences in Singapore, of which euthanasia is one". Nitschke earlier insisted that he had no intention of breaking the law in Singapore and that he would not be providing information about effective suicide methods.

May 2009: An Amnesty International report on Singapore states that "defamation suits and restrictive measures continued against opposition activists, human rights defenders, foreign media and conscientious objectors," of whom 26 Jehovah's Witnesses remain imprisoned. The advocacy group also notes "the government eased restrictions on public assembly (in one designated location), but continued imposing restrictions on media and peaceful demonstrations."

Jun 2009: A Christian couple is found guilty of possessing and distributing seditious and undesirable publications to three Muslims, and sentenced to eight weeks jail. Three of the charges come under the Sedition Act and one under the Undesirable Publications Act.

Jun 2009: Refuting Dr Chee Soon Juan's letter to the Washington Post which alleged that rehabilitation under the Internal Security Act in Singapore "comes with beatings and other forms of torture," the Singaporean ambassador to the US says that "terrorist detainees in Singapore undergo a program incorporating psychological, social and religious rehabilitation. There are no beatings or torture. There have been no deaths."

Jun 2009: A scheduled public forum, organised by filmmaker Martyn See, to mark the 22nd anniversary of the "Marxist Conspiracy" arrests under the ISA, is cancelled after See was told by the venue that the police were investigating the event. The event is eventually held in another venue, but not before See wrote to the Minister of Law to rebuff an earlier demand from the police that he make an application for a permit.

Jul 2009 : A magistrate's complaint filed by Chee Siok Chin and John Tan for unlawful detention and selective use of the law by the Singapore Police Force is dismissed by the District Court. In the complaint, Chee stated that during the Asean Summit a year earlier, police had harassed and forced the duo into unmarked vehicles. The judge throws out the complaint, citing a police statement that they were removed in accordance with the Protected Area and Places Act.

Jul 2009: The Board of Film Censors refuses to classify the film 'One Nation Under Lee' on grounds that it contains footages of banned film 'Zahari's 17 Years'. "It is probably the only video submission in BFC's history that has been deemed unclassifiable," says Martyn See, who submitted the film on behalf of its director Seelan Palay, who faces a police probe over the screening of the above film.

Jul 2009: Police install five closed circuit television cameras at the Speakers' Corner as "part of an on-going initiative to enhance security in the neighbourhoods", and that the cameras "do not record audio inputs." A letter published in Today newspaper says "some Singaporeans may be intimidated by the CCTVs from speaking, or even going to listen."

Aug 2009: A copy of the French film Devotee is retained by the Media Development Authority after organisers inserted still frames into sections of the film where the censors had demanded cuts. A censored version is eventually screened to the public after organisers removed the still frames. Two locally made films, Tanjong Rhu and Threshold, are withdrawn just days before its public screening in a festival partly sponsored by the MDA. All three films contain gay themes.

Sept 2009: Singapore's Law Society applies for permission from the courts to initiate disciplinary against US lawyer and blogger Gopalan Nair, with the view to bar him from practising law in Singapore.

Sept 2009: Dr Chee Soon Juan is convicted on two counts of public speaking without a permit and fined \$10,000 or ten weeks imprisonment by default. Chee faces a further four charges from offences committed during the run-up to the 2006 elections. Also convicted is activist Yap Keng Ho, who is fined \$2,000 and will begin serving a 20-day jail term in default. Chee is granted a stay of execution pending his appeal.

Sept 2009: The Government lifts a four-year ban on the film 'Singapore Rebel', and gives it a M18 rating, which allows those above 18 years old to view it. Its filmmaker Martyn See calls the decision "symbolic", as the film has been viewed more than 400,000 times online. See had resubmitted the film six months earlier.

Oct 2009: Two weeks after the 63-year-old Far Eastern Economic Review announced its impending closure, the Court of Appeal upholds a ruling that the magazine had defamed PM Lee Hsien Loong and MM Lee Kuan Yew in a 2006 article, and that costs and consequential orders will be awarded to the Lees.

Oct 2009: Police arrest a 70-year-old Singaporean who had earlier staged a sit-in protest at an underpass leading to the convention centre of the upcoming APEC Summit meetings. Falaungong practitioner Chua Eng Chwee is detained after he returned to the site from which police had removed him using the "move-on" powers of the Public Order Act.

Oct 2009: Responding to Reporters Without Borders' annual press freedom index that ranks Singapore in 133rd out of 175 countries, Law Minister K. Shanmugam tells the New York State Bar Association that the listing is "quite absurd and divorced from reality", and that Singapore is not "a repressive state" and does not "unfairly target the press".

Nov 2009: The Far Eastern Economic Review and its editor pay over \$400,000 to settle the defamation suit that was awarded to PM Lee Hsien Loong and MM Lee Kuan Yew. Court orders show the PM receives \$230,000, and the MM, \$175,000, in damages and legal costs. Disagreeing with the verdict, the magazine's owners say, "the Court casts significant doubt as to whether Singapore will ever recognise the fair and honest reporting privilege accorded to responsible journalism."

Nov 2009: Despite an appeal from the British High Commission and condemnation from the Committee To Protect Journalists, British freelance journalist Benjamin Bland's work visa is rejected by the Government, who gave no reasons. "I have covered some sensitive subjects such as rising crime, healthcare and ageing and business links with Burma. However I steered clear of criticism of Singapore's first family," says Bland.

Dec 2009: In a surprise announcement, the Attorney-General announces the withdrawal of three charges of speaking without permit against Dr Chee Soon Juan. The withdrawn charges would amount to acquittals, said the state prosecutor, who offers no further reason. Chee was originally charged with eight separate counts of the same offence, and had been convicted of four. He had served a prison term for the first, and the remaining are awaiting appeals.

Dec 2009: District Judge Ch'ng Lye Beng fines three leaders of the SDP the maximum amount of \$1,000 each for distributing pamphlets without a permit. The judge agrees with the prosecution that distributing anti-government flyers in a group of 5 or more persons is an offence. The group had distributed the flyers during the lead-up to the IMF-World Bank meetings in 2006. The three, Dr Chee Soon Juan, Gandhi Ambalam and Chee Siok Chin, refuse to pay the fine and begin serving one week prison terms.

Jan 2010: In rejecting allegations by Human Rights Watch that Singapore is a "politically repressive state", the government says that "Singapore is a democratic state with a clean and transparent government, whose public officials are held responsible against the highest standards of probity and integrity." The group had also criticised the mandatory death penalty, the ban on street protests and laws permitting caning and detention without trial.

Feb 2010: Ten months after its application, advocacy group Singaporeans For Democracy is gazetted a political association, but not before authorities amended its constitution to prohibit the group from any affiliation with political parties and foreign persons who "interfere in Singapore's domestic politics."

Mar 2010: Dr Chee Soon Juan, Gandhi Ambalam and Chee Siok Chin begin serving another one-week prison term each after being found guilty by District Judge Toh Yung Cheong for

attempting to participate in a procession during the WB-IMF meeting in September 2006. Co-defendant Teoh Tian Jing is also found guilty.

Mar 2010: Ten people who were part of a group of 18 who participated in a 'Tak Boleh Tahan' protest outside Parliament House in 2008 are found guilty of taking part in an assembly and procession without a permit. District Judge Chia Wee Kiat metes out fines between \$1,800 to \$2,000 to each of the convicted, who are granted stays of execution pending appeal. Eight others had earlier pleaded guilty and paid fines.

Mar 2010: The New York Times Co apologises and pays \$160,000 in damages to PM Lee Hsien Loong and MM Lee Kuan Yew for an article about Asian political dynasties that was published in the International Herald Tribune. Davinder Singh, the lawyer acting for the Lees, says that the IHT's publisher, editor, and the article's author, Philip Bowering, also agreed to pay damages of \$60,000 to PM Lee, and \$50,000 each to SM Goh Chok Tong and MM Lee, as well as pay their legal costs. He says the article was in breach of an undertaking made by the IHT and Bowering in 1994.

Mar 2010: In a strongly-worded open letter to PM Lee Hsien Loong, Reporters Without Borders urges the Government to implement media reforms, including ceasing all libel actions and guaranteeing editorial independence to local media. "You have perpetuated your father's legacy by continuing to harass and intimidate news media," says the letter.

Apr 2010: A landmark decision to acquit five activists who participated in a procession to mark the first anniversary of the IMF-WB protest is overturned by High Court Judge Choo Han Teck. Six months earlier, Judge John Ng acquitted the five, ruling that "the walk which had taken place did not impede or cause any disruption to the flow of vehicular traffic or the movement of pedestrians." Judge Choo orders sentencing to be referred back to Judge John Ng, who in turn sentences them to \$500 fine each. All but one choose to serve five-day jail terms.

Apr 2010: Amendments to the Constitution are passed to increase the number of Non-Constituency Members of Parliament (NCMPs) to nine, up from six. NCMPs are offered to losing opposition candidates with the highest percentage of votes, and have restricted voting rights. "This Bill marks another milestone in the constant and progressive evolution of our political system of parliamentary democracy," says Deputy Prime Minister Wong Kan Seng.

Apr 2010: Arab news channel Al Jazeera English is taken off from cable network mio TV, shortly after it aired a story on homeless Singaporeans. Criticising the broadcaster for "propagating falsehoods", Minister Vivian Balakrishnan tells parliament that "this is a clear example where a foreign media has failed to ascertain the facts." Refuting allegations of censorship, the Government quotes a report which stated that Al Jazeera itself had said the decision to drop out of mio TV was a "mutual" one.

Apr 2010: A United Nations official's call for more openness in the public debate of racial issues in Singapore is rebuffed by the Government, which says that "a balance must always be struck between free expression and preservation of racial and religious harmony." Githu Muigai, the UN Special Reporter on racism, made his remarks after spending a week in Singapore at the invitation of the Government.

Apr 2010: An application for a march by migrant workers' rights group HOME is rejected by the police, who advise that the procession be held indoors or at the Speakers' Corner. The organisers had wanted to raise awareness for the International Labour Organisation's Domestic Workers' Convention in Geneva, and had planned the march for 100 domestic workers and supporters.

May 2010: The Straits Times refuses to publish six letters by Dr Chee Soon Juan, demanding that he retract allegations which had casted "serious and unfounded aspersions" on the integrity of the paper. Chee had alleged on the SDP website that the paper unfairly edited his reply to a series of letters in the paper's forum which were critical of him.

May 2010: The National Arts Council cuts the annual grant given to theatre company Wild Rice, which had produced gay-themed plays. In a statement, the council says, "We will not fund projects which are incompatible with the core values promoted by the government and society or disparage the government."

May 2010: Former political detainee Vincent Cheng is barred from a speaking in a history seminar by venue sponsor National Library Board, who contends that Cheng's inclusion by the organiser is not consistent with the forum's original directive. Entitled 'Singapore's History: Who Writes The Script?', the event is organised by the NUS History Society, who apologises to Cheng for the barring.

Jun 2010: The Online Citizen (TOC) reports on its website that its chief editor has been questioned by police over its posting of an anti-government pamphlet, which local press earlier reported were stuffed into letter boxes in two housing estates. Entitled 'The truth that every citizen must know', the pamphlet made allegations about government corruption and exploitation. Local paper Today says its contents, which remains online on TOC, may fall under the Sedition Act.

Jun 2010: A US animal-rights activist is whisked away in a police car after he arrived outside a KFC outlet with the intention to stage a one-man protest in a chicken suit. "I am now in my hotel room. I am under functional house arrest. I will stay in my hotel room under police surveillance until I leave tomorrow," 24-year-old Edward Basse tells newswire by telephone.

Jul 2010: Members of the opposition National Solidarity Party are given verbal warnings by environmental officers on the unlicensed sale of their party's newspaper. A week after the party failed to obtained clarification from authorities, NSP's vice-president Christopher Neo is issued with a summon of \$300 for "illegal hawking."

Jul 2010: Filmmaker Martyn See's recording of a public speech by former political prisoner Dr Lim Hock Siew is banned by the Government on account that the film is "against public interest" and that it "undermines public confidence in the Government." The Media Development Authority order See to remove the video from youtube and his blog. Detained for 19 years, Lim is Singapore's second longest-held ISA detainee. See's other documentary, 'Zahari's 17 Years', remains banned.

Jul 2010: A photographer with a Chinese-language daily who was taking pictures of floods is handcuffed by police and removed from the area after he allegedly ignored police warnings to leave. In response, Environmental Minister Yaacob Ibrahim tells parliament that there is no policy that prohibits the taking of flood pictures. The Government has been under pressure to

1724 alleviate frequent floods caused by monsoon rains.
1725

1726 **Jul 2010:** British author Alan Shadrake is arrested in his hotel, a day after he launched a book
1727 alleging double standards in Singapore's use of the death penalty. The police say in a
1728 statement that Shadrake will be investigated for alleged criminal defamation and contempt of
1729 court. The book, entitled 'Once a Jolly Hangman: Singapore Justice in the Dock,' is not
1730 banned, says the Media Development Authority, who had filed the police complaint.
1731

1732 **Jul 2010:** "Nuns Go Wild!", a play which was scheduled as part of the Short+Sweet Theatre
1733 Festival at the Arts House, has its title changed to "Good Girls" after the venue objected to the
1734 references to nuns. The performance is eventually allowed after the playwright changed the
1735 main characters to convent schoolgirls.
1736

1737 **Aug 2010:** The SDP reports on their website that their application for renewal of their
1738 newspaper permit was delayed for three months by the Government. As the "communication
1739 lifeline with voters in the constituencies and a means for the party to raise funds," the delay
1740 "severely disrupted our campaign plans", says the party. The law mandates that newspaper
1741 licences are renewable yearly.
1742

1743 **Aug 2010:** Police arrest a Singaporean man after he posted on Facebook urging people to
1744 "burn" a cabinet minister. In a statement, police say the arrest is "in connection with
1745 investigations into offences related to incitement of violence". Abdul Malik Ghazali, 27, who
1746 posted a series of criticisms on how the government was hosting the inaugural Youth Olympic
1747 Games, says his comment was a "metaphor". He is eventually issued a warning.
1748

1749 **Aug 2010:** A police serviceman who criticised the actions of his fellow officers in his blog is
1750 interrogated for an hour by the police. 26-year-old Abdillah Zamzuri had written on his blog
1751 that the police officer who handcuffed a press photographer had "acted stupidly" and that the
1752 police should be sued. He is being investigated for the offence of "prejudice to the conduct of
1753 good order and discipline".
1754

1755 **Aug 2010 :** Theatre group Drama Box is denied an outdoor licence to stage a forum theatre
1756 piece involving themes of homosexuality, sex education and religious radicalisation. The
1757 Media Development Authority, which gave the play an advisory for mature content (16 years
1758 and above), advises that the group move the performance indoors.
1759

1760 **Sep 2010 :** Students at the Nanyang Technological University are informed that those who
1761 create webpages or blogs containing information regarding politics and religion must acquire
1762 licences from the Government and the university's written approval. Under the Broadcasting
1763 Act, registration is required for websites deemed by the authorities to be propagating political
1764 or religious issues relating to Singapore. Local paper Today notes the last time a website was
1765 told to register as a political site was in 2001.
1766

1767 **Sep 2010:** A call by a government-appointed panel to liberalise parts of its censorship regime,
1768 such as ending a symbolic 100-website ban and easing rules on distributing R-rated films, is
1769 rejected by the government. "We should move with, rather than ahead of, society," says
1770 Minister Lui Tuck Yew, who adds that the 100-website ban "serves as a reminder that there is
1771 a significant body of material on the internet that is unsavoury and unedifying."
1772

1773 **Oct 2010 :** After tabloid daily The New Paper speculated that medical doctor Joseph Ong is

the owner of popular anti-government website Temasek Review, government investment firm Temasek Holdings writes to him demanding that the site stop using "the good name" of Temasek Review. While Dr Ong denies any links with the website, the site's owners temporarily changes its name to 'New Temasek Review', but has since reverted to its original name, and continues to operate under its anonymous owners.

Nov 2010 : The Government rejects an application by human rights advocacy group Maruah to be registered as a society, but instead gazettes it as a political association, which would bar the group from a host of activities, such as receiving foreign funds and letting foreigners take part in its events. Maruah has been active as a Singapore representative in the Asean Human Rights Mechanism.

Nov 2010: In the stiffest sentence imposed for contempt of court, 76-year-old British author Alan Shadrake is sentenced to six weeks in prison and fined \$20,000 by High Court Judge Quentin Loh, who says the book, 'Once a Jolly Hangman: Singapore's Justice in the Dock,' contains "selective background of truths and half-truths, and sometimes outright falsehoods." A stay of execution is granted pending Shadrake's appeal.

Dec 2010: In response to WikiLeaks' release of secret US diplomatic cables, the Government says their actions are "damaging". "It is critical to protect the confidentiality of diplomatic and official correspondence, which is why Singapore has the Officials Secret Act," says the Ministry of Foreign Affairs. Leaked cables from Singapore had contained unflattering remarks on regional governments made by MM Lee Kuan Yew and Singapore diplomats.

Dec 2010: Citing "law and order considerations", police reject an application for a proposed march by Singaporeans For Democracy to mark International Human Rights Day. The march was scheduled to start at Speakers' Corner and end at Parliament House, less than one kilometre away. Further to an appeal by SFD, the police advise the political association "to hold your march at the Speakers' Corner instead."

Dec 2010: In reply to a query, the Media Development Authority says the government will adopt a "light-touch approach" for the internet and will not require websites to submit their uploaded videos for vetting. Filmmaker Martyn See made the inquiry after reading a Straits Times report on videos uploaded by political parties, including those from the PAP.

Dec 2010: Two rights groups are denied permits to conduct activities aimed at commemorating International Migrants Day. A proposed vehicle procession and a flyer distribution exercise to raise awareness about the treatment of foreign workers are rejected by the police, who advise the applicants "to hold their activities within the confines of the Speakers' Corner instead."

Jan 2011: A disciplinary tribunal appointed by the Chief Justice finds US lawyer Gopalan Nair guilty of five charges of contempt of court and misconduct. The Law Society of Singapore had initiated charges against Nair for his blog postings and for disorderly behaviour towards police officers while awaiting trial for his conviction in 2008. The tribunal says Nair will be permitted to re-enter Singapore to face charges.

Jan 2011: PM Lee Hsien Loong gazettes popular news portal The Online Citizen (TOC) a political association, even though the website has not applied to be registered. The move comes shortly after the site organised a public forum featuring leaders of the opposition

parties. A government statement says TOC "has the potential to influence the opinions of its readership and shape political outcomes in Singapore" and "it is therefore necessary to ensure that it is not funded by foreign elements or sources". Law and Home Affairs Minister K. Shanmugam tells parliament that TOC is "not a passive website" but adds that it "will not hinder its existing activities, nor impede its freedom of expression".

Jan 2011: A performance art piece entitled 'Choices, Chances' that would have featured references to the death penalty is disallowed by the Media Development Authority, who objected to the use of a set of dice in the performance, alleging it would imply an unfair judicial process. In place of the ban, artist Seelan Palay verbally describes his performance to the audience.

Jan 2011: Three members of Singaporeans For Democracy are investigated over the sale of 12 copies of the book 'Once A Jolly Hangman: Singapore Justice in the Dock' at a human rights film screening. Police say the three are being questioned on possible charges of distributing defamatory material. The book has not been banned by authorities and author Alan Shadrake's appeal against his conviction is still pending.

Jan 2011: Police write to The Online Citizen to ask that they apply for three sets of permits to hold a proposed party to mark the gazetting of their site. The licenses required are the Public Entertainment Licence, the House-to-House and Street Collections Licence, and a notification to conduct a lucky draw under the House Gaming Rules. In response, TOC elects to bypass the rules by conducting the party as a private, invitation-only function.

Jan 2011: Dr Chee Soon Juan's appeal against four convictions for speaking without permit is dismissed by High Court Judge Steven Chong, who imposes a \$20,000 fine or 20-week imprisonment in default. The four convictions are part of eight charges filed against Chee for offences committed during the run-up to the elections in 2006. Chee eventually escapes the prison term after he paid the fine, raised through an online donation appeal.

Feb 2011: A historic lawsuit brought against the Government by a former political prisoner for alleged torture is thrown out of court, after the Attorney-General said it was frivolous, vexatious and an abuse of court process. 77-year-old Michael Fernandez, a former union leader who was detained under the ISA from 1964 to 1973, had alleged that he was force-fed, manhandled, deprived of sleep, and made to live in conditions that were "not humanely habitable". A separate lawsuit alleging unlawful detention is pending.

Feb 2011: The Board of Film Censors restricts Oscar-nominated film 'The Kids Are Alright' by rating it R21 and limiting its release to one single print. "The film normalises a homosexual family unit and has exceeded the film classification guidelines which states that 'Films that promote or normalise a homosexual lifestyle cannot be allowed'," says a letter from the Board, which adds that it is already a "concession" that the film is allowed at all.

Feb 2011: High Court Judge Woo Bih Li dismisses appeals by nine defendants, mostly from the SDP, against three sets of convictions all involving public assemblies and processions from 2006 to 2008. The appellants had asked the judge to look into the unconstitutionality of the government's ban on public assemblies and processions. All nine had earlier served the sentences, including payment of fines and prison terms.

Feb 2011: The Government submits its first human rights report to the United Nations,

highlighting its achievement in health, housing and education. Refuting alleged restrictions on civil and political liberties, it says "no person has ever been detained for engaging in lawful political activities". Its use of the death penalty is justified as "a criminal justice issue", and the ISA as a "preventive" measure. Eight civil society groups had earlier submitted reports, all as part of a UN peer review process called the Universal Periodic Review.

Mar 2011: Lawyer Chia Ti Lik, the leader of newly-formed opposition party Socialist Front, is found guilty on charges of professional misconduct brought against him by the Law Society. While acting as defence counsel for opposition activists, Chia had alleged on his blog that the cases were politically motivated, which the disciplinary tribunal said cast "doubt on the integrity of the judiciary and judicial processes". Chia faces a fine, and is also ordered to pay legal costs of \$3,000. The penalties will not affect his eligibility to contest the elections.

Mar 2011 : The High Court dismissed an appeal for a constitutional challenge against Section 377A of the Penal Code, which makes "gross indecency" between two men an offence punishable by up to two years' imprisonment. Human rights lawyer M. Ravi had filed the challenge following his client's conviction for a sexual act in a public toilet in 2010. Speaking in Parliament in 2007, PM Lee Hsien Loong had said, "We do not harass gays. The Government does not act as moral policemen. And we do not proactively enforce section 377A on them."

Mar 2011: An art installation displayed in the Singapore Art Museum as part of the Singapore Biennale has some of its items removed without the consent of the artist. Explaining the removal of gay pornographic magazines in the installation work by British artist Simon Fujiwara, museum director Tan Boon Hui says some audience "may not appreciate seeing such material in full view." A lawyer quoted in the Straits Times says the exhibition of obscene material may fall under the Undesirable Publications Act, which carries a maximum sentence of \$10,000 fine or a two-year imprisonment.

Apr/May 2011 (General Elections): A year before elections, PM Lee Hsien Loong announced a "24-hour cooling-off" before polling day, stating that no election campaigning and "advertising" will be allowed except for "news" from government licensed organizations and sanctioned political party broadcasts.

In its annual budget statement, the Government announces a \$3.2 billion "Grow and Share" package in which most adult Singaporean will receive between \$600 to \$800 each in "cash incentives".

In its first major revision since 2001, the Government redraws electoral boundaries by dissolving constituencies and creating new wards. The Group Representative Constituency (GRC) of Aljunied loses nine parcels of land to neighbouring wards, prompting accusations of gerrymandering from the Workers' Party.

The Elections Department eases the ban on election videos and online campaigning, but requires that all activities to be held at the Speakers' Corner during the election period be sanctioned by the police.

State-owned broadcaster MediaCorp airs an unprecedented four-episode TV forum featuring both PAP and opposition politicians. A directive circulated to the invited parties states that the PAP be represented by two speakers and be allocated half the airtime, and that only eligible

1924 candidates can take part, thus ruling out Dr Chee Soon Juan, the bankrupted leader of the
1925 SDP.
1926
1927 The Government announces elections 18 days prior to polling day, and campaigning period
1928 are again restricted to 9 days. Despite elections deposits being raised from \$13,500 to
1929 \$16,000, opposition parties field candidates in 82 out of 87 seats, making it the highest
1930 proportion of contested seats since independence.
1931
1932 Early attempts by the PAP to question the personal agendas of some opposition candidates,
1933 including one allegedly gay member of the SDP, are eventually sidelined by more pressing
1934 economic issues such as rising costs of living. Nightly rallies by the opposition attract tens of
1935 thousands of spectators, with the Workers' Party filling out sports stadiums. Traditional news
1936 reporting is challenged by a surge of dissenting views on social media platforms such as
1937 Facebook, as news websites The Online Citizen and Temasek Review also report record hits.
1938
1939 Three days before polling, PM Lee Hsien Loong issues an apology to the electorate, pledging
1940 to correct the shortcomings of unpopular policies. The hustings is also notable for the absence
1941 of defamation suits.
1942
1943 The PAP eventually wins 60.1% of the votes by securing 81 out 87 seats, and lost the five-
1944 member Aljunied Group Representation Constituency (GRC) to the Workers' Party, which
1945 secures six seats in Parliament, the best opposition parliamentary result since independence.
1946
1947 **May 2011 :** A week after elections, Minister Mentor Lee Kuan Yew and Senior Minister Goh
1948 Chok Tong announce their retirement from the cabinet. In a brief joint statement, the two
1949 former prime ministers note that "the time has come for a younger generation to carry
1950 Singapore forward in a more difficult and complex situation."
1951
1952 **May 2011 :** Authorities arrest a 24-year-old man after he allegedly posted on an internet
1953 forum that a fighter jet had crashed, resulting in many casualties. In a statement, the police
1954 say that he is being investigated under Section 45 of the Telecommunications Act, which
1955 states that any person who is found guilty of transmitting a false or fabricated message is
1956 liable to be punished with imprisonment for a term which may extend to 3 years, or a fine, or
1957 with both.
1958
1959 **May 2011 :** British author Alan Shadrake begins his prison term after he lost an appeal
1960 against a six-week jail sentence, the highest ever imposed for contempt of court. His inability
1961 to pay a \$20,000 fine results in an additional two-week imprisonment, taking his term to eight
1962 weeks in total. "I feel that Singapore has shamed itself again by jailing me," says Shadrake in
1963 a newswire report.
1964
1965 **June 2011 :** 'Mass Effect', a Microsoft video game which contains a scene showing a human
1966 woman and an alien woman kissing each other, is banned by the Media Development
1967 Authority. The Straits Times reports that Singapore is the only country to have banned the
1968 game.
1969
1970 **July 2011 :** The organiser of a picnic in Speakers' Corner to display solidarity with anti-
1971 government demonstrations in Malaysia is called up by the police, who say they take a
1972 "serious view of foreigners who import their domestic political conflicts into Singapore, and
1973 of foreigners who use Singapore as a stage for such political agitation". The Straits Times

1974 reports that about 120 people, clad in yellow, had sat on the grass in small groups for two
1975 hours or so.
1976

1977 **July 2011** : US lawyer Gopalan Nair receives a life-time ban from practising law in
1978 Singapore after the Court of Three Judges rule in favour of an application by the Law Society
1979 that Nair had scandalised the courts. Nair responds on his blog from the US that the ban is an
1980 "honour" and he's "none the worse for it".
1981

1982 **Sept 2011** : Within 24 hours following an announcement by Malaysian Prime Minister Najib
1983 Tun Razak to abolish his country's Internal Security Act, the Ministry of Home Affairs issued
1984 a press release to defend the use of the ISA in Singapore, stating that it "continues to be
1985 relevant and crucial as a measure of last resort for the preservation" of national security. In
1986 response, opposition groups and bloggers called on the government to abolish the Act,
1987 including an unprecedented letter signed by 16 former ISA detainees alleging the use of
1988 torture to extract confessions. The Ministry rejects the calls, and avoids addressing the issue
1989 of ill-treatment.
1990

1991 **Sept 2011** : In a separate statement following Malaysian Prime Minister Najib Tun Raza's
1992 announcement that his country's press laws would be relaxed, the Singapore Government says
1993 that the Newspaper and Printing Presses Act is still valid, as it ensures that the media play "a
1994 responsible role and that publishers are accountable for the content they print."
1995

1996 **Oct 2011** : In an address to Parliament, Deputy Prime Minister Teo Chee Hean says that the
1997 ISA is still relevant and that the Government has used it on "good faith" and as a "last resort."
1998 Teo says replacing the Act with an anti-terror law would be inadequate, as it is the
1999 Government, and not the judiciary, who will be responsible for decisions affecting national
2000 security. Teo also reveals that in the decade of the 1970s, the Government had arrested over
2001 800 people under the ISA, of whom 235 were issued with Orders of Detention.
2002

2003 **Oct 2011** : Police commence investigation against the Singapore Democratic Party after it
2004 organised a public forum featuring former ISA detainees Francis Seow and Tang Fong Har
2005 speaking via teleconference from overseas. In response to media queries, the police say that
2006 the forum organisers had arranged for "a fugitive from justice" and "a foreign national" to
2007 participate in a discussion on domestic politics.
2008

2009 **Oct 2011** : Another political forum is under investigation by the police, who allege that the
2010 talk could have violated the Public Order Act by featuring two foreign speakers. Singaporeans
2011 For Democracy says that its member Martyn See had spent 90 minutes in the police station
2012 fielding questions on whether the talk was a public or private event. The two foreigners who
2013 spoke were elected opposition Members of Parliament of Malaysia and Cambodia.
2014

2015 **Oct 2011** : Police say they had released on bail a man linked to political website Temasek
2016 Review for an alleged violation of the Parliamentary Elections Act. Dr Joseph Ong Chor Teck
2017 was arrested in September after Temasek Review's facebook page had allegedly carried an
2018 exit poll during the General Elections in May. If convicted, he can be fined up to \$1,500 or
2019 jailed for a term not exceeding 12 months, or both.
2020

2021 **Dec 2011** : An application by political association Singaporeans For Democracy to conduct a
2022 "Singaporeans United Against Racism" rally in Speakers' Corner is rejected by the police,
2023 who say that "issues of race and religion are sensitive and may cause friction across different

2024 racial and religious groups."
2025
2026 **Jan 2011 :** In response to an annual report by Human Rights Watch criticising the
2027 government's record on civil rights and freedom of expression, a statement from the Ministry
2028 of Law retorts that the report had made "false allegations", and adds that elections in
2029 Singapore "are free and fair" and the "Constitution guarantees the freedom of speech and
2030 freedom of peaceful assembly."
2031
2032 **Feb 2012 :** In the country's first industrial action in over 30 years, online news portal TOC
2033 reported that about 200 foreign workers had gone on strike at a public housing construction
2034 site over unpaid wages, prompting intervention by police and officers from the Ministry of
2035 Manpower. In the Straits Times report on the next day, the daily opted to use the term
2036 "protest" in place of "strike", and says that the wage dispute has been resolved. No arrests are
2037 reported.
2038
2039 **Feb 2012 :** In a first legal action undertaken by a politician against online media contributors,
2040 Law and Foreign Minister K. Shanmugam issues a lawyer's letter to blogger Alex Au, asking
2041 him to remove from his website an allegedly defamatory comment that referred to "widely-
2042 known rumours" about the Minister's private life. In his post, Au had criticised the
2043 mainstream media's treatment of opposition MP Yaw Shin Leong and his alleged extramarital
2044 affair. Au proceeds to remove the comment, saying that he took the Minister's word on the
2045 matter.
2046
2047 **Feb 2012 :** Days after political website Temasek Review Emeritus (TRE) revealed Mr
2048 Richard Wan as one of its editors, lawyers acting for Prime Minister Lee Hsien Loong
2049 issues him a five-page letter, demanding that the website remove an opinion piece that
2050 contained comments which had alleged "nepotistic motives" in the appointment of Lee's wife
2051 as head of sovereign wealth fund Temasek Holdings. After retracting the article, Wan
2052 publishes an apology on the website, and urges TRE readers to refrain from making similar
2053 comments.
2054
2055 **Feb 2012 :** In quick succession, lawyers acting for Mr Lee Hsien Yang, the younger brother
2056 of the Prime Minister and head of Singapore's Civil Aviation Authority, issues a letter to
2057 Richard Wan, demanding that TRE removes and apologises for a comment posted by a reader
2058 which were allegedly defamatory. Despite an initial retort by TRE that apologising for every
2059 defamatory comment from readers would make it difficult to run the website, Wan relents and
2060 publishes an apology.
2061
2062 **Mar 2012 :** After a day-long trial, an unemployed man is fined a total of \$8,500 after he was
2063 found guilty of posting two documents on the internet which the judge ruled to contain
2064 incitement to violence. In the first conviction of its kind, 36-year-old Gary Yue Mun Yew is
2065 fined \$6,000 for posting a link to a video clip depicting an assassination with a comment that
2066 a live version of it should be re-enacted "on our own grand-stand during our national's
2067 parade!!!!!!". A further \$2,500 fine is imposed for posting on his own Facebook page a
2068 doctored Pulitzer prize winning photograph.
2069
2070 **Apr 2012 :** Police denies an application by a migrant workers rights group HOME for a
2071 permit to march on Labour Day. Organisers said the "walk" had been planned for migrant
2072 workers and locals to walk together with t-shirts bearing the words "Walk with workers:
2073 Upholding the dignity of labour".

2074
2075 **Apr 2012** : Acclaimed British film Shame is banned after its director Steve McQueen refused
2076 to comply with the censors' demand to trim a group sex scene. In a statement, a government
2077 spokesperson says that "we are of the view that the prolonged and explicit threesome sex
2078 sequence has exceeded our classification guidelines."
2079
2080 **Apr 2012** : Dr Chee Soon Juan's application to travel to Norway to speak at the Oslo
2081 Freedom Forum is rejected by the government's bankruptcy office, who rules that Chee has
2082 made no contribution to libel damages awarded to Lee Kuan Yew and Goh Chok Tong. Chee
2083 says the government has rejected over 30 travel applications he has made in the past. In a
2084 letter of appeal, the New York-based Human Rights Foundation says that the "Singaporean
2085 government's major convictions of Dr. Chee violate international law, and enforcing a travel
2086 ban on him further enforces this violation."
2087
2088
2089 Ausschnitt aus der Chronologie von Martyn See.
2090 Singaporerebel (2012): 1994-2012: A Chronology of Authoritarian Rule in Singapore.
2091 <http://singaporerebel.blogspot.co.at/2011/03/1994-2011-chronology-of-authoritarian.html>
2092

Curriculum Vitae

Adresse Ahornergasse 1/1/14, 1070 Wien
E-Mail lara.hagen@gmx.at
Geburtsdatum 29.10.1988
Geburtsort Lustenau/Vorarlberg
Nationalität Österreich

Schullaufbahn

2003 – 2007 Sportgymnasium Dornbirn (Matura mit gutem Erfolg)
1999 – 2003 Bundesgymnasium Lustenau
1995 – 1999 Volksschule Kirchdorf Lustenau

Studienverlauf

Okt. 2008 – März 2013 Internationale Entwicklung (Individuelles Diplomstudium)
Studienschwerpunkte: Internationale Politik, Soziale Bewegungen, Internet und Demokratie
Titel der Diplomarbeit: Labor der Internetkontrolle: Macht- und Herrschaftstechniken in Singapur

Okt. 2009 – Januar 2013 Politikwissenschaft (Bachelor)
Studienschwerpunkte: Medien und politische Bildung, Feministische Politik, Österreichische Politik

Auslandsaufenthalte zu Studienzwecken

Sept. – Nov. 2012 Forschungsaufenthalt | Singapur und Bangkok
Aug. 2011 Certificate of Advanced Studies: Journalismus und PR | Universität Liechtenstein
Juni 2011 Workshop Politikjournalismus | Hamburg Media School
Sommersemester 2011 Politikwissenschaft | Erasmus an der Universität Hamburg

Auszeichnungen

Dez. 2012 Forschungsstipendium der Universität Wien
Januar 2013 Leistungsstipendium der Universität Wien

Arbeitserfahrung

seit Okt. 2010 UniStandard | Wien, freie Journalistin
seit Juni 2010 Orange 94.0 | Wien, Redaktionsgruppe „Women on Air“
seit Nov. 2008 Rabenhof Theater | Wien, Abenddienst
Juli – Aug. 2008 Poolbar Festival | Feldkirch, Barkeeperin
März – Juni 2008 Interspar Bäckerei | Dornbirn, Verkauf
Aug. 2007 – Feb. 2008 AFS Community Service | Costa Rica, Volontariat
2007 – 2008 Vorarlberger Landeskader Kunstturnen weiblich | Dornbirn, Trainerin
Sommer 2006 Ländle Pellets | Dornbirn, Büro und Administration

Weitere Qualifikationen

Workshops Medien- und Urheberrecht | 2010, Audacity | 2010
Computer MS Office und Photoshop, Social Media
Sprachen Deutsch | Muttersprache
Englisch | sehr gut in Wort und Schrift
Spanisch | gut in Wort und Schrift
Französisch | gut in Wort und Schrift
Führerschein Klasse

